Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Information

Familien Report 2010

Leistungen
Wirkungen
Trends

Familie

Vorwort

Im Krisenjahr 2009 haben sich die seit 2005 eingeführten Neuerungen bei den **Familienleistungen bewährt**: einerseits die strukturwirksamen Familienleistungen mit ihren Unterstützungen bei Erwerbstätigkeit und andererseits die konjunkturbezogenen monetären Unterstützungsleistungen, die allen Familien zugutekommen und die Einkommenssituation direkt verbessern. Die Konsumkraft der Familien war im Krisenjahr 2009 eine wesentliche Stütze der deutschen Wirtschaft. Familienhaushalte hatten – so u. a. das ifo-Institut – 2009 ein deutlich höheres Einkommen als noch im Jahr zuvor. Vor allem Familien mit niedrigen bis mittleren Erwerbseinkommen profitierten und **Armutsrisiken** insbesondere kinderreicher Familien wurden **reduziert**. Die beste Vorsorge gegen Armut ist die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit. Mit einem ambitionierten Zeitplan erfolgt auch deshalb quasi im Zeitraffer der Ausbau einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung, um Anschluss zu finden an das Niveau der skandinavischen und westeuropäischen Länder.

Die neue Bundesregierung setzt 2010 ergänzend in einem ersten Schritt auf kurzfristige konjunkturelle Impulse für Familien. Mit der **Erhöhung des Kindergeldes** um 20 Euro pro Kind ab Januar 2010 wird es für Familien leichter, Kosten zu decken. Ohne das Kindergeld wäre die Armutsrisikoquote von Kindern in Deutschland doppelt so hoch. Mit der neuen Regelung 2010 werden noch weitere 130.000 Kinder zusätzlich vor dem Armutsrisiko bewahrt. Wie alle Versicherten werden auch Eltern ab 2010 durch die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge zusätzlich entlastet. Auch die Kinderfreibeträge wurden auf 7.008 Euro im Jahr erhöht. Der höhere steuerliche Kinderfreibetrag lässt auch den Mindestunterhalt für Kinder steigen und die Unterstützung durch den Staat, wenn der zum **Unterhalt** verpflichtete Elternteil nicht zahlungsfähig ist (Unterhaltsvorschuss). So erhalten auch die Kinder in Alleinerziehendenfamilien ab Januar 2010 mehr Geld.

Mit Beginn des Jahres 2010 hat ein neues Kompetenzzentrum für Nachhaltige Familienpolitik seine Arbeit beim Familienministerium aufgenommen. Mit diesem beratenden Kompetenzzentrum soll die erfolgreiche Familienpolitik der letzten Legislatur mit neuen Akzenten fortgesetzt werden. Mit der Stärkung der sog. Partnerkomponente im Elterngeld soll ein weiterer wichtiger Impuls für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für die Väter erfolgen. Es gibt dafür eine breite gesellschaftliche Zustimmung. Mit dem neuen Teilelterngeld soll es Müttern und Vätern zudem erleichtert werden, ihre Familien über einen längeren Zeitraum durch eine Kombination von Teilzeitarbeit und Elterngeld für insgesamt bis zu 28 Monate abzusichern. Beide Regelungen werden die Spielräume für Eltern erweitern, ihrer Verantwortung für die Familie nachzukommen.

Der **Kinderzuschlag** hilft Eltern, die zwar ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, jedoch nicht genug Einkommen für ihre Kinder erzielen. Der Kinderzuschlag holt jetzt 300.000 Kinder aus der Hilfebedürftigkeit und unterstützt dabei gezielt Mehrkindfamilien. Der gute Erfolg und die hohe Akzeptanz der Leistung bei den Bezieherinnen und Beziehern unterstreichen die Bedeutung des Kinderzuschlags als Instrument zur Unterstützung erwerbstätiger Eltern mit kleinen Einkommen.

Schließlich geht es mir auch um eine wirksame Förderung für **Alleinerziehende**. Angemessene Kinderbetreuung, unterstützende Netze, die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses sowie eine Prüfung des steuerlichen Entlastungsbetrages gehören dazu.

Unsere **Familienpolitik** umfasst mehr als die Konzeption und Feinregulierung staatlicher Leistungen. Teil der Strategie ist eine systematische **Kooperation** mit gesellschaftlichen Kräften: arbeitsteilig, freiwillig und mit messbarem Nutzen für alle verbunden. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren merklich mitgewirkt und Veränderungen in den Einstellungen und im Verhalten angestoßen. Elterngeld und Elternzeit werden zur Normalität im betrieblichen Alltag, auch bei Vätern. Mit den schon 600 **„Lokalen Bündnissen für Familie“** sowie den mittlerweile 2.600 engagierten Betrieben im **Unternehmensnetzwerk** „Erfolgsfaktor Familie“ gibt es zum ersten Mal in der Fläche und in großem Maßstab eine operative Familienpolitik mit gemeinsamem Verständnis in Deutschland. Diese Initiativen des Bundesfamilienministeriums, unterstützt von starken Partnern, werden sich künftig verstärkt um das Innovationsthema Zeitpolitik kümmern.

Als Innovationsthema der 17. Legislatur wird „Zeit für Familie“ vorbereitet. Gemeint ist nicht nur das Leben mit Kindern, sondern auch mit älteren und sehr alten Angehörigen.

Dr. Kristina Schröder
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

Vorwort 3

I. Entwicklung der nachhaltigen Familienpolitik 7

II. Familienleben in Deutschland 14

III. Familienbilder, Werte und Einstellungen 33

IV. Zeitverwendung und Zeitbedarfe 42

V. Einkommenssicherung und Armutsreduzierung 54

VI. Lebenssituation von Alleinerziehenden 70

VII. Familien mit Migrationshintergrund im Fokus nachhaltiger Familienpolitik 80

VIII. Elterngeld und Elternzeit 93

IX. Balance von Familienleben und Arbeitswelt 104

X. Das Tableau der staatlichen Leistungen 119

XI. Familienpolitik als gesellschaftspolitische Investition 129

Orientierungswissen für wirkungsorientierte Familienpolitik 142

I.

Entwicklung der nachhaltigen Familienpolitik

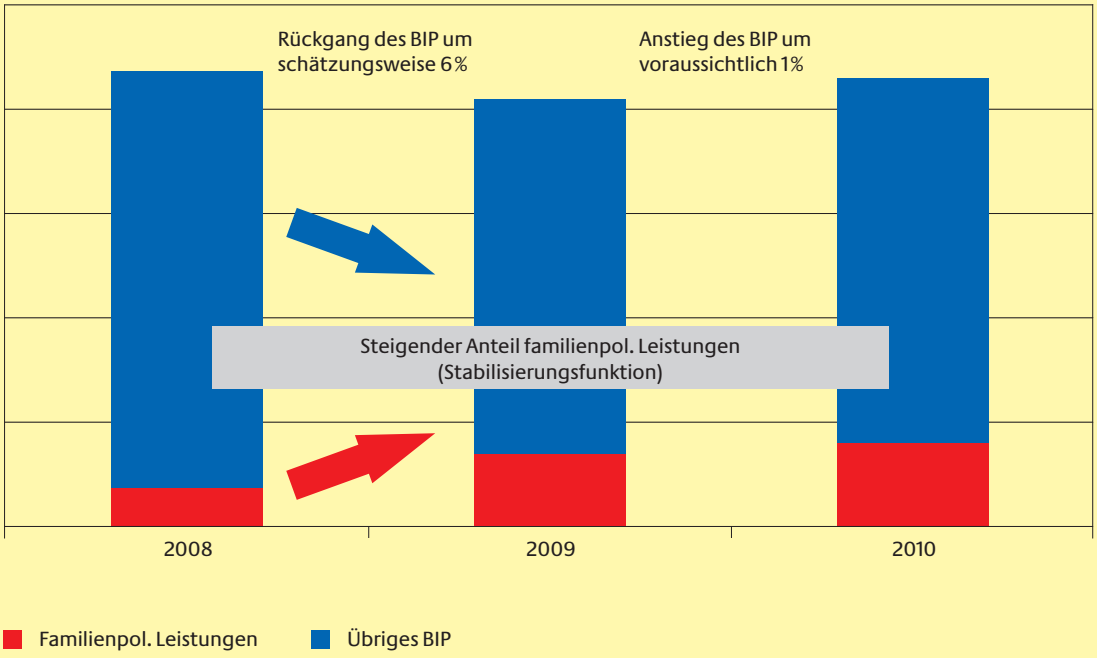
Die nachhaltige Familienpolitik, etabliert in einer Phase der Prosperität, nutzt und bewährt sich seit Ende 2008 auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die **Stabilisierung** von **Familieneinkommen**, nachhaltige Armutsvermeidung[1] und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben noch stärker an Bedeutung gewonnen. Familien in allen Einkommensbereichen werden unterstützt. Familie als soziale Mitte der Gesellschaft wird gesichert.

Das (positiv) veränderte **Klima für Familien**, in der Bevölkerung aufmerksam wahrgenommen und demoskopisch bestätigt, drückt sich auch im Hinblick auf höhere Akzeptanz von Müttererwerbstätigkeit und von nichtfamiliärer Kinderbetreuung sowie der Wertschätzung aktiver, erziehender Väter aus.[2] Die seit 2005 realisierte Familienpolitik trägt nicht nur den mehrheitlichen Lebenswünschen wesentlich stärker als früher Rechnung, sondern ist auch für Wachstum und Beschäftigung von Vorteil. Die Orientierung an Wirkungen und Handeln in Allianzen hat neue Maßstäbe gesetzt.

1 In „westlichen" Industriestaaten wird Armut als ein Maß sozialer Ungleichheit definiert, nach dem ab einem bestimmten Grad an Abweichung von einem gesellschaftlichen Medianeinkommen ein Armutsrisiko vorliegt. Bei Betrachtung des Risikos der Einkommensarmut wird auch von der Bundesregierung die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition der Armutsrisikoquote zugrunde gelegt. Sie ist definiert als Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians aller Personen beträgt. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) wird durch eine in der OECD gebräuchliche altersbezogene Bedarfsgewichtung der Haushaltsmitglieder ermittelt. Danach wird die erste Person im Haushalt mit 1, weitere Personen ab 14 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Aus der Division des Haushaltseinkommens durch die Summe der spezifischen Bedarfsgewichte ergibt sich das Nettoäquivalenzeinkommen. Der Median ist der Einkommenswert, der die Einkommen der Bevölkerung genau in zwei Hälften teilt. „Armutsrisiko" wird in der Öffentlichkeit von Medien, aber auch von den Sozialverbänden häufig und fälschlicherweise mit „Armut" gleichgesetzt. Die Benennung als „Risiko" deutet darauf hin, dass nur die Möglichkeit einer Armutsgefährdung besteht und der Verbleib im Niedrigeinkommensbereich nur von kurzer Dauer sein oder durch andere Ressourcen ausgeglichen werden kann. Das Armutsrisiko wird nicht mit existenzieller Not gleichgesetzt.

2 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin, S. 18.

Abbildung 1: Staatliche Leistungen stabilisieren das soziale Netz Familie



Quelle: Prognos AG, 2009

Schon der Familienreport 2009 hatte anhand von Szenariorechnungen dargestellt, dass durch verbesserte Vereinbarkeit jährlich bedeutende **fiskalische Effekte** in erheblicher zweistelliger Milliarden-Höhe realisiert werden können.[3] Zusätzliche Beschäftigungspotenziale für mehrere hunderttausend Arbeitsplätze liegen im Ausbau der Kinderbetreuung sowie von Dienstleistungen, die Familien flexibel unterstützen. Einkommensabhängige soziale und familienbezogene Transferleistungen wie der Kinderzuschlag sowie die Kinderkomponente im Arbeitslosengeld I und II oder Wohngeld funktionieren als Stabilisatoren im Konjunkturzyklus.

Die Familienpolitik neuer Art trägt dazu bei,

- Familien durch bessere Vereinbarkeit zu stabilisieren (soziale und volkswirtschaftliche Effekte),
- Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen (arbeitsmarktpolitische Effekte),
- Armutsrisiken für Kinder und Eltern zu reduzieren (sozialpolitische Effekte),
- Konsumkraft in der Rezession zu stärken (konjunkturelle Effekte).

Für viele Familien zahlt es sich in der Krise aus, dass mit dem Ausbau der Kinderbetreuung beide Partner erwerbstätig sein können. Das Risiko, dass ein Haushalt in vollem Umfang von Transferleistungen abhängig wird, reduziert sich dadurch stark. Zugleich rentiert es sich für die Volkswirtschaft, dass die Familieneinkommen durch die Einführung des Elterngeldes, die Erhöhung des Kindergeldes und andere Maßnahmen gestärkt wurden. Das von der Gesellschaft für Konsumforschung monatlich erhobene (maßgebliche) Stimmungsbarometer hat mehrfach auf die gewichtige Rolle der verbesserten Familienleistungen hinge-

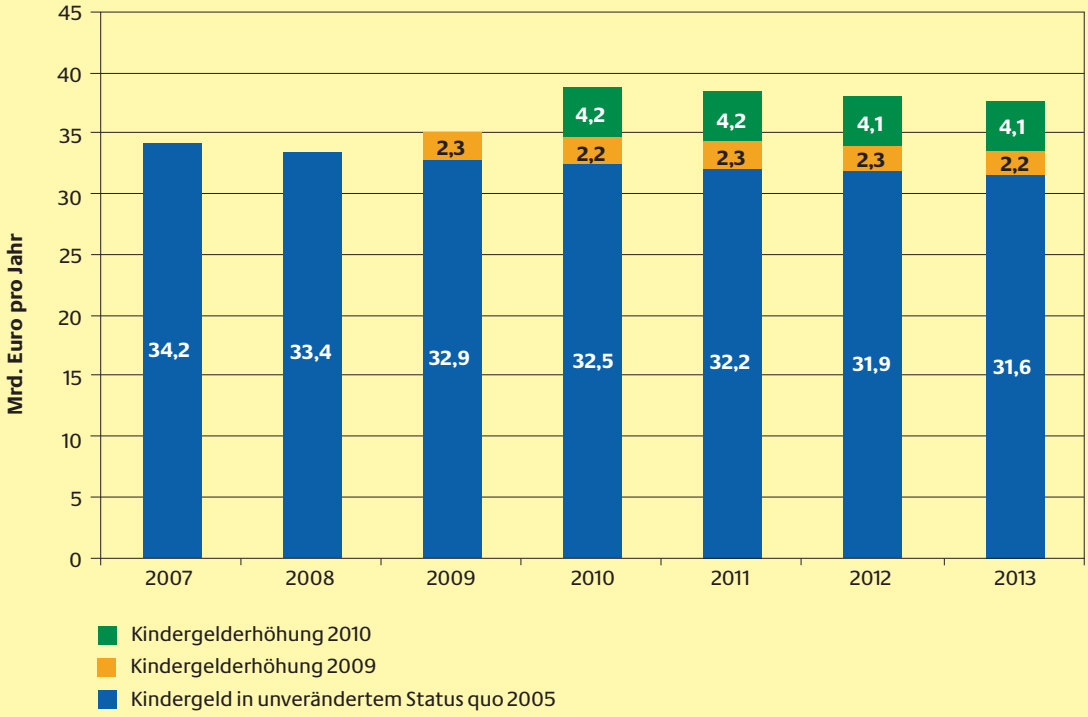
3 Ebd., S. 18–29, Aktualisierung: Kompetenzzentrum, September 2009.

wiesen.[4] Staatliche Leistungen wie das Elterngeld stabilisieren insbesondere die wirtschaftliche Situation junger Familien. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder wirkt sich positiv auf die Erwerbsmöglichkeiten insbesondere junger Mütter aus. In zwei Schritten, 2006 und 2008, wurden die Arrangements für haushaltsnahe, das heißt in der Regel familienunterstützende, Dienstleistungen deutlich verbessert.

Wie die neue Familienpolitik wirkt

Die familienpolitischen Entscheidungen seit 2005 haben in Deutschland zu einer leichten, aber spürbaren Erhöhung der Mittel für die familienbezogenen Leistungen des Staates geführt, insbesondere für die ersten Lebensjahre von Kindern sowie für Bildung, Betreuung und familienunterstützende Dienstleistungen. Dies erscheint auch im internationalen Vergleich angemessen. Sach- und Dienstleistungen, insbesondere die Kinderbetreuung, gewinnen weiter an Gewicht im Gesamtbild. Damit werden die Leistungen gestärkt, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Auch das ist angesichts internationaler Erfahrungen eine sinnvolle Entwicklung. Vor allem Familien mit niedrigen bis mittleren Erwerbseinkommen profitieren von den Effekten der neuen Familienpolitik.

Abbildung 2: Effekt der Kindergelderhöhungen



Quelle: Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen 2009

In finanzieller Hinsicht hat die Evaluation des RWI 2009 gezeigt, dass das Elterngeld allen Einkommensgruppen zugutekommt und gerade kleine Einkommen stabilisiert. Das Elterngeld schafft mehr Wahlfreiheit für Mütter und Väter und erhält zugleich ihre Erwerbs-

4 Vgl. GfK – Konsumklima Dezember, repräsentative Befragung von 2.000 Verbrauchern, Nürnberg 2009.

bereitschaft. Die Wirkungen des Elterngeldes zeigen sich im Erwerbsleben und in den innerfamiliären Beziehungen. In der Wirtschaftskrise unterstützt das Elterngeld gerade auch Familien wirksam, in denen die Geburt des Kindes möglicherweise mit einer ungewissen Arbeitssituation zusammentrifft, ohne dass diese Auszeit Betriebe und den Arbeitnehmer finanziell belastet.

Ebenso wie in anderen Ländern, die vergleichbare Regelungen eingeführt haben, ergreifen auch in Deutschland die Väter zunehmend die neuen Chancen. Im Jahr 2009 bezogen in 22,4 Prozent der Haushalte auch die Väter Elterngeld und beteiligten sich an der Betreuung des Neugeborenen. Die Väterbeteiligung ist kontinuierlich angestiegen: Sie lag im Jahr 2008 noch bei 18 Prozent (beendete Leistungsbezüge). Die frühkindliche Betreuung wird ausgebaut: Mit dem Kinderförderungsgesetz (vom 16. Dezember 2008) schließt Deutschland bis 2013 zu den vorbildlichen Ländern Nord- und Westeuropas auf. Damit werden eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Bildungschancen – für alle Kinder von Anfang an – realisiert.

Ausschlaggebend bei der **Reduzierung von Armutsrisiken** – das zeigt auch der internationale Vergleich – ist vor allem eine hohe Erwerbsbeteiligung möglichst beider Elternteile. Der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben wirksamer Familienpolitik. Darüber hinaus ist die erwerbsanreizorientierte Ausgestaltung von Leistungen die beste Absicherung gegen Kinderarmut. Mit der Ausweitung des Kinderzuschlags oder der Fortentwicklung des Elterngeldes zu einem Teilelterngeld werden Eltern – insbesondere Mütter – in ihrer Erwerbsneigung unterstützt. Wirkungsorientierte Leistungsverbesserungen, wie z. B. die Erhöhung des Kindergeldes oder die Verlängerung der Unterhaltsvorschussleistung, reduzieren Armutsrisiken vor allem in Familien mit mehreren Kindern. Der Prüfauftrag zur Umgestaltung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende sowie die Schaffung verlässlicher Netzwerkstrukturen sind Elemente eines Maßnahmenpaketes für Alleinerziehende, das gezielt die wirtschaftliche Lage und die Erwerbssituation dieser besonders von Armut betroffenen Gruppe verbessern soll. Darüber hinaus stellt die Stärkung von Familienbewusstsein in der Arbeitswelt zur Verbesserung der Vereinbarkeit eine wichtige Aufgabe dar, um Armutsrisiken von Familien und Kindern effektiv zu bekämpfen.

Messen, Vergleichen, Verbessern

Vom Wunsch nach dem ersten Kind bis zur Unterstützung im Alter durchleben Familien zentrale Lebensphasen mit intensiven Herausforderungen. Egal ob Großfamilie oder alleinerziehend – gemeinsam ist allen Familien ein großer Bedarf an Unterstützung in den Dimensionen **Geld, Infrastruktur und Zeit**. Ein systematisch entwickelter Maßnahmen-Mix soll Familien wirksamer unterstützen, Wahlmöglichkeiten verbessern und – gemeinsam umgesetzt mit starken Partnern – für ein familienfreundliches Klima in Deutschland sorgen. Der betriebswirtschaftliche wie volkswirtschaftliche Nutzen von Familienfreundlichkeit wurde nachgewiesen.[5] Der eben auch ökonomische Nutzen ist wesentlicher Teil der Argumentation und des Erfolges der Familienpolitik.

5 Vgl. z. B. BMFSFJ (Hg.): Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, Berlin; BMFSFJ (Hg.), 2003: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse, Berlin.

Das Profil der Familienpolitik
- Nachhaltigkeit als Ziel
- Nutzen als Argument
- Wirkung als Maßstab
- Kooperation als Strategie

Eine wichtige Rolle spielt die Orientierung an internationalen **Maßstäben** und die Beobachtung erfolgreicher Maßnahmen-Settings in anderen Ländern.[6] Die von der Bundesregierung initiierte Europäische Allianz für Familien fördert den Austausch über familienpolitische Maßnahmen und Entwicklungen. Auf Deutschland bezogen, haben das Bundesfamilienministerium und das Bundesministerium der Finanzen gemeinsam eine **Gesamtevaluation** des Systems der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen gestartet. Ziel dieser systematischen Wirkungsforschung seit Oktober 2009 ist es, Wirkungen und Wirksamkeiten nicht nur von einzelnen Maßnahmen, sondern der Leistungen insgesamt zu identifizieren. Denn eine nachhaltige Familienpolitik benötigt gesichertes **Wissen** zur fördernden Entwicklung von Familien und ihren Lebensumständen. In den sechs Jahrzehnten der Familienpolitik in Deutschland sind deren Wirkungen bisher noch nicht systematisch untersucht worden.

Diese Lücke wollen das Bundesfamilienministerium und das Bundesfinanzministerium mit der **Gesamtevaluation** gemeinsam schließen. Als wissenschaftlich fundierte Überprüfung politischen und fiskalischen Handelns und als Gemeinschaftsvorhaben von zwei Ressorts handelt es sich um eine innovative Maßnahme. Bezugspunkt ist u. a. die wirtschaftliche Stabilität von Familien.

Die Gesamtevaluation soll – im Unterschied zu Einzelevaluationen – gerade auch Wechselwirkungen und deren Folgen aus dem Zusammenspiel verschiedener Leistungen untersuchen. Mit inter- und multidisziplinärer wissenschaftlicher Kompetenz soll eine Grundlage für eine präzisere und stärker wirkungsorientierte politische Steuerung gelegt werden. Entlang der Vorgabe des Koalitionsvertrags 2009 soll die umfassende wissenschaftliche Evaluation der familienbezogenen Leistungen konsequent fortgesetzt werden. Ziel sind praktikable Handlungsempfehlungen. Weiterhin wird geprüft werden, ob und wie Leistungen im Unterhaltsrecht, Steuerrecht, Sozialrecht und Familienrecht harmonisiert werden können. Die Ergebnisse der Gesamtevaluation werden bis Herbst 2013 in einem Abschlussbericht zusammengefasst.

Die Institution **Familienberichte**[7] (jede zweite Legislatur) wird durch das Familienministerium schrittweise ergänzt um weitere innovative Instrumente, die dazu beitragen, Erkenntnisse zu gewinnen und verfügbar zu machen. Mit dem jährlichen Familienreport (erstmals 2009), mit dem Familien-Atlas oder dem Unternehmensmonitor werden Entwicklungen dargestellt, es wird gemessen und verglichen – regelmäßig, öffentlich – und die Ergebnisse werden mit Schlussfolgerungen versehen.

6 Vgl. BMFSFJ, 2009: Europäische Allianz für Familie. Wissenstransfer, Benchmarking, Monitoring. Monitor Familienforschung Nr. 18, Berlin; Dieckmann/Plünnecke, 2009: Familienfreundlichkeitsindex: Deutsche Familienpolitik im internationalen Vergleich. IW-Analysen Nr. 56, Köln.

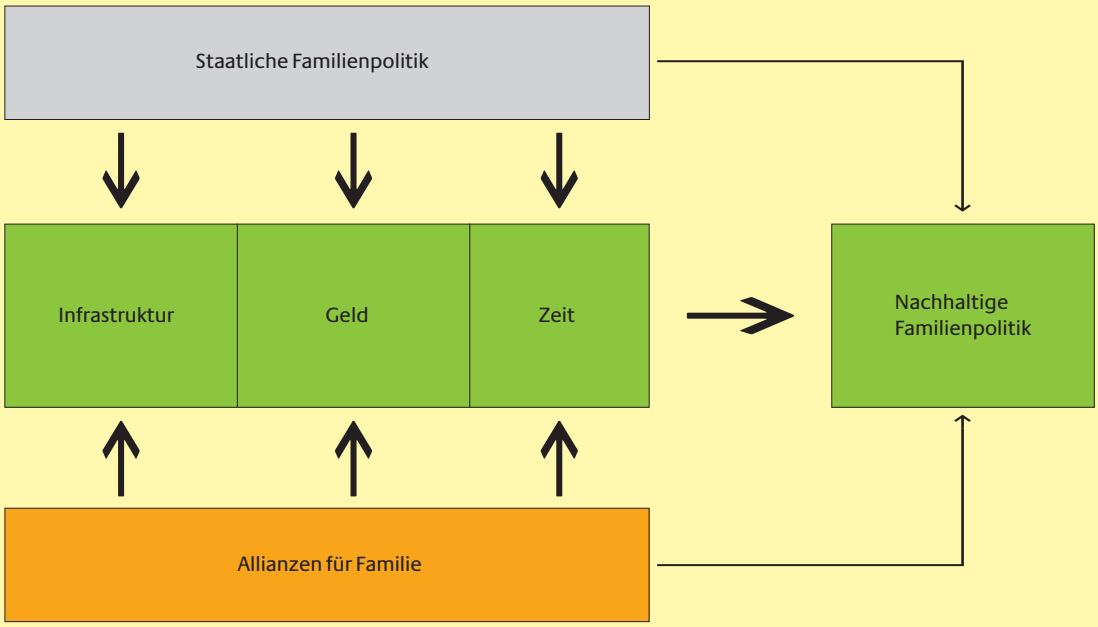
7 Der 8. Familienbericht wird ab Frühjahr 2010 zum Thema „Zeit für Familie“ erarbeitet.

Familienpolitik als gesellschaftliches Projekt

Die neue Familienpolitik wird in der Gesellschaft breit unterstützt. Deutlich mehrheitlich besteht in der Bevölkerung die Auffassung, dass sich „die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessert haben“ (Familienmonitor 2009). Hoch angesehen sind namentlich das Elterngeld sowie der Ausbau der Kinderbetreuung. Drei Viertel der Bevölkerung bewerten diese Maßnahmen in repräsentativen Befragungen regelmäßig positiv. Noch höher ist die Zustimmung bei Eltern mit Kindern bis zu 18 Jahren. Die große Zustimmung wird von allen Gruppen der Bevölkerung geäußert, unabhängig von sozialstrukturellen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Einkommen oder Parteiaffinität. Der Kinderzuschlag für Geringverdienende ist bei den Bezieherinnen und Beziehern hoch angesehen und hat die von der Bundesregierung erhofften Effekte sogar übertroffen.

Das Bundesfamilienministerium begreift die breite Unterstützung als Ansporn, die Bedingungen für Familien weiter zu verbessern. Es begreift Politik für Familien als **arbeitsteiliges Projekt aus der Mitte der Gesellschaft** und sieht eine wesentliche Aufgabe auch darin, noch mehr gesellschaftliche Unterstützung für die Zukunft der Familie zu aktivieren. Nicht nur für die Wirtschaft gilt: Wer familienbewusst investiert, bereitet die Zukunft nach der Krise innovativ vor. Nachhaltige Familienpolitik ist eben auch Wachstumspolitik.

Abbildung 3: Dimensionen wirksamer Familienpolitik



Quelle: eigene Darstellung BMFSFJ, 2006

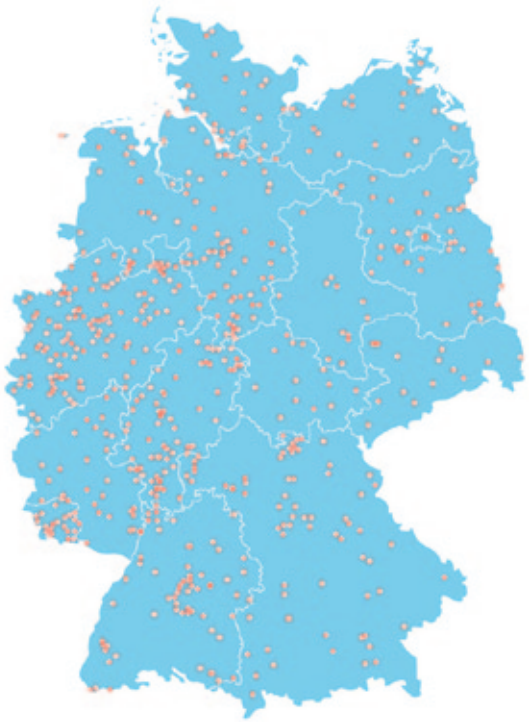
Der 7. Familienbericht hat 2005 die Notwendigkeit einer **lokalen Entsprechung** für die nachhaltige Familienpolitik der Bundesregierung betont. Es geht auf kommunaler Ebene darum, **den Stellenwert von lokaler Familienpolitik** zu fördern, **lokale Handlungsfelder** für eine nachhaltige Familienpolitik zu akzentuieren sowie wissensbasiert das Richtige zu tun.

Die **Lokalen Bündnisse** sind vitaler Ausdruck moderner Zivilgesellschaft. Die Zahl der (im Januar 2010) 600 Bündnisse soll bis Ende 2011 auf 700 erhöht werden. Vorrang vor einem darüber hinaus weiteren quantitativen Ausbau hat die Qualitätssicherung mit gezielter Beratung im Sinne von Nachhaltigkeit. Bestandteile der Qualitätsentwicklung sind eine noch gesteigerte aktive Beteiligung der Wirtschaft und thematische Akzente bei der Entwicklung von familienunterstützenden Dienstleistungen sowie wirksamen Netzwerken für Alleinerziehende.

Vom Familienministerium angeregt und unterstützt betreiben die Bündnisse vor allem aktiv Zeitpolitik für Familien. Die Beteiligten, darunter über 5.000 Betriebe, beschleunigen den Ausbau der Infrastruktur. Sie initiieren und unterstützen standortbezogen zum Beispiel bessere Abstimmungen von Arbeitszeiten und Betreuungszeiten und tragen dazu bei, dass auch Ferien und Randzeiten abgedeckt werden. Betriebsbezogen, aber mit gleicher Ausrichtung arbeiteten im Januar 2010 im Unternehmensnetzwerk schon 2.600 Betriebe aller Größen und Branchen an einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das vom Bundesfamilienministerium initiierte und von der Wirtschaft aktiv mitgetragene **Unternehmensprogramm** „Erfolgsfaktor Familie“ bringt Gewinne für Unternehmen wie Beschäftigte. Analysen von Roland Berger u. a. aus dem Frühjahr 2009 zeigen, dass Familienfreundlichkeit in Unternehmen dazu beitragen kann, dass Unternehmen Krisen besser bewältigen. Gerade flexible Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, sind eine kluge Strategie, die Arbeitgebern Luft verschafft, besser Konjunktureinbrüche zu überstehen und die Fachkräfte zu binden. Eine gemeinsame **Initiative „Familienbewusste Arbeitszeit“** ist für die 17. Legislatur zwischen Bundesfamilienministerium und insbesondere dem DIHK verabredet. Die Initiative ist ebenfalls Teil des Koalitionsvertrages. Die große Diskrepanz zwischen Arbeitszeitwünschen und realisierter Arbeitszeit muss und kann reduziert werden. Dies ist im Interesse sowohl der Familien als auch der Unternehmen.

Abbildung 4: 600 Lokale Bündnisse überall in Deutschland



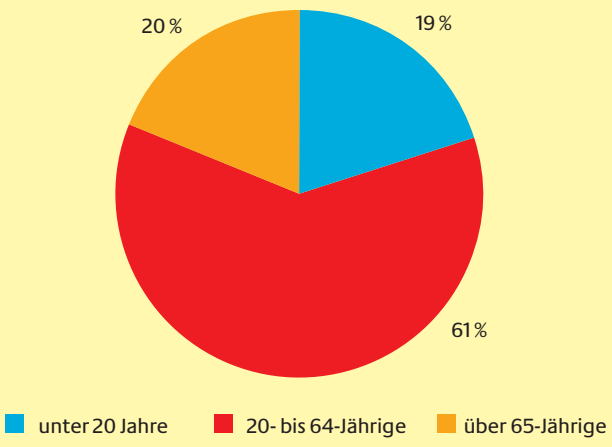
Quelle: Servicebüro der Bundesinitiative

II.
Familienleben in Deutschland

Die Bevölkerung in Deutschland besteht derzeit zu 19 Prozent aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61 Prozent aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 20 Prozent aus 65-Jährigen und Älteren (Abb. 5). Nach der letzten Prognose des Statistischen Bundesamtes wird im Jahr 2030[8] fast jeder Dritte (29 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden nahezu doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden. Die größten Veränderungen gibt es bei den Altersgruppen ab 60 Jahren, denn das Verhältnis von Erwerbspersonen zu Kindern und Jugendlichen bleibt annähernd konstant. Damit gewinnen Pflege- und Fürsorgeaufgaben für die Gesellschaft und für die Generationenbeziehungen an Bedeutung. Im Jahr 2030 haben Frauen bei Geburt eine Lebenserwartung von 85,7 Jahren und Männer von 81 Jahren. Die Lebenserwartung steigt weiter an, Frauen und Männer nähern sich mittlerweile in ihrer Lebenserwartung an. Auch 65-jährige Frauen und Männer können 2030 immer noch mit weiteren 19,4 bzw. 22,8 Jahren rechnen, das sind zwei Jahre mehr als 2006/2008. Die gewonnenen Lebensjahre sind dabei auch zunehmend gesunde Lebensjahre. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass sich die Phase der gesundheitlichen Einschränkungen in die Zeit nach dem 85. Lebensjahr verschiebt.[9] Migrantinnen und Migranten haben eine etwas höhere Lebenserwartung als Deutsche, jedoch gleichen sich die Lebenserwartungen ab 65 Jahren von Deutschen und Migranten stärker an.[10]

Abbildung 5: Bevölkerung nach Altersgruppen

Verteilung 2008

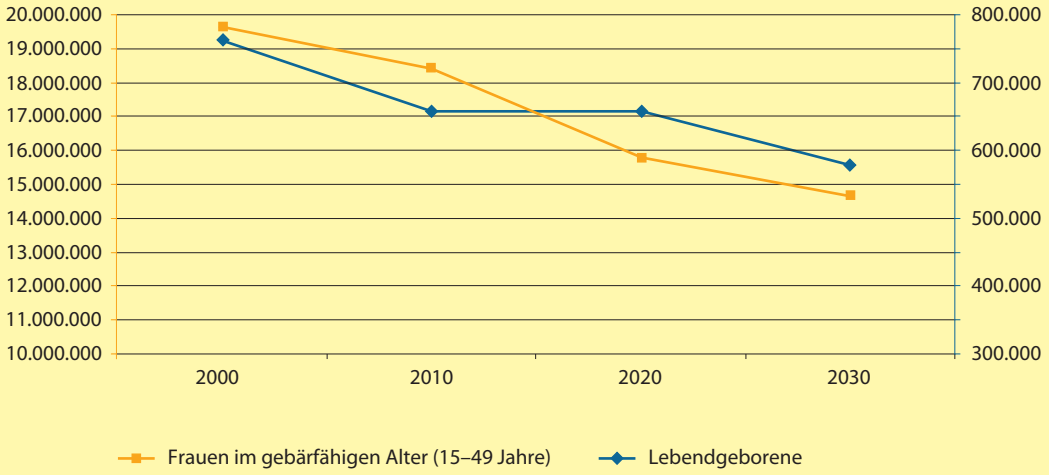


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

8 Statistisches Bundesamt, 2009: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1 W-1.
9 G. Doblhammer/R. Rau/J. W. Vaupel, 2009: Selbstbestimmtes Leben trotz Zunahme von Krankheiten, in: Demografische Forschung aus einer Hand, 4, S. 1–2.
10 M. Kohls, 2008: Leben Migranten wirklich länger? Working Paper 16 der Forschungsgruppe des Bundes, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die demografischen Entwicklungen führen dazu, dass die Zahl der potenziellen Mütter weiter zurückgehen wird. Die Geburtenzahlen werden – so die Prognosen – ebenfalls zurückgehen, aber weniger rapide und sie bleiben bis etwa 2025 konstant (Abb. 6).[11] Die Baby-Boomer-Generation verstärkt die demografische Situation heute. Erst ab 2050 wird das Geburtendefizit etwas geringer ausfallen. Eine neue demografische Studie unterstreicht auch, dass familienpolitische Maßnahmen wirksam sein können, wie beispielsweise das Elterngeld in Estland zeigt. In westeuropäischen Ländern bleibt die Geburtenrate – so diese Studie – längerfristig stabil und kann sich durch (familien-)politische Maßnahmen sogar erhöhen.[12] Für Deutschland würde schon eine Geburtenrate von 1,6 Kindern pro Frau bedeuten, dass dann mehr Kinder/Jugendliche auf einen Erwachsenen kämen als heute (2060 3,6 statt 3,2).[13]

Abbildung 6: Entwicklung der Frauen im gebärfähigen Alter und Entwicklung der Geburten (Prognose ab 2009)



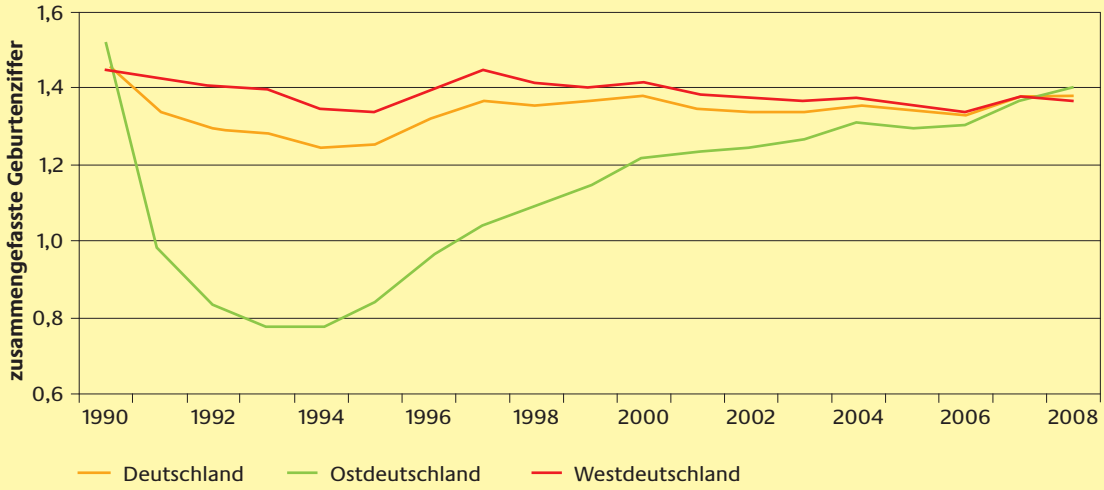
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1 W-1, eigene Berechnungen

Geburten und Kinderlosigkeit

Die Geburtenrate hat sich nach einem ersten Anstieg im Jahr 2007 auch 2008 leicht positiv entwickelt. Sie ist von 1,37 auf 1,38 angestiegen und ist etwa so hoch wie zuletzt im Jahr 2000. Einen höheren Wert hatte sie zuletzt 1990 erreicht (1,45) (Abb. 7).

11 Statistisches Bundesamt, 2009: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1 W-1.
12 J. Goldstein et al., 2009: The End of ‚Lowest-Low' Fertility?, Working Paper 29, Max-Planck-Institut für demografische Forschung.
13 Statistisches Bundesamt, 2009: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 3 W-2.

Abbildung 7: Entwicklung der Geburtenrate



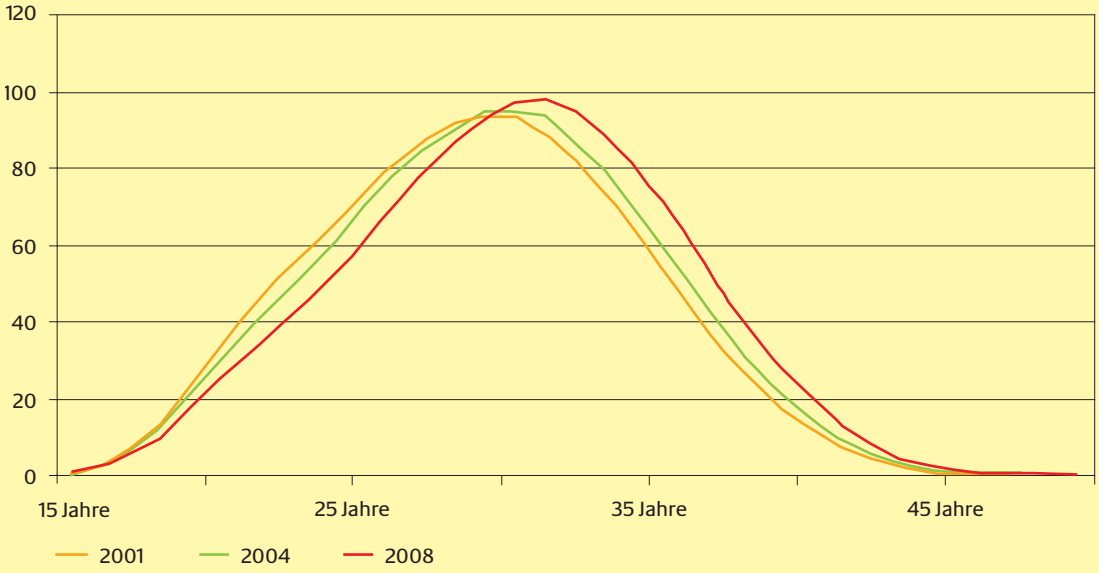
Quelle: Geburtenstatistik, Statistisches Bundesamt, 2009

Dieser Anstieg war insbesondere auf einen Anstieg der Geburten in Ostdeutschland zurückzuführen. Während in Westdeutschland die Geburtenrate von 2007 auf 2008 konstant geblieben ist (1,37), ist die Geburtenrate in Ostdeutschland im selben Zeitraum von 1,37 auf 1,40 gestiegen und hat damit den Anstieg der Geburtenrate im gesamten Bundesgebiet von 1,37 auf 1,38 verursacht. Von 2007 auf 2008 gab es in allen ostdeutschen Bundesländern (einschl. Berlin) einen Anstieg der Geburten, während es in allen westdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Hamburg einen Rückgang der Geburten gab.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre bezüglich des Alters der Mütter hat sich auch 2008 fortgesetzt: Die durchschnittliche Zahl der Geburten ging bei jüngeren Frauen zurück, während sie bei den Frauen ab etwa 30 Jahren zunahm.[14] Frauen bekommen später Kinder, nicht nur in Deutschland. Ein europaweiter Blick zeigt, dass sich in fast allen EU-Ländern das Durchschnittsalter der Mütter bei Geburt erhöht hat und Deutschland im europäischen Mittelfeld liegt.[15] 2008 war eine deutsche Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes durchschnittlich 30,4 Jahre alt. Heute bringen Frauen zwischen 29 und 32 Jahren die meisten Kinder zur Welt, während es 2001 noch Frauen zwischen 28 und 30 Jahren waren (Abb. 8).

14 Geburtenstatistik, Statistisches Bundesamt, 2009.
15 Statistisches Bundesamt, 2009: Im Blickpunkt: Jugend in Europa, S. 42.

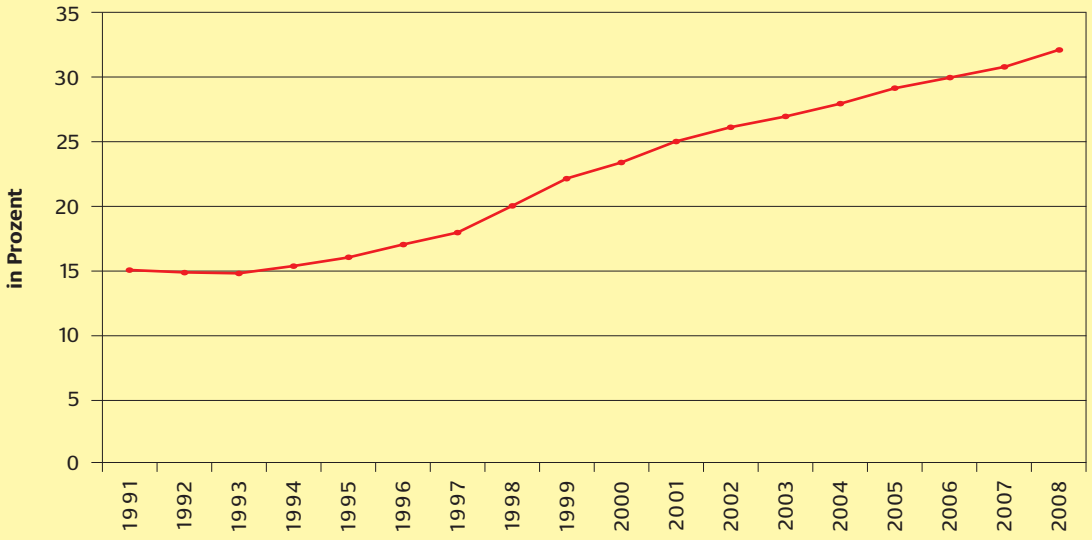
Abbildung 8: Lebendgeborene je 1.000 Frauen nach Alter



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009

32,1 Prozent aller Lebendgeborenen im Jahr 2008 wurden von nicht verheirateten Müttern auf die Welt gebracht. Damit steigt der Anteil der nichtehelichen Geburten seit 1991 kontinuierlich von 15 auf über 30 Prozent an.

Abbildung 9: Anteil der nichtehelichen Geburten an allen Lebendgeborenen, 1991–2008

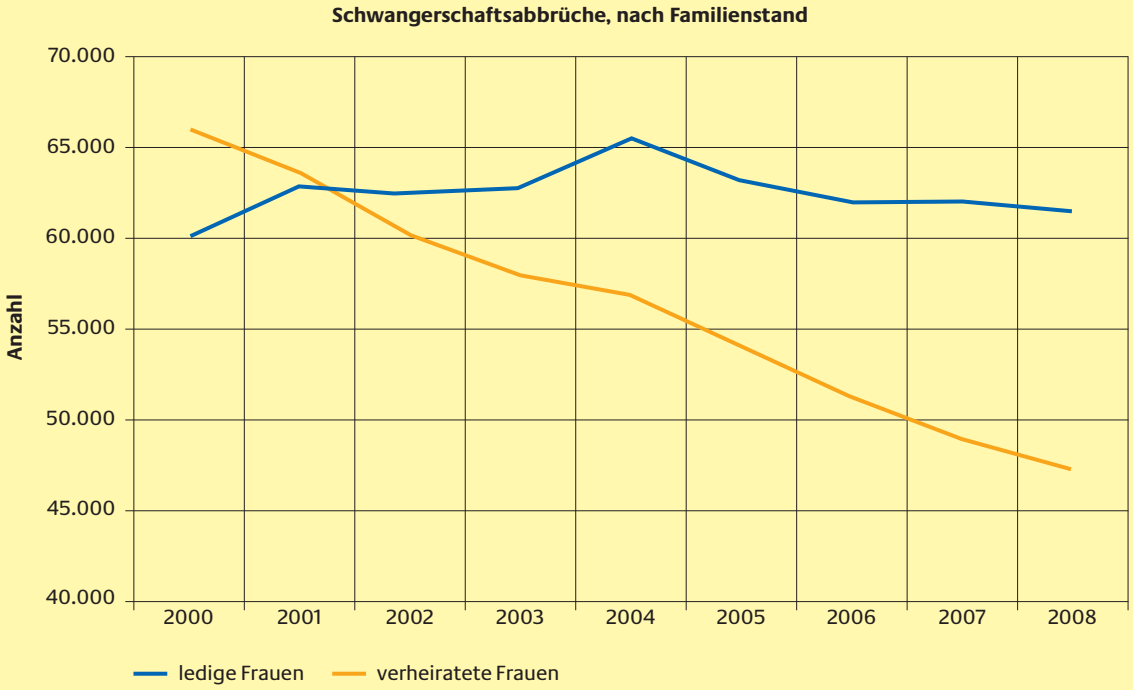


Quelle: Geburtenstatistik, Statistisches Bundesamt, 2009

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nimmt absolut und relativ weiterhin ab. Im dritten Quartal 2009 sank die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres um 4,3 Prozent. Dabei waren knapp drei Viertel der Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen ließen, zwischen 18 und 34 Jahre alt, 14 Prozent zwischen

35 und 39 Jahre. Bei den unter 18-Jährigen sank die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um zwei Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal. 40 Prozent der Schwangeren aller Altersgruppen hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt.[16] Besonders bei verheirateten Frauen sank die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche seit 2000 deutlich.

Abbildung 10: Schwangerschaftsabbrüche, 2000–2008



Quelle: Statistik der Schwangerschaftsabbrüche, Statistisches Bundesamt, 2009

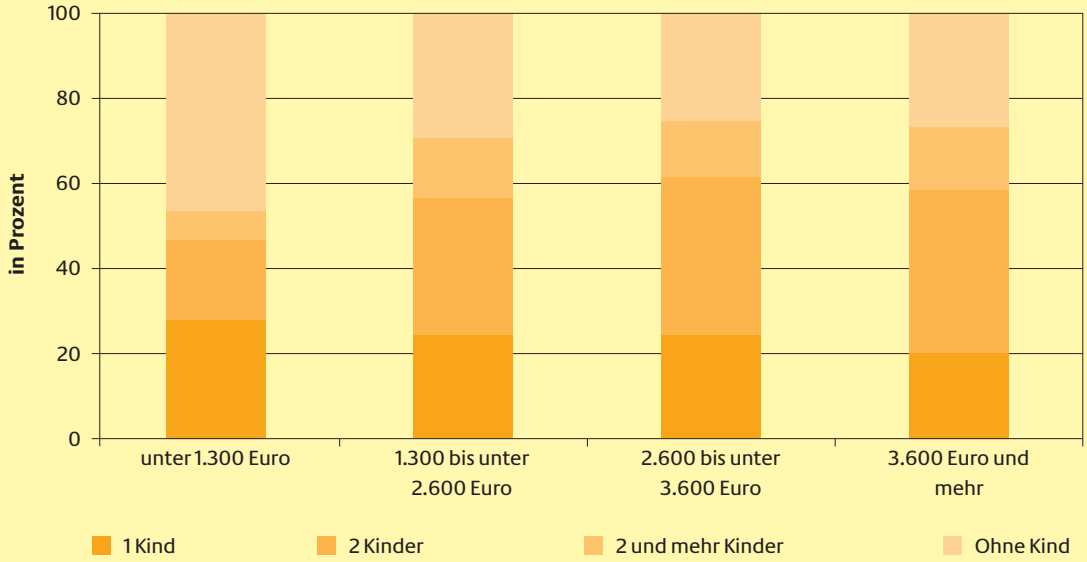
In Deutschland sind 13 Prozent der 50- bis 75-jährigen Frauen kinderlos. Im Osten Deutschlands gibt es deutlich weniger kinderlose Frauen als im Westen. In den neuen Ländern (ohne Berlin) ist der Anteil der Frauen, die keine Kinder auf die Welt gebracht haben, deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Acht Prozent der ostdeutschen und 14 Prozent der westdeutschen Frauen im Alter von 50 bis 75 Jahren haben keine Kinder geboren. Dieser Unterschied setzt sich auch für die jüngeren Jahrgänge fort: Von den 35- bis 39-Jährigen in Westdeutschland haben bisher 28 Prozent keine Kinder, in Ostdeutschland sind lediglich 16 Prozent kinderlos.

Die Kinderlosigkeit hängt nur in Westdeutschland mit dem Bildungsstand zusammen. Je höher der Bildungsstand, desto häufiger ist eine Frau kinderlos. Betrachtet man Frauen ab 40 Jahren, hat ein Viertel der Frauen mit hoher Bildung keine Kinder. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei den Frauen mit mittlerer Bildung (16 %) und mehr als doppelt so hoch wie bei den Frauen mit niedriger Bildung (11 %). Für Ostdeutschland trifft dieser Zusammenhang dagegen nicht zu. Hier ist die Kinderlosigkeit von Frauen mit geringer Bildung etwas höher als von Frauen mit hoher Bildung.[17] Auch das Haushaltseinkommen hat Auswir-

16 Statistisches Bundesamt, 2009.
17 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.

kungen auf die Kinderlosigkeit. Jedoch zeigen die Zahlen, dass es nicht Frauen aus ärmeren Haushalten sind, die viele Kinder bekommen. Fast die Hälfte der Frauen mit geringem Haushaltsnettoeinkommen hat kein Kind. Der Anteil der Frauen mit zwei Kindern nimmt mit steigendem Einkommen zu und Mehrkindfamilien sind bei geringen Einkommen selten.[18]

Abbildung 11: 25- bis 49-jährige Frauen nach Haushaltseinkommen und Kinderzahl, 2006



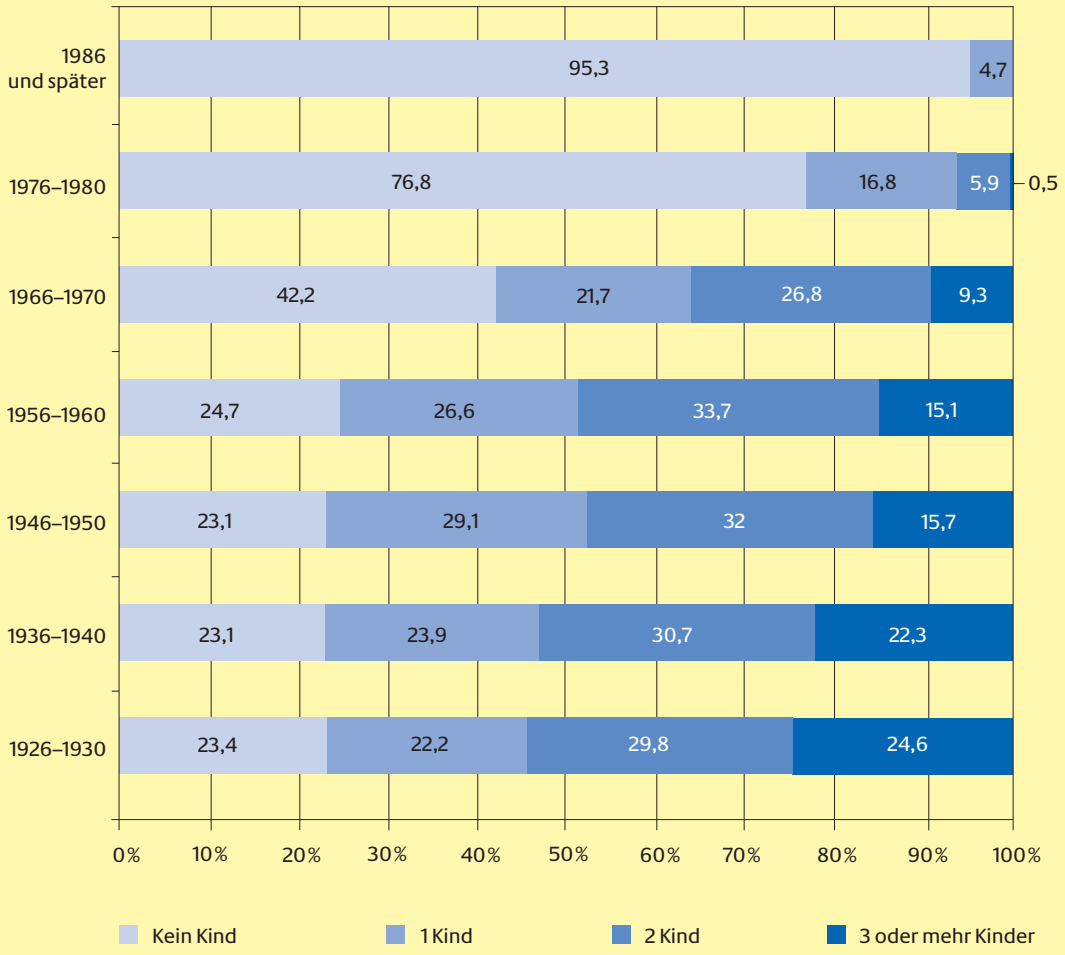
Quelle: Sondererhebung „Geburten in Deutschland" 2006, Statistisches Bundesamt, 2009

Auch der Familienstand hat Einfluss auf die Kinderlosigkeit. 86 Prozent der verheirateten Frauen, die zwischen 35 und 49 Jahre alt sind, haben Kinder. Von den ledigen Frauen dieses Alters haben dagegen nur 33 Prozent Kinder. Bei den ledigen Frauen zwischen 35 und 49 Jahren zeigt sich zwischen alten und neuen Ländern (ohne Berlin) ebenfalls ein deutlicher Unterschied. In den alten Bundesländern hatten 24 Prozent, in den neuen Ländern dagegen zwei Drittel der ledigen Frauen Kinder. Unter den verheirateten Frauen dieses Alters sind in den alten Ländern 85 Prozent und in den neuen Ländern 95 Prozent Mütter.[19]

Männer haben im Vergleich zu Frauen seltener und weniger Kinder. 2005 waren 80 Prozent der 50- bis 54-jährigen Männer Väter von mindestens einem Kind. Väter haben am häufigsten zwei Kinder. Heute ältere Väter haben im Durchschnitt häufiger drei und mehr Kinder. Ostdeutsche Männer sind deutlich seltener kinderlos als westdeutsche Männer. Die durchschnittliche Kinderzahl ostdeutscher Väter ist zudem etwas höher als die der westdeutschen Väter (Abb. 12). Auch bei Männern begünstigt die Ehe eine Vaterschaft. 84 Prozent der verheirateten Männer sind Väter. Immerhin knapp die Hälfte der Männer, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, sind Väter und bei den heute über 60-Jährigen sind es sogar zwei Drittel. Bei älteren Männern führt oft auch eine neue Partnerschaft noch zu einer späten Vaterschaft. Die neue Partnerschaft wird dann aber nicht zwingend in Form einer Ehe gelebt.[20]

18 Sondererhebung „Geburten in Deutschland" 2006, Statistisches Bundesamt.
19 Sondererhebung „Geburten in Deutschland" 2006, Statistisches Bundesamt.
20 K. Ruckdeschel/R. Naderi, 2009: Fertilität von Männern, in: Bevölkerungsforschung aktuell 4, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Daten des Generations and Gender Survey 2005.

Abbildung 12: Kinderlose Männer und Väter nach Kinderzahl, 2005



Quelle: K. Ruckdeschel/R. Naderi, 2009: Fertilität von Männern, in: Bevölkerungsforschung aktuell 4, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Daten des Generations and Gender Survey 2005

Migrantinnen sind seltener kinderlos und häufiger kinderreich. Nur etwa ein Viertel der Migrantinnen ist kinderlos. Migrantinnen haben dabei in der Mehrheit zwei und mehr Kinder. 2008 lebten in Migrantenfamilien im Schnitt 1,7 Kinder. Neuere Studien zeigen aber, dass das Geburtenverhalten von jungen Migrantinnen von Anpassungsprozessen geprägt ist und sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer dem Geburtenverhalten von jungen Frauen ohne Migrationshintergrund anpasst.[21]

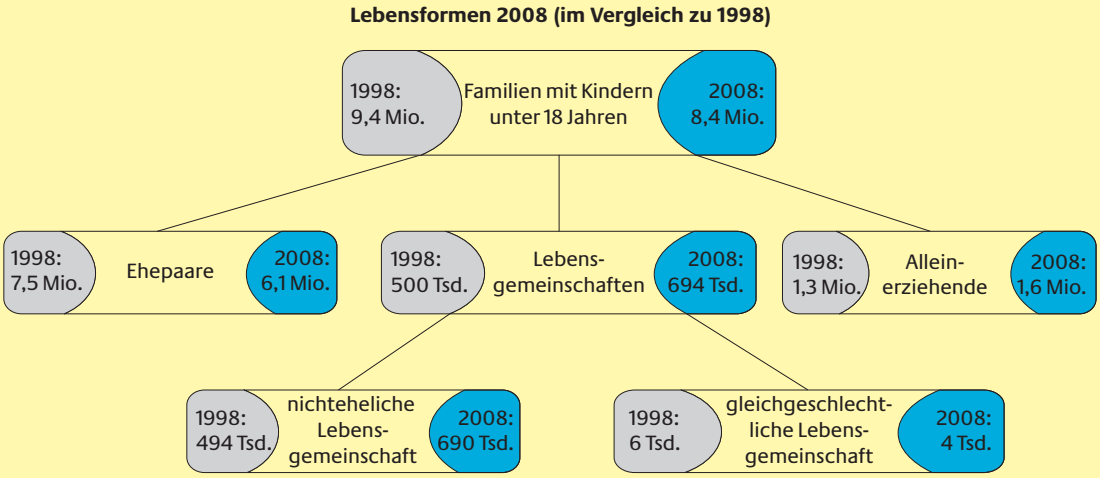
Unterschiedliche Familienformen

Die Ehe ist mit einem Anteil von 73 Prozent an allen Familienformen nach wie vor die meistgelebte Form. Seit 1998 ist der Anteil an Ehepaaren zwar zurückgegangen, aber nur sehr gering. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist die Ehe mit 87 Prozent ebenfalls die am

21 Nadja Milewski, 2008: Auf einen Streich: Umzug, Heirat und das erste Kind, in: Demografische Forschung aus einer Hand, Nr. 2, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, S. 4, sowie S. Schmidt/M. Kohls, 2009: Das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, unveröffentlichtes Papier.

häufigsten gelebte Familienform. Weiter angestiegen sind vor allem die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die in den letzten zehn Jahren um mehr als 30 Prozent zugenommen haben (Abb. 13). Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben seit 1998 vor allem in Westdeutschland zugenommen. Eine leichte Zunahme ist auch bei Alleinerziehenden zu beobachten. 2008 waren 19 Prozent alleinerziehend, in den neuen Bundesländern ist ein Viertel aller Familien alleinerziehend.

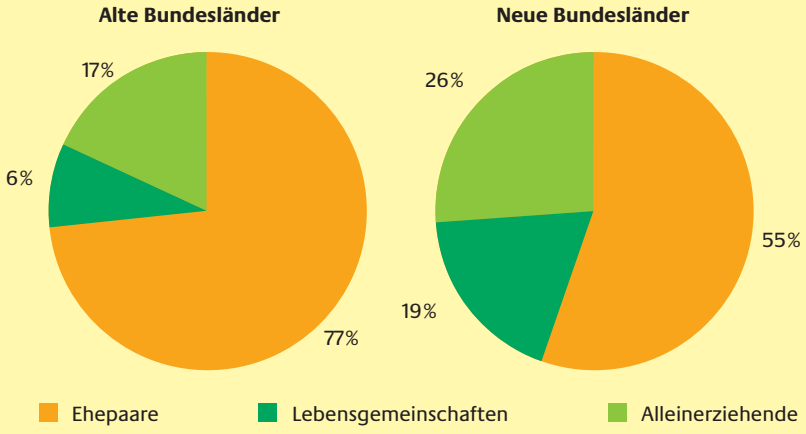
Abbildung 13: Familienformen 1998 und 2008



Quelle: Mikrozensus 1998 und 2008

Grundsätzlich unterscheiden sich in Ost- und Westdeutschland die Familienformen nach wie vor voneinander (Abb. 14). Während die nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Ostdeutschland 19 Prozent ausmachen, sind es in Westdeutschland nur sechs Prozent. Der Anteil Alleinerziehender ist in Ostdeutschland fast 10 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland.

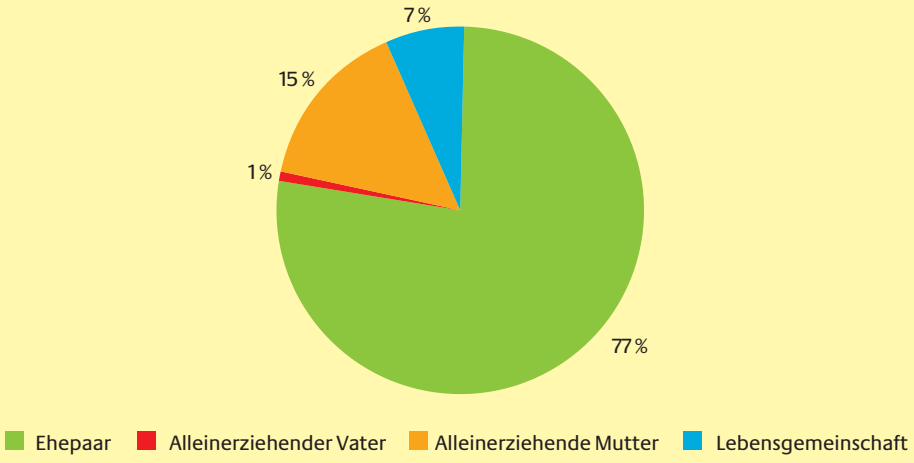
Abbildung 14: Familienformen in den alten und neuen Bundesländern



Quelle: Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen

76 Prozent aller ledigen Kinder wachsen bei ihren verheirateten Eltern auf. Bei unter 18-Jährigen ist dieser Anteil etwas höher (Abb. 15). Sieben Prozent der minderjährigen Kinder wachsen in einer Lebensgemeinschaft auf und mehr als jedes sechste Kind wächst bei einem alleinerziehenden Elternteil auf (15 %).

Abbildung 15: In welcher Familienform Kinder bis 18 Jahre leben, 2008

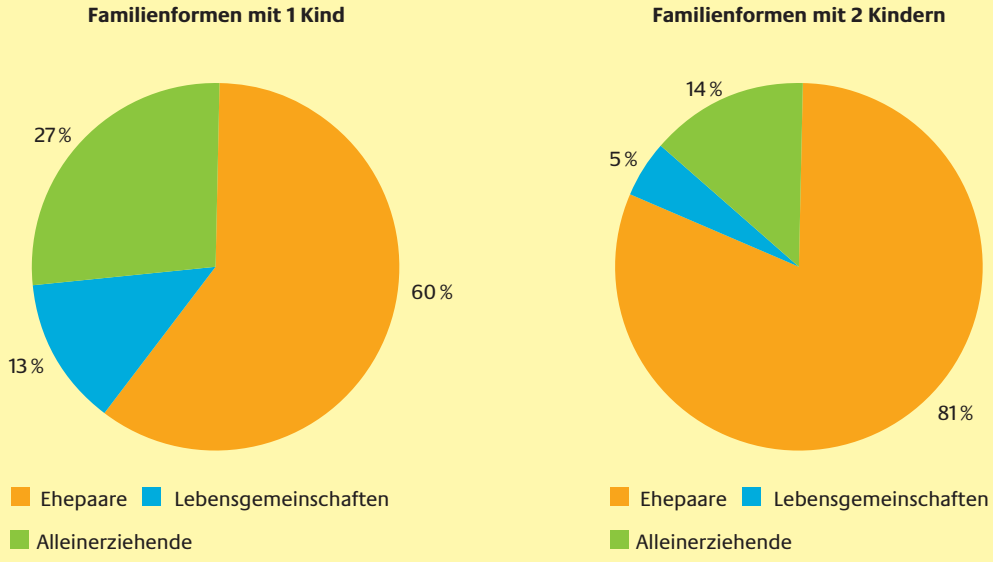


Quelle: Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen

Im Jahr 2008 lebte in 52 Prozent aller Familien ein Kind, in mehr als einem Drittel aller Familien leben zwei Kinder. In 1,3 Millionen Familien leben drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren. Das entspricht 11 Prozent an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren. In den neuen Bundesländern gibt es weniger Mehrkindfamilien als in den alten Bundesländern. Mehrkindfamilien sind vergleichsweise häufiger armutsgefährdet als Familien mit einem oder zwei Kindern.

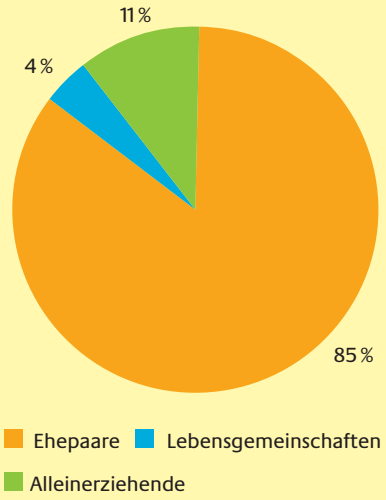
Je mehr Kinder in einer Familie vorhanden sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Eltern miteinander verheiratet sind. In 84 Prozent der Familien mit drei und mehr Kindern sind die Eltern verheiratet. In Familien mit einem Kind beträgt der Anteil der Ehepaare nur noch 60 Prozent (Abb. 16).

Abbildung 16: Familienform nach Zahl der Kinder, 2008



Fortsetzung Abbildung 16:

Familienformen mit 3 und mehr Kindern



Quelle: Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen

Eine Familienform, in der Kinder häufiger als früher aufwachsen, ist die Stieffamilie. Stieffamilien entstehen, wenn Eltern sich trennen bzw. scheiden lassen und ein leiblicher Elternteil mit einer neuen Partnerin/einem neuen Partner zusammenkommt. Da Kinder nach einer Trennung/Scheidung auch heute in den meisten Fällen bei der Mutter bleiben, gibt es häufiger Familien mit einem Stiefvater als Familien mit einer Stiefmutter. So gibt es in zwei Drittel aller Stieffamilien einen Stiefvater. Insgesamt sind 13,6 Prozent der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren Stieffamilienhaushalte. In den meisten dieser Stieffamilien lebt nur ein Kind unter 18 Jahren. In Westdeutschland leben etwas weniger Stieffamilien als in Ostdeutschland (13,2 % zu 15,2 %). In Stieffamilien ist der Anteil an Ehen generell geringer, jedoch dominiert die Ehe auch hier. Aus Sicht der Kinder bedeutet das, dass etwa 10,9 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Stieffamilien leben. In Ostdeutschland leben etwa 15 Prozent und in Westdeutschland etwa 10 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Stieffamilien. International liegt Deutschland damit im Mittelfeld.[22]

Eheschließungen und Scheidungen

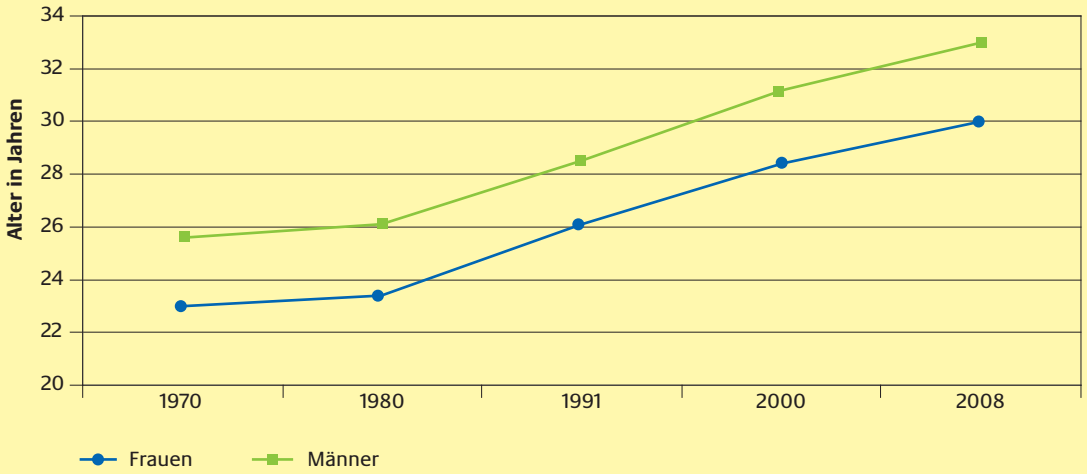
Im Jahr 2008 haben sich 377.000 Paare trauen lassen, das ist ein Anstieg von 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2007 waren etwas mehr als ein Viertel dabei Zweit- oder Folgeehen, dieser Anteil ist im Vergleich zu früheren Jahren nahezu konstant. Am häufigsten heiraten Menschen zwischen 30 und 50 Jahren wieder, danach sinken die Wiederheiratszahlen.

Der Anteil der ausländischen Eheschließungen (mindestens ein Partner mit ausländischer Staatsangehörigkeit) lag 2008 bei 13 Prozent und ist damit leicht zurückgegangen. Die Zahl der binationalen Ehen (nur ein Partner mit ausländischer Staatsangehörigkeit) blieb seit

22 A. Steinbach, 2008: Stieffamilien in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33, S. 153–180, Daten des Generations and Gender Survey 2005.

1991 dagegen nahezu konstant. Die Zahl der binationalen Paare (Ehen und nichteheliche Lebensgemeinschaften in einem gemeinsamen Haushalt) hat sich seit 1996 jedoch nahezu verdoppelt, was auf einen Anstieg von binationalen nichtehelichen Lebensgemeinschaften hinweist.

Abbildung 17: Alter bei Erstehe



Quelle: Statistik der Eheschließungen, Statistisches Bundesamt, 2009

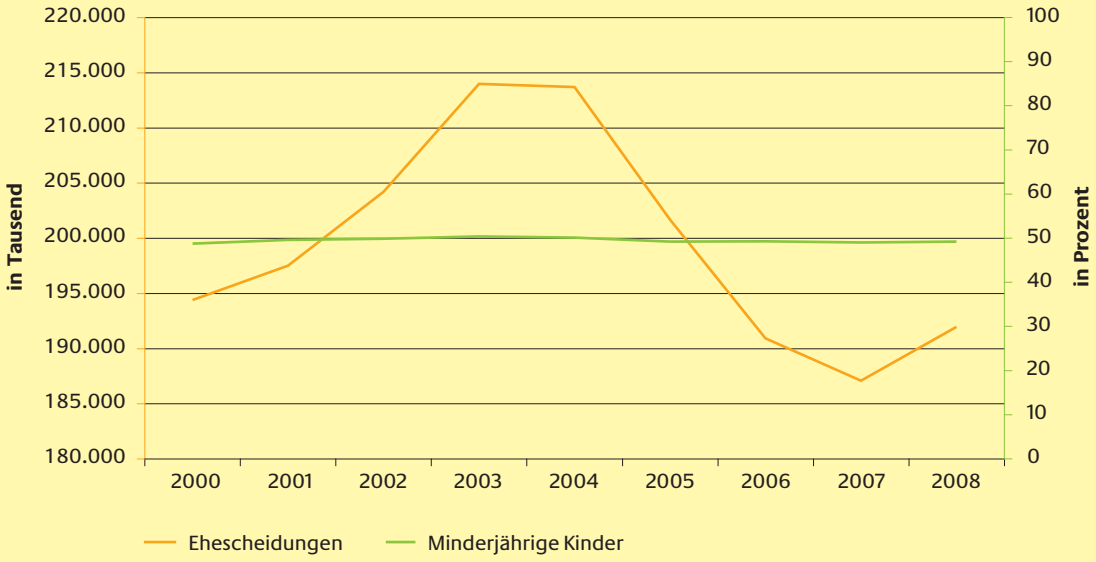
Gegenwärtig heiraten mehr als zwei Drittel der Frauen und etwas weniger als zwei Drittel der Männer mindestens einmal in ihrem Leben. Zunehmend mehr Personen bleiben ihr gesamtes Leben lang ledig bzw. leben in anderen Formen als der Ehe. Die höchste Heiratserwartung findet sich bei Geschiedenen. Wer sich einmal für die Lebensform Ehe entschieden hat, gibt diese Option auch nach einer Scheidung selten auf.[23] Das Alter bei der Erstehe ist weiter gestiegen und beträgt im Jahr 2008 für Männer 33 Jahre, für Frauen 30 Jahre (Abb. 17). Etwa jeder neunte deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung (11,7 %) und sogar fast jeder vierte Ausländer (23,9 %) ist bereits im Alter von 19 bis 25 Jahren verheiratet. Bei deutschen Personen ohne Migrationshintergrund ist dies in der vergleichbaren Altersgruppe bei lediglich 3,2 Prozent der Fall.[24]

Die Zahl der Scheidungen hat im Vergleich zum Vorjahr absolut um 2,6 Prozent geringfügig zugenommen. Zunehmend werden auch Ehen mit einer Ehedauer von mehr als 20 Jahren geschieden. Wenn Kinder von der Scheidung der Eltern betroffen waren, blieb das Sorgerecht in neun von zehn Scheidungen bei beiden Eltern (2007). Seit 2000 sind in der Hälfte aller Scheidungen gemeinsame minderjährige Kinder betroffen (Abb. 18). In Ostdeutschland sind es etwas weniger als in Westdeutschland (44 % zu 50 %). Insgesamt waren 2008 150.187 minderjährige Kinder von Scheidungen betroffen. Im Europavergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld, die meisten Scheidungen gab es in Litauen, die wenigsten in den katholisch geprägten Ländern Irland und Italien.

23 J. Dorbritz, 2009: Heiratsverhalten Lediger, Geschiedener und Verwitweter in Deutschland 2007 – Ergebnisse der Berechnung von Heiratstafeln, in: Bevölkerungsforschung aktuell Nr. 3, hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, S. 2–6.

24 BMFSFJ, 2009: Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration, Sonderauswertung des Mikrozensus 2005.

Abbildung 18: Gemeinsame minderjährige Kinder bei Ehescheidungen in % und Anzahl der Ehescheidungen in Tausend, 2000–2008



Quelle: Statistik der Ehescheidungen, Statistisches Bundesamt, 2009

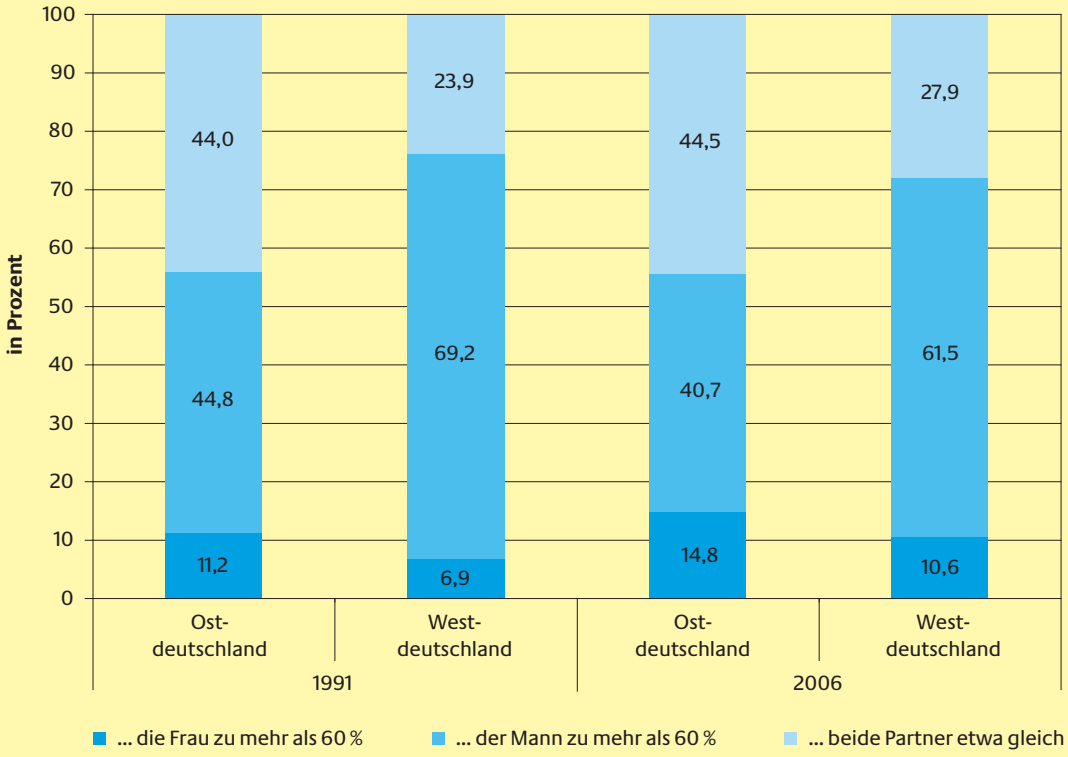
Wer ernährt die Familie?

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nimmt die Zahl der alleinverdienenden Männer ab. Frauen tragen heute einen größeren Anteil zum Haushaltseinkommen bei als noch vor 15 Jahren (Abb. 19). Besonders ostdeutsche Frauen zahlen mehr in die Familienkasse ein. Der Grund dafür ist, dass Frauen in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland einer eigenständigen Erwerbsarbeit nachgingen und nachgehen – und dies oft in Vollzeit. Allerdings ernähren Frauen sich oder ihre Familien häufig mit niedrigeren Einkommen, besonders in Ostdeutschland. Dort liegt das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bei der Hälfte der Familienernährerinnen bei maximal 1.319 Euro. Rund jede zweite Familienernährerin in Ostdeutschland ist alleinerziehend. Viele Frauen sind zudem unfreiwillig Familienernährerinnen, wenn ihre Partner arbeitslos werden.[25]

25 Ch. Klenner, 2009: Wer ernährt die Familie? Erwerbs- und Einkommenskonstellationen in Ostdeutschland, in: WSI Mitteilungen 11/2009, S. 619–625, Hans-Böckler-Stiftung, Daten des Sozio-oekonomischen Panels.

Abbildung 19: Anteil der Familienernährerinnen und Familienernährer

Das Familieneinkommen erwirtschaftet ...



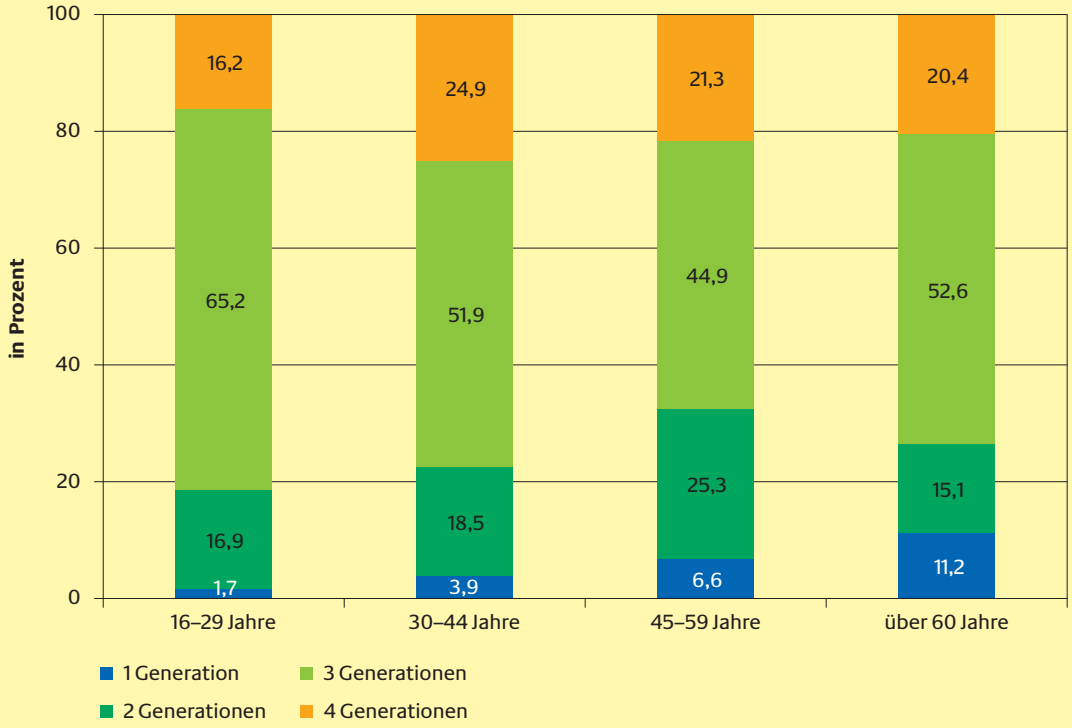
Quelle: Ch. Klenner, 2009: Wer ernährt die Familie? Erwerbs- und Einkommenskonstellationen in Ostdeutschland, in: WSI Mitteilungen 11/2009, S. 619–625, Hans-Böckler-Stiftung, Daten des Sozio-oekonomischen Panels

Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen

Über die Hälfte der Bevölkerung gibt an, dass ihre Familie drei Generationen umfasst. Immerhin mehr als jeder Fünfte sagt, dass die Familienangehörigen vier und mehr Generationen umfassen.[26] Dabei lebten 2008 sogar in 221.000 Haushalten Großeltern, Eltern, Enkel und Ur-Enkel gemeinsam unter einem Dach.[27] Am häufigsten wird die 3-Generationen-Familie bei den 16- bis 29-Jährigen (Abb. 20) gelebt. Vier und mehr Generationen finden sich dagegen am häufigsten in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen. Die eigene Familiengründung in dieser Altersgruppe führt zur (kurzzeitigen) Gleichzeitigkeit von vier und mehr Generationen. Insgesamt verändert sich die Anzahl der Generationen über den Lebenslauf hinweg nur wenig. Das bedeutet, dass die Mehrheit der Bevölkerung nahezu durchgängig in Kernfamilien mit drei oder mehr Generationen lebt. Bei den über 60-Jährigen haben allerdings 11 Prozent keine weitere Generation mehr.

26 Institut für Demoskopie Allensbach, 2009: IfD-Archiv 10048.
27 Statistisches Bundesamt, 2009.

Abbildung 20: Anzahl der Generationen der Familienangehörigen in verschiedenen Altersgruppen 2009



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach 2009, IfD-Archiv 10048

Die weiter ansteigende Lebenserwartung führt dazu, dass die Generationen zunehmend mehr Zeit miteinander verbringen können. Das Miteinander der Generationen hängt auch davon ab, in welchem quantitativen Ausmaß sich die Generationen gegenseitig zur Verfügung stehen. Der Generations and Gender Survey 2005 zeigt eine hohe gegenseitige Verfügbarkeit: 65 Prozent der 60- bis 69-Jährigen haben Enkelkinder und 70 Prozent der 17- bis 29-Jährigen haben mindestens einen Großelternteil. Zukünftig wird es zudem mehr Ur-Großmütter und Ur-Großväter geben und die Generationenbeziehungen werden dadurch – in immer mehr Vier-Generationen-Familien – noch vielfältiger.[28]

Der Zusammenhalt von Jung und Alt ist nach wie vor hoch. Die Großeltern betreuen häufig die Enkelkinder bzw. unterstützen die Familie finanziell, im Gegenzug erhalten sie dafür oft soziale Unterstützung von den Kindern bzw. Enkelkindern. Vor allem Eltern von kleineren Kindern berichten in hohem Maße, dass sie von ihren Eltern oder Schwiegereltern bei der Familien- und Hausarbeit unterstützt werden.[29] Über die Hälfte der Eltern von drei- bis fünfjährigen Kindern erhalten besonders viel Unterstützung, vor allem dann, wenn die Mutter Teil- oder Vollzeit erwerbstätig ist. Alleinerziehende verfügen über ein geringeres Unterstützungspotenzial, da ihnen oft die Partnerfamilie fehlt bzw. die Kontakte abgebrochen sind. Unterstützen sich die Generationen nicht oder nur wenig, liegt das in den meisten Fällen an der zu großen räumlichen Entfernung. Etwa 17 Prozent der Großeltern benötigen

28 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2009: 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BIB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht, S. 77 ff., Daten des Generations and Gender Survey 2005.
29 Vorwerk Familienstudie 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.

mehr als eine Stunde für die Anreise.[30] Auch europaweit findet sich dieses Unterstützungsmuster, jedoch unterscheiden sich die einzelnen Länder in Häufigkeit und zeitlichem Umfang der Unterstützung.[31] Auffällig ist dabei ein Nord-Süd-Gefälle zwischen den Ländern Europas.

In den skandinavischen Ländern betreuen mehr als die Hälfte der Großeltern wesentlich öfter Enkelkinder, tun dies aber insgesamt kürzer, während in Südeuropa Großeltern zwar seltener (etwa 40–45 % der Großeltern) ihre Enkelkinder betreuen, für die Betreuung aber mehr als doppelt so viel Zeit aufwenden. Deutschland liegt dabei im Mittelfeld, zusammen mit Frankreich und Österreich. Deutsche Großeltern betreuen zwar im Vergleich zu den skandinavischen Großeltern die Enkelkinder weniger oft, dafür verbringen sie aber fast doppelt so viel Zeit wie skandinavische Großeltern mit der Kinderbetreuung.[32] Umgekehrt leisten Kinder mit pflegebedürftigen Eltern in Deutschland und Österreich die meisten Hilfeleistungen. Damit ist Deutschland Spitzenreiter in Europa. Erklärungen dafür finden sich in den unterschiedlichen staatlichen Unterstützungsleistungen. Haben Länder eher gut ausgebaute soziale Dienste, übernehmen die Kinder auch weniger zeitintensive Hilfe für ihre Eltern.[33] Aber auch die Betrachtung von Fürsorge- und Pflegeaufgaben als genuin familiäre Angelegenheit spielt eine Rolle.

Der enge Zusammenhalt der Generationen drückt sich auch in der Kontakthäufigkeit aus. Jeder Dritte hat häufig Kontakt zu seinen Großeltern, fast jeder Zweite hat hin und wieder Kontakt. Zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern ist der Kontakt noch häufiger. Fast zwei Drittel der Eltern sprechen oder sehen die eigenen Kinder häufig.[34]

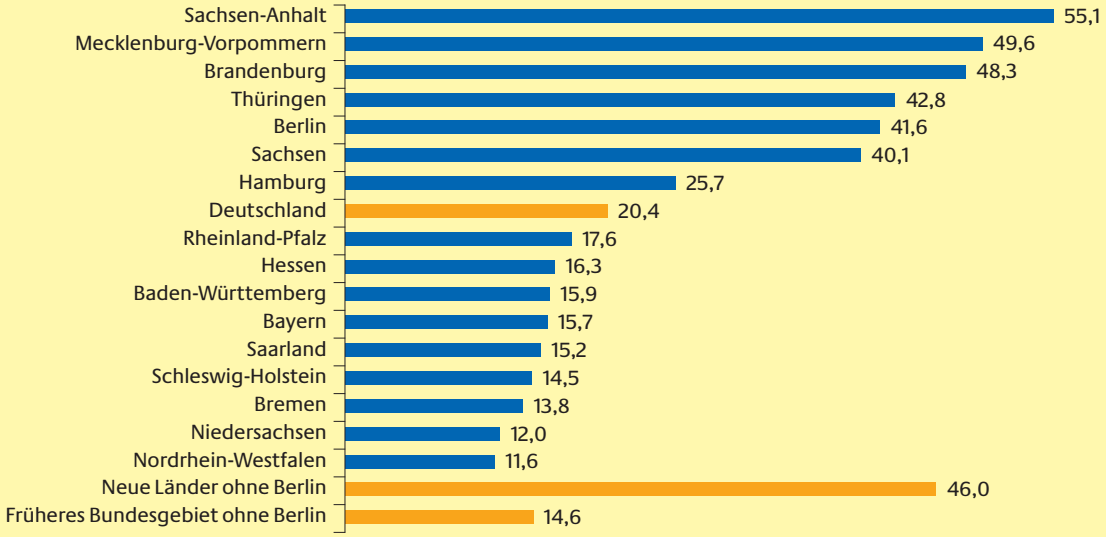
Entwicklung der Kinderbetreuung

Im März 2009 wurden etwa 20 Prozent, d. h. 417.000 Kinder unter drei Jahren, in einer Kindertageseinrichtung bzw. in einer öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut.[35] Das ist ein Anstieg von 53.000 Kindern bzw. 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ziel des Gesetzgebers ist es, bis zum Jahr 2013 eine Betreuungsquote für Kinder dieser Altersgruppe von bundesweit 35 Prozent zu erreichen. In den ostdeutschen Bundesländern lag die Betreuungsquote mit 46 Prozent mehr als dreimal so hoch wie in den westdeutschen Bundesländern (15 %). Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (55 %), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (50 %) und Brandenburg (48 %). Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Rheinland-Pfalz mit 18 Prozent die höchste Betreuungsquote. Deutlich höher lagen die Quoten in den Stadtstaaten Berlin (42 %) und Hamburg (26 %) (Abb. 21).

30 W. Bien, 2009: Netzwerk Familie, in: DJI Bulletin, 86, Deutsches Jugendinstitut e. V., S. 12 f.
31 M. Albertini/M. Kohli/C. Vogel, 2007: Intergenerational transfers of time and money in European families: common patterns – different regimes? In: Journal of European Social Policy, 17 (4), S. 319–334, sowie M. Brandt, 2009: Hilfe zwischen Generationen. Ein europäischer Vergleich, VS Verlag: Wiesbaden, Daten der SHARE-Studie.
32 Ebd.
33 M. Brandt, 2009: Hilfe zwischen Generationen. Ein europäischer Vergleich, VS Verlag: Wiesbaden, Daten der SHARE-Studie.
34 Familienmonitor 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.
35 Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen, Statistisches Bundesamt, 2009.

Kleinkinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund (mindestens ein ausländischer Elternteil) besuchen vergleichsweise selten eine Kindertageseinrichtung bzw. ähnliche Betreuungsangebote. Nur etwa jedes zehnte Kleinkind mit Migrationshintergrund unter drei Jahren besucht eine Kindertageseinrichtung (10,5%). Auch hier unterscheiden sich die Bundesländer deutlich. In Berlin besucht etwa jedes vierte Kleinkind mit Migrationshintergrund eine Kita (28%), in Niedersachsen dagegen ist es nur jedes 20. Kleinkind mit Migrationshintergrund.[36]

Abbildung 21: Anteil von unter 3-jährigen Kindern, die am 1. März 2009 in einer Kindertageseinrichtung betreut wurden (Betreuungsquote), in Prozent[37]

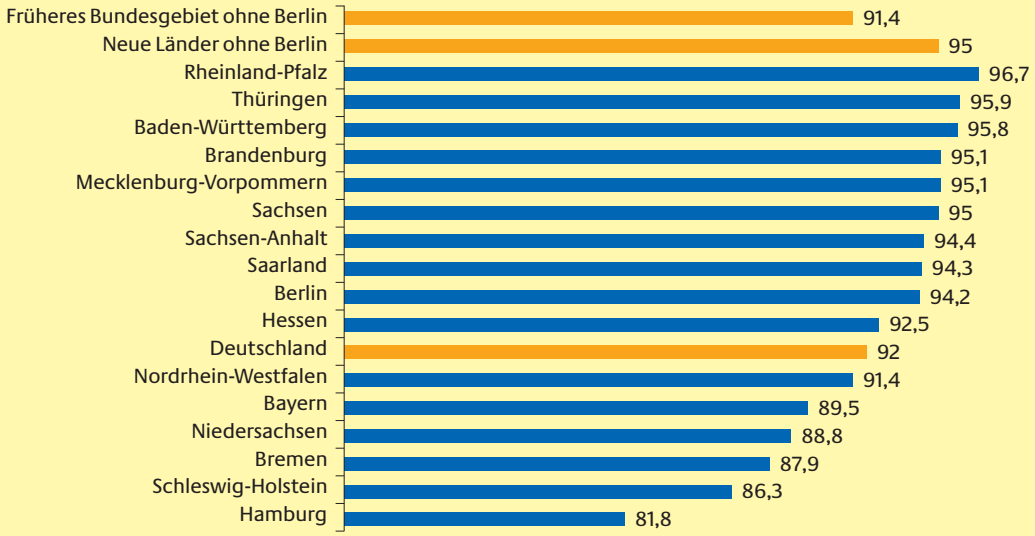


Quelle: Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen, Statistisches Bundesamt, 2009

In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen haben die Eltern von mehr als 1,9 Millionen Kindern ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Damit erhöhte sich die Betreuungsquote auf bundesweit 92 Prozent (2008: 91%). Die höchsten Betreuungsquoten gab es bei den 3- bis unter 6-Jährigen in Rheinland-Pfalz mit 97 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg und Thüringen (jeweils 96%), die geringsten Quoten hatten Bremen (88%) und Schleswig-Holstein (86%) (Abb. 22). 84 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund (mindestens ein ausländischer Elternteil) im Alter von drei bis unter sechs Jahren besuchen in Deutschland eine Kindertageseinrichtung oder eine vergleichbare Einrichtung. Aber auch hier unterscheiden sich die Bundesländer deutlich voneinander. Während in Baden-Württemberg (94%), im Saarland (91%), in Rheinland-Pfalz (89%), Nordrhein-Westfalen (88%) und Hessen (86%) ein relativ hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund eine Kindertagesstätte besucht, ist die Beteiligungsquote in Berlin (80%), Niedersachsen (76%), Bayern und Bremen (jeweils 75%) und Hamburg (72%) geringer.[38]

36 K. Bock-Famulla, 2009: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008, Verlag Bertelsmann Stiftung, Basis: Mikrozensus 2008 sowie Kinder- und Jugendhilfestatistik.
37 Statistisches Bundesamt, 2009.
38 K. Bock-Famulla, 2009: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008, Verlag Bertelsmann Stiftung, Basis: Mikrozensus 2008 sowie Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Abbildung 22: Anteil von 3- bis 6-jährigen Kindern, die am 1. März 2009 in einer Kindertageseinrichtung betreut wurden (Betreuungsquote), in Prozent

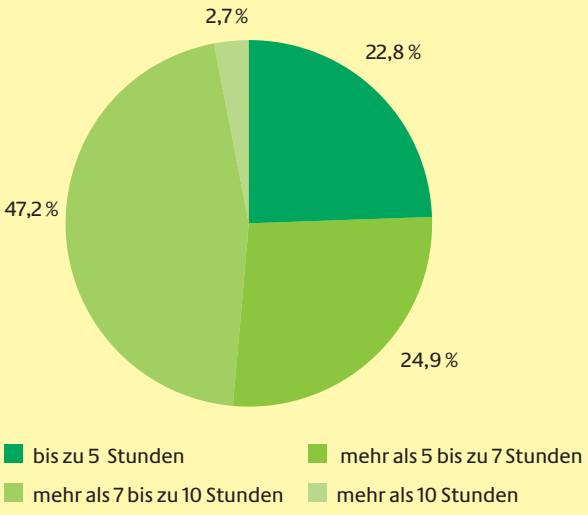


Quelle: Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen, Statistisches Bundesamt, 2009

Kinder werden dabei überwiegend mehr als sieben Stunden betreut. Dies ist auch bei Kindern mit Migrationshintergrund der Fall. Nur etwa jedes fünfte Kind verbringt max. fünf Stunden in der Kindertageseinrichtung. Ein Viertel der Kinder wird bis zu sieben Stunden betreut (Abb. 23).

Abbildung 23: Betreuungsumfang bei Kindern unter 3 Jahren, 2009

Bei ... Prozent der Kinder unter 3 Jahren betrug die durchschnittlich vereinbarte Betreuungszeit pro Tag ..., 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009, eigene Berechnungen

Räumliche Mobilität

Einerseits müssen immer mehr Menschen mit längeren Wegzeiten zur Arbeitsstelle rechnen, andererseits steigt der Wunsch nach beiderseitiger Erwerbstätigkeit der Eltern. Welche Mobilitätsmanagements Familien treffen, wie sich ihre Familienbeziehungen und -formen organisieren und ob eine Retraditionalisierung der Arbeitsteilung in den Familien als Folge von Mobilitätsanforderungen erfolgt, kann die Forschung derzeitig nicht beantworten. Wachsende Mobilität erschwert die Familienplanung und anschließende aktive Elternschaft insbesondere für Frauen. Mobile Frauen bekommen weniger und vor allem später Kinder. 20 Prozent der mobilen Frauen, aber nur 10 Prozent der nichtmobilen Frauen geben an, einen Kinderwunsch wegen des Berufs aufzuschieben. Frauen berichten zudem häufiger als Männer, dass die berufliche Situation ihre Familienplanung beeinflusst hat: Erwerbstätige Eltern, die noch nie in ihrem Leben mobil waren, geben deutlich seltener an, dass sie weniger oder später Kinder bekommen haben als früher mobile Eltern.[39]

Männer – mit oder ohne Kinder – und kinderlose Frauen sind häufiger mobil, Mütter hingegen nur selten. Mobile Frauen haben viel seltener Kinder (38 %) als nichtmobile erwerbstätige Frauen (76 %). Unter den vollzeitbeschäftigten mobilen Frauen sind nur 28 Prozent Mütter. Elf Prozent der alleinerziehenden Mütter, sechs Prozent der Mütter mit Partner sind mobil. Die meisten Mütter finden sich unter den nichtmobilen Teilzeitarbeitenden (93 %) und Erwerbslosen (83 %). Für Männer mit Partnerin ist Elternschaft und Mobilität besser vereinbar. Unter den Mobilen ist der Anteil der Väter so hoch (63 %) wie unter den Nichtmobilen (64 %). Ein hoher Anteil der mobilen Väter hat zwei Kinder. Kinderlosigkeit und -reichtum sind selten.[40] Bei Männern hat die Mobilität keinen nennenswerten Einfluss auf die Anzahl der Kinder. Dies ist in Deutschland und der Schweiz besonders auffällig. Berufstätige Mütter haben darüber hinaus das größte Tagespensum an Wegzeiten und -strecken durch komplexere und längere tägliche Wegeketten.[41] 83 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Mütter bewerkstelligen komplexe Wegeketten im Vergleich zu 25 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Väter. Orte und Zeiten sind in der Regel nicht aufeinander abgestimmt. Acht von zehn Eltern mit Kindern bis sechs Jahren kritisieren eine „unzureichende Abstimmung“ zwischen Arbeitszeiten, Öffnungszeiten (z. B. von Ämtern), Betreuungszeiten und öffentlichem Nahverkehr.[42]

Nähe und Distanz

Jüngere und/oder mobile Menschen leben oft in einer sogenannten „Living apart together“-Partnerschaft (LAT), das heißt, dass sie nicht zusammen in einem Haushalt wohnen. Diese Lebensform hat in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen. Meist geschieht dies aus beruflichen Gründen, wenn die Partnerin/der Partner berufsbedingt an einem anderen Ort wohnt. Diese Partnerschaft tritt vor allem in der besonders mobilen Altersgruppe der

39 N. Schneider et al., 2009: Beruf, Mobilität und Familie, in: G. Burkhart (Hg.): Zukunft der Familie, Sonderheft 6 der Zeitschrift für Familienforschung, Opladen: Barbara Budrich, S. 111–136.
40 N. Schneider et al., 2009: Beruf, Mobilität und Familie, in: G. Burkhart (Hg.): Zukunft der Familie, Sonderheft 6 der Zeitschrift für Familienforschung, Opladen: Barbara Budrich, S. 111–136.
41 BMVBS, 2009: Mobilität in Deutschland.
42 Repräsentativbefragung von Forsa, Berlin, April 2009, im Auftrag des Servicebüros der Lokalen Bündnisse für Familie.

18- bis 27-Jährigen auf, unabhängig von Bildungs- oder Berufsschicht, danach sinkt der Anteil und bleibt auf konstantem Niveau. Menschen, die derart leben, sind meistens unverheiratet, 18 Prozent sind geschieden. 2006 lebten mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden in einer LAT-Partnerschaft[43] sowie 29 Prozent der alleinwohnenden deutschen Erwachsenen und in 17,2 Prozent dieser Partnerschaften lebten Kinder unter 18 Jahren.

2008 lag der Anteil der Singles (Personen zwischen 25 und 55 Jahren, in Ein-Personen-Haushalten lebend) bei ca. sechs Prozent. Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte (ohne Altersein-schränkung) an allen Haushalten hat leicht zugenommen auf 39,4 Prozent. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern wohnen jüngere Menschen (15- bis 29-Jährige) in Deutschland häufiger allein. Nur jede zehnte Frau und 7,5 Prozent der Männer leben hierzulande in diesem Alter mit einer Partnerin bzw. einem Partner zusammen.[44] Aus dem Elternhaus ziehen deutsche Männer im Schnitt mit 25, Frauen mit 24 Jahren aus. Das ist im EU-Vergleich ziemlich früh.[45] Das spätere Zusammenziehen und dann auch das spätere Heiraten von jungen Menschen durch längere Ausbildungszeiten sind Gründe für die Zunahme der Singles in der Altersgruppe 25–55 Jahre. Bei den Älteren nimmt die Zahl der Singles durch den höheren Anteil verwitweter Frauen zu.

43 J. B. Asendorpf, 2008: Living apart together: Alters- und Kohortenabhängigkeit einer heterogenen Lebensform, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4, S. 749–764, Daten des Sozio-oekonomischen Panels 2006.
44 Statistisches Bundesamt, 2009: Im Blickpunkt: Jugend in Europa, S. 27 ff.
45 Ebd.

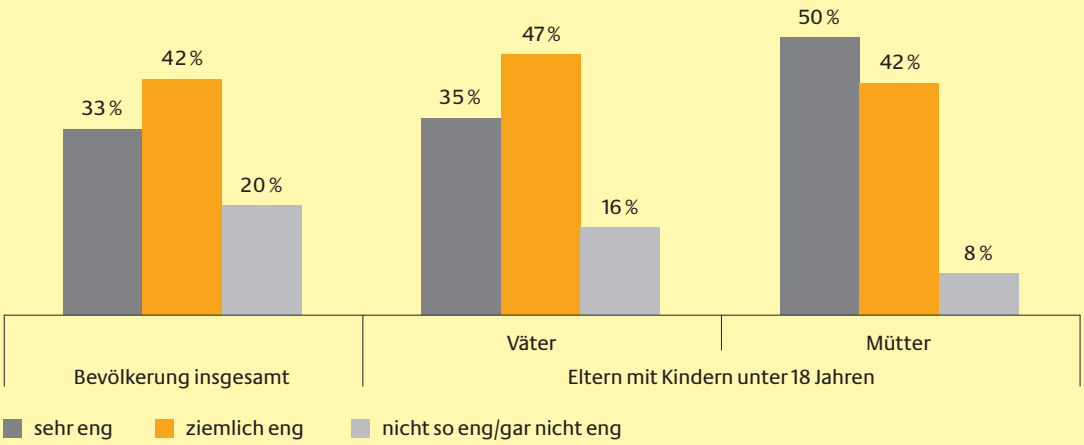
III.

Familienbilder, Werte und Einstellungen

Die Familie ist für drei Viertel der Bevölkerung der wichtigste Lebensbereich. Solidarität und Zusammenhalt in Familien sind in Zeiten der Krise besonders bedeutsam. Nach Einschätzung der Bevölkerung bietet die eigene Familie weiterhin einen stabilen Rückhalt in schwierigen Lebenslagen (vgl. Abb. 24).[46] Drei Viertel der Bevölkerung empfinden den Zusammenhalt in der eigenen Familie als „ziemlich eng“ oder „sehr eng“. Eltern mit minderjährigen Kindern berichten über ein noch stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl: Die Hälfte der Mütter sagt sogar, der Zusammenhalt sei „sehr eng“.

Abbildung 24: Wie ist der Zusammenhalt in der eigenen Familie? (in Prozent)

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung empfindet den Zusammenhalt in der eigenen Familie als „sehr eng“oder „ziemlich eng“.



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036, 2009

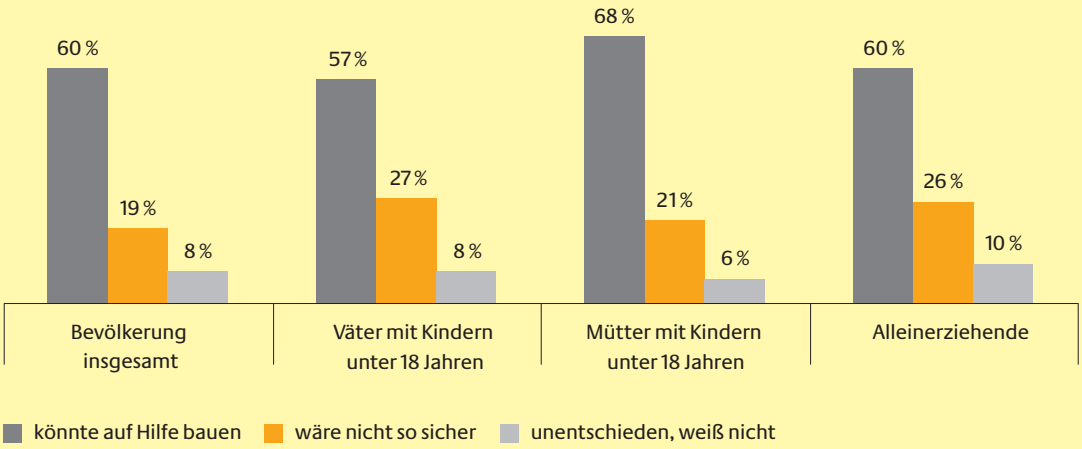
Interessanterweise ist das Vertrauen in die eigene Familie wesentlich stärker als die allgemeine Wahrnehmung des familialen Zusammenhalts. Nur jeder Fünfte schätzt den familialen Zusammenhalt in den meisten Familien in Deutschland als (sehr) stark ein. Der gleiche Effekt lässt sich zur Frage beobachten, ob Familie allgemein heute noch genug Einfluss auf Kinder und Jugendliche habe. Insgesamt glauben nur 35 Prozent der Bevölkerung, dass der Einfluss der Familie groß genug sei, während 39 Prozent befürchten, die Familie habe nicht genug Einfluss. Eltern mit Kindern unter 16 Jahren allerdings sehen ihren Einfluss ganz anders: Vier Fünftel sagen, ihr Einfluss auf ihre Kinder sei groß genug; lediglich 11 Prozent halten ihn für nicht ausreichend.

46 Vgl. im Folgenden: BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin.

Wie verlässlich die Familie als soziales Netz tatsächlich ist, bemisst sich letztlich daran, ob sie im Krisenfall auch die erforderliche Unterstützung leistet. Etwa drei Viertel der Bevölkerung vertrauen auf die Hilfe der Familie in schwierigen Lebenslagen, bei den Eltern mit minderjährigen Kindern sind es sogar vier Fünftel.

Selbst bei finanziellen Problemen und bei eigener starker Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise rechnen noch etwa 60 Prozent der Bevölkerung – quer durch alle gesellschaftlichen Schichten – fest mit einer Unterstützung durch die eigene Familie (vgl. Abb. 25). Mütter mit minderjährigen Kindern haben das größte Vertrauen in das familiale Netz.

Abbildung 25: Unterstützung durch Familie bei eigener starker Betroffenheit von der Krise (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036, 2009

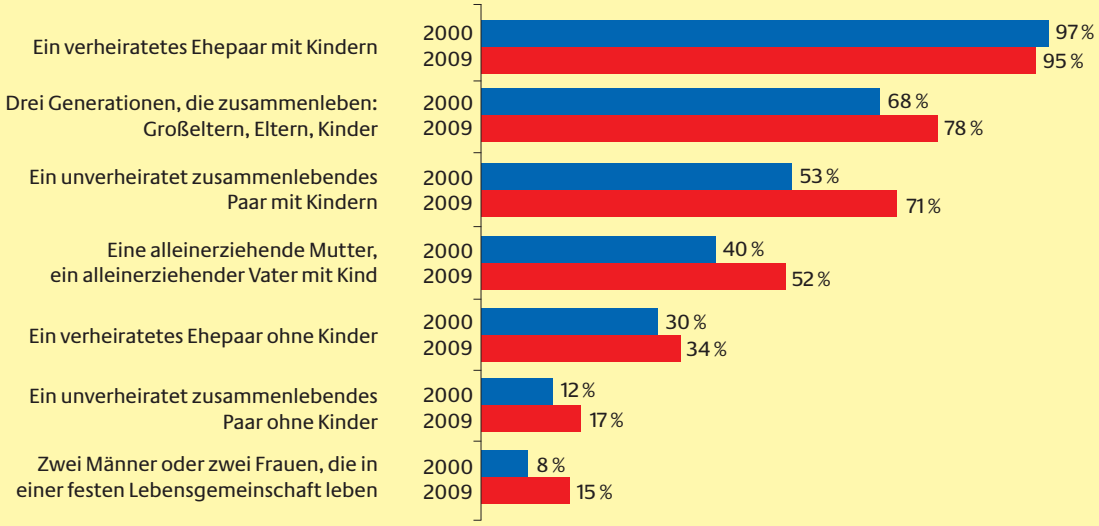
Was unter einer Familie verstanden wird, kann recht unterschiedlich sein. Im Vergleich zum Jahr 2000 kann eine deutliche Veränderung des Familienverständnisses festgestellt werden: Das Bild von Familie passt sich der Wirklichkeit an.[47] Dabei verlieren die „klassischen" Familienformen nicht an Bedeutung: Die allermeisten in der Bevölkerung (95,3 %) stellen sich unter einer Familie verheiratete Eltern mit Kindern vor. Auch die Mehr-Generationen-Familie unter einem Dach ist im Aufwind und wird von 78 Prozent der Bevölkerung genannt.

Neben die „klassischen" Familienformen treten Lebensformen, die zunehmend als „Familie" eingestuft werden. Dabei werden die Lebensformen als Familie benannt, in denen Kinder wohnen. Unverheiratete Eltern mit Kindern bezeichnen inzwischen 71,4 Prozent der Bevölkerung als „Familie"; vor neun Jahren waren es nur 53 Prozent. Auch Alleinerziehende mit Kind(ern) werden von der Mehrheit der Bevölkerung als Familie begriffen; hier ist eine deutliche Veränderung über die Jahre festzustellen. Gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern werden 2009 von einem steigenden Anteil als Familien wahrgenommen; derzeit jedoch lediglich von knapp 15 Prozent der Bevölkerung.

47 IfD-Umfrage Nr. 10048.

Abbildung 26: Veränderung des Familienbildes

Frage: „Was verstehen Sie unter einer Familie? Was von der Liste würden Sie nennen?“



Quelle: Allensbach IfD-Archiv Nr. 10048, 2009

Befragt man die Bevölkerung nach ihren Kinderwünschen, so wird deutlich, dass heute viele Kinderwünsche unerfüllt bleiben. Diese Lücke zwischen der gewünschten und der realisierten Kinderzahl gibt es in allen europäischen Ländern. In Deutschland sagt über die Hälfte der jüngeren Kinderlosen (unter 45 Jahren), sie hätten gerne Kinder gehabt; nur jeder fünfte Kinderlose wollte definitiv keine Kinder haben. Auch 21 Prozent der Mütter und 12 Prozent der Väter hätten gerne weitere Kinder bekommen; besonders hoch ist dieser Anteil bei Eltern, die nur ein Kind haben.

Abbildung 27: Unerfüllte Kinderwünsche
Frage: „Hätten Sie gern (mehr) Kinder (gehabt)?“

Personen ab 45 Jahre						
	Eltern			Kinderlose		
	insg. %	Väter %	Mütter %	insg. %	Männer %	Frauen %
Hätte gern (mehr) Kinder gehabt	17	12	21	54	52	57
Nein, ist nicht der Fall	72	77	68	21	16	24
Schwer zu sagen, keine Angabe	11	11	11	25	32	19
	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10048

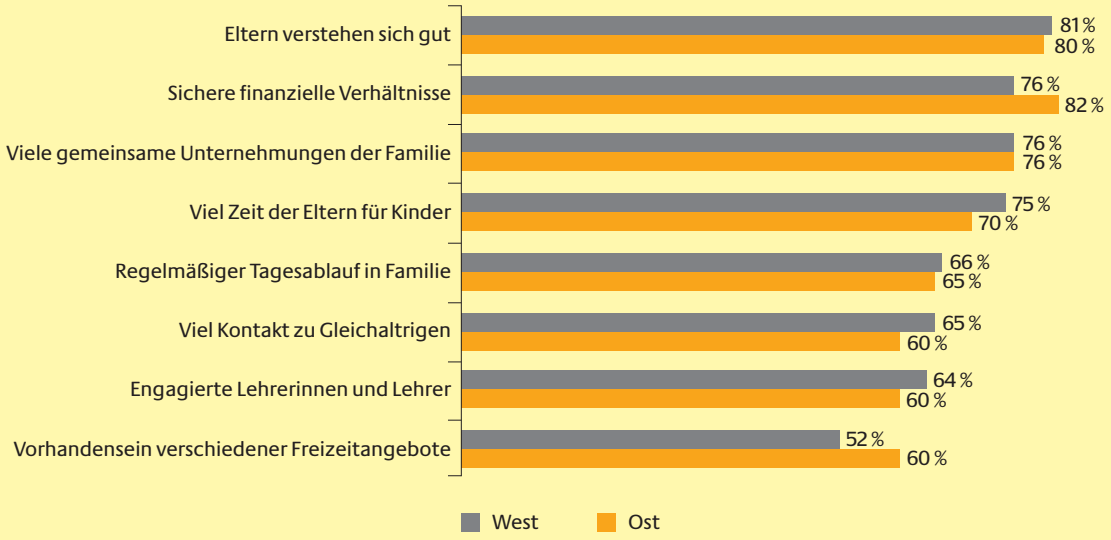
Wohlergehen von Eltern und Kindern

Die Analysen des ersten Ravensburger Elternsurvey zeigen, dass sich Eltern in ihrem Wohlbefinden stark voneinander unterscheiden. Mütter/Väter in Paarhaushalten und alleinerziehende Elternteile differieren sowohl hinsichtlich objektiver wie subjektiver Dimensionen ihres Wohlbefindens. Alleinerziehende fühlen sich deutlich unwohler. Tendenziell gilt, dass Eltern mit ihrem Leben sehr zufrieden sind. Mütter und Väter in Paarhaushalten

unterscheiden sich bei der Beurteilung ihrer Lebenszufriedenheit bzw. der Bereichszufriedenheiten kaum. Eine Ausnahme bildet der Bereich „Partnerschaft“. Väter sind mit der häuslichen Arbeitsteilung und der Beteiligung des Partners an der Kinderbetreuung sehr zufrieden; der Mittelwert liegt im oberen Skalenbereich und ist mit 8,88 mehr als einen Skalenpunkt größer als derjenige der Mütter (7,72).[48]

Ein weiteres zentrales Thema hinsichtlich eines gelungenen Familienlebens ist die Frage, was Kinder für ein gutes Aufwachsen benötigen. Die Antwort: Ein stabiles Elternhaus, genügend Zeit für Zuwendung und ausreichend Geld – da ist sich die Bevölkerung in West und Ost weitgehend einig, auch im Einklang mit der Wissenschaft (vgl. Abb. 28). Am wichtigsten finden 80 Prozent, dass sich die Eltern gut verstehen; ähnlich hoch wird die finanzielle Sicherheit bewertet, deren Bedeutung im Vergleich zum Vorjahr etwas angestiegen ist. Drei Viertel der Bevölkerung finden es wünschenswert, dass die Familie viel gemeinsame Zeit verbringt und etwas gemeinsam unternimmt. Aber auch Kontakte zu Gleichaltrigen und engagierten Lehrerinnen und Lehrer halten knapp zwei Drittel der Bevölkerung für wichtig.

Abbildung 28: Was ist nötig, damit Kinder in Familien gut aufwachsen können? (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036, 2009

Relevant ist auch die Frage, wie zufrieden die Kinder und Jugendlichen selbst mit ihrem Familienleben sind. Im LBS-Kinderbarometer, einer Befragung von Kindern und Jugendlichen (9–14 Jahre) in Deutschland aus dem Jahr 2009, wird deutlich, dass die Kinder ihr Wohlbefinden überwiegend als „gut“ oder „eher gut“ bezeichnen.[49] Im Vergleich zur letzten Befragung aus dem Jahr 2007 blieb das Wohlbefinden konstant. Insofern gibt es keine Anzeichen dafür, dass die ökonomische Krise sich negativ auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt hätte.

48 Vgl. Bertram/Spieß, 2010: Elterliches Wohlbefinden, öffentliche Unterstützung und die Zukunft der Kinder – der Ravensburger Elternsurvey. Kurzfassung und erste Ergebnisse. Stiftung Ravensburger Verlag, Ravensburg.

49 LBS-Initiative Junge Familie, 2009: LBS-Kinderbarometer Deutschland 2009: Wir sagen Euch mal was. Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern in Deutschland, Berlin.

Die Befragung der Kinder (LBS-Kinderbarometer) belegt die Vorstellungen der Bevölkerung zum guten Aufwachsen: So steigert die gemeinsam verbrachte Zeit mit Mutter oder Vater, etwa durch ein gemeinsames Hobby, deutlich das subjektive Wohlbefinden von Kindern in der Familie, aber auch in der Schule. Weiterhin zeigt sich, dass das richtige Maß an Interesse der Eltern für die Kinder zu einer positiven Eltern-Kind-Beziehung und weniger Streit führt. 80 Prozent der Kinder finden, dass sich die Eltern im richtigen Ausmaß für ihre Probleme interessieren; dies differiert allerdings nach Mutter und Vater. Während neun Prozent der Kinder sagen, die Mutter interessiere sich zu wenig, und 12 Prozent finden, die Mutter interessiere sich zu viel für ihre Probleme, wünscht sich jedes fünfte Kind mehr Interesse des Vaters für seine Probleme.

Im internationalen Vergleich hat sich nach einem Bericht der Unicef Deutschland in den vergangenen Jahren leicht verbessert, was das Wohlergehen von Kindern insgesamt angeht. Im Ranking von 21 OECD-Staaten liegt Deutschland nunmehr auf dem 8. Platz, um drei Plätze verbessert gegenüber zwei Jahren zuvor. Die für die Unicef-Studie herangezogenen Indikatoren, die in sechs Dimensionen gebündelt werden, stammen aus Erhebungen der OECD (2000 bis 2005), der WHO (2004/2005) und der Weltbank sowie von Eurostat (2006).[50]

Erziehung in der Familie

In der Familie wird das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen vorrangig geprägt. Kinder erfahren heute mehr Zuwendung und Förderung als früher, sie werden stärker als eigenständige Persönlichkeiten respektiert und genießen mehr Freiheiten.[51] Die Werte in der Erziehung haben sich gewandelt. Erziehungsziele, wie die Entwicklung von Selbstvertrauen und die Entfaltung einer eigenen Persönlichkeit, stehen heute für mehr als drei Viertel der Eltern mit minderjährigen Kindern hoch im Kurs, während die sogenannten „Sekundärtugenden“ wie Pünktlichkeit, Fleiß oder Bescheidenheit an Bedeutung verloren haben. Zwei Drittel der heute 16- bis 29-Jährigen sagen, sie haben ihre Kindheit als glücklich erlebt, während dies bei den über 60-Jährigen nur knapp die Hälfte erinnert. Ein anderer wichtiger Unterschied liegt darin, dass die jüngere Generation von ihren Eltern mehr gelobt wurde: Dies sagt die Hälfte der 16- bis 29-Jährigen, aber nur jeder Fünfte der über 60-Jährigen.

Verschiedene Untersuchungen haben zudem nachgewiesen, dass auch Gewalt als Erziehungsmethode insgesamt abgenommen hat (vgl. Abb. 29). Nur noch weniger als ein Viertel der heute unter 30-Jährigen erinnert sich an Ohrfeigen als eine übliche Sanktion der Eltern – im Gegensatz zu knapp der Hälfte der über 60-Jährigen. Stattdessen legen Eltern im Umgang mit Kindern heute überwiegend mehr Wert auf Kommunikation und Verhandlung.

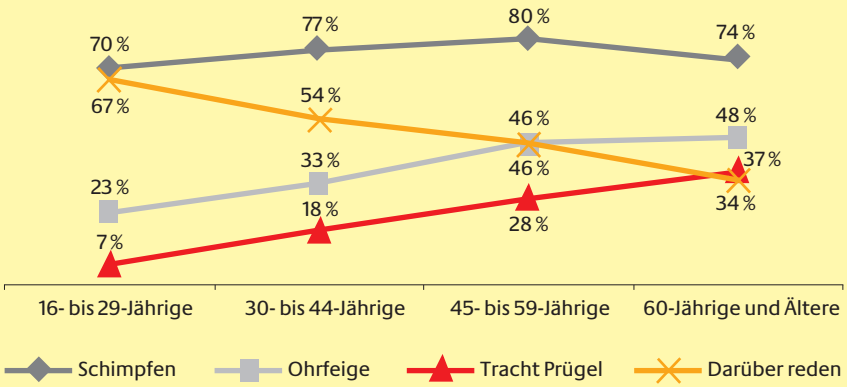
Neuere Studien bestätigen, dass die Quote derer, die in ihrer Kindheit gewaltfrei erzogen wurden, stark zugenommen hat.[52] Innerfamiliäre Gewalterfahrungen steigern nachweislich das Risiko eines Kindes, später selbst zu Gewalt zu greifen. Autoritäre Erziehungsstile

50 Bertram/Kohl, 2009: Kinder stärken für eine ungewisse Zukunft, Unicef-Kindermonitor, Berlin.
51 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin, Generationenbarometer, IfD-Archiv Nr. 5256.
52 Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian et al., 2009: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V., Forschungsbericht Nr. 107, Hannover.

und körperliche Strafen weichen einem zunehmend kommunikativen Erziehungsstil, der stärker kompromissorientiert ist. 67 Prozent der heute 16- bis 29-Jährigen berichten, dass ihre Eltern heute über Probleme reden.[53] Bei den älteren Generationen lag der Anteil an elterlicher Kommunikation bei nur 34 Prozent. Das Risiko, in der Kindheit Opfer von elterlicher Gewalt zu werden, liegt bei jungen Migrantinnen und Migranten mehr als doppelt so hoch wie bei deutschen Jugendlichen.[54]

Abbildung 29: Erziehungsverhalten der Eltern (in Prozent)

Wenn ich als Kind etwas angestellt hatte, war die Reaktion der Eltern meist ...

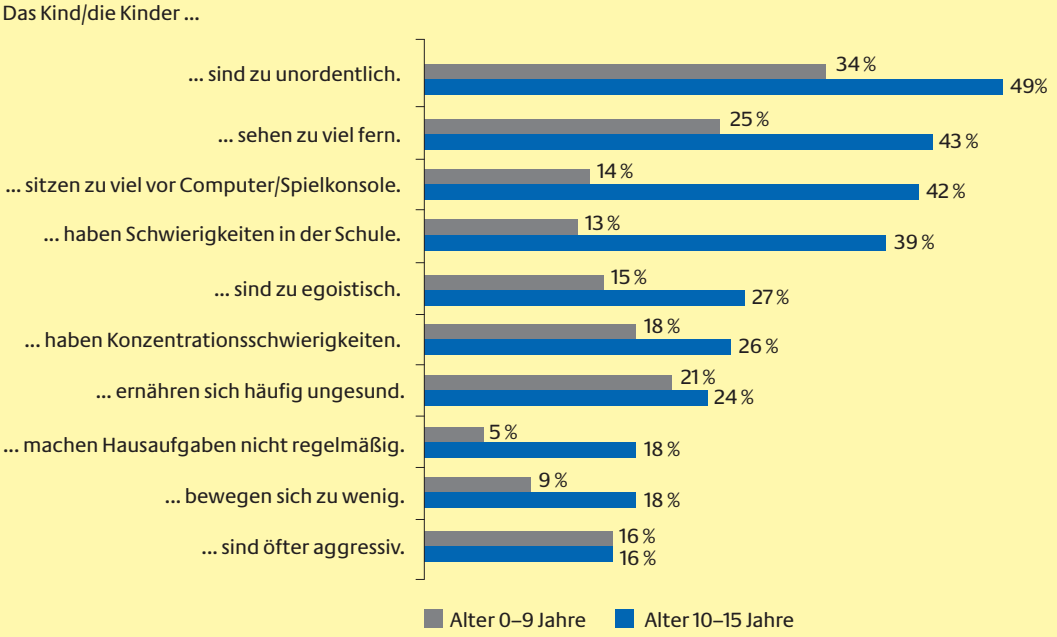


Quelle: IfD-Archiv Nr. 5256

Befragt man Eltern mit minderjährigen Kindern über ihre Erziehungserfahrungen,[55] so zeigt sich ein ambivalentes Bild: 67 Prozent beschreiben die Erziehung als anstrengend, aber 63 Prozent auch als Bereicherung für das eigene Leben. Mehr als die Hälfte der Eltern finden, dass die Erziehung nicht ausreichend gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Für 42 Prozent überwiegt der Spaß an der Erziehung, 47 Prozent denken, dass es in den letzten Jahren schwieriger geworden sei, Kinder zu erziehen. Besonders interessant ist, dass 80 Prozent der Eltern davon überzeugt sind, dass jeder seinen eigenen Weg in der Erziehung finden muss.

53 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin, Generationenbarometer IfD-Archiv Nr. 5256.
54 Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian et al., 2009: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt, Hannover.
55 Vgl. Allensbach: Generationenbarometer, IfD-Archiv Nr. 5256, Februar/März 2009.

Abbildung 30: Häufigste Erziehungsprobleme von Eltern



Quelle: Generationenbarometer; IfD-Archiv Nr. 5256

Eine Befragung von Eltern verdeutlicht, dass die Probleme mit dem Alter der Kinder deutlich zunehmen. Dies zeigt sich in Abbildung 30 im Vergleich zweier Altersgruppen. Knapp die Hälfte der Eltern von 10- bis 15-Jährigen findet ihre Kinder zu unordentlich, zu hohen Medienkonsum beklagen 42 Prozent und Schwierigkeiten in der Schule haben nach Einschätzung der Eltern 39 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 15 Jahren. Eine ähnliche Häufigkeit bei kleineren und älteren Kindern gibt es beim Thema Ernährung, das ein Fünftel bzw. ein Viertel der Eltern als problematisch erachten, und Aggressivität von Kindern, die jede bzw. jeder Sechste als schwierig empfindet.

Ein großer Teil der Bevölkerung ist gegenüber der heutigen Erziehungspraxis skeptisch. Mehr als die Hälfte haben den Eindruck, dass die Kinder schlechter erzogen seien als noch vor zwanzig Jahren.[56] Insgesamt denken 69 Prozent der Bevölkerung, dass der Staat in Schulen, Kindergärten und anderen Einrichtungen nicht genug für die Erziehung tue. Das sehen auch zwei Drittel der Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren so.[57]

Wertschätzung der Generationenbeziehungen

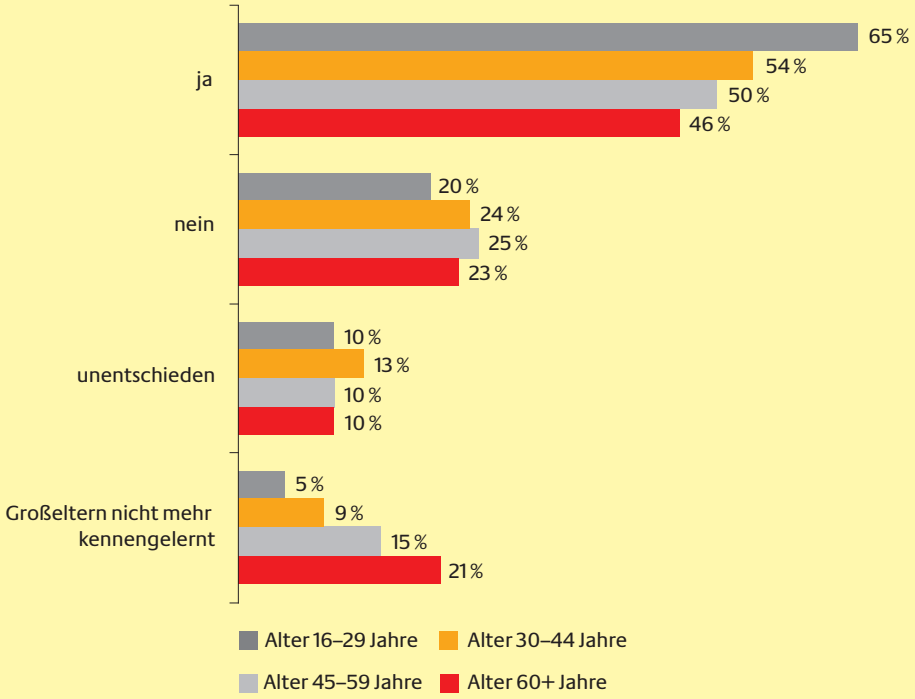
Nicht nur die Erziehung wird im Generationenvergleich weniger autoritär, sondern auch die Beziehungen zu den Großeltern verbessern sich im Zeitvergleich. Ein größerer Teil der jüngeren Generation hat auch die Möglichkeit gehabt, die eigenen Großeltern kennenzulernen (Abb. 31). Dies ist eine positive Seite des demografischen Wandels. Nur fünf Prozent

56 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin, IfD-Umfrage 10033.
57 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin, IfD-Umfrage 10033.

der heute unter 30-Jährigen haben ihre Großeltern nicht mehr kennengelernt. Zwei Drittel dieser Altersgruppe sagen, dass ihre Großeltern sie geprägt haben. Bei der Generation der heute über 60-Jährigen hat immerhin ein Fünftel die Großeltern nicht mehr erlebt. Entsprechend ist auch weniger als die Hälfte dieser Gruppe durch die Großeltern geprägt worden.

Abbildung 31: Wertschätzung der Großeltern (in Prozent)

„Wurden Sie durch die Großeltern geprägt oder haben Sie von ihnen etwas gelernt?“



Quelle: IfD-Archiv Nr. 5256

Die Bedeutung der Großeltern für die Familie steigt mithin tendenziell an, die Beziehungen und der Austausch über die Generationen hinweg sind bedeutsam.[58] Auch als Gesprächspartner werden die Großeltern von ihren Enkeln hoch geschätzt. Nach einer repräsentativen Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung glauben drei Viertel der Bevölkerung, dass Großeltern ihren Enkeln oft mehr Verständnis entgegenbringen als die Eltern; zwei Drittel meinen sogar, dass die Enkel ihnen oft mehr von ihren Problemen erzählen würden als den Eltern.[59]

Eine gegenseitige Unterstützung und Verantwortungsübernahme zwischen den Generationen erfährt auch insgesamt eine hohe Zustimmung: 82 Prozent der Bevölkerung finden, dass Kinder Verantwortung für ihre Eltern übernehmen sollten, wenn diese Hilfe benötigen, und knapp 80 Prozent finden, dass Großeltern sich um die Enkelkinder kümmern sollten, wenn die Eltern dies nicht können. Etwa zwei Drittel sprechen sich darüber hinaus auch für

58 Bertram/Spieß, 2010: Elterliches Wohlbefinden, öffentliche Unterstützung und die Zukunft der Kinder – der Ravensburger Elternsurvey. Kurzfassung und erste Ergebnisse. Stiftung Ravensburger Verlag, Ravensburg.

59 Vgl. Befragung der GfK im Auftrag der Apotheken-Rundschau, www.presseportal.de/pm/52678/1525304/wort_und_bild_apotheken_umschau

finanzielle Unterstützung zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern aus, wenn es finanzielle Probleme gibt. Über die Hälfte der Befragten findet, dass erwachsene Kinder ihre Eltern zu sich nehmen sollen, wenn diese sich nicht mehr selbst versorgen könnten.[60]

Das Aufwachsen von Kindern ist in Deutschland häufig eingebettet in ein Unterstützungsnetz insbesondere der Großmütter und Großväter sowie anderer Verwandter, die die Eltern bei der Kinderbetreuung oder im Fall von Krankheit unterstützen. Aber auch die Eltern können sich auf Rat und Tat ihrer eigenen Eltern verlassen. Neben der Partnerin bzw. dem Partner nennen sie die eigenen Eltern als häufigste Gesprächspartner bei wichtigen persönlichen Fragen.[61]

60 Vgl. Roloff: Einstellungen zu familiären Hilfe-/Unterstützungsleistungen versus Konfessionszugehörigkeit, in: BIB-Mitteilungen Nr. 3/2008, S. 10–13.

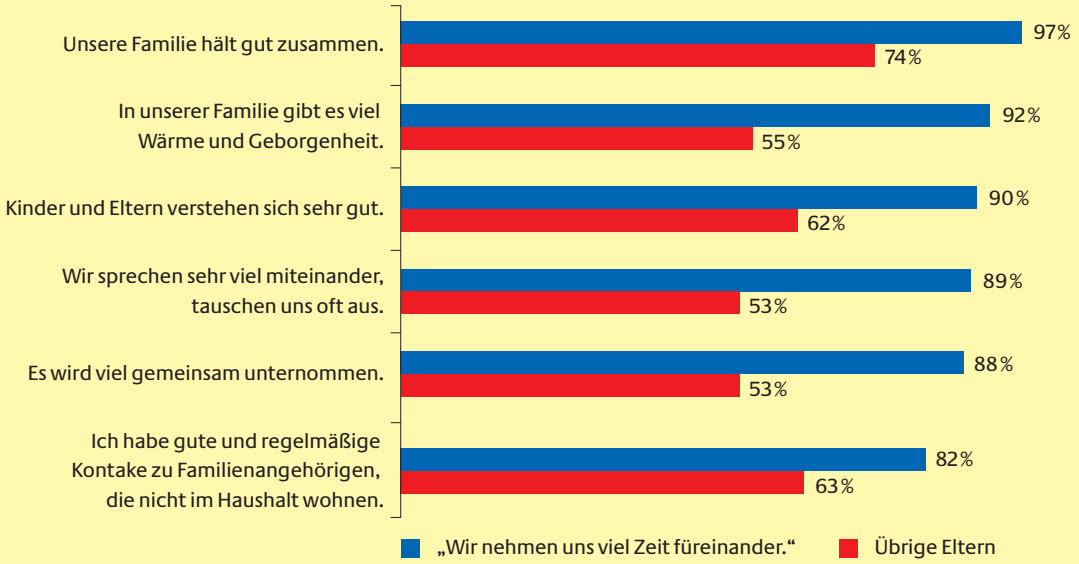
61 Vgl. Bertram/Spieß, 2010: Elterliches Wohlbefinden, öffentliche Unterstützung und die Zukunft der Kinder – der Ravensburger Elternsurvey. Kurzfassung und erste Ergebnisse. Stiftung Ravensburger Verlag, Ravensburg.

IV.
Zeitverwendung und Zeitbedarfe

Gemeinsam verbrachte Zeit ist essenziell für das gemeinsame Familienleben.[62] Jede Familie hat ihre eigenen Rhythmen, ihre gemeinsamen Gewohnheiten und Rituale, die gemeinsame Zeiten erfordern. In einem Spannungsverhältnis zu den zeitlichen Erfordernissen des Familienlebens stehen jedoch in hohem Maße berufliche Verpflichtungen bzw. Wünsche beider Eltern, mitunter auch Verpflichtungen oder Interessen in anderen Lebensbereichen (z. B. Ehrenamt). In Hinblick auf das familienpolitische Wohlbefinden haben die Ergebnisse des aktuellen Ravensburger Elternsurvey bestätigt, dass alle Gruppen von Eltern insbesondere familienpolitischen Maßnahmen, die dem Bereich „Zeitpolitik" zuzuordnen sind, eine hohe Zustimmung zuteilwerden lassen.[63]

Zeit für Familie hat für die allermeisten Menschen eine hohe Priorität: In einer repräsentativen Befragung sagten insgesamt 98 Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern, es sei ihnen wichtig oder sehr wichtig, Zeit mit der Familie zu verbringen.[64] Der überwiegende Teil der Eltern (67 % der Mütter und 55 % der Väter) hat nach ihrer Einschätzung genug Zeit für die Familie. In Familien ist dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr nicht gesunken.

Abbildung 32: „Könnten Sie mir bitte sagen, was auf Sie und Ihre Familie zutrifft?" (in Prozent)



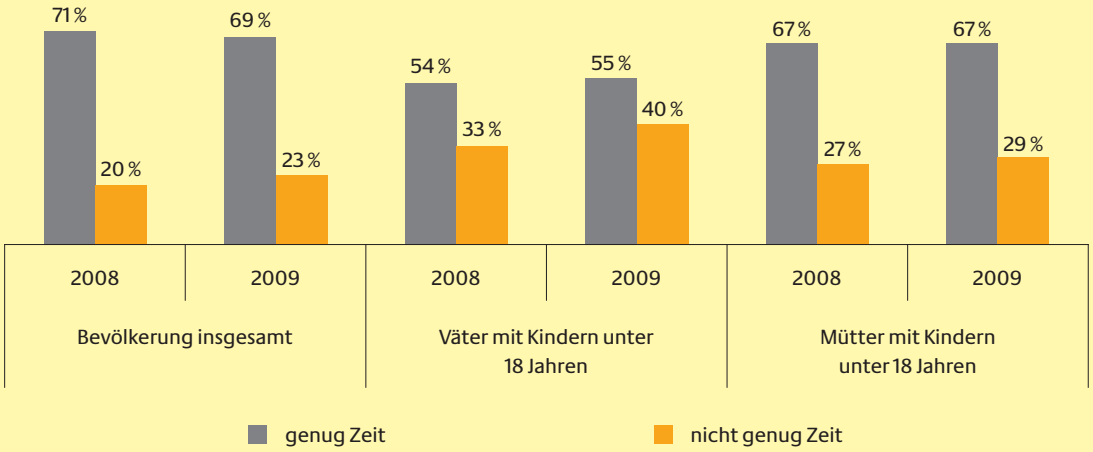
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 5256, März 2009 (Eltern mit Kindern unter 16 Jahren)

62 Vgl. BMFSFJ (Hg.), 2009: Memorandum *Familie* leben, Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik, Berlin.
63 Vgl. Bertram/Spieß, 2010: Elterliches Wohlbefinden, öffentliche Unterstützung und die Zukunft der Kinder – der Ravensburger Elternsurvey. Kurzfassung und erste Ergebnisse. Stiftung Ravensburger Verlag, Ravensburg.
64 Vgl. BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin.

Diejenigen Eltern, die viel Zeit für die Familie haben, berichten gleichzeitig auch über ein gelungenes Familienleben und gute Beziehungen zwischen Eltern und Kindern. Neun von zehn Familien mit Zeitwohlstand sagen, dass sich Kinder und Eltern gut verstehen; sie sprechen viel miteinander und unternehmen viel gemeinsam. Dies ist bei nur etwas mehr als der Hälfte der restlichen Familien der Fall.

Ein Teil der Eltern mit minderjährigen Kindern klagt darüber, dass sie nicht genug Zeit für die Familie hätten. Etwa jede dritte Mutter und jeder vierte Vater findet, dass sie nicht genügend Zeit für Familie haben. Im Vergleich zum Vorjahr empfinden Mütter und Väter eine höhere Belastung: Der Zeitstress ist für Mütter und Väter im „Krisenjahr" eher angestiegen (vgl. Abb. 33).

Abbildung 33: „Haben Sie genug Zeit für die Familie?" (in Prozent)

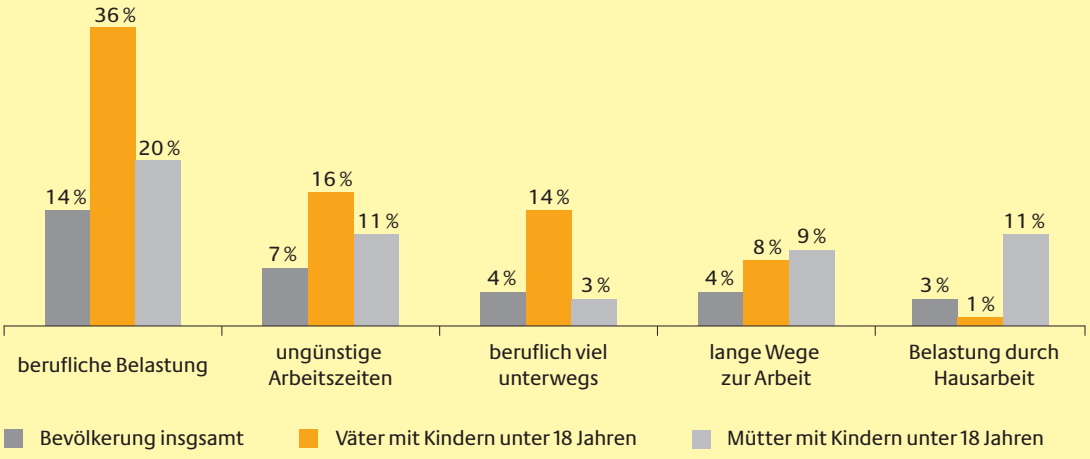


Quelle: IfD-Archiv Nr. 10023 & 10036

Als Gründe für Zeitmangel in der Familie nennen ein Fünftel der Mütter und 36 Prozent der Väter vor allem eine starke berufliche Belastung (vgl. Abb. 34), die Männer aufgrund ihrer von außen oder selbst zugeschriebenen Ernährerrolle heute noch stärker trifft als Frauen. Auch berichten 11 Prozent der Mütter und 16 Prozent der Väter über ungünstige Arbeitszeiten. Hingegen sagen 11 Prozent der Mütter, sie seien durch die Hausarbeit stark belastet, was Männer kaum von sich behaupten.

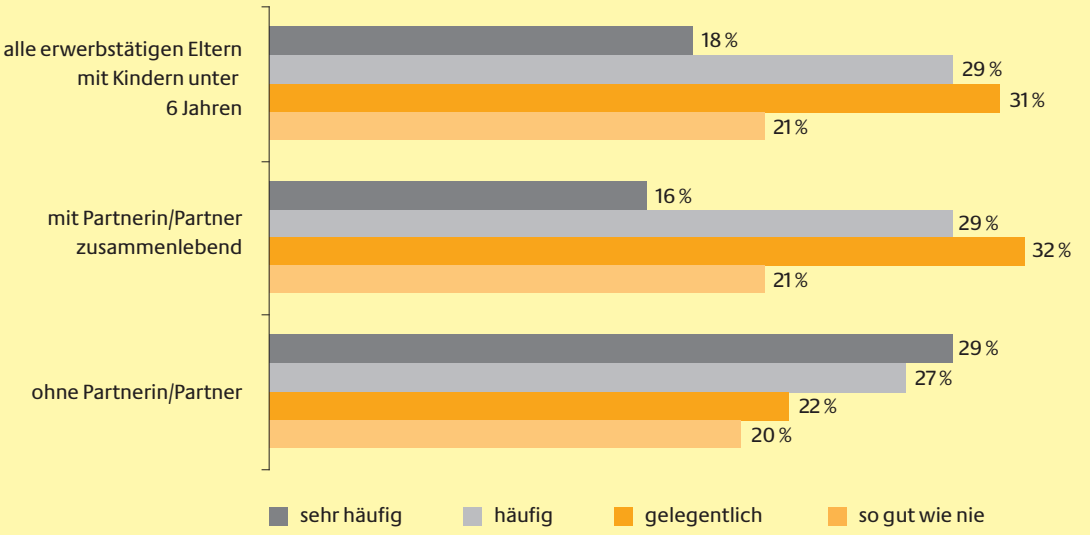
Gerade Familien mit kleinen Kindern leiden besonders häufig unter Zeitnot (vgl. Abb. 35). Hier brauchen zum einen die Kinder noch sehr viel Zeit und Aufmerksamkeit, sodass sich Eltern bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit teilweise überfordert fühlen. Von den erwerbstätigen Eltern mit Kindern im Vorschulalter sagen fast die Hälfte, dass sie häufig oder sehr häufig Zeitstress empfinden, nur jede und jeder Fünfte klagt nicht über Zeitnot. Besonders zugespitzt stellt sich die Situation aber für erwerbstätige Alleinerziehende dar, die ihren Alltag komplett alleine bewältigen müssen: Hier klagen insgesamt 56 Prozent über sehr häufigen oder häufigen Zeitstress. Hier gibt es großen Handlungsbedarf, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern – vor allem für Alleinerziehende.

Abbildung 34: Gründe für Zeitmangel in der Familie (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036

Abbildung 35: Empfinden von Zeitnot durch erwerbstätige Eltern mit Kindern im Vorschulalter (in Prozent)



Quelle: forsa-Institut, Mai 2009

Eine Möglichkeit, den Zeitdruck zu lindern, besteht darin, dass ein Elternteil – meistens die Mutter – für einige Zeit aus dem Beruf aussteigt. Allerdings verliert diese traditionelle Arbeitsteilung an Attraktivität. Der Aussage „Die Frau soll für den Haushalt da sein, der Mann ist für den Beruf und die finanzielle Versorgung zuständig" stimmten 2008 22 Prozent der Frauen und nur 30 Prozent der Männer zu, zehn Jahre zuvor waren es deutlich mehr Männer.[65]

65 Volz/Zulehner, 2009: Männer in Bewegung: Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. BMFSFJ Forschungsreihe Band 6. Baden-Baden, S. 26.

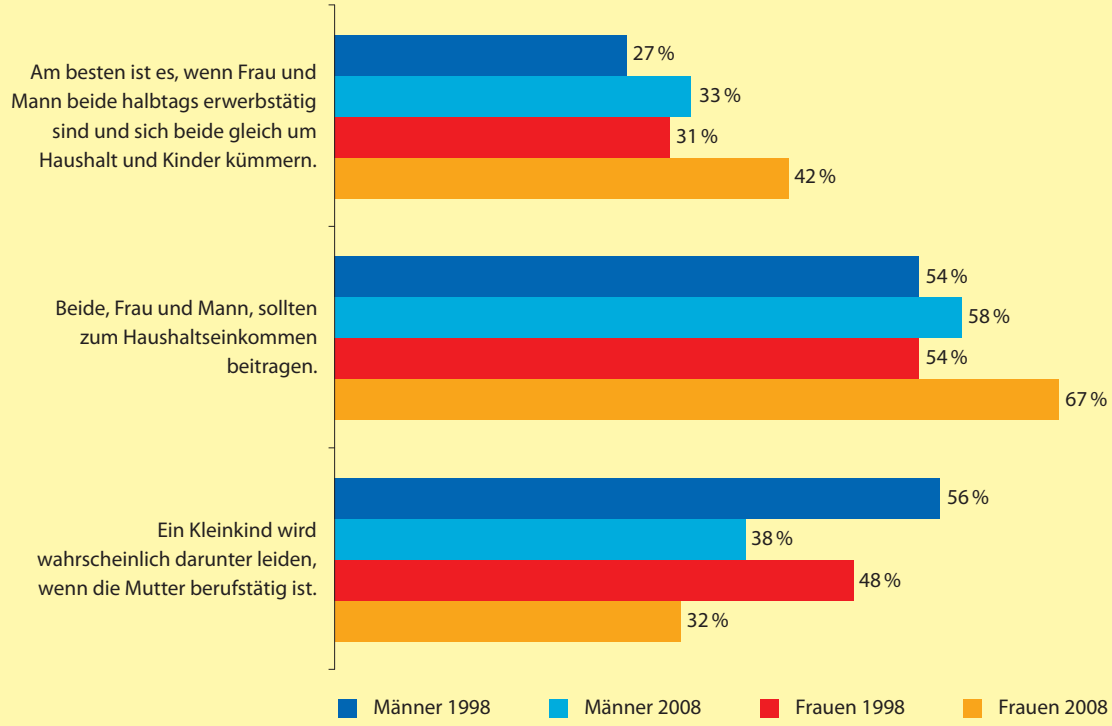
Zur Frage der Arbeitsteilung gibt es auch deutliche Ost-West-Unterschiede: Eine klassische Arbeitsteilung, bei der ein Elternteil in der Kleinkindphase berufliche Ansprüche reduziert, ist im Westen für jede Zweite bzw. jeden Zweiten eine gelungene Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; im Osten sagt dies lediglich jede Dritte bzw. jeder Dritte. In dieser Frage differieren auch die Einschätzungen zwischen Müttern und Vätern am stärksten. Lediglich 37 Prozent der Mütter, aber 62 Prozent der Väter, sehen im beruflichen Zurückstecken eines Elternteils, solange die Kinder klein sind, eine geeignete Maßnahme zur Vereinbarkeit.[66] Im Umkehrschluss bedeutet das: Zwei Drittel der Mütter wollen heute beruflich nicht mehr zurückstecken, sondern präferieren andere Lösungen des Vereinbarkeitsproblems, wie zum Beispiel externe Kinderbetreuung.

Vor allem unter den jüngeren Erwachsenen, die die zukünftige Elterngeneration darstellen, zeigen sich starke Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei den unter 19-Jährigen finden sich nach Aussage einer Studie[67] 41 Prozent „moderne“ Frauen, aber nur 13 Prozent „moderne“ Männer, die eine gleichberechtigte Arbeitsteilung und Berufstätigkeit der Frau unterstützen. Bleiben diese Einstellungen stabil, so deutet dies auf künftig problematische Paarfindungs- und Familiengründungsprozesse hin. Nach Ergebnissen der Brigitte-Studie[68], die junge Menschen im Alter von 17 und 30 Jahren befragt hat, ist für die größte Gruppe der jungen Frauen (37%) die wichtigste Eigenschaft des „richtigen“ Partners, dass er Zeit für die Familie hat. Im Gegensatz dazu sind Bildung (31%), Aussehen (21%) und Einkommen (11%) weniger bedeutsam.

Auch in der Gesamtbevölkerung haben Frauen und Männer hinsichtlich der Vereinbarkeit unterschiedliche Vorstellungen; die Frauen haben in der Regel etwas „modernere“ Ansichten als Männer. Insgesamt, so zeigt eine repräsentative Untersuchung der Einstellungen von Frauen und Männern[69], haben sich die Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den letzen zehn Jahren aber deutlich modernisiert. 2008 sagten 67 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer, dass beide, Frau und Mann, zum Haushaltseinkommen beitragen sollten. Ein Drittel der Männer und 42 Prozent der Frauen befürworten eine gleichberechtigte Arbeitsteilung, bei der beide Eltern in Teilzeit erwerbstätig sind und sich beide um Haushalt und Kinder kümmern.

66 Volz/Zulehner, 2009: Männer in Bewegung: Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. BMFSFJ Forschungsreihe Band 6. Baden-Baden.
67 Ebd.
68 Brigitte (Hg.), 2009: Brigitte-Studie im Krisenjahr. Frauen auf dem Sprung. Das Update. Hamburg.
69 Volz/Zulehner, 2009: Männer in Bewegung: Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. BMFSFJ Forschungsreihe Band 6. Baden-Baden.

Abbildung 36: Einstellungen zur Arbeitsteilung – Veränderungen in 10 Jahren (in Prozent)



Quelle: Volz/Zulehner: Männer in Bewegung 2009, S. 26

Grundsätzlich wird auch die Berufstätigkeit von Müttern kleiner Kinder immer stärker gesellschaftlich akzeptiert. Der Aussage, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit der Mutter leide, stimmten 1998 noch 48 Prozent der Frauen und 56 Prozent der Männer zu; in der Befragung 2008 sagten dies nur noch 32 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer. Diese Modernisierung kann auch damit zusammenhängen, dass inzwischen in der Mehrzahl der Familien beide Elternteile erwerbstätig sind – auch aus ökonomischer Notwendigkeit.

Kinderbetreuung und Pflegeaufgaben

Die Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen hat zu etwa 80 Prozent Kinder und 82 Prozent der 40- bis 49-Jährigen haben noch mindestens einen Elternteil, bei den 50- bis 59-Jährigen hat jede Zweite bzw. jeder Zweite noch mindestens einen Elternteil.[70] Angehörige dieser Altersgruppen und besonders die Frauen können damit sowohl Aufgaben der Kindererziehung als auch Pflegeaufgaben gegenüberstehen.

In der Literatur gibt es zum Vorkommen dieser Sandwich-Situation unterschiedliche Aussagen. Studien wie der Alterssurvey weisen nur für 4–5 Prozent der 40- bis 54-Jährigen eine Mehrfachbelastung mit Kindererziehung, Pflege und Erwerbsarbeit aus.[71] Aktuelle

70 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2009: 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BIB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht, S. 77 ff., Daten des Generations and Gender Survey 2005.

71 H. Künemund, 2002: Die „Sandwich-Generation" – typische Belastungskonstellation oder nur gelegentliche Kumulation von Erwerbstätigkeit, Pflege und Kinderbetreuung?, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 22, S. 344–361, Daten des Alterssurvey 2002.

Allensbachbefragungen deuten dagegen auf größere Anteile hin. 12,7 Prozent der berufstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern und 28 Prozent der Alleinerziehenden pflegen dauerhaft oder haben dauerhaft ihre Eltern gepflegt.[72] In einer Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Jahr 2003 wiederum geben nur etwa sechs Prozent an, sowohl Kinder zu betreuen als auch Pflegeaufgaben wahrzunehmen.[73] Wie sich diese Situation vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung verändern wird, ist derzeit kaum absehbar. Ein Anstieg der Lebenserwartung sowie später geborene Kinder können zu einer Verstärkung des Problems führen, gesündere ältere Menschen und eine größere Vielfalt der Generationenbeziehungen können dazu führen, dass sich das Problem entzerrt.

2007 wurden 45 Prozent aller Pflegebedürftigen allein durch Angehörige gepflegt. Zwar erfolgt die Hauptpflegearbeit überwiegend von Personen, die 55 Jahre und älter sind, doch Studien zeigen auch, dass in der Gruppe der bis 54-Jährigen der Anteil an Hauptpflegepersonen in den vergangenen Jahren zugenommen hat und 2002 bei 37 Prozent lag.[74] Pflegearbeit ist nach wie vor weitestgehend Frauenarbeit. Knapp zwei Drittel der Pflegeaufgaben werden von Frauen übernommen. Es pflegen zunehmend auch Männer. Ihr Anteil hat sich seit 1991 deutlich erhöht und betrug 2002 27 Prozent. Dies ist vor allem auf einen Anstieg von pflegenden Söhnen zurückzuführen. Männer übernehmen jedoch eher in der nachberuflichen Phase Pflegearbeiten, während Frauen häufiger auch in jüngeren Jahren pflegen.

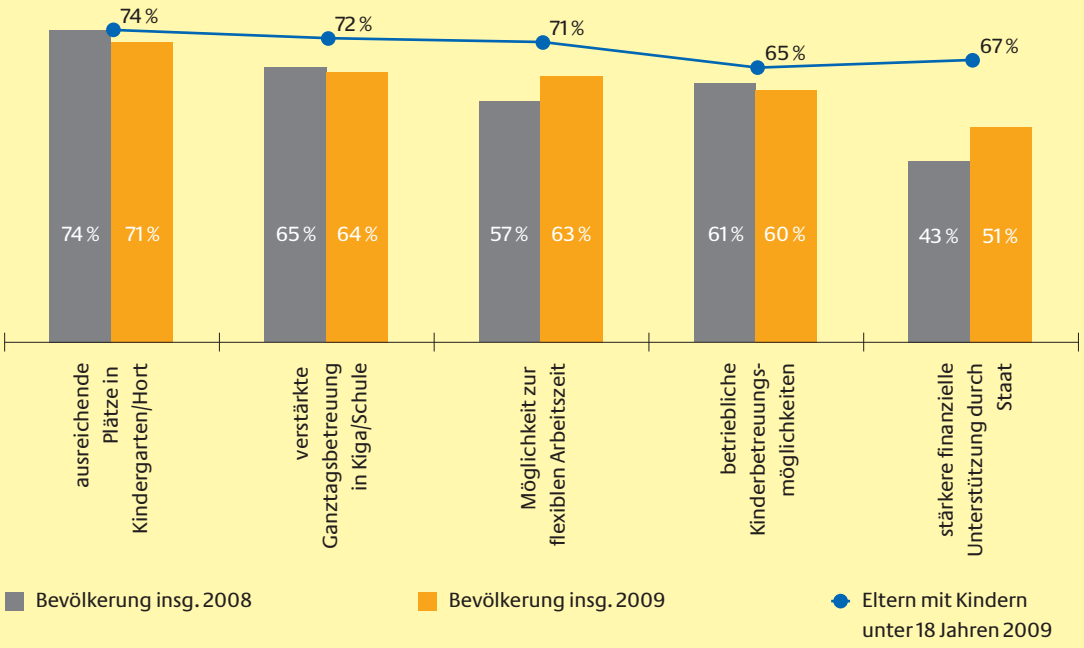
Maßnahmen für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind unterschiedliche Maßnahmen denkbar. Die Bevölkerung wurde 2008 und 2009 gefragt, welche davon sie am wichtigsten findet. Die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit sind in den Augen von knapp drei Vierteln der Bevölkerung bedarfsgerechte Kinderbetreuung für Klein- sowie für Schulkinder (vgl. Abb. 37). An zweiter Stelle stehen Ganztagsangebote für Schulkinder und an dritter Stelle flexible Arbeitszeiten für Eltern. Das Thema flexible Arbeitszeiten hat im Jahresvergleich etwas an Bedeutung gewonnen.

Neben der öffentlichen Betreuung halten 60 Prozent auch betriebliche Kinderbetreuung für hilfreich, wie auch flexible Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung. Aber auch materielle Transferleistungen findet 2009 über die Hälfte der Befragten wichtig – die Bedeutung ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Hier zeigt sich unter Umständen die wichtige Funktion von Familienleistungen, die wirtschaftliche Stabilität von Familienhaushalten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird deutlich: Eltern sehen finanzielle Leistungen und Infrastruktur nicht im Widerspruch, sondern sie benötigen beides für eine gelungene Vereinbarkeit.

72 Institut für Demoskopie Allensbach 2008, IfD-Archiv Nr. 10023.
73 BMFSFJ (Hg.), 2008: Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb.
74 G. Backes/L. Amrhein/M. Wolfinger, 2008: Gender in der Pflege. Herausforderungen für die Politik, 2008, Wiso-Diskurs hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 49 ff.

Abbildung 37: Wichtigste Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10023 und 10036

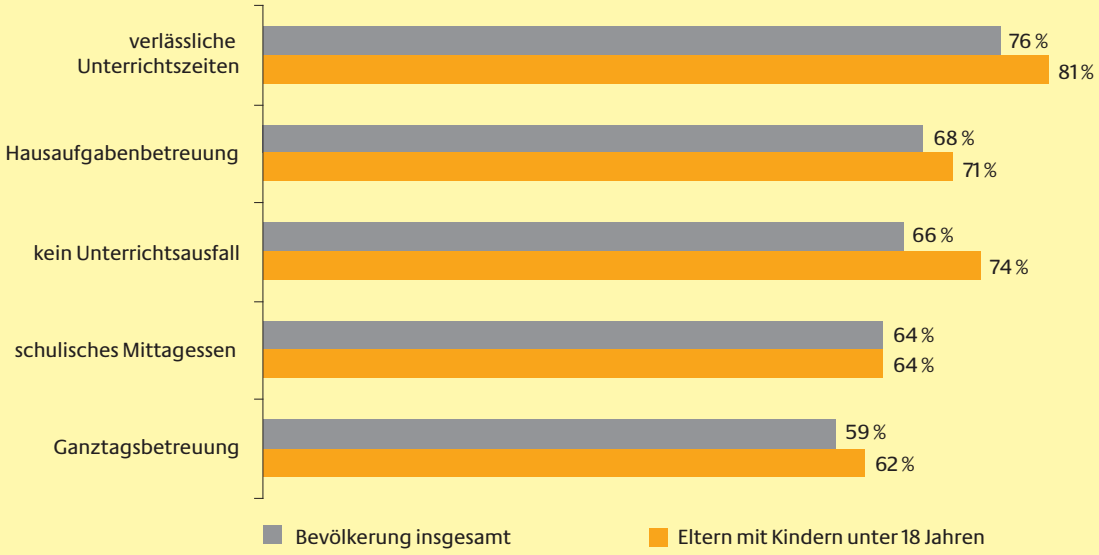
Die frühkindliche Betreuung steht auch für die Mehrheit der jungen Frauen mit Kinderwunsch ganz oben auf der Agenda. Nur 34 Prozent der 18- bis 30-jährigen Frauen mit Kinderwunsch geben nach einer forsa-Umfrage[75] an, dass sie ihr Kind in den ersten drei Jahren ausschließlich selbst betreuen möchten. Insgesamt wünschen sich zwei Drittel eine externe Form der Kinderbetreuung; 53 Prozent wünschen sich einen Kita-Platz für ihr Kind.

Differenzen gibt es bei Ost-West-Zugehörigkeit sowie nach Bildungsabschluss: Im Osten liegt der Betreuungsbedarf mit 87 Prozent höher als im Westen mit 63 Prozent. Des Weiteren haben Frauen mit Hochschulabschluss zu 79 Prozent den höchsten Betreuungsbedarf, bei Frauen mit Hauptschulabschluss möchte nur knapp die Hälfte in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes einen Betreuungsplatz beanspruchen. Die Lücke zwischen den benötigten Plätzen und dem realen Angebot ist alles andere als trivial: 11 Prozent der jungen Frauen, die keinen Kinderwunsch haben, begründen dies mit dem nicht vorhandenen Betreuungsangebot.

An zweiter Stelle der wichtigen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit wurden die Ganztagsangebote für Schulkinder genannt. Gerade hier sind zukünftig weitere Anstrengungen nötig (vgl. Abb. 38). Nicht nur in der Kleinkindphase ist eine verlässliche Betreuung der Schlüssel zu einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

75 Umfrage forsa/Hintergrundpapier: Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen in Deutschland, Pressemitteilung vom 5.10.2009.

Abbildung 38: Wichtigste Maßnahmen für berufstätige Eltern mit schulpflichtigen Kindern (in Prozent)

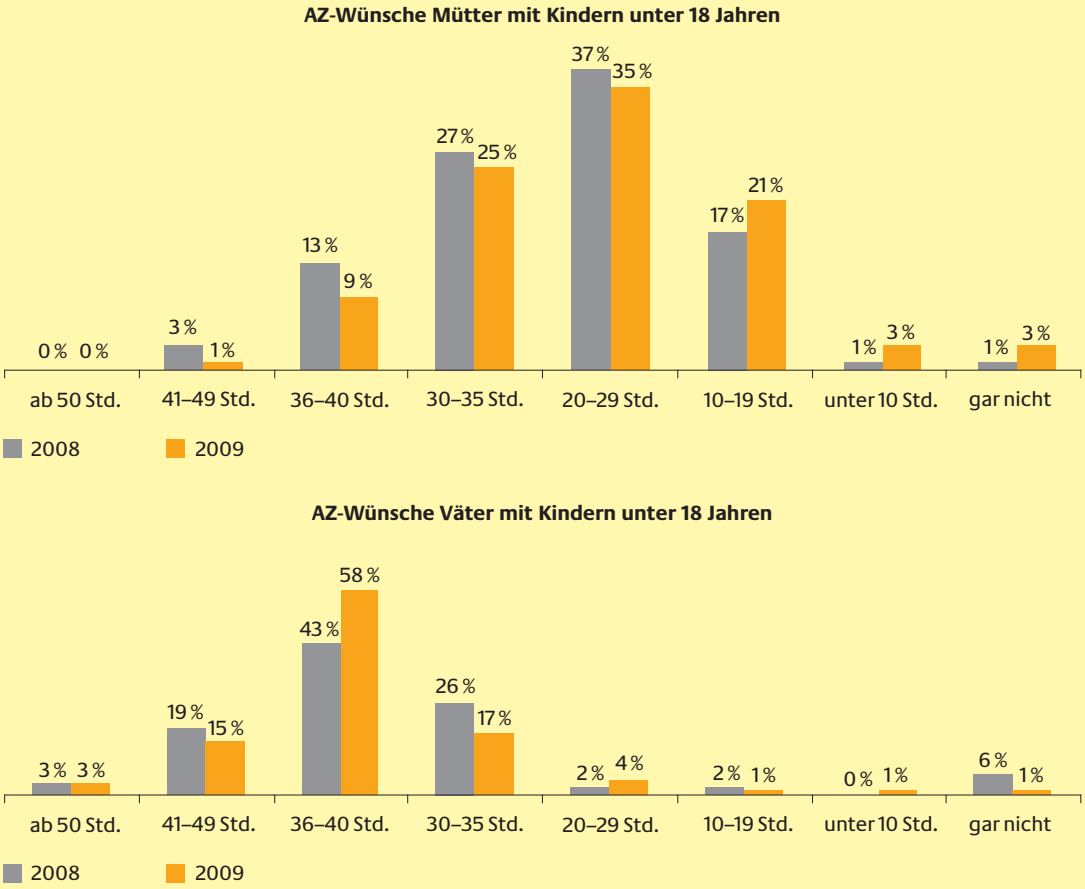


Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036

Fragt man die Bevölkerung differenzierter nach Maßnahmen für Eltern mit Schulkindern, so wird deutlich, dass in der Schule selbst einiges im Argen liegt: Die höchste Priorität liegt auf der Verlässlichkeit von Schulzeiten. Vier Fünftel der berufstätigen Eltern mit schulpflichtigen Kindern halten diese für die wichtigste vereinbarkeitspolitische Maßnahme, drei Viertel würden gerne Unterrichtsausfall stoppen. Darüber hinaus befürworten etwa zwei Drittel der Bevölkerung ein Mittagessen in der Schule sowie Hausaufgabenbetreuung – und von etwa 60 Prozent wird eine Ganztagsbetreuung in der Schule gefordert.

An dritter Stelle der Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden flexible Arbeitszeiten genannt. Fragt man explizit nach betrieblichen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so nennen 87 Prozent der Bevölkerung die flexiblen Arbeitszeiten an erster Stelle; in der Wahrnehmung der Eltern mit minderjährigen Kindern sind diese noch wichtiger: 94 Prozent der Mütter sprechen sich für flexible Arbeitszeiten aus. Darüber hinaus wünschen zwei Drittel der Mütter mit minderjährigen Kindern Teilzeitstellen und Sonderurlaub bei Krankheit des Kindes.

Abbildung 39: Vergleich der Arbeitszeitwünsche von erwerbstätigen Eltern von 2008 und 2009 (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10023 & 10036

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Veränderungen der Arbeitszeitwünsche von Müttern und Vätern (vgl. Abb. 39). Es scheint, als würde in Zeiten der Krise auf das Bekannte und Bewährte gesetzt: Bei den Müttern zeigt sich 2009 ein größeres Interesse an „klassischen" Teilzeitstellen im Umfang von weniger als 20 Wochenstunden und ein Rückgang des Interesses an einer Vollbeschäftigung. 15 Prozent mehr Väter als noch 2008 wollen im Jahr 2009 in Vollzeit beschäftigt sein, gleichzeitig sinkt das Interesse an vollzeitnaher Teilzeit (30 bis 35 Wochenstunden) um neun Prozent.

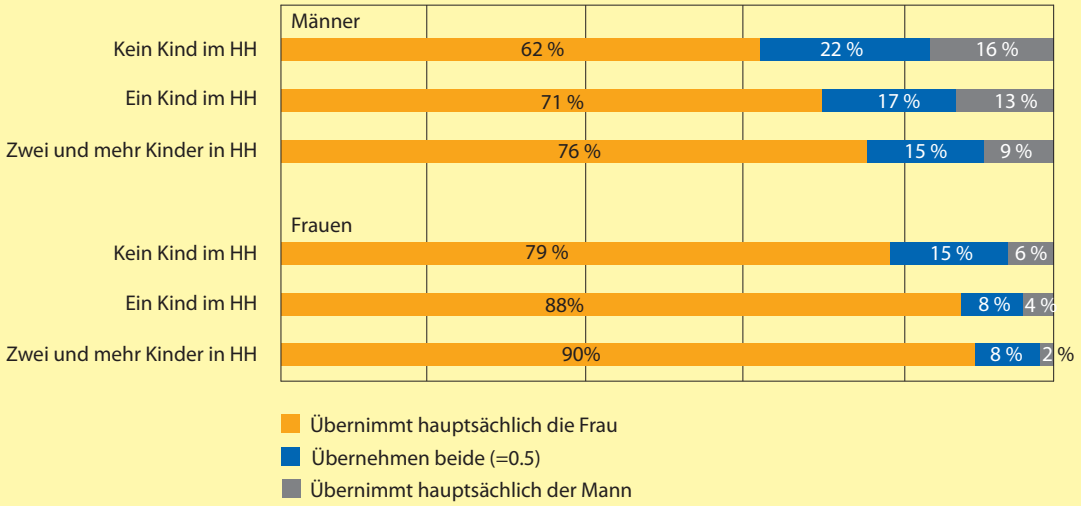
Aufgabenteilung in Haushalt und Familie

Familienarbeit ist noch immer überwiegend Frauensache: Zwei Drittel der Frauen erledigen nahezu vollständig die Familienarbeit.[76] Frauen übernehmen dabei häufiger Arbeiten, die regelmäßiger anfallen und meist mehr Zeit in Anspruch nehmen wie Kochen, Putzen, Lebensmittel einkaufen. Männer übernehmen dagegen eher Aufgaben, die weniger oft anfallen und weniger zeitintensiv sind wie z. B. Reparaturen, PC und Internet einrichten.

76 Familienmonitor 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.

Darüber hinaus kümmern sich Männer häufiger als Frauen um die Finanzangelegenheiten innerhalb der Familie.[77] Um die Freizeitgestaltung und die sozialen Kontakte kümmern sich Frauen und Männer etwa zu gleichen Anteilen. Sind Kinder im Haushalt, verstärkt sich die traditionelle Aufgabenverteilung eher.

Abbildung 40: Aufteilung der Hausarbeit nach Geschlecht und Kinderzahl im Haushalt



Quelle: Wengler et al. (2008)
Basis: Generations- und Gender-Survey 2005, Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 79 Jahren

Die traditionelle Rollenverteilung hinsichtlich bezahlter und unbezahlter Arbeit bei Paaren mit Kindern wird durch beruflich bedingte Mobilität verstärkt. Wenn Frauen mobil sind, übernehmen ihre männlichen Partner nur selten einen gleich großen Anteil der Kinderbetreuung und Hausarbeit. Mobile Männer werden dagegen von ihren Partnerinnen häufig vollständig von diesen Aufgaben entlastet.[78]

Diese Rollenverteilung findet sich bereits in der Erziehung von Kindern. Innerhalb der Familie werden schon im Kindesalter eher die Mädchen zur Hausarbeit herangezogen als die Jungen. Männer erledigen dagegen nur einen geringen Teil der Hausarbeit, erhalten dafür aber eine höhere Wertschätzung als Frauen. 30 Prozent der Eltern wünschen sich dabei vor allem mehr Anerkennung der Familienarbeit durch die eigenen Kinder.[79] Eltern wünschen sich von Kindern ab 10 Jahren eine stärkere Unterstützung. Es wird erwartet, dass die Kinder das eigene Zimmer aufräumen, den Müll rausbringen und ihre Hausaufgaben selbstständig erledigen. Früher war es üblich, dass die Kinder im Haushalt mithalfen, heute gilt dies nur noch für jeden fünften 16- bis 29-Jährigen. In den meisten Fällen helfen die Kinder jedoch zumindest gelegentlich im Haushalt mit.[80]

77 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5252, 7091.
78 N. Schneider, 2008: Policy Brief. Immer unterwegs. Das Mobilitäts-Dilemma. Politisch relevante Ergebnisse der Studie „JobMob and FamLives“, sowie N. Schneider et al., 2009: Beruf, Mobilität und Familie, in: G. Burkhart (Hg.): Zukunft der Familie, Sonderheft 6 der Zeitschrift für Familienforschung, Opladen: Barbara Budrich, S. 111–136.
79 Generationenbarometer 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.
80 Generationenbarometer 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.

Zeit für Familie

Wünsche, Wertvorstellungen und Bedarfe einzelner Familienmitglieder bestimmen neben externen zeitlichen Erfordernissen die Gestaltung der Familienzeit. Etwa jeder Zweiten bzw. jedem Zweiten ist Zeit mit der Familie zu verbringen sehr wichtig.[81] Mehr als zwei Drittel der jungen Mütter und deutlich mehr als die Hälfte der jungen Väter sind ebenfalls dieser Ansicht. Besonders erwerbstätige Frauen und Männer wollen mehr Zeit mit ihren Familien verbringen. Jede zweite erwerbstätige Alleinerziehende würde die Zeit mit den Kindern gern besser gestalten.[82] Meistens fehlt durch berufliche Erfordernisse Zeit für die Familie.

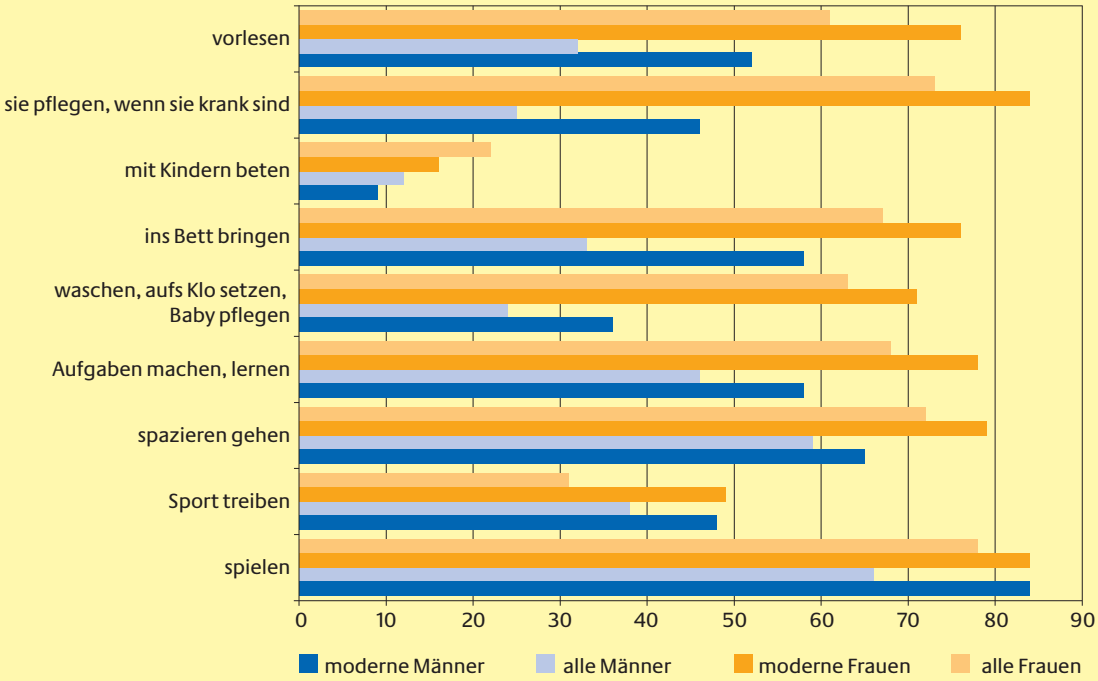
Nehmen sich Familien Zeit füreinander, steigt die Qualität der gemeinsam verbrachten Zeit und die Beziehung zwischen Eltern und Kindern ist intensiver. Mütter und Väter verbringen heute mehr Zeit mit ihren Kindern als früher. Laut einer OECD-Studie verbringen deutsche Mütter etwa 10,5 Stunden pro Woche mit ihren Kindern. Bei Vätern sind es 3,9 Stunden. Damit liegt Deutschland international im Mittelfeld. Die französischen Väter verbringen im Durchschnitt am wenigsten Zeit mit ihren Kindern, die norwegischen Väter am meisten.[83]

Drei Viertel der heute älteren Bevölkerung urteilt, dass sich ihre Väter eher zu wenig Zeit für „Spiel oder Unterhaltung“ genommen haben und bei der Hälfte hatten auch die Mütter bezogen auf diese Aussage zu wenig Zeit. Bei den Jüngeren hat sich diese Einschätzung deutlich verschoben. Deutlich mehr als die Hälfte der heute 16- bis 29-Jährigen ziehen, bezogen auf ihre zunehmend erwerbstätigen Mütter, ein wesentlich positiveres Urteil, mehr als ein Drittel verbringt auch genügend Zeit mit dem Vater.[84] Dennoch wünschen sich Kinder vor allem mehr Zeit mit ihren Vätern.[85]

Bereits 1998 hat sich gezeigt, dass es einige Tätigkeiten gibt, die moderne Väter mit Kindern mehr machen als andere. Spielen und Spazierengehen liegen dabei an der Spitze. Pflegerische Versorgungsaktivitäten (wie Waschen, aufs Klo setzen, Pflegen, Hausaufgaben machen, nicht zuletzt auch Beten) waren eher Aufgabe der Mütter. 2008 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt (Abb. 41). Die modernen „neuen Väter“ machen heute quantitativ noch mehr mit ihren Kindern und sie bauen eine intensivere Beziehung zu ihnen auf: Für fast zwei Drittel der Väter von ein und zwei Kindern haben die eigenen Kinder eine sehr große Bedeutung. Gemessen an den Tätigkeiten mit ihren Kindern sind die sogenannten modernen Väter deutlich aktiver als Männer mit einer eher traditionellen Vaterrolle.[86]

81 Familienmonitor 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.
82 BMFSFJ, 2009: Memorandum „Familie leben“.
83 OECD, 2009: Doing better for children.
84 BMFSFJ, 2009: Memorandum „Familie leben“.
85 Generationenbarometer 2009, Institut für Demoskopie Allensbach.
86 Volz/Zulehner, 2009: Männer in Bewegung: Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. BMFSFJ Forschungsreihe Band 6. Baden-Baden. Das Attribut „modern“ bedeutet in der Studie Zustimmung zur gemeinsamen Haushaltsführung, zur gleichberechtigten Partnerschaft, zur Kindererziehung als partnerschaftliche Aufgabe, zur Müttererwerbstätigkeit.

Abbildung 41: Was Väter und Mütter mit ihren Kindern tun, 2008 (in Prozent)[87]



Quelle: Volz/Zulehner: Männer in Bewegung: Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. BMFSFJ Forschungsreihe Band 6. Baden-Baden 2009, S. 96

87 Ebd.

V.
Einkommenssicherung und Armutsreduzierung

Das Leben mit Kindern ist eine große immaterielle Bereicherung. Aber: Kinder kosten. Dieses Kapitel beschreibt das Ausmaß der Einkommensverteilung von Familien und Kindern[88] in Deutschland sowie die Wirksamkeit familienpolitischer Instrumente zur Armutsreduzierung. Die Messungen basieren auf dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) 2008.[89]

Durch die Weiterentwicklung statistischer Verfahren[90] erlaubt das SOEP 2008 nicht nur eine bessere internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse, sondern beinhaltet auch eine Verbesserung der Datenqualität retrospektiv erfasster Einkommen. Aus diesen Gründen beziehen sich die Auswertungen auf das Haushaltsnettoeinkommen des Jahres 2007. Die ermittelte Armutsgefährdungsschwelle liegt für eine alleinstehende Person im Jahr 2007 bei 924 Euro. Die folgende Tabelle weist die 60-Prozent-Armutsschwellenwerte für Familien in Deutschland (2007) aus. In Deutschland gilt z. B. ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren als armutsgefährdet, wenn das verfügbare Haushaltseinkommen unter 1.940 Euro liegt.

Abbildung 42: Armutsschwellenwerte von Familien in Deutschland, 2007

Haushaltstyp	60%-Armutsschwellenwert
Alleinerziehende mit 1 Kind unter 14 Jahren	1.201 Euro
Alleinerziehende mit 2 Kindern unter 14 Jahren	1.478 Euro
Paar mit 1 Kind unter 14 Jahren	1.663 Euro
Paar mit 2 Kindern unter 14 Jahren	1.940 Euro
Paar mit 3 Kindern unter 14 Jahren	2.218 Euro

Quelle: SOEP 2008; Berechnungen FIT 2009

In Deutschland leben rund 2,5 Millionen Kinder in Haushalten, in denen weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung stehen. Die Armutsrisikoquote der minderjährigen Kinder liegt damit bei rund 18 Prozent im Gegensatz zur Quote der Gesamtbevölkerung von rund 14 Prozent. Damit tragen Minderjährige ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen hängt stark davon ab, in welchem Familientyp sie leben.

88 Soweit keine anderslautende Altersangabe angegeben ist, beziehen sich die Auswertungen auf Kinder unter 18 Jahren.

89 Das Sozio-oekonomische Panel ist eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführte Längsschnitt-Erhebung in Form einer seit 1984 alljährlich stattfindenden Wiederholungsbefragung derselben Personen sowie der in den Haushalt hinzukommenden Personen. Im Internet unter: http://www.diw.de/de/soep

90 Mit der Datenlieferung des SOEP 2008 wurde neben einer Verbesserung der bestehenden Imputationsverfahren erstmals eine Korrektur von Einkommenskomponenten bei Antwortausfällen innerhalb des SOEP durchgeführt.

Armut weist sich nicht allein an der monetären Ressourcenlage aus. Sie zeigt sich darüber hinaus in Unterversorgungslagen anderer zentraler Lebensbereiche (Arbeit, Wohnsituation, Gesundheit, Bildung, soziale und kulturelle Integration) und drückt sich auch in immateriellen Dimensionen (Zufriedenheit, soziales Umfeld) aus. Eine massive Problemlage tritt insbesondere in den Familien auf, wo viele und chronische Risiken kumulieren. Zwischen der materiellen Situation und weiteren Dimensionen von Kinderarmut bestehen allerdings enge Wirkungszusammenhänge. Einkommensarmut bestimmt als zentraler Risikofaktor das Ausmaß an gesellschaftlicher Benachteiligung und Einschränkung der soziokulturellen Teilhabe.

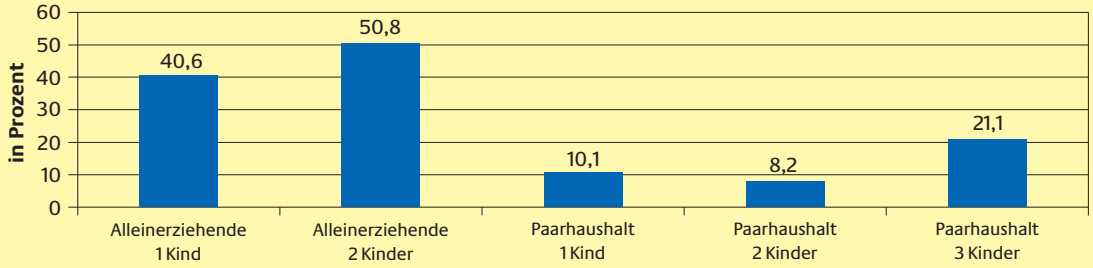
Armutsrisiken von Kindern über die Haushaltstypen[91]

Die Armutsrisiken für Kinder in Paarhaushalten fallen unterschiedlich aus. Je nach Anzahl der Geschwister liegt die Quote zwischen acht und 21 Prozent, wobei das Armutsrisiko in Drei- und Mehrkindfamilien mehr als doppelt so hoch ist, wie in Familien mit bis zu zwei Kindern. Mit steigender Kinderzahl sinken die Möglichkeiten beider Elternteile erwerbstätig zu sein. Etwa die Hälfte der Mütter mit drei oder mehr Kindern ist nicht erwerbstätig.[92] Ein hohes Risiko, in einer Familie mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle aufzuwachsen, tragen zudem Kinder von Alleinerziehenden. Hier leben etwa 1.000.000 armutsgefährdete Kinder. Das entspricht mehr als einem Drittel aller armutsgefährdeten Minderjährigen. Diese weit überdurchschnittliche Betroffenheit erklärt sich in erster Linie durch die häufig eingeschränkten Möglichkeiten der Eltern, ein für den Lebensunterhalt der Familie ausreichendes Erwerbseinkommen zu erzielen. Viele Alleinerziehende können aufgrund der besonderen Herausforderungen, die bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an sie gestellt werden, keiner Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen.[93] Entsprechend niedrig fällt das Äquivalenzeinkommen in diesen Haushalten aus.[94] In einer Analyse zur Einkommensentwicklung in Deutschland seit den 80er-Jahren kam das Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft zu dem Ergebnis, dass die gestiegene Zahl von Kindern einkommensschwacher Familien ohne Migrationshintergrund fast ausschließlich auf den Zuwachs in alleinerziehenden Familien zurückzuführen sei.[95] In allen EU-Ländern wächst der Anteil der Kinder, die mit einem Elternteil aufwachsen, heute nicht mehr wie früher durch Folgen von Kriegen oder Epidemien, sondern durch Zunahme von Trennungen.[96] In all diesen Ländern leben Alleinerziehenden-Familien wesentlich häufiger in relativer Armut als Paarfamilien.[97] Eine Analyse von OECD-Daten belegt, dass in Ländern wie Großbritannien oder Neuseeland, in denen besonders viele Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen, auch der Anteil von in Armut lebenden Kindern größer ist.[98] In den EU-25-Ländern ist das Armutsri-

91 Abgrenzung nach Kindern unter 18 Jahren im Haushalt.
92 Mikrozensus 2007.
93 Die Teilzeitquote von Alleinerziehenden liegt bei knapp 60 Prozent, Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.
94 SOEP 2008, Median des Nettoäquivalenzeinkommens: Alleinerziehende mit einem Kind: 1.025 Euro; Alleinerziehende mit zwei Kindern: 917 Euro, im Gegensatz zu Paarhaushalten mit einem Kind: 1.598 Euro; mit zwei Kindern: 1.492 Euro, mit drei Kindern: 1.633 Euro.
95 Meinhard Miegel et al., 2008: Von Verlierern und Gewinnern – Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland, Bonn, S. 66.
96 Seit 1996 hat sich der Anteil der Alleinerziehenden in Deutschland an allen Familien von 13,8 Prozent auf 18,8 Prozent und damit um genau fünf Prozentpunkte erhöht.
97 Eurostat: Durchschnittliche Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden-Haushalten in EU 25: 34 Prozent im Gegensatz zu 12 Prozent von Paarfamilien mit einem Kind und 14 Prozent von Paarfamilien mit zwei Kindern.
98 Michael Fertig/Markus Tamm: Kinderarmut in reichen Ländern, S. 18–23, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2006, S. 23.

siko für Kinder in Alleinerziehendenhaushalten mit 34 Prozent fast doppelt so hoch wie die Armutsrisikoquote aller Kinder mit 19 Prozent.[99]

Abbildung 43: Armutsrisiken von Kindern und Haushaltstypen



Quelle: SOEP 2008, Berechnungen: FIT 2009

Darüber hinaus ist der Anteil armutsgefährdeter Kinder in Familien mit Migrationshintergrund überproportional hoch. Während 15 Prozent der Kinder in Familien ohne Migrationshintergrund mit einem Armutsrisiko leben, sind es bei den Kindern in Familien mit Migrationshintergrund 26 Prozent.[100] Besonders hoch sind die Armutsrisiken von Kindern in Familien aus der Türkei und aus Russland.[101] Hier bestätigt sich, dass Armutsrisiken vor allem von zwei ineinandergreifenden Faktoren abhängen: Bildung und Erwerbstätigkeit. Die Ursachen für die schwächere Einkommensposition von Migrantenfamilien sind in erster Linie fehlende schulische und berufliche Qualifikationen bzw. nicht anerkannte berufliche Abschlüsse und Sprachbarrieren. Fast die Hälfte der Frauen und mehr als ein Drittel der Männer mit Migrationshintergrund weisen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Dies trifft dagegen nur auf 14 Prozent der Frauen ohne Migrationshintergrund und auf 10 Prozent der Männer ohne Migrationshintergrund zu.[102]

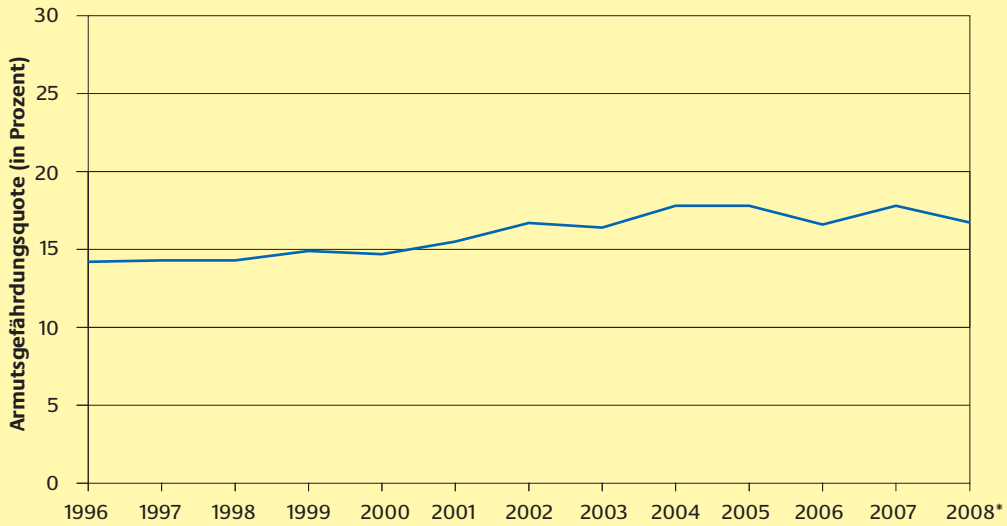
Diese Zahlen spiegeln sich auch in der Arbeitslosenstatistik wider: Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer, d. h. Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft, ist mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen: Sie lag im November 2009 bei 16 Prozent im Vergleich zur Arbeitslosenquote der Deutschen mit sieben Prozent.[103] Gerade für Kinder aus Zuwanderungsfamilien mit niedrigem Bildungsniveau ist deshalb bereits eine frühe Förderung im Kindergarten und anschließend in der Ganztagsschule besonders wichtig, um eventuellen späteren Defiziten vorzubeugen.[104] Notwendig ist, den Anteil der Schulabbrecherinnen bzw. Schulabbrecher und der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss zu reduzieren. Damit erhöhen sich die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration – zugleich sinkt das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit deutlich.

99 EU-SILC 2008.
100 Die Berechnungen legen den direkten Migrationshintergrund zugrunde. Dieser liegt vor, wenn eine Person selbst Migrationserfahrung hat – ein indirekter Migrationshintergrund liegt dagegen bei einer Migrationserfahrung nur auf Seiten der Eltern vor.
101 Mikrozensus 2007.
102 Mikrozensus 2007.
103 Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – November 2009.
104 Nach den Daten des Mikrozensus 2008 hat jedes 3. Kind in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Anstieg der Kinderarmut gestoppt

Entgegen häufig anderslautenden Darstellungen hat die Kinderarmut in den letzten Jahren nicht weiter zugenommen. Mit dem letzten wirtschaftlichen Aufschwung haben sich die Armutsrisiken von Kindern und Familien in Deutschland kaum verändert und liegen seit 2004 auf einem Niveau von 17 bis 18 Prozent. Diesen Trend bestätigen auch die Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Ergebnisse der Erhebung LEBEN IN EUROPA 2008 (EU-SILC)[105] sowie auch die Daten des Statistischen Bundesamtes auf Grundlage des Mikrozensus 2008.[106] Die aufgezeigte Entwicklung ist insbesondere deshalb positiv zu bewerten, da sich parallel dazu weitere Einflussfaktoren verstärkt haben, die sich auf die Zusammensetzung der Haushalte, deren Einkommenssituation und damit in der Regel auch auf die Armutsrisiken, auswirken. Zu nennen ist hier beispielsweise der kontinuierliche Anstieg von Alleinerziehendenhaushalten.[107] An der deutlich überdurchschnittlichen Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hat sich im Beobachtungszeitraum allerdings nichts geändert.

Abbildung 44: Entwicklung der Armutsrisikoquoten von Kindern 1996–2008 in %



**vorläufige Daten*
Quelle: SOEP, Berechnungen FIT 2010

Armut ist selten ein Dauerzustand

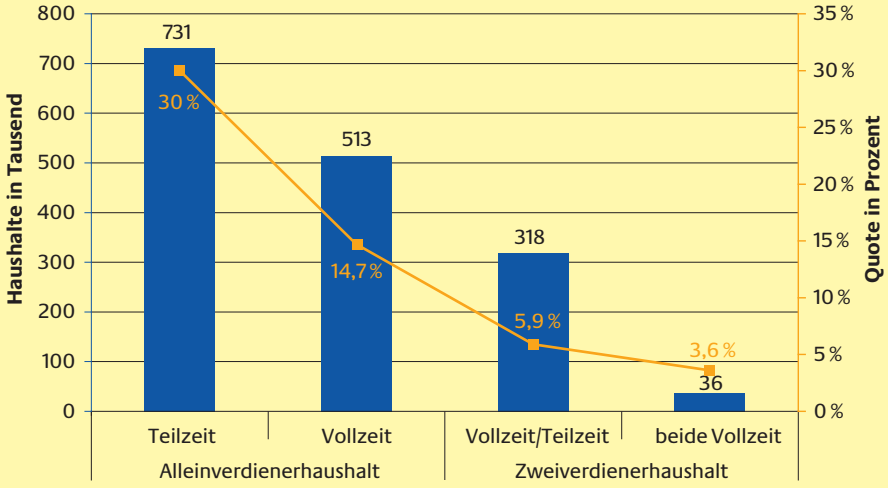
Relevant ist nicht vorrangig das Ausmaß der Einkommensarmut, sondern viel stärker, wieweit und wie rasch es den Betroffenen gelingt, den Bereich der Einkommensarmut wieder zu verlassen. Die zeitliche Verfestigung von Armut bildet die größte Gefahr für sog. tradierte Armutskarrieren. Tatsächlich zeigen die Untersuchungen zum zeitlichen Verlaufsmuster der Einkommensarmut, dass der Anteil der Kinder, die dauerhaft mit einem Armutsrisiko

105 Marginaler Anstieg des Armutsrisikos minderjähriger Kinder zwischen 2006 (14%) und 2007 (15%) um 1 Prozentpunkt.
106 Vgl. http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/; Kinderarmut liegt zwischen 2007 und 2008 auf demselben Niveau von 18,4 Prozent.
107 Seit 1996 hat sich der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien von 13,8 Prozent auf 18,8 Prozent und damit um genau fünf Prozentpunkte erhöht.

leben, in Deutschland vergleichsweise gering ist. Dies bestätigen auch die Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Danach leben nur etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung länger als drei Jahre in Armut. Im OECD-Mittel sind es fünf Prozent und damit etwa doppelt so viel.[108]

Die hohe Einkommensmobilität im unteren Einkommensbereich ist dennoch kein Grund zur Entwarnung. Denn die Dauer und Verlaufsmuster von Einkommensarmut verdeutlichen auch hier die Risikogruppen: Für Alleinerziehende ist die Gefahr der Langzeitarmut doppelt so hoch wie in anderen OECD-Ländern[109] und viermal höher als in Paarfamilien[110]. Allerdings überwinden auch viele Alleinerziehende ihre Armutssituation in relativ kurzer Zeit wieder. Dies bestätigen Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nach einer Studie zur Dynamik des Leistungsbezugs in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) gelingt es etwa einem Drittel der Alleinerziehenden, den Leistungsbezug nach einem Jahr wieder zu verlassen; etwa die Hälfte beendet den Bezug nach drei Jahren.[111] Die Verbesserung der Lebenssituation von Alleinerziehenden ist ein wichtiges Ziel nachhaltiger Familienpolitik. Deshalb kooperiert das BMFSFJ seit 2009 in einem gemeinsamen Projekt mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll es dabei gelingen, Alleinerziehende besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um durch eigene Erwerbsarbeit Armutsrisiken zu verringern und Kindern gute Chancen des Aufwachsens zu ermöglichen.[112]

Abbildung 45: Armutsrisikoquoten von Kindern nach Erwerbsbeteiligung der Eltern



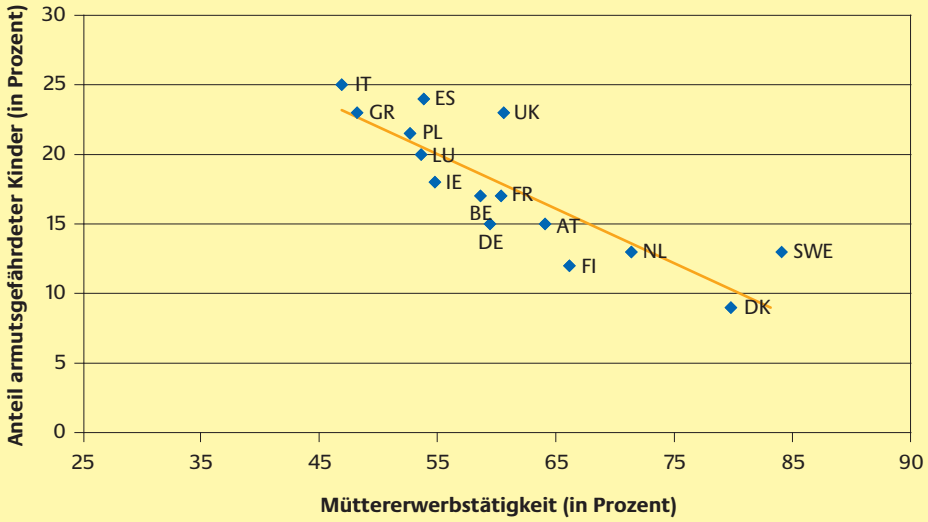
Quelle: SOEP 2008, Berechnungen: FIT 2009

108 OECD, 2008: Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries.
109 OECD, 2008: Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries.
110 Quelle: Längsschnittdaten des SOEP, Berechnungen FIT.
111 IAB-Kurzbericht 5/2009: Dynamik im SGB II 2005–2007: Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben lange bedürftig.
112 Nähere Informationen dazu in Kapitel VI: Lebenssituation von Alleinerziehenden.

Höchstes Risiko: Erwerbslosigkeit

Das Armutsrisiko von Kindern hängt ganz wesentlich von der Erwerbsbeteiligung der Eltern ab. Diese Tatsache entspricht auch der Auffassung der europäischen Bevölkerung über die Ursache von Armut. Mehr als die Hälfte aller Europäer nennt Arbeitslosigkeit als Hauptgrund für Armut und soziale Ausgrenzung.[113] Betrachtet man Niveau und Verteilung der verfügbaren Einkommen, so zeigt sich eine starke Konzentration der Armutsgefährdung in Haushalten ohne oder mit nur geringer Erwerbstätigkeit. Kinder, die in Familien leben, in denen kein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sind mit Abstand am stärksten armutsgefährdet. In diesen Familien liegt das Armutsrisiko bei 57 Prozent. Mit zunehmender Erwerbstätigkeit gehen die Quoten spürbar zurück. In Haushalten, in denen beide Partner erwerbstätig sind, spielt Armut praktisch keine Rolle. Die Armutsrisiken in diesen Haushalten liegen – je nach Arbeitsumfang – zwischen vier und sechs Prozent. Ein Kind in einer Familie, in der beide Elternteile erwerbstätig sind, hat ein dreimal geringeres Risiko, von Armut betroffen zu sein, als Kinder in einem Haushalt, in dem nur ein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Für Familien, in denen kein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht, ist die Armutsgefährdung dagegen fast dreimal höher als für Familien, in denen zumindest ein Elternteil erwerbstätig ist. Der Zugang zu Erwerbsarbeit spielt damit die zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut. Nach Daten von Eurostat und der OECD weisen die Länder mit den höchsten Kinderbetreuungsquoten nicht nur die höchsten Müttererwerbstätigenquoten, sondern auch die geringste Kinderarmut auf.

Abbildung 46: Armutsrisiken von Kindern im Verhältnis zur Müttererwerbstätigkeit



Quelle: Eurostat, EU-SILC 2008; EU-LFS 2007, Sonderauswertung, eigene Berechnungen

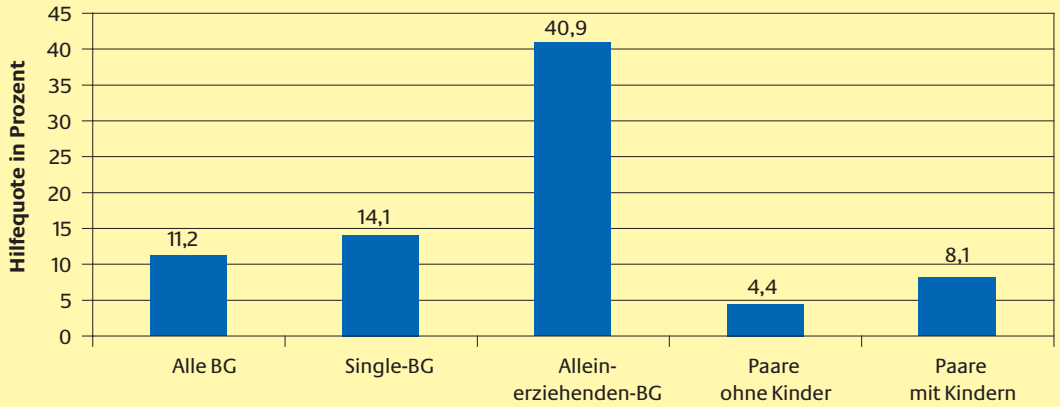
Kinder und Familien im Arbeitslosengeld-II-Bezug

Betrachtet man die Struktur der Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeit Suchende, so bestätigt sich auch hier der enge Zusammenhang von Armutsgefährdung und Erwerbslosigkeit. Die sog. SGB-II-Hilfequote bezeichnet das Verhältnis von hilfebedürf-

113 Eurobarometer survey on poverty and social exclusion, Oktober 2009.

tigen Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern zur jeweils entsprechenden Bevölkerungsgruppe. Korrespondierend zu den hohen Armutsrisiken haben Alleinerziehende mit rund 41 Prozent das weitaus höchste Risiko, auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen zu sein. Demgegenüber liegen Paare mit Kindern mit einer Hilfequote von 8,1 Prozent deutlich unter der Hilfequote der Gesamtbevölkerung von 11,2 Prozent.[114] Zu beobachten ist, dass mit der Zahl der Kinder der Anteil der Hilfebedürftigen in der jeweiligen Lebensform deutlich zunimmt und bei Paaren mit drei und mehr Kindern 15,4 Prozent, bei Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern fast 70 Prozent erreicht.[115]

Abbildung 47: Hilfequoten nach Typ der Bedarfsgemeinschaft (BG) im SGB II in Prozent, Juli 2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2009

Die Hilfequote von Kindern unter 15 Jahren lag im August 2009 bei 15,6 Prozent. Mit etwa 1,7 Mio. Kindern lebt etwas mehr als jedes siebte Kind unter 15 Jahren von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II im Gegensatz zu jeder bzw. jedem Elften im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren (9,1%).[116] Kinder sind damit häufiger hilfebedürftig als Erwachsene. Zu beachten ist allerdings, dass die Statistik der Bundesagentur für Arbeit entgegen der gesetzlichen Regelung auch die Kinder als Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften ausweist, die ihren Bedarf und damit das sozialrechtlich gesicherte Existenzminimum durch eigenes Einkommen (z. B. Kindergeld, Unterhalt) selbst decken können. § 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II bestimmt jedoch, dass Kinder und junge Erwachsene nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, wenn sie ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können. Sie sind also nicht hilfebedürftig im Sinne des SGB II. Nach einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit im Auftrag des BMFSFJ verringert sich danach die statistisch ausgewiesene Zahl der hilfebedürftigen minderjährigen, unverheirateten Kinder um 185.000.[117] Die Hilfequote der minderjährigen, unverheirateten Kinder beträgt danach nur noch 13,4 Prozent. Knapp 90 Prozent (162.000) der Kinder mit bedarfsdeckendem Einkommen leben in Alleinerziehenden-Haushalten in der Regel von Unterhaltszahlungen und Kindergeld.

114 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2009.
115 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2009.
116 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2009.
117 Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit im Auftrag des BMFSFJ.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) zielen darauf ab, das sogenannte Existenzminimum zu sichern. Dieses ist von der Armutsgefährdung zu unterscheiden. Etwa die Hälfte aller Familien, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, leben unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Von den erwerbstätigen Leistungsbeziehern im SGB II, den sog. „Aufstockerinnen und Aufstockern", die etwa ein Viertel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ausmachen, sind es knapp 40 Prozent.[118] Dabei ist zu beachten, dass von den 1,3 Millionen erwerbstätigen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbeziehern im SGB II nur etwa 20 Prozent der abhängig Beschäftigten in Vollzeit arbeiten.[119] Mehr als die Hälfte (55 %) der Aufstockerinnen und Aufstocker arbeitet dagegen weniger als 15 Stunden. Am höchsten ist der Anteil hier bei den insgesamt 230.000 aufstockenden Alleinerziehenden. Von ihnen arbeiten fast 60 Prozent weniger als 15 Stunden. Bei Paaren mit Kindern fällt das durchschnittliche Arbeitsvolumen und der Anteil der Vollzeitbeschäftigung etwas größer aus. Zwar arbeiten auch hier etwa die Hälfte der Paare weniger als 15 Stunden, allerdings geht jedes dritte Paar mit Kindern einer Vollzeitbeschäftigung nach (im Gegensatz zu nur jeder fünften Alleinerziehenden).[120] Die Bedürftigkeit entsteht in diesen Fällen durch die Größe der Bedarfsgemeinschaft.

In Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist die Betreuungssituation der Kinder ein wesentliches Hindernis und der dominierende Grund, der einer Aufnahme bzw. Ausweitung einer Erwerbstätigkeit entgegensteht.[121] Betreuungsdefizite zeigen sich insbesondere bei der Nachmittagsbetreuung, die für mehr als drei Viertel der Schulkinder nicht gegeben ist.[122] Fehlende oder vor allem zeitlich nicht aufeinander abgestimmte Angebote verhindern selbst bei den vergleichsweise gut ausgebildeten Alleinerziehenden eine stärkere Arbeitsmarktintegration. Bei den Paaren mit Kindern hat fast die Hälfte der Partnerinnen bzw. Partner in Aufstocker-Bedarfsgemeinschaften darüber hinaus keine Berufsausbildung. Trotz der positiven Effekte der Ausweitung des Kinderzuschlags stellt die geringe Arbeitsmarktnähe durch mangelnde Qualifikation ein grundsätzliches Problem in dieser Gruppe dar.

Neben den laufenden Anstrengungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann daher auch die Arbeitsmarktpolitik z. B. durch Qualifizierungsmaßnahmen oder Lohnkostenzuschüsse wichtige Hilfe leisten, um eine stärkere Teilhabe von Familien mit Kindern am Arbeitsmarkt zu erreichen.

118 SOEP 2008.
119 IAB-Kurzbericht 2/2009: Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben.
120 Ebd.
121 Für 70 Prozent der nicht nach Arbeit suchenden Partnerinnen bzw. Partner in Aufstocker-Bedarfsgemeinschaften ist die Kinderbetreuung der dominierende Grund.
122 IAB-Kurzbericht 2/2009: Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben.

Chancengleichheit sichern

Die Chancengleichheit von Kindern ist Merkmal für die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft. Aufgabe und Ziel der nachhaltigen Familienpolitik bei der Bekämpfung von Kinderarmut ist es:

- Risikofaktoren durch **vorbeugende Maßnahmen** zu reduzieren, indem Anreize und Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit gesetzt und die Vereinbarkeit gefördert werden;
- bestehende Armutsrisiken von Kindern und Familien durch **fördernde Maßnahmen** (wie z. B. den Kinderzuschlag) zu reduzieren;
- die Situation von Kindern in Familien, die selbst kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften können, durch **unterstützende Leistungen** so weit zu stabilisieren, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Analyse der Verteilung armutsgefährdeter Kinder nach verschiedenen Haushaltstypen verdeutlicht dabei die primären Zielgruppen armutsbezogener familienpolitischer Leistungen: Alleinerziehende (hier leben ca. 1 Mio. armutsgefährdeter Kinder), Familien mit mindestens drei Kindern (500.000 Kinder) sowie Familien mit Migrationshintergrund (800.000 Kinder).

Kinderarmut wird in unserer Gesellschaft bewusst wahrgenommen

Die deutsche Bevölkerung nimmt Kinderarmut bewusst wahr. Zwar kennt nur ein Fünftel der Bevölkerung das Problem der Kinderarmut aus ihrem eigenen Bekanntenkreis oder ihrer Nachbarschaft, aber 80 Prozent betrachten Kinderarmut als (sehr) großes Problem. Dieses Ergebnis entspricht auch den Erkenntnissen einer aktuellen Eurobarometer-Erhebung zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung. Danach sehen 73 Prozent der Europäer Armut als großes Problem in ihrem Land.[123] Dabei existiert in der Bevölkerung ein komplexes Bild von Armut. Kinderarmut bedeutet für die Bevölkerung nicht allein ein Mangel an finanziellen Ressourcen. Vielmehr wird im Zusammenhang mit Kinderarmut gleich ein ganzes Bündel von Problemen wahrgenommen. Am häufigsten nennt die Bevölkerung schlechtere Bildungschancen (70 %). Dies wird auch durch die europäischen Ergebnisse der Eurobarometer-Erhebung zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung bestätigt.[124] Neben einer geringeren Förderung armer Kinder (69 %) wird auch ein Mangel an anregender Freizeitbeschäftigung als Folge von Geldmangel (68 %) genannt. Nicht viel seltener werden fehlende Aufstiegschancen (58 %), eine ungesunde Lebensweise (58 %) sowie soziale Ausgrenzung (57 %) angesprochen.

Die breiteste Zustimmung fände – so Allensbach – eine stärkere finanzielle Unterstützung von Familien mit Kindern, wie sie beispielsweise seit Anfang des Jahres durch die Erhöhung des Kindergeldes erfolgt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung halten eine solche Förderung für besonders wichtig. Daneben wird auch der Verbesserung der Infrastruktur zur

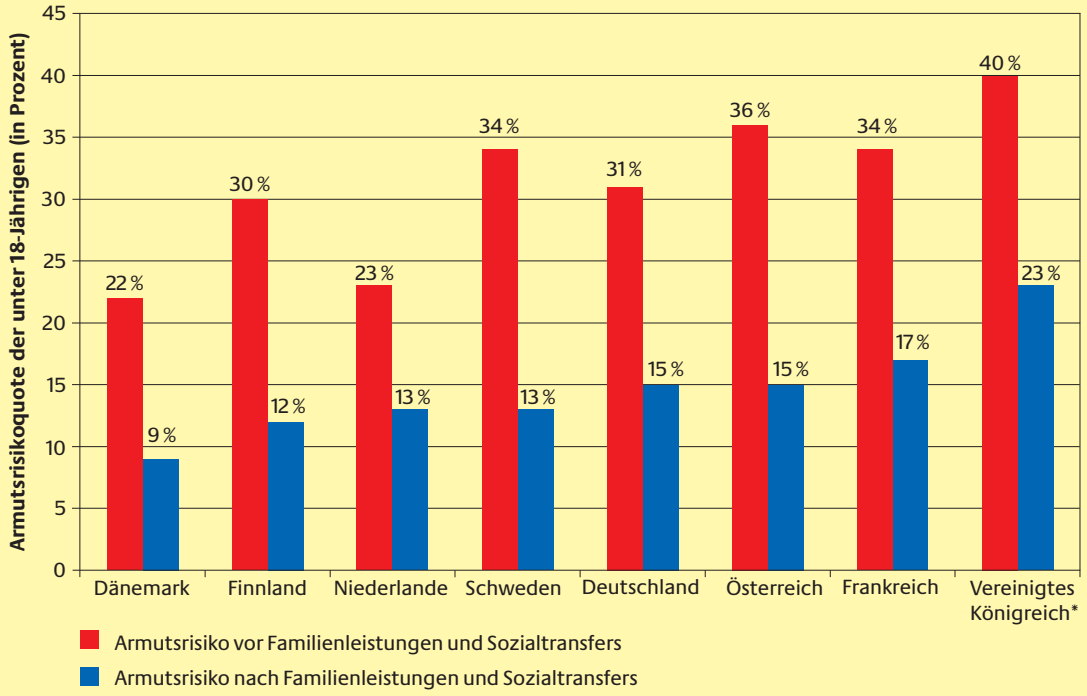
123 Eurobarometer survey on poverty and social exclusion, Oktober 2009.
124 Ebd.

Kinderbetreuung in Kindergärten und Ganztagsschulen sowie der Verstärkung der Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt großes Gewicht zugewiesen. Auch für die Bevölkerung gibt es hier kein Entweder-oder.

Familienleistungen und Sozialtransfers reduzieren Kinderarmut deutlich

Für Deutschland ist im internationalen Vergleich hervorzuheben, dass trotz einer vergleichsweise geringen Erwerbstätigkeit von Müttern eine effektive Armutsreduzierung durch Sozialtransfers und Geldleistungen gewährleistet wird. Ohne staatliche Transferleistungen wären in Deutschland nach den Daten der Erhebung EU-SILC 2008 etwa doppelt so viele Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. Mit einer Reduzierung der Armutsgefährdung für über 2 Mio. Kinder liegt Deutschland damit über dem EU-Durchschnitt. Monetäre Maßnahmen leisten somit in Deutschland einen deutlichen Beitrag zur Reduzierung von Armutsrisiken von Familien.

Abbildung 48: Kinderarmut vor und nach Sozialtransfers und monetären Familienleistungen*, 2007



Quelle: Eurostat, EU-SILC 2008 (Vereinigtes Königreich: EU-SILC 2007):
** Es werden erfasst: Geldleistungen (Kindergeld, Elterngeld und Mutterschaftsleistungen, Leistungen für Alleinerziehende, zweckgebundene Kinderbetreuungszuschüsse), Dienstleistungen (Kosten oder Subventionen für Kinderbetreuung, Jugendhilfe und Familienhilfe), steuerliche Leistungen für Kinder (Kinderfreibeträge, Kindersteuerzuschüsse, Anteile negativer Einkommensteuer für Kinder – kein Ehegattensplitting)*

Gezielte Maßnahmen für Familien mit niedrigem Einkommen, für Alleinerziehende und für Familien im ersten Lebensjahr eines Kindes schaffen wirtschaftliche Stabilität, die den Lebensverlauf positiv bestimmen kann. In den Jahren 2008 und 2009 hat das BMFSFJ zahlreiche familienpolitische Vorhaben realisiert, die präventiv, armutsverringernd oder

situationserleichternd insbesondere für Familien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen wirken. Das bestätigt auch eine Studie des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, in der die Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete positiv gewürdigt und damit die Politik der Bundesregierung im Zeichen der wirtschaftlichen Krise auf der ganzen Linie bestätigt werden.[125] Familienhaushalte haben danach heute ein deutlich höheres Einkommen als noch vor einem Jahr – zum Teil um 10 Prozent und mehr.[126] Die höheren Familieneinkommen bedeuten auch eine höhere Kaufkraft und mehr privaten Konsum. Dies ist in erster Linie auf die verbesserten familienpolitischen Leistungen, wie z. B. erweiterter Kinderzuschlag und Wohngeld, erhöhtes Kindergeld und einmaliger Kinderbonus sowie höhere Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung und das Schulbedarfspaket, zurückzuführen.

Vom Kindergeld profitieren vor allem Mehrkindfamilien

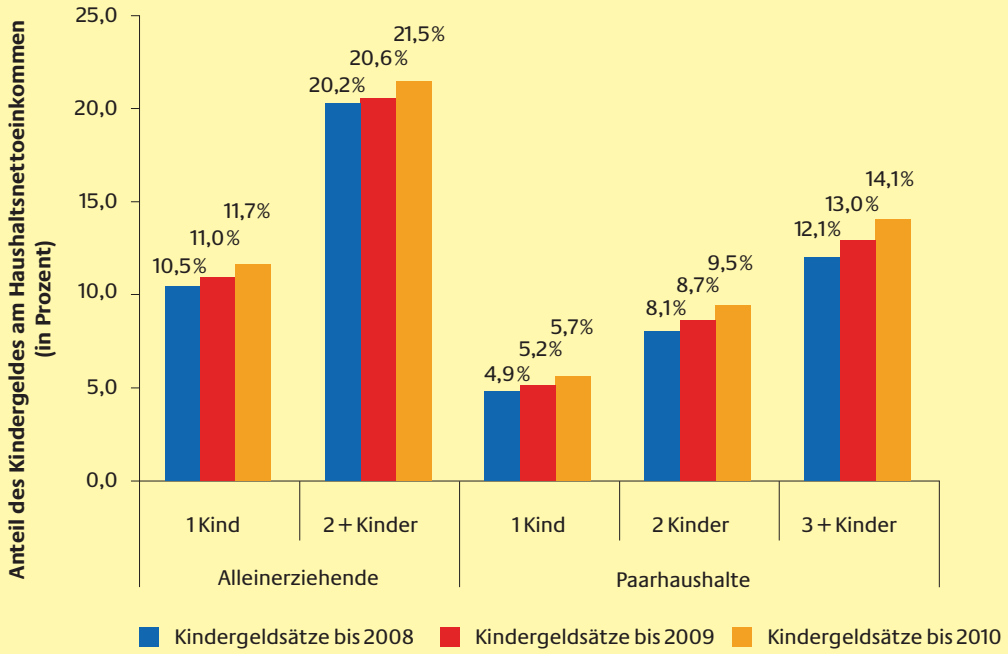
Zum 1. Januar 2009 wurde das Kindergeld erhöht und stärker gestaffelt (für das erste und zweite Kind auf 164, 170 für das dritte und ab dem vierten Kind 195 Euro). Das Kindergeld soll in erster Linie die Kosten für Kinder kompensieren und es gleicht Nachteile zwischen Familien und kinderlosen Haushalten aus. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Stabilität von Familien und reduziert auch Armutsrisiken belasteter Familien. Stellt man die armutsreduzierenden Wirkungen einzelner familienbezogener Instrumente gegenüber, so zeigt sich, dass vom Kindergeld die bei Weitem größten Effekte ausgehen. Für mehr als 1,7 Mio. Kinder entfaltet das Kindergeld eine armutsreduzierende Wirkung.[127] Entsprechend wird das Kindergeld auch von fast 90 Prozent der Bevölkerung als wichtiges monetäres Instrument zur Unterstützung von Familien eingeschätzt.[128]

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz[129] wurde das Kindergeld zum 1. Januar 2010 nochmals um 20 Euro für jedes Kind erhöht. Die Erhöhung leistet einen spürbaren Beitrag zum Nachteilsausgleich und bewirkt darüber hinaus eine Armutsreduzierung für weitere 113.000 Kinder. Das bedeutet einen Rückgang der Armutsrisiken von Kindern um knapp ein Prozent.[130] Der Anteil des Kindergeldes am Haushaltsnettoeinkommen steigt im Vergleich zu den Kindergeldsätzen im Jahr 2009 in allen Haushaltstypen. Am stärksten ist der Anstieg mit 1,1 Prozentpunkten in Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern. Im Vergleich zu den Kindergeldsätzen 2008 steigt der Anteil in diesen Haushalten sogar um bis zu zwei Prozentpunkte. Ab 2010 macht das Kindergeld in Alleinerziehenden-Haushalten mit mehreren Kindern fast 22 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens aus.[131] Durch das höhere Kindergeld und zum Teil auch durch die im Zuge der Kinderfreibetragserhöhung[132] steigenden Unterhaltsleistungen überwinden mehr Familien als bisher die Grenze für die Hilfebedürftigkeit im SGB II. Nach Berechnungen des Fraunhofer-Instituts erhalten etwa 12.000 Familien mit

125 ifo-Schnelldienst 16/2009.
126 ifo-Schnelldienst 16/2009: Grundsicherungsempfängerinnen +5,1 Prozent, Familien mit mittlerem bis höherem Einkommen +2,5 Prozent.
127 SOEP 2008, Berechnungen: Prognos AG.
128 Institut für Demoskopie Allensbach, Dezember 2009.
129 Wachstumsbeschleunigungsgesetz, G. v. 22.12.2009 BGBl. I S. 3950; Geltung ab 31.12.2009.
130 SOEP 2008, Berechnungen: FIT.
131 SOEP 2008, Berechnungen: FIT.
132 Anhebung der Freibeträge für Kinder von insgesamt 6.024 Euro auf 7.008 Euro und zwar: Kinderfreibetrag von 3.864 Euro auf 4.368 Euro, Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung von 2.160 Euro auf 2.640 Euro.

rund 25.000 Kindern, die zuvor Arbeitslosengeld II bezogen haben, nach der jüngsten Kindergelderhöhung den Kinderzuschlag. Bei diesen Familien ist das Einkommen mit Kinderzuschlag und Wohngeld nun höher, als das Einkommen im Arbeitslosengeld II.

Abbildung 49: Anteil des Kindergeldes am Haushaltsnettoeinkommen 2008 bis 2010



Quelle: SOEP 2008, Berechnungen: FIT 2009

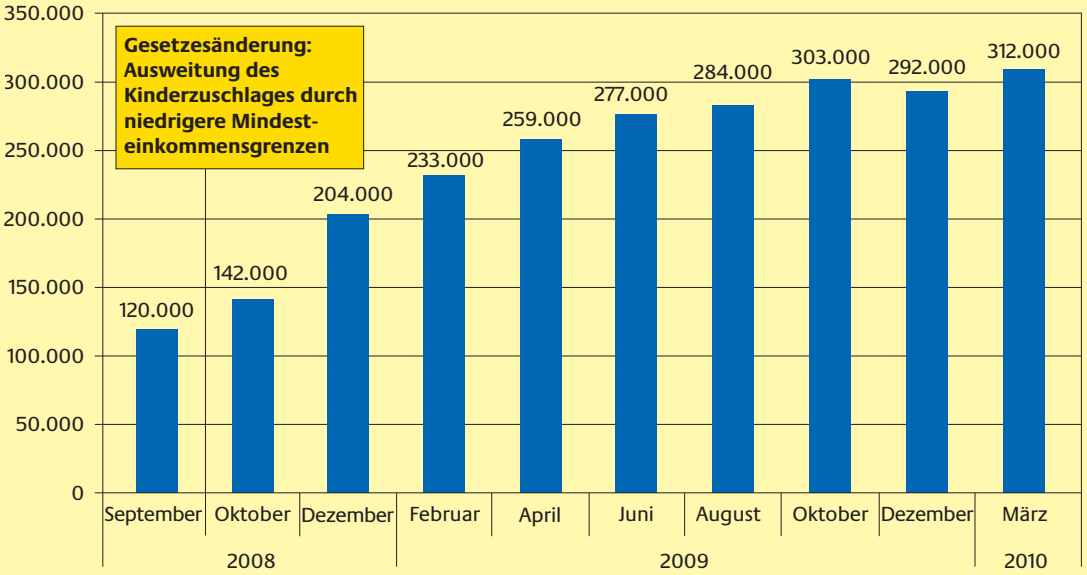
Der Kinderzuschlag hilft Geringverdienern

Der Kinderzuschlag ist als Leistung für Familien eingeführt worden, die trotz vorhandenen Erwerbseinkommens vor allem wegen ihrer Kinder auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind.[133] Er fördert gezielt Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen, denen er zusammen mit dem Wohngeld ermöglicht, unabhängig von Leistungen des Arbeitslosengeldes II zu werden. Der Kinderzuschlag festigt eine eigenständige Einkommensperspektive von Eltern, erkennt deren Erwerbsbereitschaft an und entlastet Familien bedarfsgerecht und einkommensabhängig. Er beträgt maximal 140 Euro pro Kind und gewährleistet zusammen mit dem Kindergeld und dem Wohngeld-Anteil der Kinder den durchschnittlichen soziokulturellen Mindestbedarf von Kindern. Um den Kinderzuschlag im Niedrigeinkommensbereich zu stärken, wurden im Jahr 2008 erste grundlegende Reformschritte umgesetzt.[134] Vor allem nach seiner Weiterentwicklung zum 1.10. 2008 erweist sich der Kinderzuschlag als wirksames Instrument: Mehr als 300.000 Kinder werden inzwischen erreicht. Im Jahr 2007 waren es dagegen erst rund 100.000 Kinder. Das ist ein Anstieg von rund 200 Prozent.

133 Zur Situation von Familien und Kindern im Bereich des SGB II siehe Abschnitt „Kinder und Familien im Arbeitslosengeld-II-Bezug".

134 Aufhebung der Befristung des Kinderzuschlags zum 1.1.2008 sowie Absenkung auf eine einheitliche Mindesteinkommensgrenze und Senkung der Abschmelzrate für Erwerbseinkommen von 70 auf 50 Prozent zum 1.10.2008; vgl. Familienreport 2009, Kapitel V. Armutsreduzierung durch staatliche Leistungen, S. 72.

Abbildung 50: Entwicklung der erreichten Kinder im Kinderzuschlag



Quelle: Schätzungen BMFSFJ auf Basis Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Bundeshaushalt

Gleichzeitig ist seit Oktober 2008 ein positiver Trend im Rückgang der Zahl der Kinder im SGB II festzustellen. Die Abnahmen der Kinder im SGB II fallen trotz Rezession und steigender Arbeitslosigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise seit dem Inkrafttreten der Kinderzuschlag-Reform deutlich höher aus, als bis zur Jahresmitte 2008. Überproportional zurückgegangen sind insbesondere die Bedarfsgemeinschaften von Paaren mit Kindern. So zeigt sich beispielsweise im Juli 2009 ein Rückgang von Paar-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern zum Vorjahresmonat von 6,6 Prozent im Gegensatz zum Rückgang der Paare ohne Kinder von 2,9 Prozent. Am niedrigsten ist allerdings auch hier der Rückgang der Alleinerziehendenbedarfsgemeinschaften mit 2,7 Prozent.[135]

Abbildung 51: Entwicklung der Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im SGB II

Zeit	Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im SGB II	Veränderungen zum Vorjahresmonat	
		Absolut	in %
Mai 2009	2.017.981	– 142.965	– 6,6
April 2009	2.023.207	– 151.376	– 7,0
März 2009	2.032.256	– 154.639	– 7,1
Februar 2009	2.030.686	– 157.632	– 7,2
Januar 2009	2.021.756	– 158.310	– 7,3
Dezember 2008	2.024.256	– 144.940	– 6,7
November 2008	2.031.003	– 143.644	– 6,6
Oktober 2008	2.083.138	– 109.354	– 5,0
September 2008	2.115.599	– 81.164	– 3,7
August 2008	2.126.390	– 82.300	– 3,7
Juli 2008	2.142.560	– 78.868	– 3,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

135 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, November 2009.

Um die Effekte des Kinderzuschlags und seiner Weiterentwicklung sowie die Wahrnehmung und Akzeptanz dieser Leistung in der Öffentlichkeit zu überprüfen, wird der Kinderzuschlag fortlaufend evaluiert. Eine im Jahr 2009 erfolgte Evaluationsstudie[136] zeigt: Die Akzeptanz des Kinderzuschlags ist hoch: Eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der Leistungsbezieherinnen und -bezieher zeigt sich mit dem Kinderzuschlag zufrieden. Im Einklang damit steht auch, dass 81 Prozent der derzeitigen Leistungsbeziehenden von einer verbesserten Einkommenssituation durch den Kinderzuschlag sprechen. Der Kinderzuschlag trägt zu einer deutlichen Verbesserung des Haushaltseinkommens von durchschnittlich 280 Euro bei. Bei einer durchschnittlichen Kinderzahl von 2,5 Kindern pro Familie profitieren hiervon in besonderer Weise Familien mit mehreren Kindern. Negative Erwerbsanreize konnten nicht festgestellt werden. Im Gegenteil wünscht sich die überwiegende Mehrheit der derzeit nicht erwerbstätigen Antragstellenden oder deren Partnerinnen bzw. Partner eine Erwerbstätigkeit. Ähnlich wie die Aufstockerinnen und Aufstocker im SGB II scheitern jedoch auch hier viele an nicht vorhandener Kinderbetreuung.

Die weitere Fortentwicklung des Kinderzuschlags als das maßgebliche familienpolitische Instrument, das Grundsicherungsabhängigkeit von Familien nachhaltig bekämpft, ist ein wichtiger Schritt, um die Erwerbsbereitschaft von Eltern anzuerkennen, zu erhalten und weiter zu stärken. Dies stellt den effektivsten Weg der Armutsvermeidung dar.

Verbesserungen für Kinder in der Grundsicherung

Entgegen häufigen kritischen Verlautbarungen sind auch die Kinder aus Familien im Grundsicherungsbezug nicht von den jüngsten Leistungsverbesserungen ausgeschlossen. Im Rahmen des Konjunkturprogramms erhielt im vergangenen Jahr jedes kindergeldberechtigte Kind einmalig und zusätzlich einen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro, der ausdrücklich nicht auf Sozialleistungen angerechnet wurde und damit auch bei den Familien, die Grundsicherungsleistungen erhielten, in voller Höhe ankam. Mit dem Schulbedarfspaket wurde eine jährliche, über die existenzsichernden Regelleistungen hinausgehende Transferleistung in Höhe von 100 Euro eingeführt, mit deren Hilfe die Finanzierung der Schulausstattung sichergestellt werden soll. Das Schulbedarfspaket wird ohne gesonderten Antrag für Kinder, die Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II/SGB XII oder auf Kinderzuschlag haben, gezahlt. Voraussetzung ist, dass das Kind eine allgemeinbildende oder berufsbildende Schule besucht und nicht älter als 24 Jahre ist. Im Jahr 2009 wurde das Schulbedarfspaket für etwa 1,3 Mio. Kinder ausgezahlt.[137] Familien mit Schulkindern zwischen sechs und 14 Jahren profitieren darüber hinaus von höheren Regelleistungen. Zum 1. Juli 2009 wurden die Regelleistungen für Kinder ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres um 40 Euro[138] angehoben. In den Bedarfsgemeinschaften im SGB II profitieren dadurch etwa 860.000 Kinder von höherem Einkommen.[139] Aufgrund der Vorlagebeschlüsse des Hessischen Landessozialgerichts (1 BvL 1/09) sowie des Bundessozialgerichts (1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09) erklärte das **Bundesverfassungsgericht** mit seinem Urteil vom 9. Februar 2010 die Berechnung der Regelleistung und des Sozialgeldes in der Grundsicherung wegen teilweise unzureichend nachvollziehbarer Berechnungs- und Fortschreibungs-

136 Prognos AG: Ergebnisbericht zur Evaluation des Kinderzuschlags durch forsa, Juli 2009.
137 Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind darunter etwa 100.000 kinderzuschlagsberechtigte Haushalte.
138 Einschließlich der jeweils zum 1. Juli eines Jahres durchgeführten Rentenanpassung.
139 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, November 2009.

grundlage für verfassungswidrig.[140] Neben der Regelleistung für Erwachsene genügt insbesondere das Sozialgeld für Kinder nicht den verfassungsgemäßen Vorgaben, weil es prozentual von dem Regelsatz einer bzw. eines alleinstehenden Erwachsenen abgeleitet wird. Darüber hinaus beruht die Festlegung auf keiner vertretbaren Methode zur Bestimmung des Existenzminimums eines Kindes. So bleibt bisher der spezifische Kinderbedarf, insbesondere Bildungsausgaben und Bildungsbedarfe (z. B. Schulhefte, Schulbücher, Taschenrechner), unberücksichtigt. Auch fehlt eine differenzierte Untersuchung des Bedarfs von kleineren und größeren Kindern. Der Gesetzgeber ist nun aufgefordert, die Regelsätze in einem transparenten und sachgerechten Verfahren bis zum 31. Dezember 2010 neu zu berechnen. Bis zur Neuregelung bleiben die bestehenden Regelungen weiter anwendbar. Darüber hinaus tritt eine Härtefallregelung für unumgänglich notwendige Ausgaben, die vom durchschnittlichen Bedarf abweichen (z. B. Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, Nachhilfeunterricht), bis zur Schaffung einer eigenen Rechtsgrundlage sofort in Kraft.[141]

Unterhaltsvorschuss – Unterstützung für Alleinerziehende

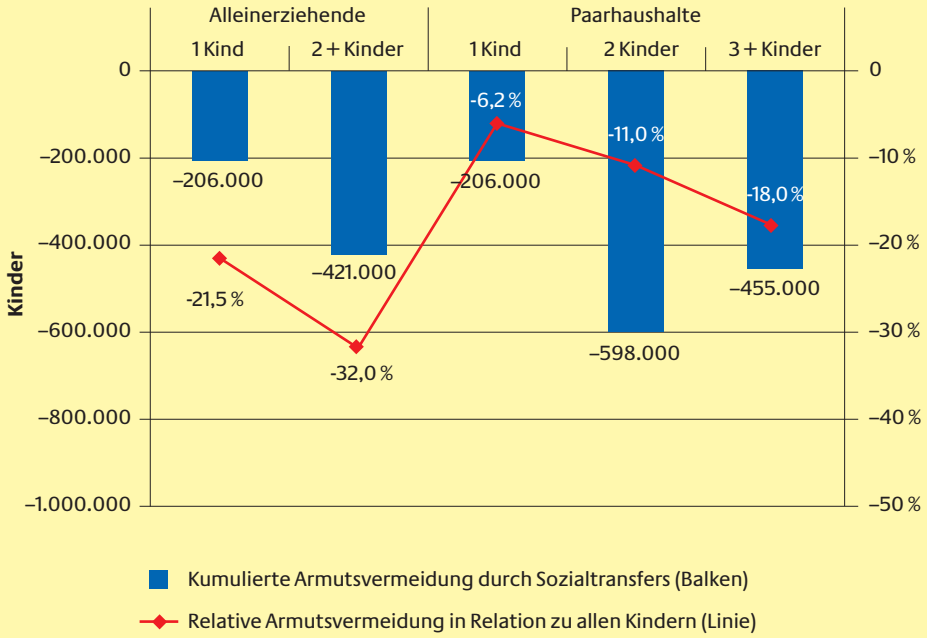
Unterhaltsvorschuss erhält jedes in Deutschland lebende Kind unter 12 Jahren, welches nicht oder nur unregelmäßig Unterhaltszahlungen durch den Elternteil, bei dem es nicht wohnt, erhält bzw. diese Unterhaltszahlungen unter der gesetzlich vorgesehenen Leistung liegen. Die Unterhaltsvorschussleistung wird maximal für 72 Monate gewährt und endet spätestens bei Vollendung des 12. Lebensjahres. Zusammen mit dem Kindergeld sichert der Unterhaltsvorschuss den gesetzlich geregelten Mindestunterhalt (§ 1612 a BGB) für Kinder, dessen Höhe sich am sächlichen Existenzminimum eines Kindes orientiert. Aufgrund dieses Zusammenhangs haben sich mit der Erhöhung des Kinderfreibetrags zum 1. Januar 2010[142] neben den zivilrechtlichen Mindestunterhaltsbeträgen auch die Unterhaltsvorschussleistungen für Kinder von null bis fünf Jahren von 117 Euro auf 133 Euro und für Kinder von sechs bis elf Jahren von 158 Euro auf 180 Euro erhöht. Im Jahr 2008 bezogen etwa 500.000 Kinder Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).[143] Durch die geplante Verlängerung der Unterhaltsvorschussleistungen für Kinder bis zum 14. Lebensjahr könnten Schätzungen zufolge ca. 60.000 Kinder zusätzlich erreicht werden.

140 BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010.
141 Dazu hat das BMAS mit der Bundesagentur für Arbeit einen sog. Härtefallkatalog entworfen, der auch die rechtlichen Voraussetzungen eines solchen Anspruchs sowie das bei der Leistungsgewährung zu beachtende Verfahren enthält. Im Internet unter: http://www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/GA-SGB-II-NR-08-2010-2010-02-17.html
142 Wachstumsbeschleunigungsgesetz, G. v. 22.12.2009 BGBl. I S. 3950; Geltung ab 31.12.2009.
143 UVG-Statistik 2008.

Gesamtbetrachtung familienpolitischer Instrumente zur Armutsbekämpfung

Um von der isolierten Analyse der armutsreduzierenden Wirkungen für die jeweiligen Einzelleistungen zu einer Gesamtbetrachtung zu kommen, wird im Folgenden die Armutsgefährdung im Status quo der hypothetischen Situation gegenübergestellt, in der keine familienpolitischen Instrumente zur Armutsbekämpfung existieren würden. Alle betrachteten Leistungen[144] gemeinsam vermögen für über 2 Mio. Kinder eine Armutsgefährdung zu vermeiden. Je nach Haushaltstyp läge das durchschnittliche bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen ohne die familienpolitischen Leistungen zwischen 10 Prozent (Paarhaushalte mit einem Kind) und 43 Prozent (Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern) niedriger. Monetäre familienbezogene Leistungen reduzieren die Anzahl der armutsgefährdeten Kinder vor allem bei Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern (um 32 Prozentpunkte) sowie bei Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern (um 18 Prozentpunkte).[145]

Abbildung 52: Armutsreduzierung bei Kindern durch familienpolitische Transferleistungen nach Haushaltstypen



Quelle: SOEP 2008; Berechnungen: FIT 2009

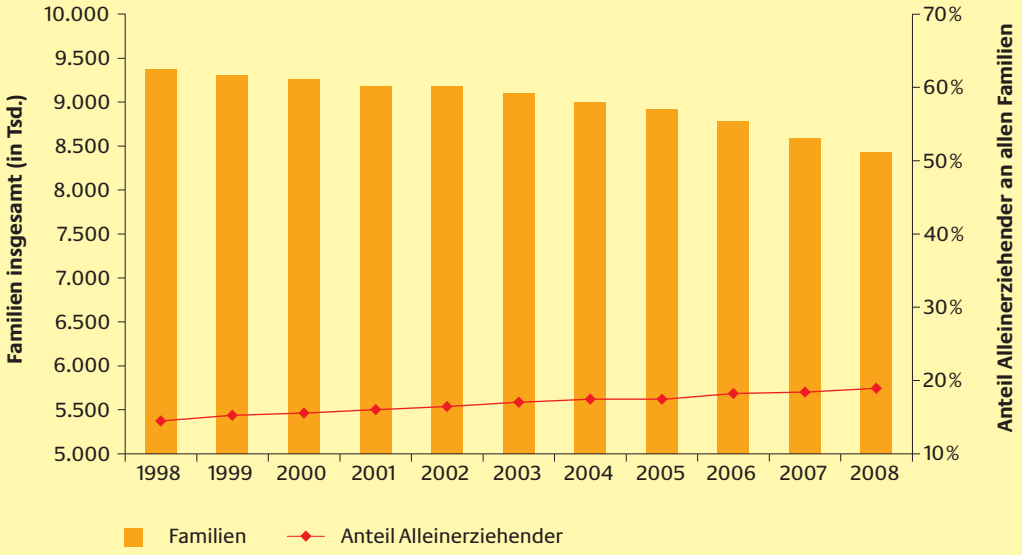
Da sich Armut nicht monokausal erklären und auf eine Ursache reduzieren lässt, bedarf es unterschiedlicher Instrumente, um sie wirkungsvoll zu bekämpfen. Insbesondere internationale Analysen zeigen, dass ein ausgewogener Instrumenten-Mix aus gezielten finanziellen Hilfen, mehr Familienorientierung in der Arbeitswelt sowie einer guten Infrastruktur der Betreuung und Förderung für Kinder aller Altersgruppen notwendig ist, um Armut von Kindern in einem breiten Ansatz präventiv, armutsverringernd oder situationserleichternd entgegenzuwirken.

144 Kindergeld, Wohngeld, SGB II, SGB III, SGB XII, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Leistungen der Pflegeversicherung, Elterngeld, Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld, BAföG.
145 SOEP 2008, Berechnungen: FIT für Kompetenzzentrum.

VI.
Lebenssituation von Alleinerziehenden

Von den 8,4 Millionen Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland sind 1,6 Millionen alleinerziehend. Das entspricht jeder fünften Familie. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien noch bei 14 Prozent. Ungefähr jedes sechste Kind unter 18 Jahren wächst bei seinem alleinerziehenden Elternteil auf – zu 90 Prozent handelt es sich dabei um alleinerziehende Frauen.

Abbildung 53: Alleinerziehende und Familien im Zeitverlauf



Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

Besonders hoch ist der Anteil der Alleinerziehenden in Ostdeutschland, hier ist mehr als jede vierte Familie alleinerziehend. In Westdeutschland hingegen ist es weniger als jede sechste Familie.[146] Ein immer größerer Anteil der Bevölkerung gibt an, auch eine alleinerziehende Mutter bzw. einen alleinerziehenden Vater mit Kind als „Familie“ zu verstehen.[147]

146 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.
147 IfD Allensbach 2009, Allensbach IfD-Archiv Nr. 10048.

Familienleben und Erwerbstätigkeit

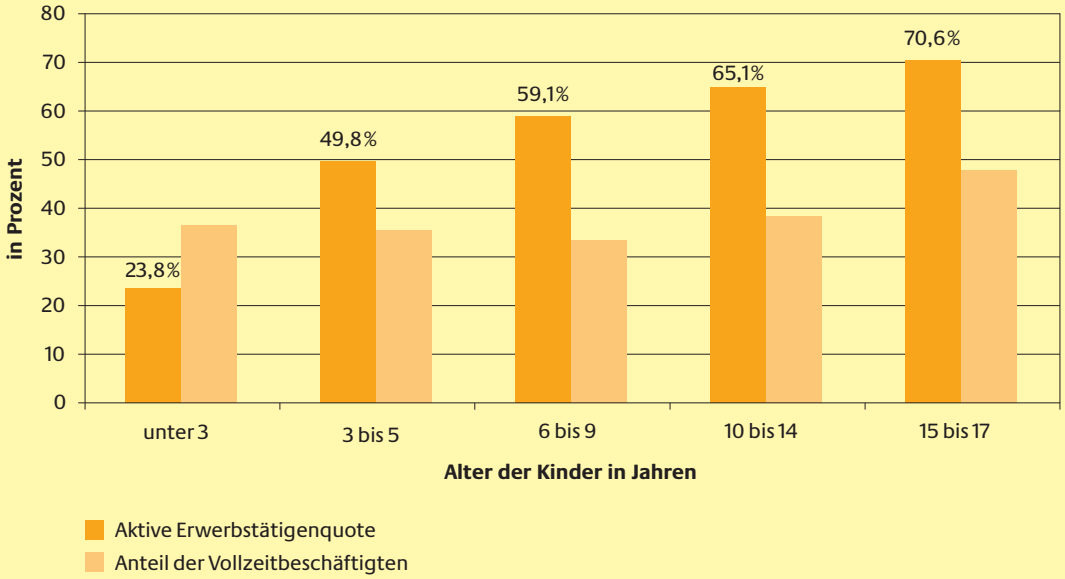
Alleinerziehende haben im Durchschnitt weniger Kinder als Ehepaare mit Kindern. So haben sieben von zehn Alleinerziehenden lediglich ein Kind unter 18 Jahren, während dies unter den verheirateten Eltern bei weniger als der Hälfte der Fall ist. Dagegen haben 41 Prozent der verheirateten Paare zwei Kinder und mehr als jedes zehnte verheiratete Paar sogar drei oder mehr Kinder. Bei den Alleinerziehenden hat hingegen nur jede bzw. jeder Vierte zwei und lediglich sechs Prozent drei oder mehr Kinder.[148]

Obwohl fast alle Alleinerziehenden ihre Kinder in erster Linie selbst betreuen, haben zwei Drittel jemanden, dem sie ihre Kinder anvertrauen können, wenn es nötig ist. Sieben von zehn Alleinerziehenden haben enge Verwandte, die in der Nähe leben. Annähernd die Hälfte aller Alleinerziehenden nimmt für die Betreuung die Hilfe durch Großeltern des Kindes in Anspruch, knapp ein Drittel die des anderen Elternteils. Ein Großteil der Alleinerziehenden (70 %) beschreibt das Verhältnis in der Familie als eng. Trotz dieser Unterstützung, die Alleinerziehende durch ihr soziales Netz erfahren, haben viele das Gefühl, dass durch die Aufgabe, Familie und Beruf zu vereinbaren, ein oder mehrere Bereiche des Lebens zu kurz kommen. Das trifft auf 70 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden zu.[149]

Zwei Drittel der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind erwerbstätig, das sind zwei Prozent mehr als unter den Müttern aus Paarfamilien. Alleinerziehende Frauen arbeiten auch deutlich häufiger Vollzeit als andere Mütter: 42 Prozent im Gegensatz zu 27 Prozent bei Müttern aus Paarfamilien.[150] Diese starke Erwerbsorientierung von Alleinerziehenden zeigt sich auch bei denen, die nicht erwerbstätig sind: Zwei Drittel von ihnen möchten gerne einem Beruf nachgehen. Danach gefragt, was alleinerziehende Frauen in ihrem Leben für erstrebenswert halten beziehungsweise was ihnen wichtig ist, geben sieben von zehn Unabhängigkeit und Erfolg im Beruf an. Unter den Müttern in Paarhaushalten sind es im Vergleich dazu sechs von zehn.[151] Die aktive Erwerbstätigkeit von alleinerziehenden Frauen hängt allerdings sehr stark vom Alter der Kinder ab. Von den alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter drei Jahren ist nicht einmal jede Vierte erwerbstätig.[152] Von denen, die nicht arbeiten, möchte jedoch mehr als jede Zweite einer Erwerbstätigkeit nachgehen.[153]

148 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.
149 IfD Allensbach 2009.
150 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.
151 IfD Allensbach 2009.
152 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.
153 IfD Allensbach 2009.

Abbildung 54: Aktive Erwerbstätigkeit und Anteil der Vollzeitbeschäftigten – alleinerziehende Frauen 2008



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

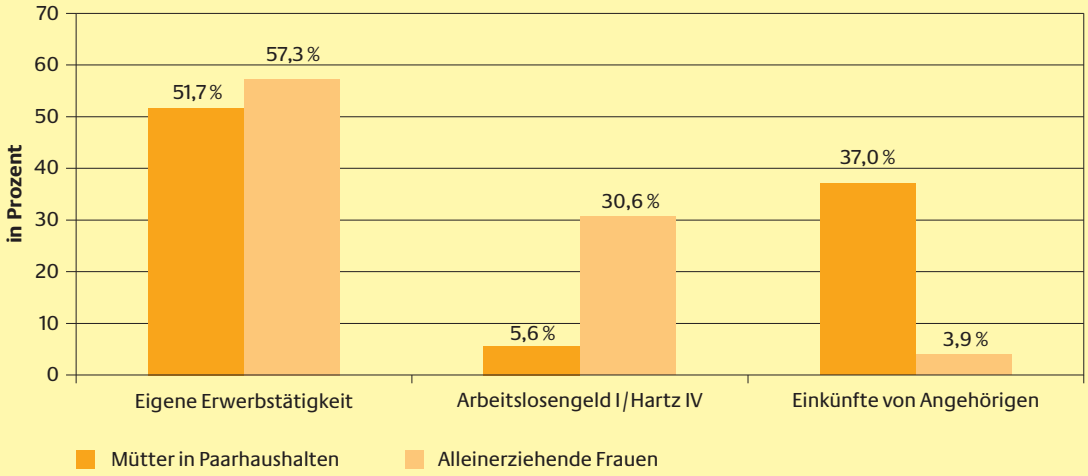
Bezug von Leistungen

Die Erwerbsbeteiligung und der Erwerbsumfang Alleinerziehender schlagen sich auch in der überwiegenden Einkommensquelle für den Lebensunterhalt nieder. So kann ein Großteil der Alleinerziehenden den Lebensunterhalt überwiegend aus dem eigenen Erwerbseinkommen finanzieren. Im Vergleich zu anderen Müttern zeigt sich jedoch, dass Alleinerziehende deutlich häufiger hauptsächlich auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung bzw. des SGB II angewiesen sind, während Mütter, die mit dem Partner zusammenleben, häufiger überwiegend durch dessen Einkünfte abgesichert sind.[154]

Die Zahl der Alleinerziehenden, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. 647.000 Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften erhalten SGB-II-Leistungen. Die Hilfequote[155] Alleinerziehender beträgt damit ca. 41 Prozent. Alleinerziehende stellen damit deutlich mehr als die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Dieser Anteil ist dauerhaft ungefähr fünfmal so hoch wie die Quote für Paare mit minderjährigen Kindern. Besonders auffällig ist der Zusammenhang dieser Hilfequote mit der Anzahl der Kinder, die im Haushalt leben: Fast drei Viertel der Alleinerziehenden mit drei oder mehr Kindern beziehen SGB-II-Leistungen.[156]

154 Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt.
155 Die sog. SGB-II-Hilfequote bezeichnet das Verhältnis von hilfebedürftigen Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen bzw. -Empfängern zur jeweils entsprechenden Bevölkerungsgruppe, hier Alleinerziehende.
156 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, August 2009.

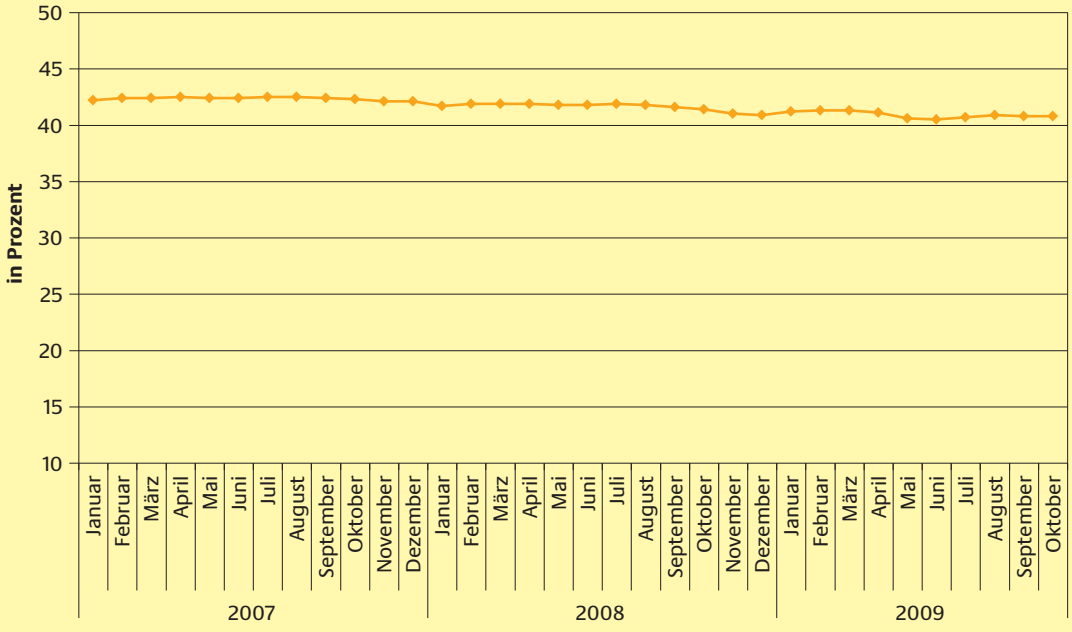
Abbildung 55: Überwiegender Lebensunterhalt von Müttern 2008



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

Zu den hohen Hilfequoten kommt zudem die lange Verweildauer im SGB-II-Bezug. Für Alleinerziehende verläuft die Beendigung der Bedürftigkeit deutlich langsamer als in anderen Haushaltskonstellationen. Nach sechs Monaten hat knapp jede bzw. jeder Fünfte den Hilfebezug verlassen. Nach einem Jahr erhalten noch gut zwei Drittel Leistungen nach dem SGB II. Bei anderen Bedarfsgemeinschaften sind das im Vergleich dazu 44 bis 48 Prozent. Nach zweieinhalb Jahren hat knapp die Hälfte der Alleinerziehenden den Bezug von SGB-II-Leistungen beendet.[157]

Abbildung 56: Hilfequoten Alleinerziehender



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

157 Lietzmann, Torsten, 2009: Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Warum Alleinerziehende es besonders schwer haben, in: IAB-Kurzbericht 12/2009.

Rund 230.000 Alleinerziehende, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, sind erwerbstätig. Die meisten von ihnen haben ein monatliches Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von unter 400 Euro (58%). Jede bzw. jeder Fünfte hat ein Einkommen von über 800 Euro. Zwei Drittel aller alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsbezieherinnen bzw. -bezieher, die erwerbstätig sind, haben ein Kind, 28 Prozent von ihnen haben zwei Kinder.[158]
Der hohe Anteil Alleinerziehender am Leistungsbezug spiegelt sich auch in der Armutsgefährdung wider. Alleinerziehende bilden die Gruppe, die am stärksten durch Armut gefährdet ist. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern in Alleinerziehenden-Haushalten beträgt 46,5 Prozent. Damit sind eine Million Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten armutsgefährdet. Besonders hoch liegt die Armutsgefährdungsquote, wenn im Haushalt zwei oder mehr Kinder leben. Hier ist jedes zweite Kind armutsgefährdet (50,8%).[159]

Das hohe Armutsrisiko und der hohe Anteil alleinerziehender Leistungsbezieherinnen und -bezieher einerseits und die hohe Erwerbsneigung und Motivation andererseits zeigen, dass Alleinerziehende eine sehr heterogene Gruppe sind. Hinsichtlich der Merkmale „Erwerbsbeteiligung“ und „Leistungsbezug nach dem SGB II“ lassen sich verschiedene Gruppen von Alleinerziehenden bilden:

Abbildung 57: Alleinerziehende Frauen nach Art der Erwerbstätigkeit und ALG-II-Bezug

Anteile an allen alleinerziehenden Frauen			
	Erwerbstätige		
	in regulärer Beschäftigungsform	in geförderter Beschäftigungsform	Nichterwerbstätige
ohne ALG-II-Bezug	37%	9%	13%
mit ALG-II-Bezug	4%	12%	25%

Quelle: PASS 2006/2007, Berechnungen Prognos

Die größte Gruppe bilden regulär beschäftigte Alleinerziehende ohne Leistungsbezug. Diese Gruppe verfügt über höhere Bildungsabschlüsse als der Durchschnitt aller Alleinerziehenden. Hinsichtlich der Zahl der Kinder unterscheidet sich diese Gruppe nicht von anderen Alleinerziehenden, jedoch sind die Kinder in dieser Gruppe deutlich älter als im Durchschnitt. Ein Zeichen, dass Alleinerziehende mit kleinen Kindern schlechtere Chancen haben, den ALG-II-Bezug durch eine Erwerbstätigkeit zu verhindern. Von der Gruppe der regulär erwerbstätigen Alleinerziehenden mit ALG-II-Bezug unterscheidet diese Gruppe insbesondere der Erwerbsumfang: Lediglich vier Prozent der in Vollzeit regulär beschäftigten Alleinerziehenden beziehen ALG II. Demgegenüber arbeiten über 80 Prozent der Aufstockerinnen in Teilzeit.

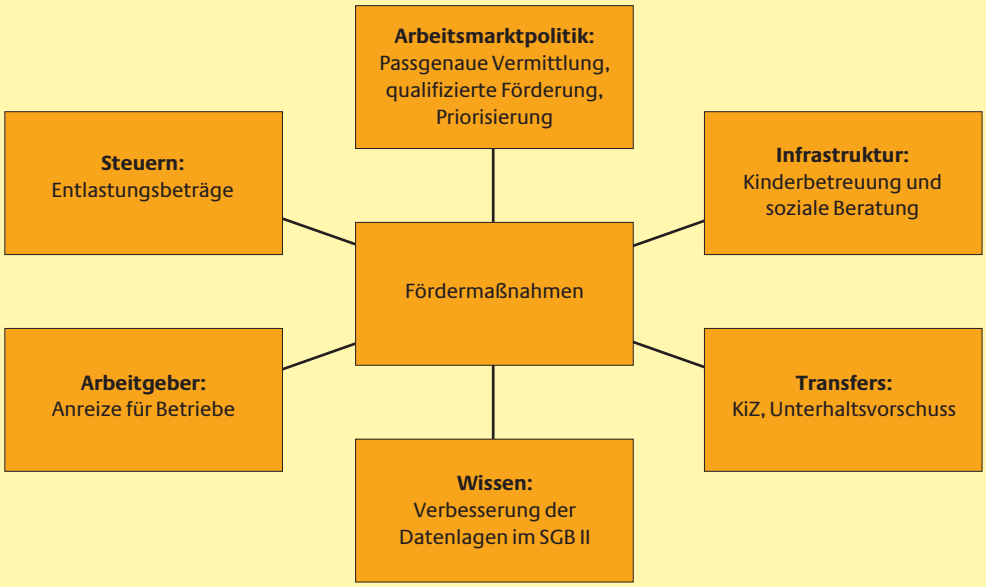
Die zweitgrößte Gruppe bilden nichterwerbstätige Alleinerziehende mit ALG-II-Bezug. Diese Gruppe setzt sich aus besonders jungen Alleinerziehenden mit kleinen Kindern und geringer schulischer beziehungsweise beruflicher Bildung zusammen. Weniger als die Hälfte dieser Gruppe gibt an, aktiv nach Arbeitsstellen zu suchen. Der häufigste Grund dafür, dass nicht nach einer Arbeit gesucht wird, ist die Kinderbetreuung (71% geben an, durch die Kinderbetreuung gebunden zu sein). Jede Dritte gibt jedoch die schlechte Arbeitsmarkt-

158 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, August 2009.
159 SOEP 2008, Berechnungen FIT.

situation als Grund an und immerhin jede Sechste, dass sich die finanzielle Situation nicht verbessern würde.[160] Es zeigt sich, dass junge, nicht ausreichend gebildete Alleinerziehende innerhalb der Gruppe der Alleinerziehenden eine auffällige Gruppe darstellen, die arbeitsmarktferner ist als der Durchschnitt der Alleinerziehenden insgesamt und deshalb besondere Unterstützung benötigt.

Alleinerziehende sind aufgrund ihrer besonderen Situation auch auf eine sehr spezifische Arbeitsberatung und -vermittlung angewiesen. Aus diesem Grund wurde an der Agentur für Arbeit Erfurt ein Projekt mit dem Ziel der Entwicklung eines Maßnahmenkonzeptes zur aktiven Reduzierung der Zahl der arbeitslosen Alleinerziehenden durchgeführt. Dazu wurden die Aufnahme von Alleinerziehenden in die Steuerungslogik der Systeme simuliert und Zielvereinbarungen der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit mit allen beteiligten Geschäftsstellen der Agenturen sowie der Arbeitsgemeinschaften abgeschlossen. Das Maßnahmenkonzept umfasst die spezifische Beratung Alleinerziehender durch persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, Sensibilisierung und Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den individuellen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, die auf die besonderen Bedarfe und Lebenssituationen von Alleinerziehenden zugeschnitten sind (z. B. Teilzeit, Kinderbetreuung, sozialpädagogische Betreuung), das Angebot von speziellen Trainingsmaßnahmen, die gezielte Vermittlung durch enge Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, die Erschließung von Teilzeitstellen und vor allem auch die intensive Pflege und den Ausbau von Netzwerken (u. a. auch mit dem Lokalen Bündnis für Familie Erfurt). Im Verlauf des Projektes hat sich der Bestand an arbeitslosen Alleinerziehenden deutlich rückläufig entwickelt.

Abbildung 58: Wirksame Förderkulisse für Alleinerziehende



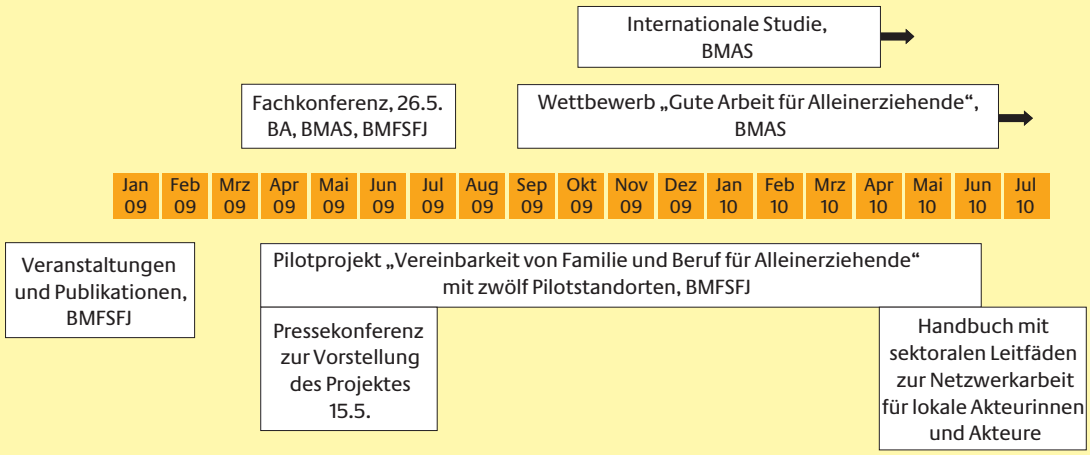
160 PASS 2006/2007, Berechnungen Prognos.

Handlungsfelder für wirksame Unterstützung

Der Koalitionsvertrag 2009 gibt vor, die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende durch ein Maßnahmenpaket zu verbessern. Dieses soll insbesondere in verlässlichen Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende flexibel und niedrigschwellig bereitgestellt werden. Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit die Umgestaltung des bisherigen steuerlichen Entlastungsbetrages in einen Abzug von der Steuerschuld möglich und interessengerecht ist. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende kann dazu beitragen, sie erheblich besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um durch eigene Erwerbsarbeit Armutsrisiken zu verringern und damit auch ihren Kindern gute Chancen des Aufwachsens zu ermöglichen.

Alleinerziehende benötigen in besonderer Weise ein funktionierendes Backup mit guten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine bedarfsgerechte und zielgenaue Unterstützung. Ihre komplexen Unterstützungsbedarfe erfordern ein reibungsloses Zusammenwirken unterschiedlicher zuständiger Hilfesysteme sowie gut aufeinander abgestimmte Maßnahmen, die sinnvoll ineinandergreifen. Hierfür reicht eine Einzelmaßnahme nicht aus, vielmehr ist ein Set von Maßnahmen nötig, das eine stärker abgestimmte und vernetzte Zusammenarbeit der beteiligten Akteurinnen und Akteure auf lokaler Ebene sowie gesetzliche Regelungen, aber auch finanzielle Anreize enthält. Das Bundesfamilienministerium arbeitet zu diesem Zweck mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer Kooperation „Perspektiven für Alleinerziehende“ zusammen. Die Maßnahmen des Bundesfamilienministeriums im Rahmen der Kooperation werden im Folgenden vorgestellt:

Abbildung 59: Kooperationsprojekt „Perspektiven für Alleinerziehende“



Schnittstellen von Sozialgesetzeslücken

Durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II sind unterschiedliche komplexe Schnittstellen zu anderen Sozialleistungssystemen wie beispielsweise der Arbeitsförderung nach dem SGB III, der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII und auch zur Sozialhilfe nach dem SGB XII entstanden. Zersplitterte Zuständigkeiten für die berufliche und soziale Förderung von Alleinerziehenden führen dazu, dass sich vielerorts unabgestimmte Maßnahmen und Angebote der Arbeitsagenturen, Grundsicherungsträger und Jugendämter gegenüberstehen. Viele Alleinerziehende erhalten deshalb kein passendes Angebot bzw. sind damit allein gelassen, ihre individuellen Unterstützungspakete selbst zu schnüren. Die unterschiedlichen Ziele der beteiligten Institutionen und Hilfesysteme erschweren eine funktionierende institutionelle Kooperation auf lokaler Ebene über die Grenzen von Leistungssystemen hinweg. Die Schnittstellen werden in einer durch das Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Studie aktuell erforscht und Handlungsfelder mit dem Ziel der Optimierung der Zusammenarbeit zuständiger Stellen identifiziert.

Pilotstandorte für effektive Dienstleistungsketten

Insbesondere verlässliche Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende sollen lückenlos, flexibel und niedrigschwellig bereitgestellt werden. Hierzu wurden an zwölf Standorten in Deutschland vom 1. April 2009 bis 31. März 2010 Projekte durchgeführt, in denen Netzwerke zur Entwicklung kooperativer Strukturen gebildet wurden. Diese Netzwerke arbeiten an der Entwicklung lokaler Dienstleistungsketten, in denen unterschiedliche Angebote verschiedener Träger verbindlich miteinander verknüpft und gesteuert werden sollen. Welcher Grad an Kooperation in einem Netzwerk arbeitsmarkt- bzw. familienpolitisch ausgerichteter Organisationen notwendig ist, um die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt zu verbessern, soll die Arbeit an den Pilotstandorten zeigen. Es sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie sich nachhaltige Strukturen aufbauen und geeignete Steuerungsinstrumente entwickeln lassen. Die Auswertung der Erfahrungen wird die Grundlage für ein Umsetzungshandbuch bilden. Die lokalen Netzwerke sollen dazu beitragen, die Zahl der Alleinerziehenden, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, nennenswert zu reduzieren.

Entwicklungspartnerschaft mit Lokalen Bündnissen

In der lokalen Netzwerkarbeit kommt den Lokalen Bündnissen für Familie eine besondere Rolle zu. Deshalb hat das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit über 100 Lokalen Bündnissen im Mai 2009 in Berlin die Entwicklungspartnerschaft „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ begründet und in einer Reihe weiterer Veranstaltungen konkretisiert. Mittelfristig sollen Alleinerziehende auf Beratungs- und Dienstleistungen zugreifen können, die sie in die Lage versetzen, ihre Vereinbarkeitsprobleme zu bewältigen und einer Beschäftigung nachzugehen. Die dafür notwendigen Beratungs- und Dienstleistungsangebote sollen so miteinander verzahnt und aufeinander bezogen sein, dass sie bereits in ihren Trägerstrukturen aufeinander verweisen und sich den Alleinerziehenden

als ein aufeinander abgestimmtes Gesamtangebot präsentieren. Die Leistung der Lokalen Bündnisse für Familie soll künftig darin bestehen, Netzwerke von Trägern und Einrichtungen für diese Beratungs- und Dienstleistungsketten anzuregen und einzurichten. Von den Ergebnissen aus den Pilotstandorten „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ sollen alle Lokalen Bündnisse für Familie profitieren. An einigen Pilotstandorten sind Lokale Bündnisse für Familie federführend beteiligt. Informationen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende sind auf den Internetseiten der Lokalen Bündnisse für Familie zu finden (www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de).

Finanzielle Leistungen

Von besonderer Bedeutung für eine Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Vermeidung von Armut ist die eigene Erwerbstätigkeit. Deshalb profitieren Alleinerziehende in besonderem Maße auch vom Ausbau der Kinderbetreuung. Um Armut zu vermeiden und die Abhängigkeit von Leistungen nach dem SGB II nennenswert zu reduzieren, bedarf es besonderer Unterstützung Alleinerziehender bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch monetäre Maßnahmen schaffen wirtschaftliche Stabilität; so macht das Kindergeld zum Beispiel bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern mehr als ein Fünftel des Nettoeinkommens aus.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz bekommen Eltern seit Januar 2010 monatlich mehr Kindergeld überwiesen. So erhöht sich der Betrag, mit dem der Staat Familien mit einem und zwei Kindern fördert, auf 184 Euro monatlich, für das dritte Kind werden künftig 190 Euro und ab dem vierten Kind jeweils 215 Euro gezahlt. Mit einer Kindergelderhöhung sollen (neben der Erhöhung des Kinderfreibetrags) gerade Familien mit kleinem Einkommen, Alleinerziehende und Mehrkindfamilien mehr Mittel zur Verfügung haben, um ihre Kinder ihren Bedarfen entsprechend zu unterstützen und zu fördern.

Bei höheren Einkommen wird das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Das Gesetz regelt auch eine Anhebung des Kinderfreibetrags von derzeit 6.024 Euro auf 7.008 Euro. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages wirkt sich auch unmittelbar auf die Unterhaltsansprüche von Kindern von alleinerziehenden Elternteilen aus. Infolgedessen werden die Sätze des gesetzlichen Mindestunterhalts angepasst und erhöhen sich entsprechend für die einzelnen Altersgruppen. Der gesetzliche monatliche Mindestunterhalt beträgt damit seit 1. Januar 2010 für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres 317 Euro, für Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres 364 Euro und für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 426 Euro.

Übersicht von staatlichen Leistungen für spezifische Bedarfe Alleinerziehender:

Elterngeld
Das Elterngeld steht einem alleinerziehenden Elternteil mit alleinigem Sorge- oder Aufenthaltsbestimmungsrecht für eine Dauer von 14 (statt 12) Monaten zu.

Mehrbedarfszuschläge im SGB II und SGB XII
Für Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben und alleine für deren Pflege und Erziehung sorgen, ist ein Mehrbedarf anzuerkennen.

Wohngeld
Einkommensfreibetrag von 600 Euro jährlich für jedes Kind unter 12 Jahren, wenn die bzw. der Berechtigte allein mit Kindern zusammenwohnt und wegen Erwerbstätigkeit/Ausbildung länger vom Haushalt abwesend ist.

Betreuungskosten
Zuschuss für Alleinerziehende beim Meister-BAföG: Übernahme von Kinderbetreuungskosten in Höhe von 113 Euro pro Kind für Alleinerziehende während einer Aufstiegsfortbildung.

Unterhaltsvorschuss
Der Unterhaltsvorschuss unterstützt Alleinerziehende, wenn die Unterhaltszahlungen für das Kind ausbleiben. Der Koalitionsvertrag sieht eine Ausweitung bis zum 14. Lebensjahr der Kinder bei gleich bleibender Leistungsdauer von maximal sechs Jahren vor.

Steuerentlastungsbetrag
Personen, die alleine mit ihren Kindern, für die sie Anspruch auf Kindergeld bzw. die steuerlichen Freibeträge für Kinder haben, einen Haushalt führen, erhalten einen steuerlichen Entlastungsbetrag in Höhe von 1.308 Euro jährlich (Steuerklasse II). Der Koalitionsvertrag gibt auf zu prüfen, inwieweit eine Umgestaltung des bisherigen steuerlichen Entlastungsbetrags in einen Abzug von der Steuerschuld möglich und interessengerecht ist.

VII.

Familien mit Migrationshintergrund im Fokus nachhaltiger Familienpolitik

Während in den vergangenen Jahren im Zuge der Reform grundlegender Rahmenbedingungen zunächst der Blickwinkel auf Verbesserungen der allgemeinen Lebensumstände von Familien in Deutschland lag, sind in jüngster Zeit diejenigen Familienformen in den Fokus gerückt, die aufgrund spezifischer Umstände besonderer Unterstützung bedürfen. Dazu zählen vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Zunehmend wird auch ein besonderer Unterstützungsbedarf von Familien mit Migrationshintergrund erkannt, da eine gelungene Integration in die deutsche Gesellschaft wesentlich durch passende familienpolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden kann.

Zu den Personen mit Migrationshintergrund werden folgende Gruppen gezählt:[161]

- ausländische Bevölkerung, unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde,
- Zugewanderte, unabhängig von ihrer Nationalität (auch Deutsche, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler),
- in Deutschland geborene und eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer,
- in Deutschland Geborene mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus eines Elternteils ableitet,
- seit 2000 die (deutschen) Kinder ausländischer Eltern, die die Bedingungen für das Optionsmodell erfüllen, d. h. mit einer deutschen und einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden.

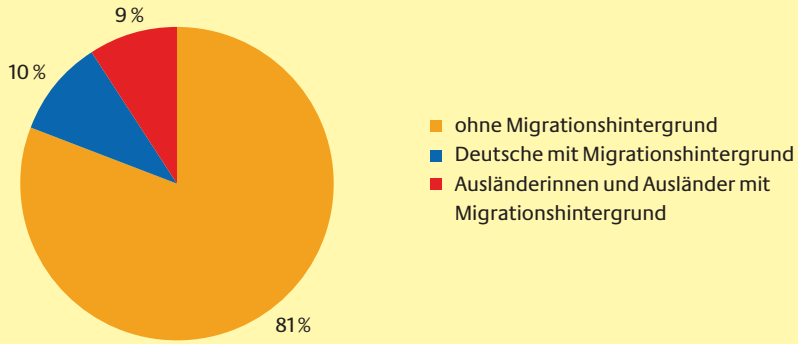
Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In Deutschland hat aktuell fast jede fünfte Person einen Migrationshintergrund. Von den insgesamt 15,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund besitzt etwas mehr als die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft (53 %) sowie 47 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten (10,6 Millionen) wird aufgrund ihrer eigenen Migrationserfahrung der ersten Zuwanderergeneration zugerechnet. Rund 4,9 Millionen Personen mit Migrationshintergrund haben dagegen keine eigene Migrationserfahrung, sind also in Deutschland geboren.[162]

161 In der wissenschaftlichen Diskussion werden je nach Fragestellung und Datenquelle verschiedene Definitionen von Personen und Familien mit Migrationshintergrund zugrunde gelegt. Als Basis für die weiteren Ausführungen wird hier die Definition des Mikrozensus gewählt.

162 Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Wiesbaden.

Abbildung 60: Bevölkerung nach Migrationsstatus im Jahr 2008 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

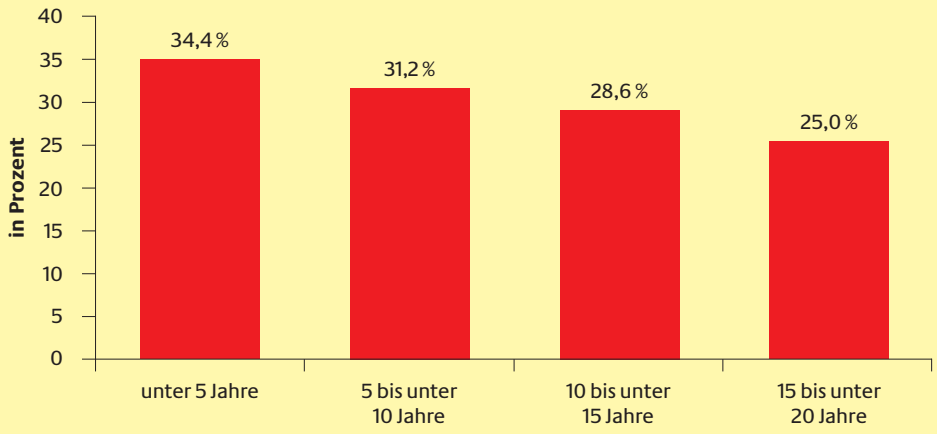
Zu den drei größten Herkunftsregionen der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund zählen die Türkei (22 %), West-/Südeuropa (20 %) sowie Osteuropa (18 %).[163]

Familien mit Migrationshintergrund

In Deutschland leben knapp 2,4 Millionen Familien mit Kindern unter 18 Jahren, in denen mindestens ein Familienmitglied einen Migrationshintergrund besitzt. Unter den Familien befinden sich rund 1,1 Millionen Familien mit einem Kind und 1,2 Millionen Familien mit zwei oder mehr Kindern. Damit besitzt insgesamt mehr als jede vierte Familie in Deutschland einen Migrationshintergrund. Bei den Familien mit einem Kind liegt der Anteil bei 25 Prozent, bei den Familien mit zwei oder mehr Kindern bei 30 Prozent.

Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Familie liegt mit 1,7 leicht oberhalb des Durchschnitts aller Familien insgesamt (1,6).[164] Mehr als jedes dritte Kind unter 5 Jahren hat einen Migrationshintergrund. Bei den 5- bis unter 10-Jährigen trifft dies auf 31 Prozent zu.

Abbildung 61: Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

163 Ebd.
164 Ebd.

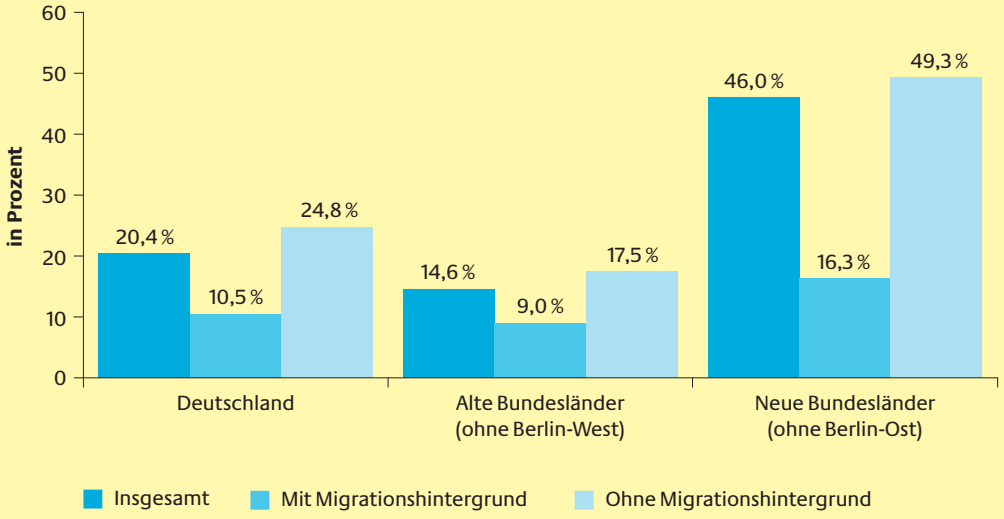
Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Die Kindertageseinrichtungen und zunehmend auch die Kindertagespflege sind die ersten öffentlichen Bildungsinstanzen. Ihre Aufgabe ist es, Kinder von Anfang an optimal in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und zu bilden, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Ein pädagogischer Schwerpunkt liegt in diesem Zusammenhang auf der Sprachförderung, die sich auch und ganz besonders an Kinder mit Migrationshintergrund richtet.

Zum Stichtag 1. März 2009 haben deutschlandweit lediglich rund 11 Prozent der unter 3-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund eine öffentliche Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Die Betreuungsquote der gleichaltrigen Kinder ohne Migrationshintergrund lag mit fast 25 Prozent dagegen mehr als doppelt so hoch.

Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Während in den alten Bundesländern (ohne Berlin) lediglich neun Prozent der 0- bis 3-Jährigen mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung sind, liegt dieser Anteil in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) bei 16 Prozent. Wird jedoch berücksichtigt, dass in den neuen Bundesländern insgesamt fast jedes zweite Kind unter drei Jahren eine Kindertagesbetreuung in Anspruch nimmt (46 %), fällt auch hier ein erheblich geringerer Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ins Auge.[165]

Abbildung 62: Kinder unter 3 Jahren in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2009 (in Prozent)

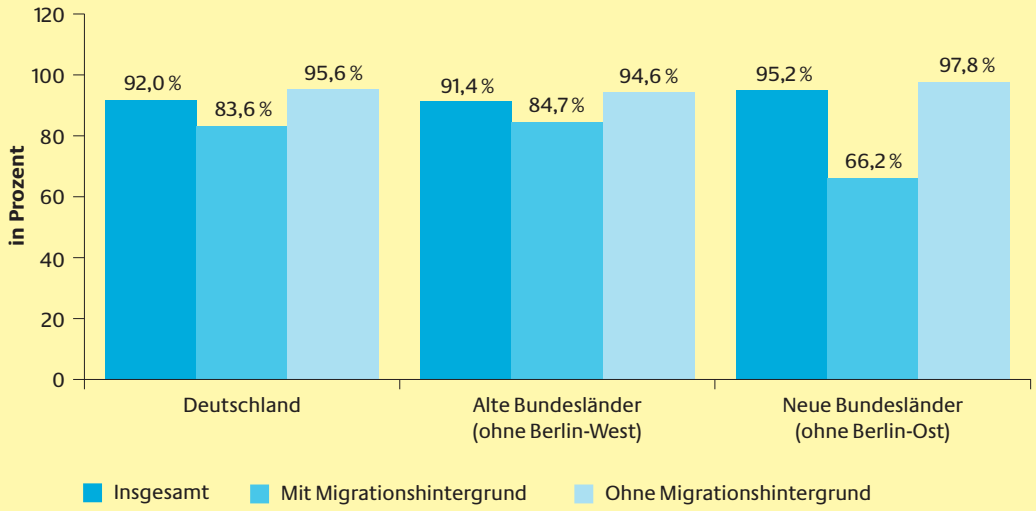


Quelle: Statistiken der Kindertagesbetreuung, Statistisches Bundesamt

165 Böttcher/Krieger/Kolvenbach, 2010: Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/2010.

Die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund setzen sich – wenn auch in wesentlich schwächerem Umfang – in der nächsten Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen fort. Während insgesamt etwa 92 Prozent der 3- bis unter 6-Jährigen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung betreut werden, liegt dieser Anteil bei den gleichaltrigen Kindern mit Migrationshintergrund lediglich bei knapp 84 Prozent. Im Gegensatz zur Gruppe der unter 3-Jährigen liegt hier der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit 85 Prozent deutlich höher als in den neuen Bundesländern (66 %).[166]

Abbildung 63: Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2009 (in Prozent)



Quelle: Statistiken der Kindertagesbetreuung, Statistisches Bundesamt

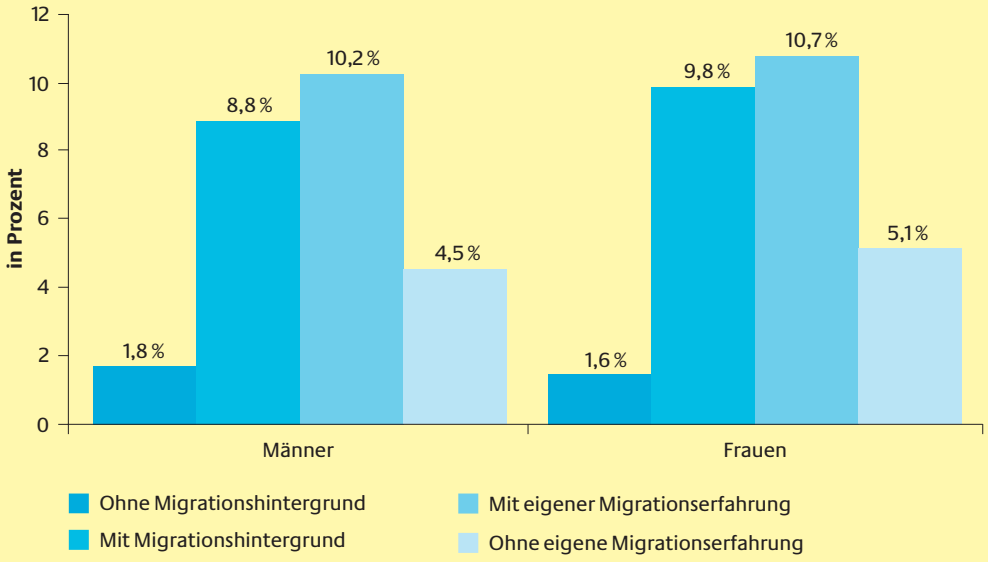
Neben der geringeren Beteiligung im Bereich der frühkindlichen Bildung zeigen statistische Auswertungen, dass Personen mit Migrationshintergrund auch hinsichtlich des Schulbildungsniveaus über deutlich schlechtere Voraussetzungen verfügen als Personen ohne Migrationshintergrund. Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer und ihre Angehörigen haben anteilig häufiger keinen oder einen niedrigen Abschluss als Personen ohne Migrationshintergrund. Diese Aussage spiegelt einen Durchschnittswert wider, der für die unterschiedlichen Gruppen von Migrantinnen und Migranten differenziert werden muss. Schaut man sich die muslimische Bevölkerung in Deutschland an, so zeigt sich, dass Angehörige der zweiten Generation häufiger als ihre Elterngeneration das deutsche Schulsystem mit einem Schulabschluss beenden. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Musliminnen, für die ein deutlicher Bildungsaufstieg zu erkennen ist. Andere Einwanderungsgruppen (aus Afrika, dem Nahen Osten, aus Zentralasien/GUS, für Musliminnen und Muslime aus Südosteuropa und dem Iran sowie Angehörige sonstiger Religionen aus der Türkei) schaffen es nicht, das Bildungsniveau der einwandernden Elterngeneration im Herkunftsland zu erreichen, sodass im Generationenverlauf ein Bildungsabstieg konstatiert werden muss.

166 Ebd.

Die relativ hohe Quote von Schulabgängerinnen bzw. Schulabgängern ohne Abschluss und der vergleichsweise niedrige Anteil an Abiturientinnen bzw. Abiturienten weisen auf Bildungsdefizite und deutlich verringerte Teilhabechancen hin.[167]

Mit Blick auf die Anteile der 25- bis unter 35-Jährigen ohne Schulabschluss zeigen sich erhebliche Differenzen nach Migrationsstatus. Während in dieser Altersgruppe ca. 2 Prozent der Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund keinen Schulabschluss nachweisen können, trifft dies auf 10 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund sowie 9 Prozent der Männer mit Migrationshintergrund zu. Allerdings sind die Quoten der Migrantinnen und Migranten ohne eigene Migrationserfahrung wesentlich geringer als die der Personen aus der ersten Zuwanderergeneration.[168]

Abbildung 64: Anteile der 25- bis unter 35-Jährigen an der jeweiligen Bevölkerung ohne Schulabschluss und nicht mehr in Ausbildung (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

Die verringerten Teilhabechancen zeigen sich zudem deutlich, wenn die Unter- bzw. Überrepräsentation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in bestimmten weiterführenden Schulformen untersucht wird. Da die amtliche Bildungsstatistik derzeit jedoch nur nach Staatsangehörigkeit differenziert, sind auf dieser Basis bislang nur Aussagen zu Schülerinnen und Schülern ohne deutsche Staatsbürgerschaft möglich.

Demnach gehen ausländische Schülerinnen und Schüler insgesamt seltener auf Realschulen oder Gymnasien als deutsche, dafür aber deutlich häufiger auf Hauptschulen und auf Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Die größten Divergenzen bestehen zwischen deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern im Fall des Besuchs von Hauptschulen und Gymnasien: 40 Prozent der männlichen ausländischen, aber nur

167 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.), 2009: Muslimisches Leben in Deutschland, im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz.
168 Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Wiesbaden.

17 Prozent der männlichen deutschen Schüler besuchen eine Hauptschule. Bei den Schülerinnen ist der Unterschied noch größer: 34 Prozent der ausländischen, aber nur 13 Prozent der deutschen Schülerinnen sind an einer Hauptschule zu finden. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, ist bei den Deutschen etwas mehr als doppelt so hoch wie bei den Ausländern: 42 Prozent der deutschen Schüler und 47 Prozent der deutschen Schülerinnen besuchen ein Gymnasium, aber nur 23 Prozent der ausländischen Schülerinnen und sogar nur 19 Prozent der ausländischen Schüler.[169]

Zwischen den einzelnen Nationalitäten zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Polnische, russische und kroatische Schülerinnen und Schüler können sich im deutschen Bildungssystem vergleichsweise gut positionieren. Bei italienischen, türkischen, griechischen und serbischen Schülerinnen und Schülern fällt dagegen eine starke Präsenz an Hauptschulen ins Auge. Der Anteil derjenigen, die auf ein Gymnasium gehen, bleibt in dieser Gruppe vergleichsweise gering.[170]

Ausbildung und Studium

Der erfolgreiche Einstieg und langfristige Verbleib in der Erwerbstätigkeit sind in entscheidendem Maß von einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem abgeschlossenen (Fach-)Hochschulabschluss abhängig. Allerdings zeigen einschlägige Studien, dass es gerade jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund besonders selten gelingt, einen solchen berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben.

2008 lag der Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen oder akademischen Abschluss insgesamt bei 34 Prozent bei den Frauen und rund 30 Prozent bei den Männern. Bei jungen Erwachsenen ohne eigene Migrationserfahrung ist der Anteil mit 26 Prozent (Frauen) und 24 Prozent (Männer) zwar geringer als bei denjenigen mit eigener Migrationserfahrung (36 Prozent bzw. 32 Prozent), dennoch weichen beide Anteile deutlich von dem der entsprechenden Altersgruppe ohne Migrationshintergrund nach oben hin ab (9 Prozent).[171]

Die Wahrscheinlichkeit, direkt nach Schulende eine Ausbildungsstelle anzutreten, ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund wesentlich geringer. Wird untersucht, wie viel Prozent der jungen Erwachsenen, die sich im Frühjahr für eine Ausbildung interessiert haben, im Herbst tatsächlich eine duale Ausbildung antreten, zeigen sich deutliche Unterschiede: Während rund sechs von zehn Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ihren Ausbildungswunsch realisieren können, trifft dies nur auf ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu. Besonders schlechte Realisierungschancen haben junge Migrantinnen und Migranten mit Hauptschulabschluss.[172]

---

169 Siegert, Manuel, 2008: Schulische Bildung von Migranten in Deutschland, in: Working Paper 13 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), S. 21–23.
170 Ebd.
171 Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Wiesbaden, S. 168–175.
172 Bundesinstitut für Berufsbildung, 2009: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn, S. 77.

Aber selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen gelingt Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu jenen ohne Migrationshintergrund seltener der Ausbildungseinstieg. Die festgestellten geringeren Ausbildungsplatzchancen lassen sich nur zum Teil auf Einflussfaktoren wie die höheren Anteile von Hauptschulabschlüssen, die durchschnittlich schlechteren Schulnoten sowie den geringen Bildungsstand und Berufsstatus der Eltern von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zurückführen. Stattdessen geben Studien Hinweise darauf, dass sich bereits das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes nachteilig auf die Ausbildungsplatzchancen auszuwirken scheint.[173]

Auch mit Blick auf den Bereich der (Fach-)Hochschulen zeigt sich eine deutliche Unterrepräsentation von Studierenden mit Migrationshintergrund. Nach Erhebungen des Deutschen Studentenwerks haben lediglich 8 Prozent aller Studierenden einen Migrationshintergrund. Im Vergleich zu Studierenden ohne Migrationshintergrund verfügt diese Studierendengruppe seltener über die allgemeine Hochschulreife, jedoch häufiger über die Fachhochschulreife oder fachgebundene Hochschulreife.[174]

Wirtschaftliche Situation und Erwerbstätigkeit in Familien mit Migrationshintergrund

Die Einbindung in den Arbeitsmarkt schafft nicht nur die materielle Voraussetzung für die Teilhabe an anderen Lebensbereichen, sondern ist auch mit Blick auf die soziale und gesellschaftliche Integration von besonderer Bedeutung. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich besonders für Menschen mit Migrationshintergrund sowohl der Berufseinstieg als auch der Verbleib im Berufsleben schwierig gestaltet.

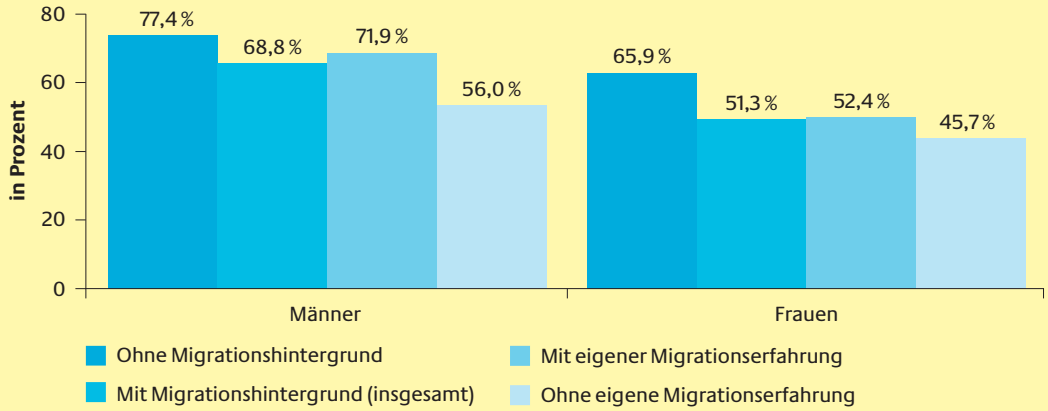
173 Beicht, Ursula/Granato, Mona, 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Expertise des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 23–25.

174 Siegert, 2009: Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland, in: Working Paper 22 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, S. 52–54.

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund

Die Erwerbstätigenquote von Migrantinnen und Migranten liegt zwischen neun (Männer) und 15 (Frauen) Prozentpunkten unterhalb derer der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 65: Erwerbstätigenquoten der 15- bis unter 65-Jährigen nach Migrationsstatus und Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

Untersuchungen weisen darauf hin, dass nicht nur zwischen Erwerbspersonen ohne und Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund Unterschiede bestehen, sondern auch zwischen den verschiedenen Gruppen von Migrantenhaushalten. Während Haushalte mit Migrantinnen bzw. Migranten aus der EU und anderen westlichen Industrieländern ähnlich hohe Erwerbstätigenquoten wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund aufweisen, zeigen sich insbesondere bei Haushalten von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, Türkinnen und Türken, ehemaligen Jugoslawinnen und Jugoslawen sowie sonstigen Ausländerinnen und Ausländern unterdurchschnittlich geringe Erwerbstätigenquoten. Für türkische und (ex-)jugoslawische Haushalte lässt sich im zeitlichen Verlauf sogar eine rückläufige Entwicklung bei den Erwerbstätigenquoten feststellen.[175]

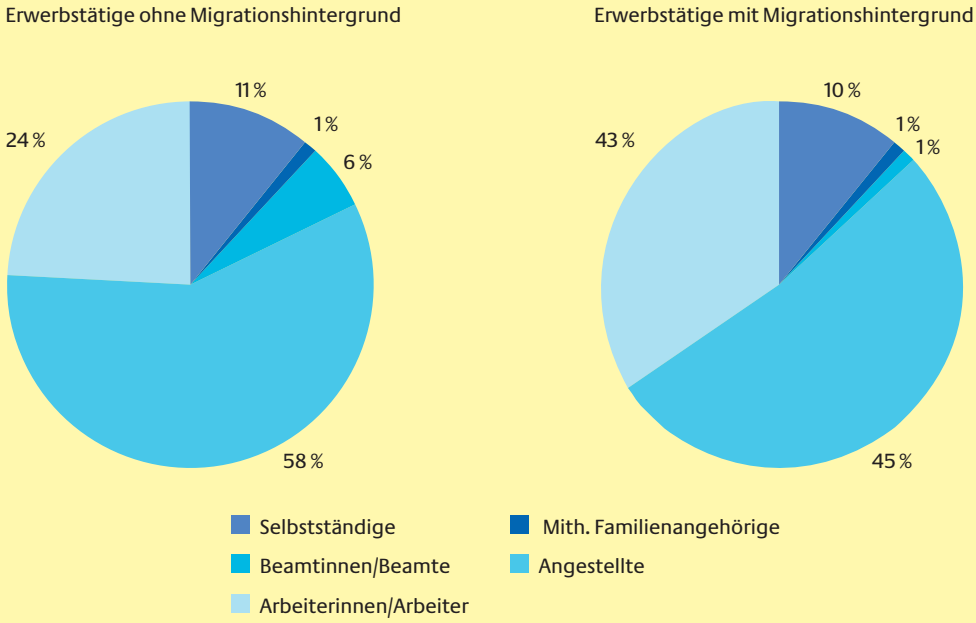
Jedoch spielen für die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten weniger das Herkunftsland, sondern vielmehr das Alter, die Aufenthaltsdauer, die Generationszugehörigkeit, der Familienstand und die Zahl der Kinder sowie das Zuwanderungsmotiv und die Höhe der Schul- und Bildungsabschlüsse eine entscheidende Rolle. Lediglich für die Gruppe der Türkinnen zeigt sich auch unter Berücksichtigung dieser sozio-strukturellen Merkmale eine deutlich geringere Beteiligung am Erwerbsleben. Allerdings scheint in der zweiten Generation eine Annäherung an das Erwerbsverhalten anderer Nationalitäten stattzufinden.[176]

175 Frick, Joachim R., 2004: Gutachten zur „Integration von Migranten in Deutschland“ auf Basis national und international vergleichbarer repräsentativer Mikrodaten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Immigration („Zuwanderungsrat“), Berlin. S. 42.

176 Stichs, Anja, 2008: Arbeitsmarktintegration von Frauen ausländischer Nationalität in Deutschland. Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische, griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, in: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Working Paper 20.

Erwerbstätige Migrantinnen und Migranten bekleiden überproportional oft den beruflichen Status einer Arbeiterin bzw. eines Arbeiters, während Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund mehrheitlich als mittlere Angestellte tätig sind.

Abbildung 66: Erwerbstätige mit und ohne Migrationshintergrund nach Stellung im Beruf



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

Abweichungen in Bezug auf die Stellung im Beruf lassen sich vor allem für Frauen ausländischer Nationalität erkennen, wobei auch hier deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunftsländern und den Einwanderungsgenerationen festzustellen sind. Eine aktuelle Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die die Situation von türkischen, italienischen, griechischen, polnischen und ex-jugoslawischen Frauen untersucht, kommt zu dem Schluss, dass insgesamt nur 16 Prozent der Frauen zwischen 18 und 65 Jahren beruflich gut positioniert sind. In der ersten Generation liegt der Anteil zwischen 3 Prozent bei den türkischstämmigen Frauen und 22 Prozent bei den Polinnen. In der zweiten Generation sind die Anteile zwar insgesamt deutlich höher, jedoch üben auch hier die Türkinnen mit 22 Prozent am seltensten eine (hoch-)qualifizierte Tätigkeit aus. Den höchsten Anteil erreichen die Griechinnen mit 53 Prozent.[177]

In Bezug auf die sektorale Verteilung der Arbeitsplätze zeigt sich eine tendenzielle Angleichung zwischen Erwerbstätigen mit und ohne Migrationshintergrund. Dennoch sind vor allem Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei – anders als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – nicht mehrheitlich im Dienstleistungssektor, sondern vorrangig im industriellen Sektor tätig.[178]

177 Ebd., S. 47–50.

178 Tucci, Ingrid, 2008: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland, in: Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA, WZB (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 204–205.

Ursachen für die Benachteiligung von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt sind häufig fehlendes oder unzureichendes länderspezifisches Fachwissen und mangelnde Sprachkenntnisse. Gleichzeitig sind gerade die Beschäftigungsbereiche, in denen sich Migrantinnen und Migranten erfolgreich am Arbeitsmarkt positionieren können, tendenziell Bereiche, in denen geringe Einkommen erzielt werden und geringe Aufstiegschancen bestehen.[179]

Sprachkompetenz als Voraussetzung für berufliche Integration

Als wesentlich für den Bildungs- und damit Integrationserfolg von Migrantinnen und Migranten haben sich die Kenntnisse der deutschen Sprache erwiesen. Die Sprachkenntnisse sind – je nach Herkunftsgruppe – bei bis zu 30 Prozent der Migrantinnen und Migranten nur mangelhaft. Nach einer Selbsteinschätzung im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) konnten 74 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer gut Deutsch lesen und schreiben, 26 Prozent wiesen Defizite auf.[180]

Die Sprache ist vor allem für Frauen ein großes Erwerbshindernis: Frauen, die sich auch im Deutschen gut ausdrücken können, sind deutlich häufiger erwerbstätig als jene, die sich damit schwertun (55 % gegenüber 35 %).[181] Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Frauen mit „sehr guten“ Sprachkenntnissen vor dem ihrer männlichen Landsleute.

Auswirkungen hat die Sprachkompetenz aber nicht nur auf die eigene berufliche Entwicklung. Auch die Chancen der Kinder hängen stark davon ab, wie gut die Eltern die deutsche Sprache beherrschen: Fast die Hälfte der 16- bis 24-jährigen Migrantinnen und Mirganten sind der Meinung, dass Schülerinnen bzw. Schüler mit Migrationshintergrund nicht die gleichen Chancen erhalten wie ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler.[182] Als Hauptgrund geben sie mangelnde Deutschkenntnisse an. 37 Prozent von ihnen glauben, dass die schlechteren Möglichkeiten ihre Ursache darin haben, dass die Eltern ihre Kinder bei den Hausaufgaben nicht richtig unterstützen können. Die Sprachstandserhebungen, die im Vorschulalter von den Bundesländern durchgeführt werden, belegen, dass ein großer Teil der Kinder mit Migrationshintergrund Sprachföderbedarf hat.[183]

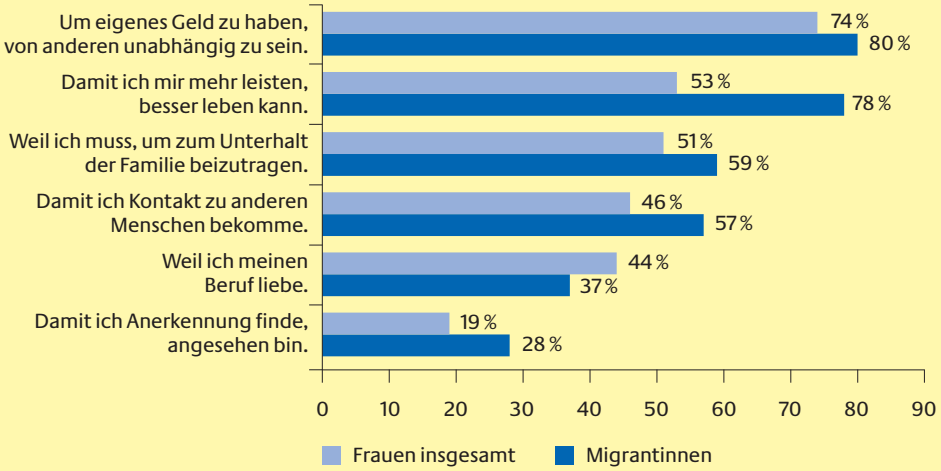
Vereinbarkeit für Mütter mit Migrationshintergrund

Demoskopische Untersuchungen geben Hinweise darauf, dass Mütter mit Migrationshintergrund stärker an einer Berufstätigkeit interessiert sind als Mütter insgesamt. Während etwa 63 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter mit Migrationshintergrund gerne berufs-

179 Constant, Amelie F./Zimmermann, Klaus F., 2008: Integration von Migranten: Ethnische Identität bestimmt ökonomischen Erfolg, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 42/2008.
180 Fritschi, Tobias und Ben Jann, 2008: Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland. Welche gesellschaftlichen Kosten entstehen, wenn Integration nicht gelingt? Download: www.bertelsmann-stiftung.de
181 IfD Allensbach, 2009: Zuwanderer und ihre Familien. IfD-Umfragen 5252, 10036.
182 IfD Allensbach, 2009: Zuwanderer in Deutschland. Sonderauswertung einer repräsentativen Befragung unter Migranten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Download: www.bertelsmann-stiftung.de
183 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2007: 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

tätig wären, trifft dies nur auf 47 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter insgesamt zu. Zudem lässt sich feststellen, dass für berufstätige Migrantinnen in gewissem Umfang andere Erwerbsmotive im Vordergrund stehen als für die Gesamtheit der berufstätigen Frauen.

Abbildung 67: Wichtigste Gründe für Erwerbstätigkeit von Frauen ab 16 Jahren (in Prozent)



Quelle: IfD Allensbach 2009

So arbeiten Migrantinnen häufiger als andere Berufstätige, um „sich etwas leisten zu können“ und den eigenen bzw. den Lebensstandard der Familie zu verbessern. Wichtig ist ihnen zudem die Möglichkeit, durch die Berufstätigkeit Kontakt zu anderen Menschen außerhalb der Familie aufzubauen.[184]

Gleichzeitig wird eine bereits erfolgte oder angestrebte Berufstätigkeit bei der Mehrzahl der Migrantinnen von ihren Partnern begrüßt und unterstützt.[185] Die tatsächliche Realisierung des Erwerbswunsches wird jedoch häufig einerseits durch unzureichende deutsche Sprachkenntnisse erschwert, andererseits sind Migrantinnen häufiger als andere Mütter nur dann berufstätig, wenn sich nach ihrer Einschätzung Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren lassen. Werden Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen, gehen nur 23 Prozent der Migrantinnen einer Berufstätigkeit nach. Bei den Müttern insgesamt sind dies immerhin 53 Prozent.[186] Dies lässt darauf schließen, dass die Vereinbarkeitsproblematik gerade für Familien mit Migrationshintergrund einen hohen Stellenwert hat und diese Familien in besonderem Maße auf infrastrukturelle Unterstützungsleistungen angewiesen sind.

Die besondere Bedeutung öffentlicher Betreuungsmöglichkeiten ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Mütter mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtheit der Mütter auf ein weniger dicht gespanntes privates Betreuungsnetz zurückgreifen können. Gerade Migrantinnen mit Kindern unter 14 Jahren, die sich nur mittel bis schwach integriert fühlen, geben an, dass sie nur selten oder nie jemanden haben, der auf ihre Kinder aufpasst.[187]

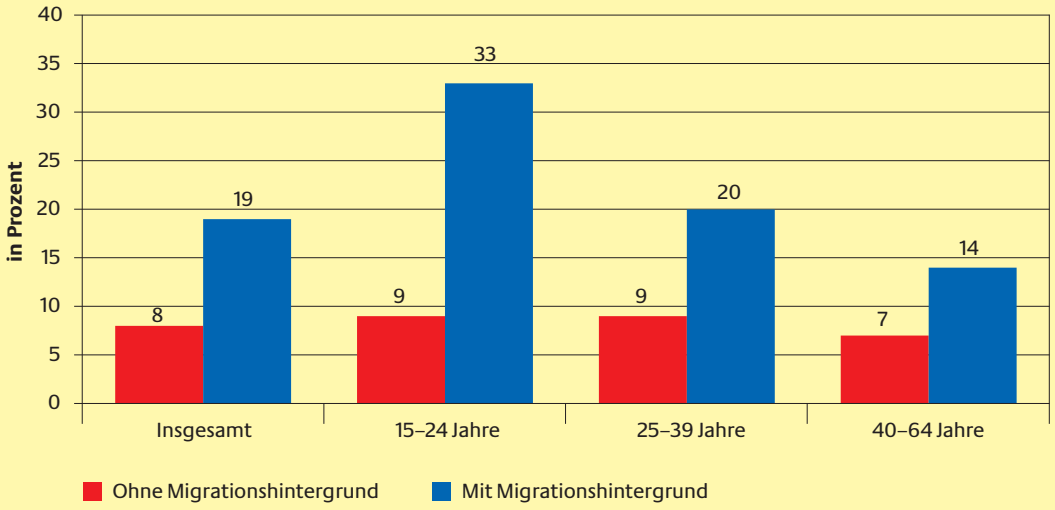
184 Institut für Demoskopie Allensbach, 2009: Zuwanderer und ihre Familien. Einstellungen der Migranten in Deutschland zu Fragen mit Bedeutung für die Familienpolitik – Berichtsband –: S. 29.
185 Ebd., S. 30–33.
186 Ebd., S. 28–34.
187 Ebd., S. 15.

Armutsrisiko und Transferbezug von Familien mit Migrationshintergrund

Inwiefern es gelingt, die wirtschaftliche Stabilität von Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland zu sichern, lässt sich nicht zuletzt anhand des erzielten Erwerbseinkommens, Transferbezugs und Armutsrisikos beurteilen. Hinsichtlich des erzielten Erwerbseinkommens deuten statistische Erhebungen darauf hin, dass das durchschnittliche Nettoerwerbseinkommen von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund hinter dem Durchschnittseinkommen der Erwerbsbevölkerung ohne Migrationshintergrund zurückbleibt. Das niedrigste Einkommen erzielen dabei Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Migrantinnen und Migranten aus Ex-Jugoslawien.[188]

Aussagekräftig sind zudem die sogenannten Hilfequoten, das heißt die Anteile der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitsuchende an allen Personen im erwerbsfähigen Alter. Dieser Indikator gibt Aufschluss darüber, wie viele Personen ihren Lebensunterhalt nicht (vollständig) aus eigenem Einkommen bestreiten können. Für Migrantinnen bzw. Migranten liegt dieser Anteil bei rund 19 Prozent. Die Hilfequote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt mit acht Prozent dagegen nur halb so hoch. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen zeigt sich, dass insbesondere 15- bis 24-Jährige mit Migrationshintergrund in hohem Maße hilfebedürftig sind. Rund ein Drittel dieser Altersgruppe bezieht Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.[189]

Abbildung 68: Anteile der Bezieherinnen/Bezieher von Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2007/2008 (in Prozent)



Quelle: PASS, Institut für Arbeit und Qualifikation

188 Tucci, Ingrid, 2008: Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland, in: Statistisches Bundesamt, GESIS-ZUMA, WZB (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 205.

189 Institut für Arbeit und Qualifikation u. a., 2009: Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Projekt IIa1 – 04/06. Auftraggeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Abschlussbericht. Hauptband, Duisburg, S. 50.

Zur Feststellung von Einkommensarmut werden zudem Armutsrisikoquoten herangezogen. Sie geben an, bei wie viel Prozent der Personen das äquivalenzgewichtete verfügbare Nettoeinkommen (nach Sozialtransfers) unterhalb der Schwelle von 60 Prozent des medianen Durchschnittseinkommens liegt. Werden diese Armutsrisikoquoten (nach Sozialtransfers) in den Fokus genommen, treten ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund in Erscheinung. Der Anteil der armutsgefährdeten Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt bei 32 Prozent, während für die Gesamtheit der Familien ein Wert von 20 Prozent festgestellt wird.[190]

Lebensrealität in Familien mit Migrationshintergrund

Um Familien mit Migrationshintergrund eine alltagsnahe Unterstützung bieten zu können, ist es erforderlich, weitere Spezifika ihrer Lebensrealität zu berücksichtigen, die sich nicht unbedingt in den oben genannten Indikatoren widerspiegeln. Dies betrifft beispielsweise die zum Teil alltagsprägende Rolle, die Religion und Tradition einnehmen, das Familienverständnis und der Zusammenhalt im Familienverbund, die Bildungsaspirationen von Eltern bei gleichzeitig fehlendem Orientierungswissen über das deutsche Bildungssystem oder die Geschlechterrollen und die damit einhergehende Bildungs- und Lebenswegorientierung von Kindern.[191] Familienbildungs- und Beratungsstellen stehen vor der großen Herausforderung, sich interkulturell weiter zu öffnen und diese Aspekte bei der Ausgestaltung ihrer Angebote zu berücksichtigen. Die Ansprache der Eltern, das örtliche Setting für Gespräche und Angebote, die Vernetzung mit Institutionen im lokalen Umfeld der Familien oder die Rolle, die Beraterinnen und Berater gegenüber den Eltern einnehmen, müssen hierauf abgestimmt sein.[192]

190 Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Wiesbaden, S. 216–217.

191 Vgl. z. B. Thiessen, Barbara, 2007: Muslimische Familien in Deutschland. Alltagserfahrungen, Konflikte, Ressourcen, München.

192 Vgl. hierzu z. B. BMFSFJ, 2009: Wie erreicht Familienbildung und -beratung muslimische Familien? Eine Handreichung, Berlin.

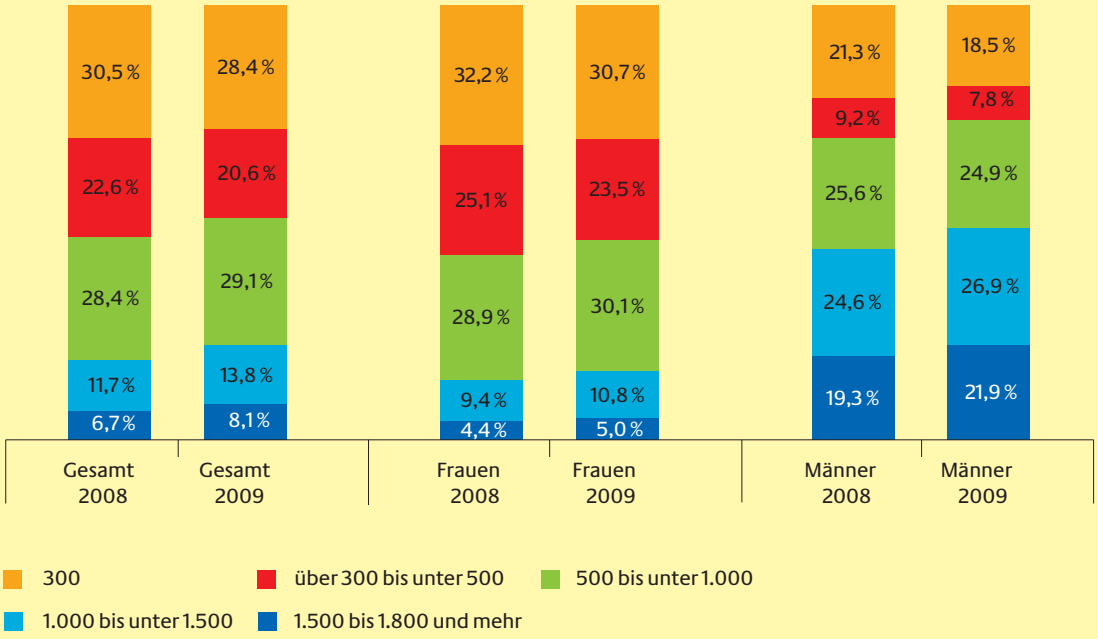
VIII.
Elterngeld und Elternzeit

Aus der Elterngeldstatistik wird deutlich, dass und wie die Einkommenssicherheit von jungen Familien gewachsen ist. Das Elterngeld setzt die richtigen Akzente. Im Vergleich der Elterngeldbezüge 2008 und 2009 (vgl. Abb. 69) lässt sich ablesen: Erstens ist der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher des Mindestbetrags gefallen. Bezogen 2008 noch 32,2 Prozent der Mütter den Mindestbetrag von 300 Euro, so waren es in 2009 nur noch 30,7 Prozent. Auch sank der Anteil der Mütter mit kleinen Einkommen und einem Elterngeldbezug von 300–500 Euro von 25,1 Prozent im Jahr 2008 auf 23,5 Prozent im Jahr 2009. Zweitens ist der Anteil derjenigen mit mittleren und hohen Bezügen bei Frauen und Männern angestiegen: Zwischen 1.000 und 1.500 Euro erhielten 2008 noch 11,7 Prozent; 2009 stieg dieser Anteil auf 13,8 Prozent; auch der Anteil von Elterngeldbezügen über 1.500 Euro stieg von 6,7 Prozent im Jahr 2008 auf 8,1 Prozent im Jahr 2009.

Erwerbstätige erhalten im Elterngeld eine Leistung in Höhe von 67 Prozent ihres vorigen Nettoeinkommens, während Nichterwerbstätige den Mindestbetrag von 300 Euro beziehen; niedrige Einkommen werden zudem durch einen Geringverdienerzuschlag auf das Elterngeld aufgestockt. Die folgende Abbildung 69 zeigt die Höhe des Elterngeldbezugs nach Geschlecht im 3. Quartal 2008 und 2009 für alle Elterngeldbezieher sowie für Frauen und Männer. Im Rahmen der Evaluation des Elterngeldes[193] wurden die Effekte auf die wirtschaftliche Stabilität von Familien sowie auf die Erwerbstätigkeit überprüft. Es wurden Mütter im Jahr 2008 und 2009 befragt, deren Kinder 2007 geboren wurden. Betrachtet man das Haushaltseinkommen der Familien im Jahr vor und nach der Geburt des Kindes (vgl. Abb. 70), so sieht man im Jahr nach der Geburt eine Stabilisierung der Einkommensverteilung. Es lässt sich sogar ein Aufwuchs in den mittleren Einkommensbereichen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 3.000 Euro feststellen. Etwas weniger Familien liegen im Jahr nach der Geburt im unteren Einkommensspektrum unter 1.000 Euro und oberhalb von 3.000 Euro Netto-Haushaltseinkommen.

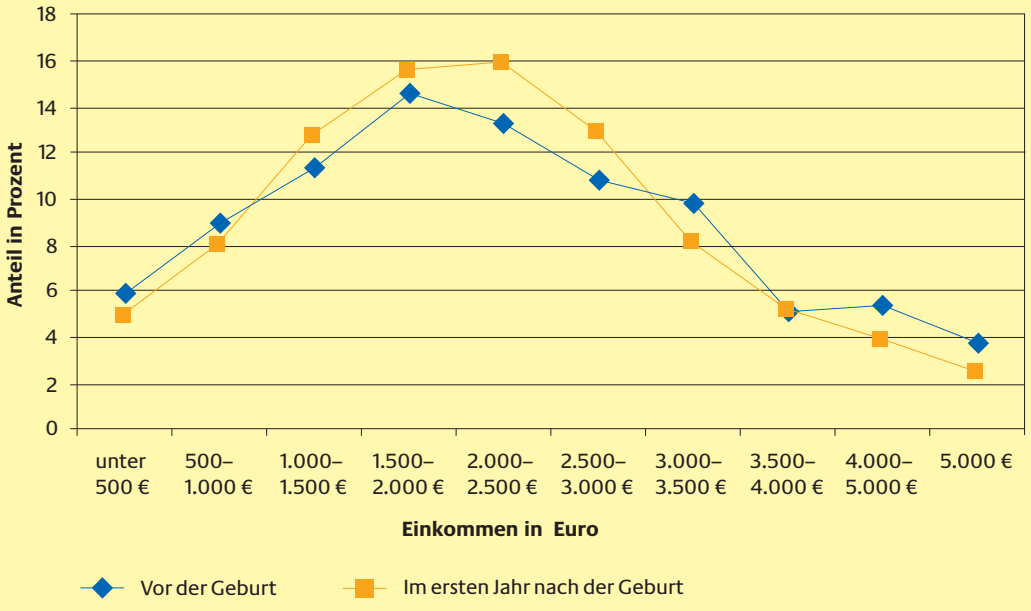
193 BMFSFJ (Hg.), 2008: Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit. Endbericht 2008. Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, sowie RWI, 2009: Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung. Studie im Auftrag des BMFSFJ, Essen.

Abbildung 69: Höhe des Elterngeldes gesamt und nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Elterngeldstatistik

Abbildung 70: Das Elterngeld stabilisiert das Haushaltseinkommen

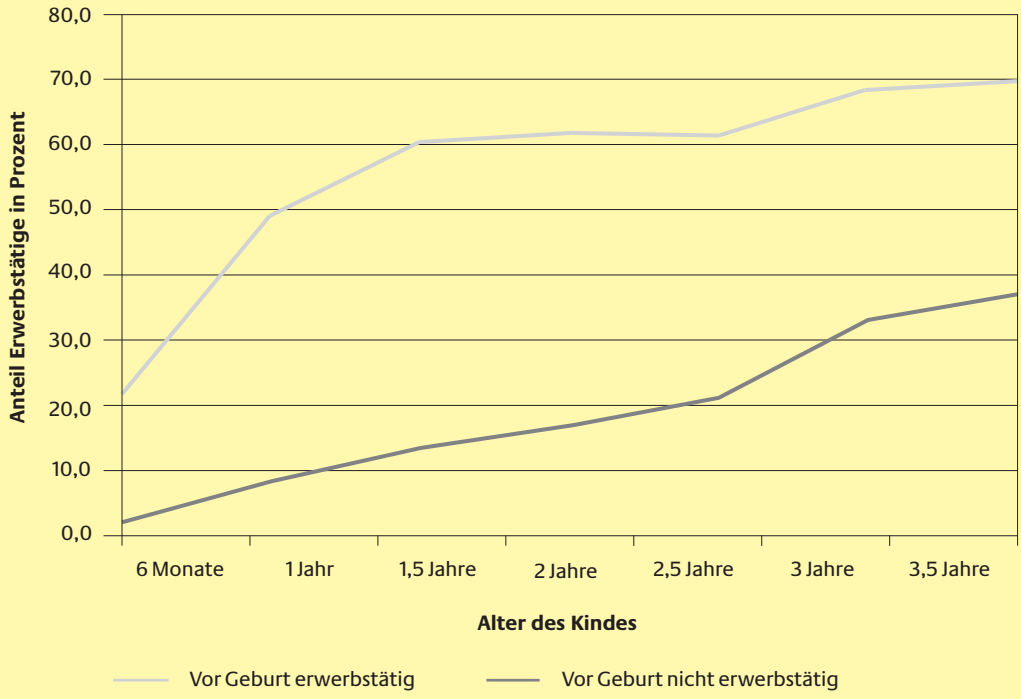


Quelle: RWI Elterngeldbericht 2009; eigene Berechnungen

Das Elterngeld unterstützt den beruflichen Wiedereinstieg

Für den Elterngeldbezug, aber auch für den späteren beruflichen Wiedereinstieg spielt die Erwerbstätigkeit der Mutter vor der Geburt des Kindes eine bedeutende Rolle. Frauen, die vor der Geburt eines Kindes erwerbstätig waren, kehren auch nach der Geburt des Kindes schneller wieder auf den Arbeitsmarkt zurück. Nach zwei Jahren waren 42 Prozent der Mütter mit Elterngeldbezug wieder erwerbstätig. Dies sind 62 Prozent der Frauen, die vor der Geburt erwerbstätig waren, und 18 Prozent derjenigen, die nicht erwerbstätig waren.

Abbildung 71: Elterngeldbezug erhält die Erwerbsneigung von Müttern

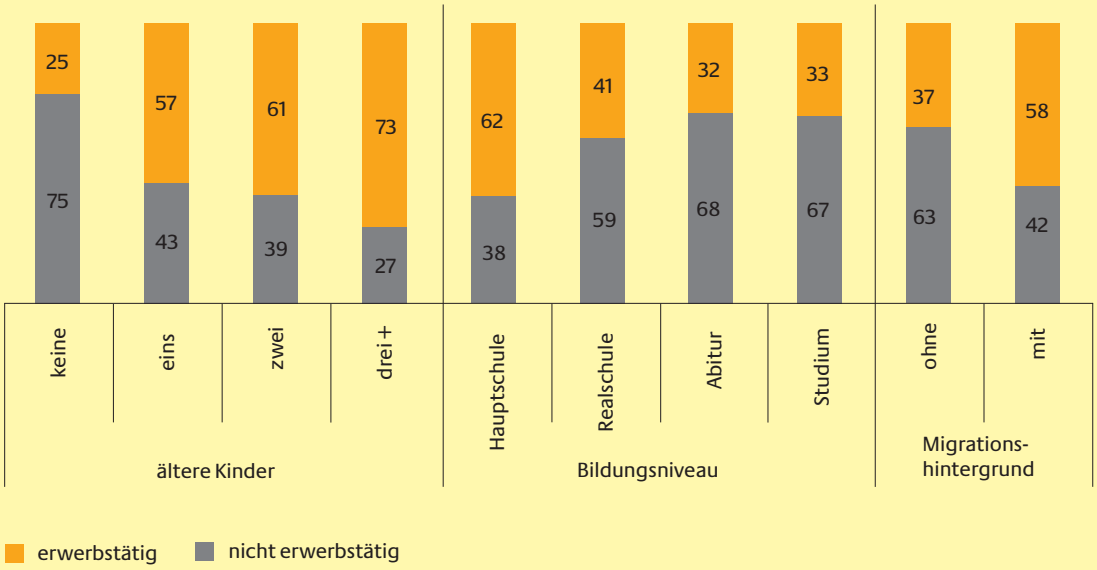


Quelle: RWI Elterngeldevaluation 2009

In der Elterngeldevaluation wurden Mütter befragt, deren Kind 2007 geboren wurde. Von diesen waren 58 Prozent vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig, 42 Prozent waren nicht erwerbstätig. Insgesamt waren 35 Prozent der Frauen im Elterngeld als Arbeitnehmerinnen beschäftigt, vier Prozent waren Beamtinnen, zwei Prozent freiberuflich tätig und zwei Prozent in Ausbildung. Fast ein Drittel hatte weitere Kinder im Haushalt; elf Prozent waren zum Zeitpunkt der Geburt selbst noch in Elternzeit und 20 Prozent bezeichneten sich als „Hausfrauen“. Insgesamt 6,5 Prozent der Mütter mit Elterngeldbezug waren alleinerziehend.

Die Erwerbstätigkeit der Mütter vor der Geburt des Kindes kann durch mehrere Faktoren erklärt werden (vgl. Abb. 72): Je mehr ältere Kinder im Haushalt wohnen oder je niedriger der Bildungsstand ist, desto unwahrscheinlicher ist eine Erwerbstätigkeit. Weiterhin haben Frauen mit Migrationshintergrund eine geringere Erwerbstätigkeit vor der Geburt eines Kindes.

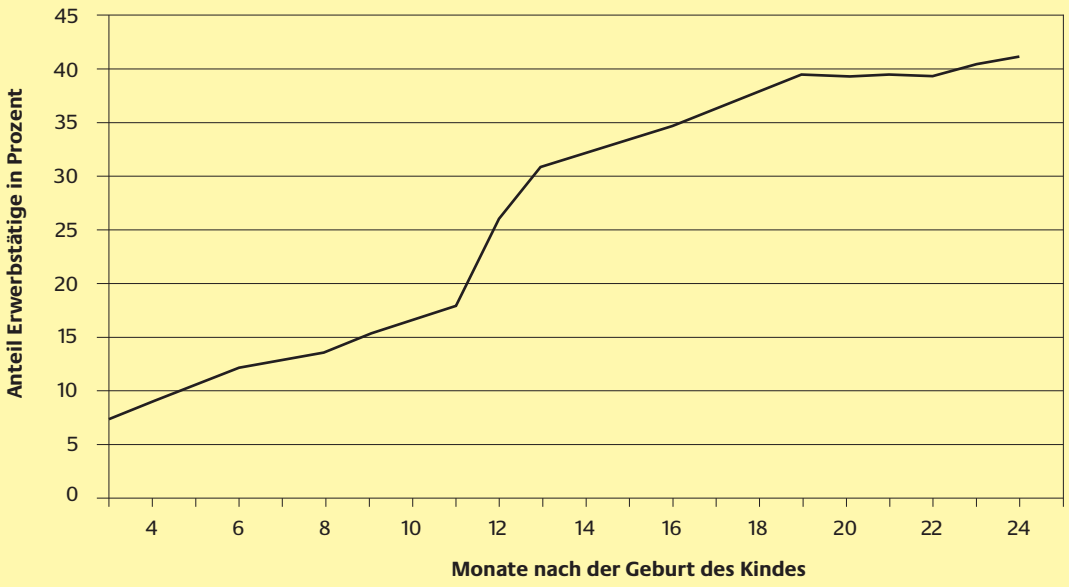
Abbildung 72: Erwerbstätigkeit vor der Geburt des Kindes



Quelle: RWI Elterngeldevaluation 2009

Die Entwicklung seit 2007 zeigt, dass das Elterngeld trotz der Wirtschaftskrise die richtigen Anreize setzt: Das Elterngeld basiert auf dem Erwerbseinkommen vor der Geburt des Kindes und „belohnt" diejenigen, die ein eigenes Erwerbseinkommen erzielen. Betrachtet man im Detail den Verlauf des Elterngeldbezugs und des beruflichen Wiedereinstiegs, so zeigt sich, dass um den 12. Monat nach Geburt eines Kindes der Anteil der erwerbstätigen Mütter sprunghaft ansteigt. Dieser Zeitpunkt entspricht auch den Erkenntnissen über die Lebensplanungen von Frauen.

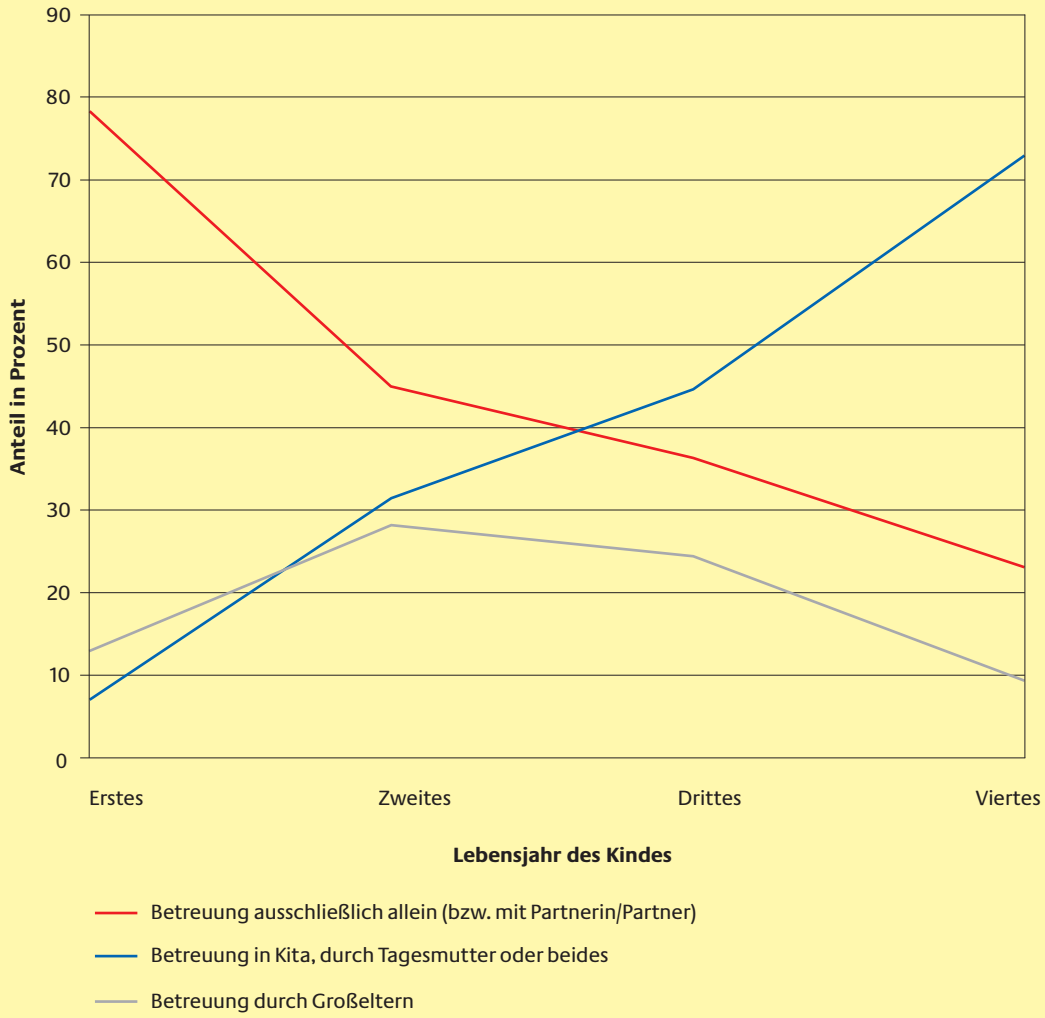
Abbildung 73: Anteil der erwerbstätigen Mütter nach Geburt eines Kindes



Quelle: RWI Elterngeldevaluation 2009

Die Voraussetzung für eine Berufsrückkehr ist allerdings in der Regel die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung. Der Ausbau frühkindlicher Betreuung und Bildung und das Elterngeld müssen Hand in Hand gehen. Derzeit zeigt sich: Die Wahlfreiheit, die das Elterngeld bietet, wird genutzt: Knapp 80 Prozent der Eltern betreuen ihre Kinder im ersten Lebensjahr komplett selbst. Danach nutzen die Eltern überwiegend auch andere Betreuungsmöglichkeiten. Insbesondere im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes spielen die Großeltern eine wichtige Rolle, die wieder abnimmt, je mehr Kinder eine Betreuung durch Kita oder Tagesmutter beanspruchen.

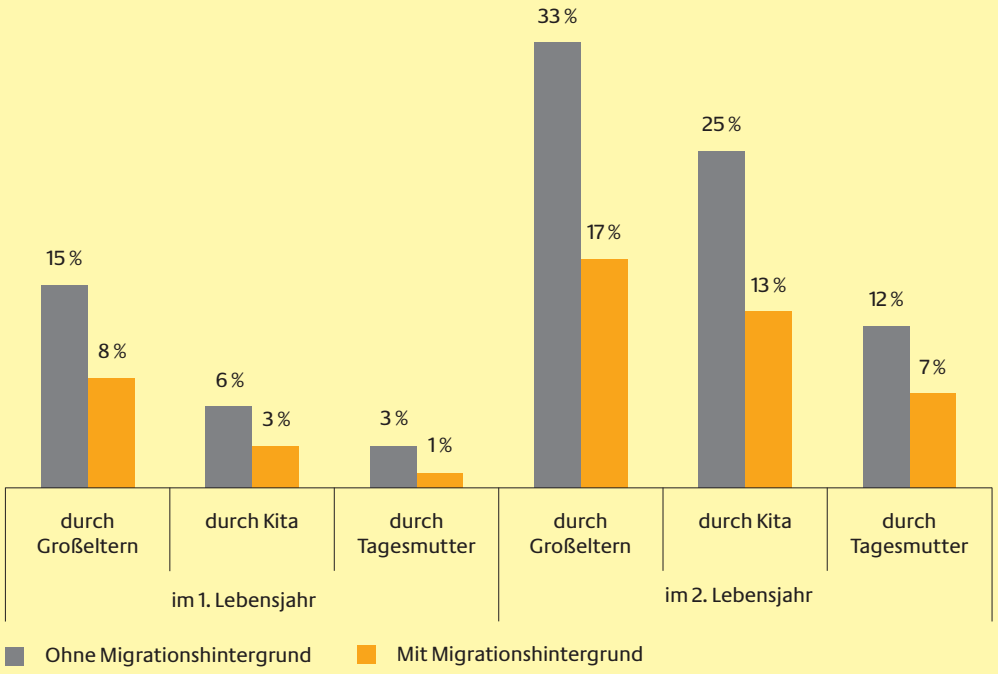
Abbildung 74: Betreuungsarrangements



Quelle: RWI Elterngeldevaluation 2009

Es zeigt sich, dass derzeit insgesamt zwei Drittel der Eltern das Betreuungsangebot vor Ort als unzureichend empfinden. 41 Prozent klagen über zu wenige Plätze; 35 Prozent finden die Kosten zu hoch und für 29 Prozent sind die Öffnungszeiten zu unflexibel. Es gibt also noch ein großes Entwicklungspotenzial, um das Betreuungsangebot an die Bedarfe der Eltern anzupassen.

Abbildung 75: Migrantinnen und Migranten nutzen weniger externe Betreuungsmöglichkeiten (in Prozent)



Quelle: RWI Elterngeldevaluation 2009

Vergleicht man die Nutzung externer Kinderbetreuungseinrichtungen von Eltern mit und ohne Migrationshintergrund, so zeigt sich, dass hier deutliche Nutzungsunterschiede bestehen: Nur halb so viele Eltern mit Migrationshintergrund haben im ersten und zweiten Lebensjahr eine Unterstützung durch die Großeltern oder nutzen eine öffentliche Einrichtung für die Kinderbetreuung.

Die Bereitstellung von ausreichend Betreuungsplätzen ist sehr wichtig, um speziell Müttern die Wahlfreiheit zu ermöglichen, wann sie wieder erwerbstätig sein wollen. Insgesamt ein Fünftel der Mütter wäre mit einer passenden Betreuung früher in den Beruf eingestiegen; ein Achtel würde mit einer höheren Stundenzahl arbeiten. Allerdings sieht knapp die Hälfte der Eltern mit minderjährigen Kindern den Ausbau der Betreuung in der eigenen Kommune auf einem guten Weg.[194]

Längere Berufsausstiege und Teilzeitphasen mit kurzen Arbeitszeiten wirken sich sehr negativ auf das Einkommen im Lebensverlauf von Müttern aus. Eine aktuelle Studie des HWWI hat die Effekte unterschiedlicher Erwerbsunterbrechungen auf das Einkommen von Müttern untersucht.[195] Frauen erleiden durch einen familienbedingten Erwerbsausstieg und eine Arbeitszeitreduzierung erhebliche Bruttolohnverluste über den Lebensverlauf. Diese setzen sich zusammen aus direkten Einkommensverlusten während der Auszeit oder in Teilzeitphasen und weiteren erheblichen Einkommensverlusten nach der Rückkehr in Vollzeit.

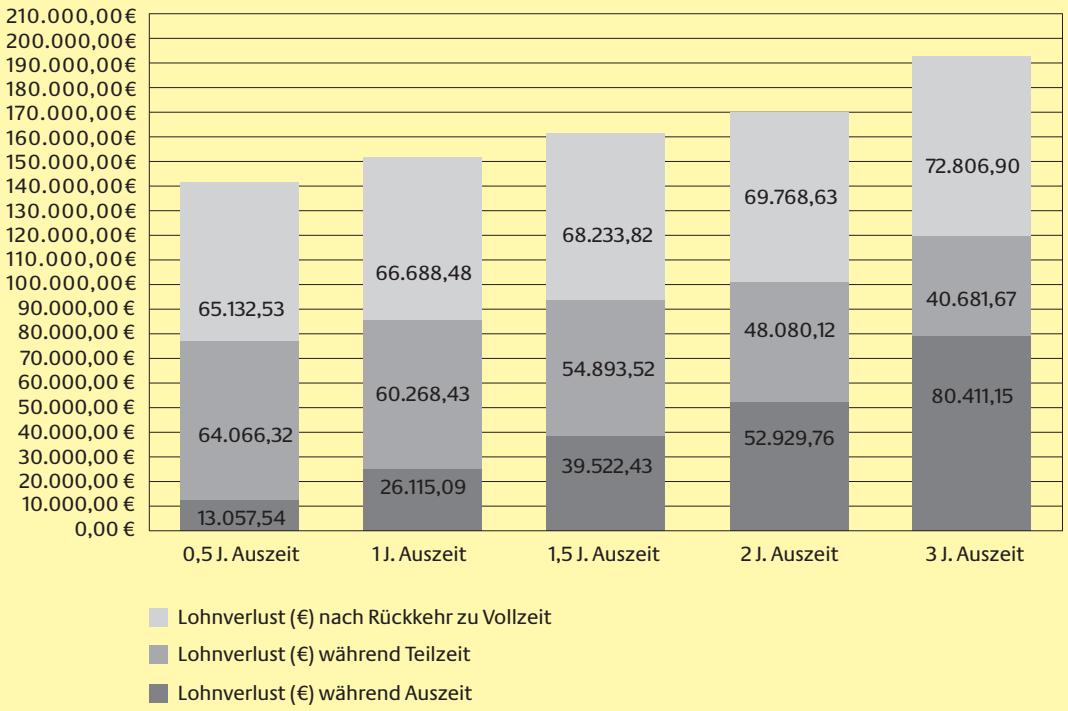
194 RWI, 2009: Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung. Studie im Auftrag des BMFSFJ, Essen; BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor Familienforschung, Berlin.

195 Boll, 2009: Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen – mit besonderer Berücksichtigung möglicher Elterngeldeinflüsse auf das Unterbrechungsmuster. HWWI Policy Paper, Hamburg.

Diese sind begründet durch die fehlende Arbeitserfahrung und fehlende Entwicklung des Humanvermögens. Grundsätzlich gilt: je kürzer der Ausstieg und je höher der Stundenumfang in Teilzeitphasen, desto geringer die Lohnverluste im Lebenslauf, auch nach der Rückkehr in Vollzeit.

Abbildung 76: Einkommenseinbußen durch Erwerbsunterbrechungen

Frau mittlerer Bildung, Unterbrechung von 6 Jahren: Einfluss der Dauer der Auszeit



Quelle: HWWI 2009

Abbildung 76 zeigt die Verluste im Bruttolohn in fünf unterschiedlichen Erwerbsverläufen von Müttern zwischen dem 30. und 46. Lebensjahr. Die berufliche Auszeit beträgt zwischen einem halben Jahr und drei Jahren. Bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes arbeitet die Mutter in Teilzeit, danach wird in allen Verläufen auf Vollzeit aufgestockt.

Es wird deutlich: Zu den direkten Lohnverlusten während des Erwerbsausstiegs und der Teilzeitphase (aufgrund geringerer Stundenvolumina) treten weitere Lohnverluste nach der Rückkehr auf Vollzeitarbeit aufgrund von fehlender Arbeitserfahrung und mangelnder Humankapitalentwicklung hinzu. Insgesamt hat eine Frau mittleren Bildungsniveaus mit nur einjähriger Erwerbsunterbrechung und anschließender Teilzeitphase bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes etwa 40.000 Euro weniger Einkommenseinbußen als eine Frau mit dreijähriger Erwerbsunterbrechung und anschließender Teilzeitphase.

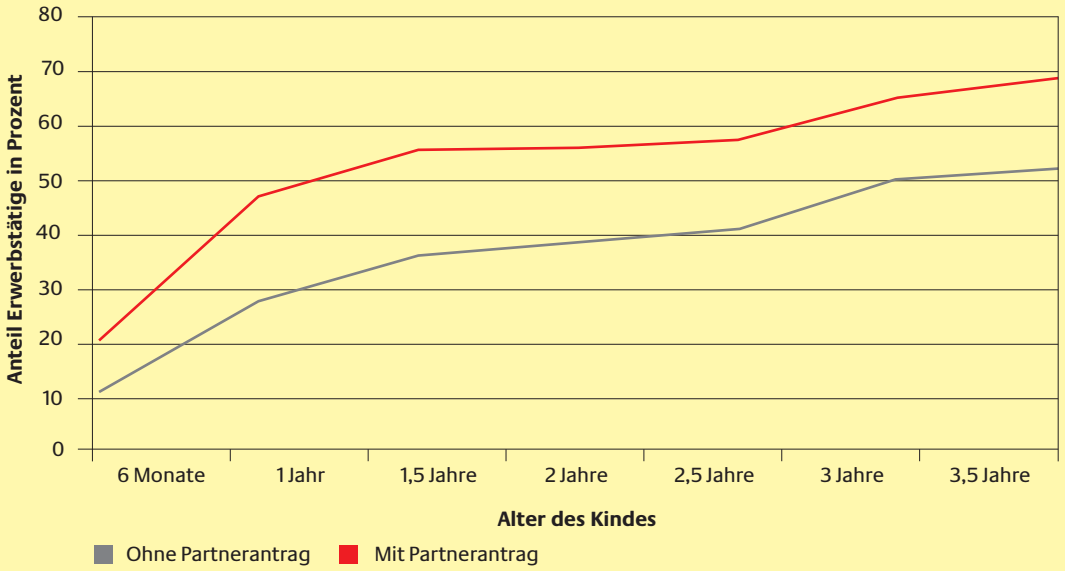
Hier zeigen sich die positiven Effekte des Elterngeldes, das einen frühen beruflichen Wiedereinstieg belohnt. Derzeit arbeiten 13 Prozent der Mütter während des Elterngeldbezugs in Teilzeit. Eine Verkürzung der Auszeit von einem Jahr auf ein halbes Jahr (z. B. durch Teilelterngeld) wirkt sich für alle Qualifikationsgruppen positiv aus: nicht nur während der Aus-

stiegsphase, sondern auch nach der Rückkehr in Vollzeit. Durch eine entsprechende Verkürzung der Auszeit reduziert sich der Lohnverlust in allen Berufsgruppen um etwa 10.000 Euro.

Hinzu kämen noch entsprechend höhere Elterngeld-Zahlungen während der Teilzeitphase; gegebenenfalls wären Lohneinbußen bei Erwerbsunterbrechung oder Teilzeitarbeit des Partners abzuziehen. Derzeit wünscht sich ein Viertel der Mütter eine Verlängerung der Bezugsdauer bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit in Teilzeit. Diese Option ist mit der Einführung des Teilelterngeldes derzeit in der politischen Debatte. Hierdurch würde es Eltern ermöglicht, ihr Kind über längere Zeit selbst zu betreuen und parallel in Teilzeit zu arbeiten. In der aktuellen Regelung wird bei Eltern, die neben dem Elterngeldbezug erwerbstätig sind, die Leistung gekürzt, ohne dass sie dadurch für einen längeren Zeitraum Elterngeld beziehen könnten.

Auch eine Beteiligung der Väter durch Nutzung des Elterngeldes verbessert die Möglichkeiten für Mütter, zum gewünschten und geplanten Zeitpunkt wieder in den Beruf zurückzukehren. Das Elterngeld ermöglicht es beiden Elternteilen, ihre Verantwortung für Kinder wahrzunehmen. Dies verdeutlicht ein Vergleich der Erwerbstätigkeit von Müttern in Familien mit und ohne Partnerantrag. Bei den Eltern mit Partnerantrag liegt über den gesamten Zeitraum die Müttererwerbstätigkeit knapp 20 Prozent oberhalb derjenigen Mütter, deren Partner kein Elterngeld bezieht.

Abbildung 77: Einfluss der Partnermonate auf Müttererwerbstätigkeit

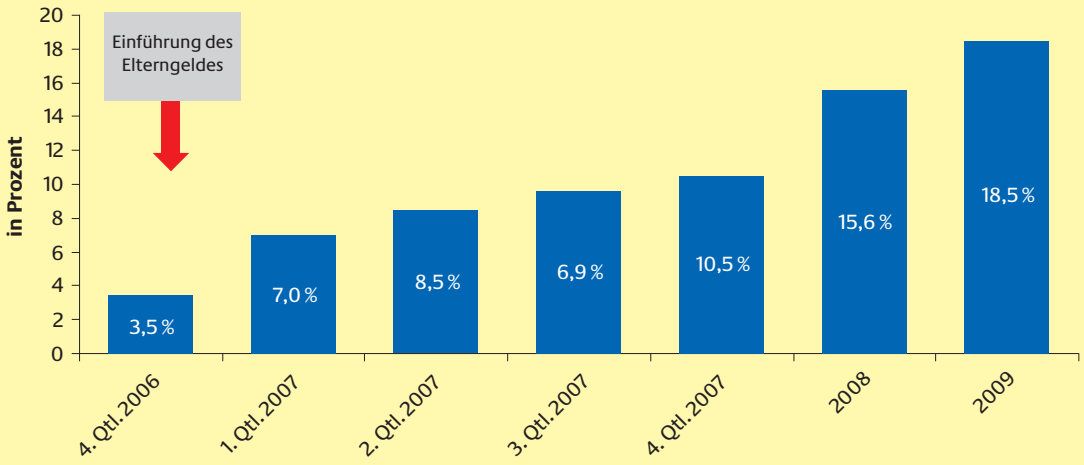


Quelle: RWI Elterngeldbericht 2009

Entwicklung der Väterbeteiligung

Seit Einführung des Elterngeldes hat sich die Väterbeteiligung sehr positiv entwickelt. 2009 beteiligten sich in 22,4 Prozent der Haushalte, in denen Elterngeld bezogen wurde, auch die Väter. Gemessen an allen, die 2009 Elterngeld bezogen haben, betrug der Väteranteil 18,6 Prozent; im gleichen Zeitraum 2008 waren erst 15,6 Prozent der Elterngeldbezieher Väter. Dies deutet auch auf einen starken kulturellen Wandel hin.

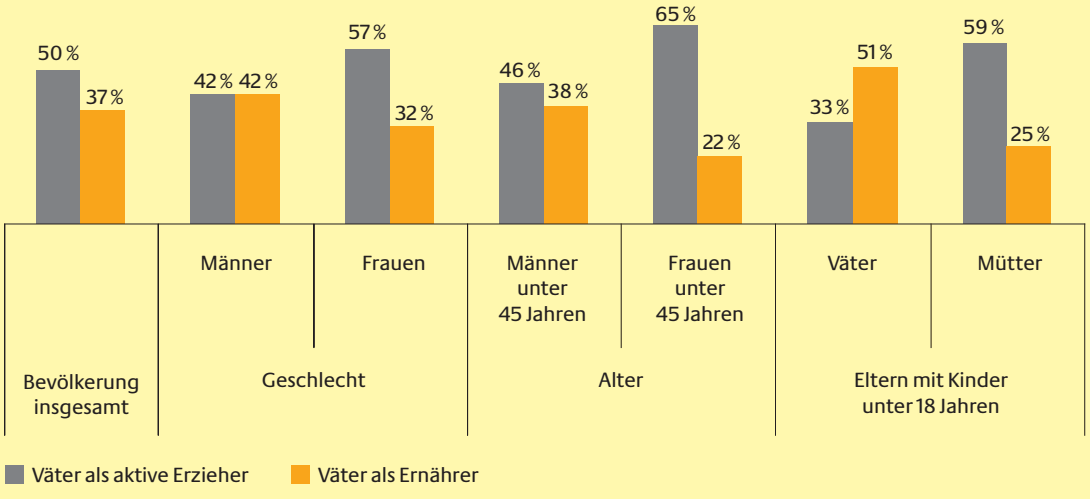
Abbildung 78: Entwicklung der Väterbeteiligung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Elterngeldstatistik

Tatsächlich zeigt sich, dass ein kultureller Wandel stattgefunden hat: Die Hälfte der Bevölkerung befürwortet inzwischen die Aussage, dass Kindererziehung heute eine Aufgabe beider Elternteile sei und auch Väter dafür ihre Berufstätigkeit unterbrechen sollten (siehe Abb. 79, Väter als aktive Erzieher). Die Meinung, dass eine Unterbrechung der Berufstätigkeit für Männer häufig schwierig sei und diese sich vornehmlich auf den Beruf konzentrieren sollten, teilen hingegen 37 Prozent (Väter als Ernährer).[196] Die Rolle der Väter als aktive Erzieher kollidiert nach wie vor mit der Ernährerrolle, die sie als Selbstbild nach wie vor mehrheitlich äußern.

Abbildung 79: Einstellung zur Beteiligung von Vätern an Familienaufgaben (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036

196 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin, Allensbach-Umfrage IfD-Archiv Nr. 10036.

Männer vertreten in dieser Frage etwas traditionellere Ansichten als Frauen; jüngere Männer unter 45 Jahren sind aber bereits deutlich aufgeschlossener. Jüngere Frauen befürworten am stärksten ein modernes Väterbild. Ähnlich sieht es bei Müttern mit minderjährigen Kindern aus, auch wenn sie im Vergleich zur Gruppe der jüngeren Frauen etwas skeptischer sind. Unter den Betroffenen selbst – Väter mit minderjährigen Kindern – sieht sich die Mehrheit in der Rolle des Ernährers der Familie. Offensichtlich ist die Vorstellung des Familienernährers kulturell noch immer verankert und wird aktiviert, sobald Männer tatsächlich Vater werden.

In einer repräsentativen Untersuchung der katholischen Universität Eichstätt[197] in vier Bundesländern wurde die Bereitschaft von Männern abgefragt, selbst in Elternzeit zu gehen. Rund 60 Prozent der Männer – Kinderlose wie Väter – wären bereit, Elternzeit zu nehmen. Auch dieser Wert zeigt, dass das Elterngeld für Väter gesellschaftlich hoch akzeptiert ist.

Die meisten Väter nutzen das Elterngeld auch zunächst vorsichtig und beanspruchen nur die zwei Partnermonate. Knapp drei Viertel der Väter im Elterngeld tun dies. Insgesamt beanspruchen 54 Prozent das Elterngeld parallel zu ihrer Partnerin, 46 Prozent allerdings alternierend. Insgesamt arbeiten 29 Prozent der Väter im Elterngeldbezug in Teilzeit. Dies wird von den Unternehmen zunehmend positiv bewertet: 71 Prozent der Geschäftsführerinnen bzw. Geschäftsführer und Personalverantwortlichen betrachten eine Reduktion der Arbeitszeit bei jungen Vätern als ein gute Sache.[198]

Eine aktuelle Studie des HWWI[199] zeigt, welche Väter vor allem das Elterngeld nutzen: Die berufliche Situation beider Elternteile ist hierfür ausschlaggebend. Besonders hoch ist der Anteil der Väter, die Elternzeit nehmen, wenn die Frau die Hauptverdienerin der Familie ist. Weiterhin steigt die Wahrscheinlichkeit, Elterngeld zu beanspruchen, mit dem Bildungsniveau der Väter. Es sind auch Väter in größeren Betrieben, mit unbefristeten Verträgen und mit gehobenen Positionen sowie Führungskräfte mit höheren Einkommen überrepräsentiert.

Für die Nutzung des Elterngeldes durch Väter gibt es ganz unterschiedliche Gründe: Nach einer qualitativen und quantitativen Studie des SowiTra-Instituts ist für die allermeisten Väter das wichtigste Motiv, Zeit mit dem Kind zu haben. Dabei unterscheiden sich die Väter im Elterngeld hinsichtlich ihrer Prioritäten.[200]

Als vorsichtige Nutzer charakterisieren die Autorin und der Autor der Studie etwa 44 Prozent der Väter im Elterngeld. Diese nehmen meist nur die zwei Vätermonate, häufig auch parallel zur Partnerin, und verweisen darauf, dass sie sich auf Wunsch der Partnerin beim Elterngeld beteiligen. Etwa sechs Prozent der Elterngeldnutzer möchten ihrer erwerbstätigen Partnerin einen möglichst kurzen Berufsausstieg ermöglichen und nutzen mehr als die zwei Partnermonate. Weiterhin gibt es die Gruppe der familienorientierten Väter, die neben den Elterngeldmonaten häufig noch unbezahlte Elternzeit anschließen. Diese hatten schon

197 Susanne Vogl: Familie: Wunsch und Wirklichkeit. Agora – Magazin der katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, S. 16–18. Internet: http://www.ku-eichstaett.de/fileadmin/190302/Agora/Agora_2_09.pdf
198 BMFSFJ (Hg.), 2009: Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin.
199 HWWI, 2009: Arbeitsplatzbezogene und sozio-oekonomische Merkmale der familienaktiven Väter, unveröffentlichtes Manuskript.
200 Pfahl/Reuyß (SowiTra), 2009: Das neue Elterngeld – Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern, Edition Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

vor der Geburt des neuen Kindes Erfahrungen mit Elternzeit oder Teilzeit gesammelt und möchten die Kinder möglichst lange von einem Elternteil zu Hause betreut wissen. Schließlich gibt es noch die Gruppen der Väter, die eine nicht konventionelle Arbeitsteilung haben und deren Karriere der ihrer Partnerin untergeordnet ist, sowie die familienzentrierten, die aus familiären Gründen möglichst viel Zeit mit dem Kind verbringen wollen und ebenfalls Erfahrungen mit Elternzeit haben. Die beiden letztgenannten Gruppen entsprechen etwa zehn Prozent des Samples aus einer Betriebsbefragung.

Als wichtige Einflussfaktoren auf die Entscheidung, Elterngeld zu beanspruchen, zeigten sich auch hier die Erwerbstätigkeit und das Einkommen der Partnerin im Vergleich zum Einkommen des Vaters. Weiterhin kommt eine Elterngeldnutzung eher für Familien mit mittlerem oder hohem Einkommen in Frage. Es besteht der Eindruck, dass ohne Nutzung der Partnermonate Geld „verschenkt“ würde. Die Studien zeigen, dass gerade die Partnermonate eine hohe Bedeutung haben, da Väter auch gegenüber ihrem Arbeitgeber eine gute Argumentationsbasis haben, um sie zu nutzen, weil der Anspruch ansonsten verfällt.

Seit seiner Einführung wurde das Elterngeld durch einen jährlichen Bericht an den Deutschen Bundestag bereits zweimal evaluiert. Ab 2010 wird diese Evaluierung in ein jährliches Monitoring des Elterngeldes überführt. Im Rahmen dessen werden sowohl die Wirkungen des Elterngeldes im Hinblick auf die Ziele der nachhaltigen Familienpolitik wie auch die Wirksamkeit der einzelnen Komponenten (Geringverdienerkomponente, Geschwisterbonus etc.) überprüft.

Künftig soll eine Weiterentwicklung des Elterngeldes noch größere Flexibilität und Gestaltungsoptionen eröffnen: Durch die Stärkung der Partnermonate und die Einführung eines Teilelterngeldes soll es beiden Elternteilen ermöglicht werden, ihre Verantwortung für Kinder stärker gemeinsam wahrzunehmen.

IX.

Balance von Familienleben und Arbeitswelt

Die große Mehrheit der jungen Mütter wie der Väter will sich heute um ihre Kinder kümmern und dabei weiter im Beruf bleiben.[201] Spielräume in der Gestaltung der eigenen Arbeitszeit sind für viele Beschäftigte ein entscheidender Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Arbeitsverhältnisse müssen flexibler gestaltet werden, um die verschiedenen Lebensbereiche miteinander vereinbaren zu können. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass Flexibilität mit ständiger Verfügbarkeit gleichgesetzt wird und sich ausschließlich nach betrieblichen Anforderungen richtet. Für Mütter und Väter kann das bedeuten, immer wieder in Zeitkonflikte und Stresssituationen zu geraten, die das Familienleben beeinträchtigen.

Die Erwerbsarbeit wird zeitlich flexibler, unregelmäßiger und unsteter. Das gilt für die Arbeitszeit im Tages- und Wochenverlauf wie für die lebenszeitliche Verteilung von Arbeit. Nur noch 60 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten unbefristet mit mindestens 30 Wochenstunden.[202] Im Gegenzug nimmt die sogenannte atypische Beschäftigung zu; dazu gehören befristete Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 21 Wochenarbeitsstunden, Leiharbeitnehmerinnen bzw. Leiharbeitnehmer, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte. Vor allem aufgrund der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen hat sich dabei die Teilzeitarbeit als dominierende Form entwickelt: Seit 1998 hat die Zahl der Personen in Teilzeit um 39 Prozent zugenommen.[203]

Gut 45 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zumindest hin und wieder samstags arbeiten. 1991 waren es erst rund 11 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit knapp 33 Prozent der abhängig Beschäftigten. Die Samstagsarbeit bedeutet allerdings nicht die Rückkehr zur Sechs-Tage-Woche der fünfziger Jahre. Fünf Arbeitstage in der Woche sind auch heute die Regel, die freien Tage fallen aber nicht mehr automatisch aufs Wochenende. Damit verliert das lange Wochenende als gesellschaftliche Zeitinstitution an Bedeutung. Im Jahr 2008 arbeiteten rund 26 Prozent aller Beschäftigten sonntags. 1991 waren es noch 17,2 Prozent. Auch andere Formen „atypischer Beschäftigung“ nahmen demnach zu: In Wechselschicht arbeiteten demnach 2008 17,3 Prozent der Beschäftigten, nachts 15,7 Prozent.[204]

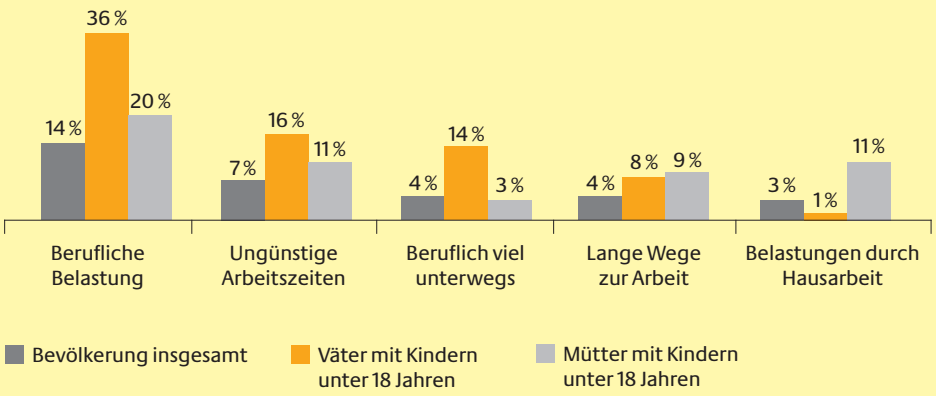
Auch die räumliche Flexibilisierung von Arbeit hat zugenommen. Die beruflich bedingte Mobilität hat dabei viele Formen, wie z. B. das tägliche Pendeln, häufige Dienstreisen und außerhäusliche Übernachtungen bis hin zu wechselnden Arbeitsorten – auch aufgrund von mehr befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung

201 Vgl. Kapitel III: Familienbilder, Werte und Einstellungen.
202 Bertelsmann Stiftung/IZA, 2010: Traditionelle Beschäftigungsverhältnisse im Wandel.
203 Statistisches Bundesamt 2009.
204 Hans-Böckler-Stiftung, 2009: WSI-Auswertung.

der Frauen gibt es immer mehr Paare, die an unterschiedlichen Arbeitsorten leben und ihr Privat- und Familienleben auf die Wochenenden beschränken. Unter den Erwerbstätigen sind derzeit 19 Prozent mobil, die häufigste Form der beruflichen Mobilität ist dabei mit 41 Prozent das tägliche Fernpendeln. Für Frauen erschweren Jobs mit häufigen Dienstreisen, langen Arbeitswegen oder Umzügen das Familienleben erheblich: Sind sie insgesamt mobiler als Männer, sinkt ihr Anteil an solchen Jobs mit der Familiengründung drastisch. [205]

Die Flexibilitätsanforderungen fallen bislang häufig zu Lasten von Familien aus: Gerade viele Eltern mit kleinen Kindern klagen darüber, dass sie nicht genug Zeit für die Familie hätten.[206]

Abbildung 80: Gründe für Zeitmangel in der Familie (in Prozent)



Quelle: IfD-Archiv Nr. 10036

Aus Sicht der Arbeitgeber sind solche flexiblen Arbeitsverhältnisse erforderlich, um erfolgreich wirtschaften zu können. Die Unternehmen sehen sich mit einem schnell wandelnden Markt konfrontiert, der von ihnen Anpassungsfähigkeit, Innovation und Serviceorientierung erfordert. Aufgrund des erhöhten Wettbewerbsdrucks ist besonders der Bedarf an flexiblen Arbeitszeitarrangements kontinuierlich gestiegen, um sich einer unregelmäßigen Produktnachfrage und Auftragslage anpassen zu können.

Von beiden Seiten des Arbeitsmarktes, von Angebot wie Nachfrage, gibt es also Druck und Bedarf nach flexiblen Arbeitsverhältnissen, die ein hohes Maß an Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Kreativität und Kundenorientierung beinhalten. Entscheidend ist dabei die Frage, wie eine Balance – oder sogar Synergieeffekte – zwischen den Flexibilitätsanforderungen des (Arbeits-)Marktes und den Bedarfen von Familien nach flexiblen Vereinbarkeitsarrangements und verlässlicher gemeinsamer Zeit hergestellt werden können.

205 Vgl. Kapitel IV: Zeitverwendung und Zeitbedarfe.
206 IfD-Archiv Nr. 10036 in: BMFSFJ, 2009: Monitor Familienforschung: „Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien“.

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Nicht nur Eltern, auch Beschäftigte mit älteren Angehörigen brauchen gute Rahmenbedingungen, um ihre beruflichen Aufgaben mit familiären Pflichten zu vereinbaren. Bereits heute gibt es in Deutschland über zwei Millionen Pflegebedürftige. Von diesen werden etwa 1,5 Millionen in Privathaushalten gepflegt.[207] Nach Modellrechnungen kann die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 um bis zu 58 Prozent ansteigen.[208] In absehbarer Zeit werden also immer mehr Beschäftigte Pflegeverantwortung übernehmen. Seit 1997 ist die Zahl der Personen, die neben der Pflege einer Erwerbstätigkeit nachgehen, von 40 Prozent im Jahr 1997 auf 54 Prozent gestiegen. Vor allem Teilzeitarbeit pflegender Angehöriger hat stark zugenommen: 1997 arbeiteten 26,3 Prozent nur stundenweise oder halbtags, heute sind es 36,1 Prozent.[209]

Anders als Elternschaft ist Pflege schwerer planbar, tritt häufig plötzlich und unerwartet ein und ist ein bedrückendes Ereignis. Oft beginnt die Pflege mit geringem Aufwand und kann sich bis hin zu extremer Belastung steigern. Dann müssen Beschäftigte ihre Berufstätigkeit auch gegen ihren Wunsch aufgeben. Insofern wünschen sich betroffene Beschäftigte von ihren Arbeitgebern zum einen kurzfristige, aber begrenzte Auszeiten, die es erlauben, eine Unterstützungsinfrastruktur aufzubauen, zum anderen begleitende Vereinbarkeitsmaßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, Informations- und Vermittlungsangebote von Betreuungsdiensten. [210]

Mit dem neuen Pflegezeitgesetz, das zum 1. Juli 2008 in Kraft getreten ist, wurden die Bedingungen für pflegende Angehörige bereits verbessert und ein rechtlicher Rahmen gesetzt, der es Betroffenen ermöglicht, eine unbezahlte bis zu sechsmonatige Auszeit für Pflegeaufgaben zu nehmen. Beschäftigte in Betrieben mit mindestens 15 Beschäftigten können sich für die Dauer von bis zu sechs Monaten von der Arbeit freistellen lassen. In dieser Zeit beziehen sie kein Gehalt, bleiben aber sozialversichert, wobei ihnen genau wie im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen oder Elternzeit eine Rückkehr zu ihrem Arbeitgeber garantiert wird. So lässt sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Spagat zwischen Berufstätigkeit und Pflege leichter bewältigen. Auch gibt es bereits Trendsetter unter den Unternehmen, die das Thema für sich entdeckt haben und gezielte Maßnahmen für Beschäftigte mit Pflegeverantwortung anbieten.[211]

Vor dem Hintergrund des sinkenden Erwerbspersonenpotenzials besteht in diesem Bereich in Zukunft größerer Handlungsdruck, unterstützende Rahmenbedingungen für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, damit sie ihrer Pflegeverantwortung gerecht werden können, ohne dabei auf eine Erwerbstätigkeit verzichten zu müssen. Schon heute sind 54 Prozent aller Unternehmensverantwortlichen davon überzeugt, dass es in Zukunft wichtig sein wird, Beschäftigten die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erleichtern.[212]

---

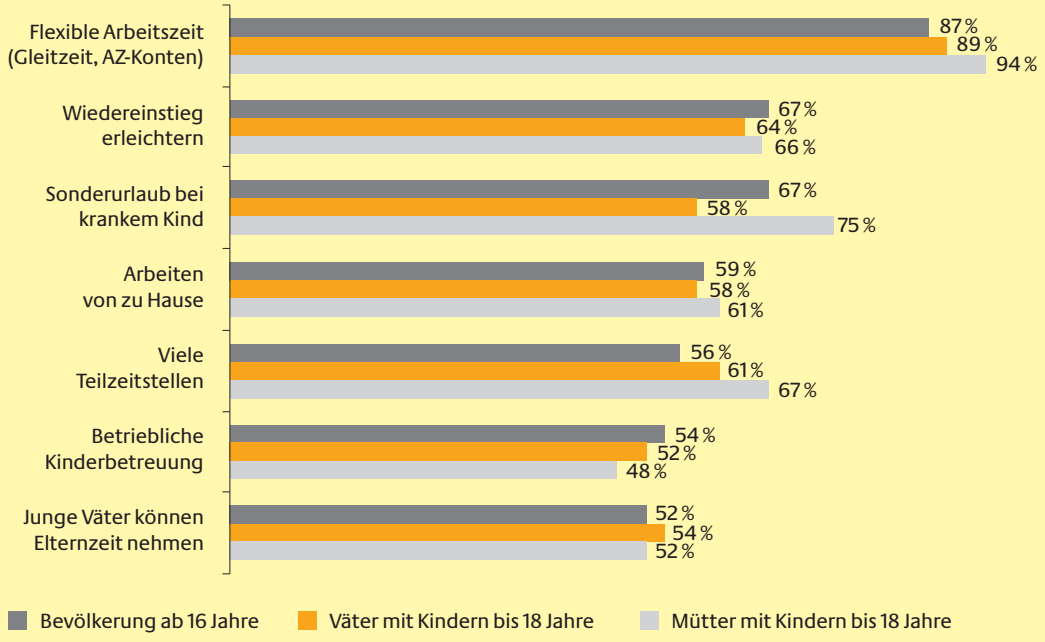
207 Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2007.
208 Statistisches Bundesamt 2008.
209 Pflegestudie der Universität Hamburg und des AOK-Bundesverbandes, 2009.
210 BMFSFJ/DGB, 2004: Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb.
211 Z. B. Gewinner Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2008“ des BMFSFJ.
212 IfD-Archiv Nr. 5259, 2009.

Arbeitgeber in der Verantwortung

Da heute immer mehr Mütter arbeiten und immer mehr Väter Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, entwickelt sich eine neue Mit-Verantwortung der Arbeitgeber: Neben einem bedarfsgerechten Angebot an Kinderbetreuung zählen familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu den wichtigsten Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit 82 Prozent fordert die große Mehrheit der Bevölkerung ein stärkeres Engagement der Arbeitgeber. Nur sechs Prozent finden demgegenüber, dass Unternehmen hier bereits genug tun.[213] Flexibilität ist nicht mehr länger ein einseitiger Anspruch an die Beschäftigten – sie wird nun auch von der Arbeitnehmerseite zugunsten der Familien eingefordert.

Entsprechend ist das bedeutendste betriebliche Handlungsfeld für mehr Familienfreundlichkeit aus Sicht der Bevölkerung das Thema flexible Arbeitszeitregelungen, wie Gleitzeit oder Arbeitszeitkonten. Diese halten 94 Prozent der Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern für die wichtigste betriebliche Regelung. Auch Programme zum beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Sonderurlaub bei Krankheit des Kindes, Telearbeit und Teilzeitstellen werden als wichtig angesehen. Weiterhin findet mehr als die Hälfte der Bevölkerung, dass familienfreundliche Unternehmen selbst Betreuungsmöglichkeiten anbieten und auch Vätern problemlos Elternzeit gewähren sollten.

Abbildung 81: Kennzeichen eines familienfreundlichen Betriebes nach Meinung der Bevölkerung[214]



213 IfD-Archiv Nr. 10036 in: BMFSFJ, 2009: Monitor Familienforschung: „Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien".
214 Ebd.

Insbesondere seit der Einführung der Elterngeldregelungen 2007 steigt die Zahl der berufstätigen Väter, die großen Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen, kontinuierlich an.[215] Junge Väter nehmen nicht nur in verstärktem Maße Elternzeit in Anspruch, sondern übernehmen auch über die Partnermonate hinaus langfristig mehr Verantwortung in der Familie. Entsprechend erwarten sie von ihren Arbeitgebern verstärkt familienfreundliche Angebote wie z. B. Teilzeitarbeit und Telearbeit und ein insgesamt höheres Maß an Selbstbestimmung bei der Arbeitsorganisation.[216] Für Männer nimmt die Bedeutung des Themas mit steigendem Alter noch zu: Finden bei den unter 30-Jährigen 61 Prozent familienfreundliche Angebote des Arbeitgebers wichtig, sind es bei den 35- bis 39-Jährigen schon 67 Prozent.[217]

Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für Unternehmen

Entsprechend den gestiegenen Erwartungen und Wünschen der Beschäftigten hat sich Familienfreundlichkeit zu einem wichtigen Kriterium für die Wahl des Arbeitgebers entwickelt. Um für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktiv zu sein, müssen die Unternehmen auch die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen. Für 92 Prozent aller Eltern zwischen 25 und 39 Jahren mit mindestens vier Jahren Berufserfahrung ist die Vereinbarkeit mindestens genauso wichtig wie das Gehalt. Bei den Beschäftigten ohne Kinder finden dies immer noch 65 Prozent.

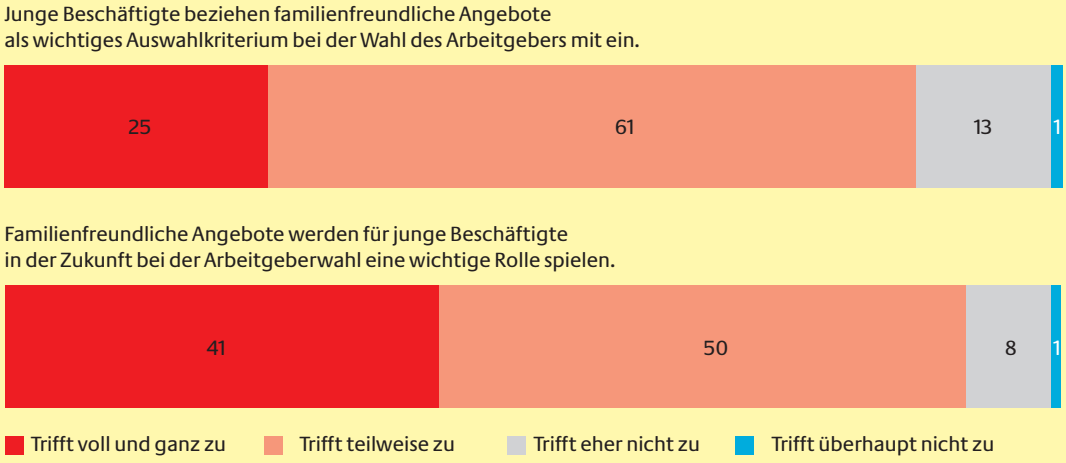
78 Prozent aller Beschäftigten können sich vorstellen, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Arbeitgeber zu wechseln. Über ein Viertel (26 %) der Beschäftigten mit Kind hat dies bereits getan.[218]

Die Personalverantwortlichen in Deutschland sind sich bewusst, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. 86 Prozent der Personaler sind der Auffassung, dass Familienfreundlichkeit ein wichtiges Kriterium bei der Arbeitgeberwahl ist. 91 Prozent glauben, dass die Bedeutung in Zukunft noch zunehmen wird.[219]

---

215 Vgl. Kap. VIII: Elterngeld und Elternzeit.
216 Pfahl/Reuyß (SowiTra), Edition Hans-Böckler-Stiftung, 2009: Das neue Elterngeld – Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern.
217 GfK 2007 in: BMFSFJ, 2008: Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für die Rekrutierung und Bindung von Fachkräften.
218 Ebd.
219 Ebd.

Abbildung 82: Bedeutung familienfreundlicher Angebote aus Sicht der Personalverantwortlichen (in Prozent)



Quelle: GfK 2007

Denn zusätzlich zu den gestiegenen Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt der Handlungsdruck auf die Unternehmen durch den begonnenen Fachkräftemangel. Auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten werden nach wie vor Arbeitskräfte in spürbarem Umfang gesucht. Trotz Konjunkturkrise hatten in 2009 fast 29 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Schon heute werden insbesondere in den Bereichen soziale Dienstleistungen, im Gesundheitswesen und in den „Green Tech"-Branchen weitere Fachkräfte gesucht, ebenso wie IT-Expertinnen bzw. -Experten und Ingenieurinnen sowie Ingenieure.[220] 44 Prozent der Unternehmen sehen in den nächsten Jahren zunehmende Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden. Bei den Großunternehmen sind sogar 66 Prozent dieser Ansicht.[221] Dass Familienfreundlichkeit bei der Rekrutierung von geeignetem Personal Vorteile bringt, ist weitgehend gelernt: Zwei Drittel der Großunternehmen sind der Auffassung, dass Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft eine größere Rolle spielen werden, um qualifiziertes Personal zu finden.[222]

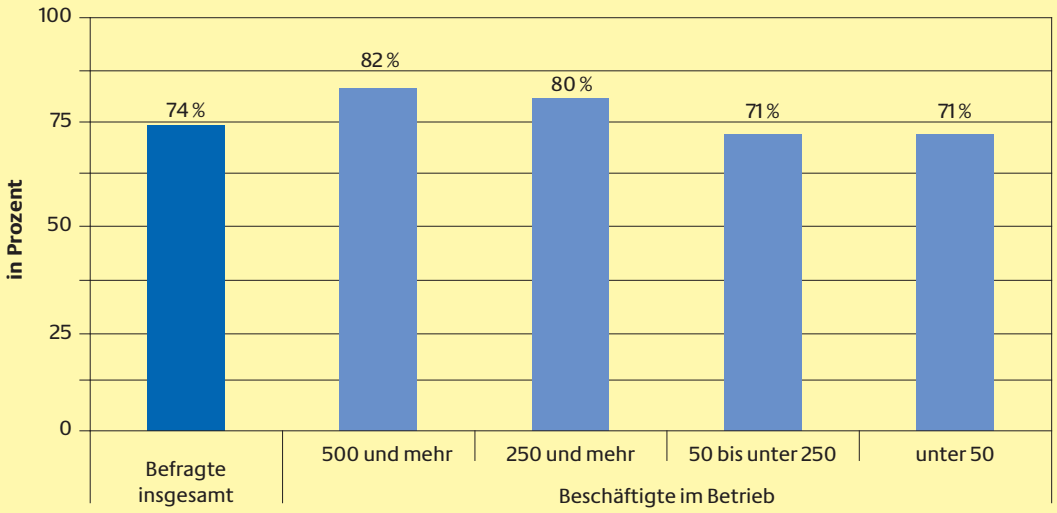
Auch wenn der Fachkräftebedarf bisher auf bestimmte Branchen und Regionen konzentriert ist, wird der Arbeitsmarkt in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung in immer stärkerem Maße auf gut ausgebildete, berufserfahrene Fach- und Arbeitskräfte angewiesen sein.[223] Durch den Einbruch der Wirtschaft seit Herbst 2008 ist die Arbeitslosigkeit zwar insbesondere bei den Männern gestiegen, allerdings in weit geringerem Ausmaß als befürchtet. Gleichwohl gehen Experten für 2010 nur von einer langsamen Erholung der konjunkturellen Entwicklung aus, sodass zunächst ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit prognostiziert wird. Eine robustere Wirtschaftsentwicklung wird erst ab 2011 erwartet.[224] Danach allerdings fehlen in Deutschland immer mehr Arbeitskräfte, schneller

220 Roland Berger Strategy Consultants, 2009: Mit Familienbewusstsein besser durch die Krise.
221 IfD-Archiv Nr. 5259, 2009.
222 Ebd.
223 Vgl. Kapitel XI: Familienpolitik als gesellschaftspolitische Investition; s. hierzu auch 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes 2009.
224 Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, 2009.

und mehr als bislang angenommen. Es droht ein Mangel nicht nur an Fach-, sondern an Arbeitskräften insgesamt. Bereits im Jahr 2015 werden dem Arbeitsmarkt fast drei Millionen Arbeitskräfte fehlen. Dann fehlen gut eine Million Fachkräfte mit Hochschulabschluss, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit beruflichem Abschluss wird die Lücke auf 1,3 Millionen geschätzt. Selbst von den Arbeitskräften ohne Berufsausbildung werden den Unternehmen rund 550.000 fehlen. Bis 2030 könnte der Arbeitskräftemangel auf gut fünf Millionen anwachsen.[225] Vor diesem Hintergrund wird eine familienfreundliche Unternehmenskultur, die die Arbeitgeberattraktivität maßgeblich stärkt, immens an Bedeutung gewinnen.

Diverse Studien und Gutachten haben in den letzten Jahren den ökonomischen Nutzen einer familienbewussten Personalpolitik nachgewiesen.[226] Demnach machen sich betriebliche Investitionen in Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch kurzfristig bezahlt. Familienfreundliche Unternehmen können mit geringeren Kosten rechnen, wenn Beschäftigte möglichst früh nach der Familienpause in den Beruf zurückkehren. Weniger Fluktuation spart Kosten bei der Neubesetzung von Stellen und zudem reduzieren sich bei einer früheren Rückkehr Kosten für die Überbrückung und Wiedereingliederung. Durch die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann wertvolles Wissen im Unternehmen gehalten und damit Humankapital akkumuliert werden. Ein besseres Betriebsklima und die dadurch erhöhte Motivation steigern außerdem die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit einher gehen auch weniger Fehlzeiten, geringere Stresspotenziale und eine Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit. Zusammen mit den Wettbewerbsvorteilen einer höheren Arbeitgeberattraktivität ergeben sich dadurch erhebliche Einsparpotenziale. Die Erfahrungen der Unternehmen bestätigen diese Befunde: 74 Prozent sehen konkrete betriebswirtschaftliche Vorteile für ihr Unternehmen durch Angebote, die für mehr Familienfreundlichkeit sorgen.[227]

Abbildung 83: Betriebswirtschaftlicher Nutzen von Familienfreundlichkeit (in Prozent)



225 Prognos AG i. A. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, 2009.
226 Z. B. Prognos AG i. A. BMFSFJ, 2003: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen/Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP) der Universität Münster 2008: Arbeitspapier Nr. 5.
227 Allensbach 2009, IfD-Archiv Nr. 5259.

Die Wirtschaft bewegt sich

Nicht zuletzt durch eine offensive ökonomische Argumentation hat sich auch in der Wirtschaft beim Thema Familienfreundlichkeit ein Mentalitätswandel vollzogen.[228] Die Arbeitgeber begegnen den hohen Erwartungen durchaus positiv: 68 Prozent sehen eine Mitverantwortung, ihren Beschäftigten die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Eine große Mehrheit befürwortet auch die Regelungen zum Elterngeld und die damit verbundenen Möglichkeiten für Väter, ihre Berufstätigkeit zur Betreuung ihrer Kinder zu unterbrechen oder ihre Arbeitszeit zu reduzieren.[229] Die steigende Zahl der „Elterngeld-Väter" hat die Personalpolitik der Unternehmen nachhaltig verändert. Die Elterngeldphase hat dabei eine „Türöffnerfunktion", durch die sich das Bild und die Bedürfnisse von Vätern in der Arbeitswelt zunehmend wandeln. Vorgesetzte und Kolleginnen bzw. Kollegen realisieren, dass auch Männer mit Betreuungspflichten betraut sind und Zeit für ihre Familie brauchen. Diese Dynamik trägt dazu bei, die noch immer stark verankerte Mentalität der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" und Anwesenheitskultur in der Arbeitswelt langsam, aber nachhaltig aufzubrechen. Einhellig gehen Personalverantwortliche davon aus, dass väterliche Eltern(geld)zeiten, teilzeitbeschäftigte Männer und eine familienbewusste Arbeitsorganisation von Vätern zunehmend zur Normalität im betrieblichen Alltag werden.[230]

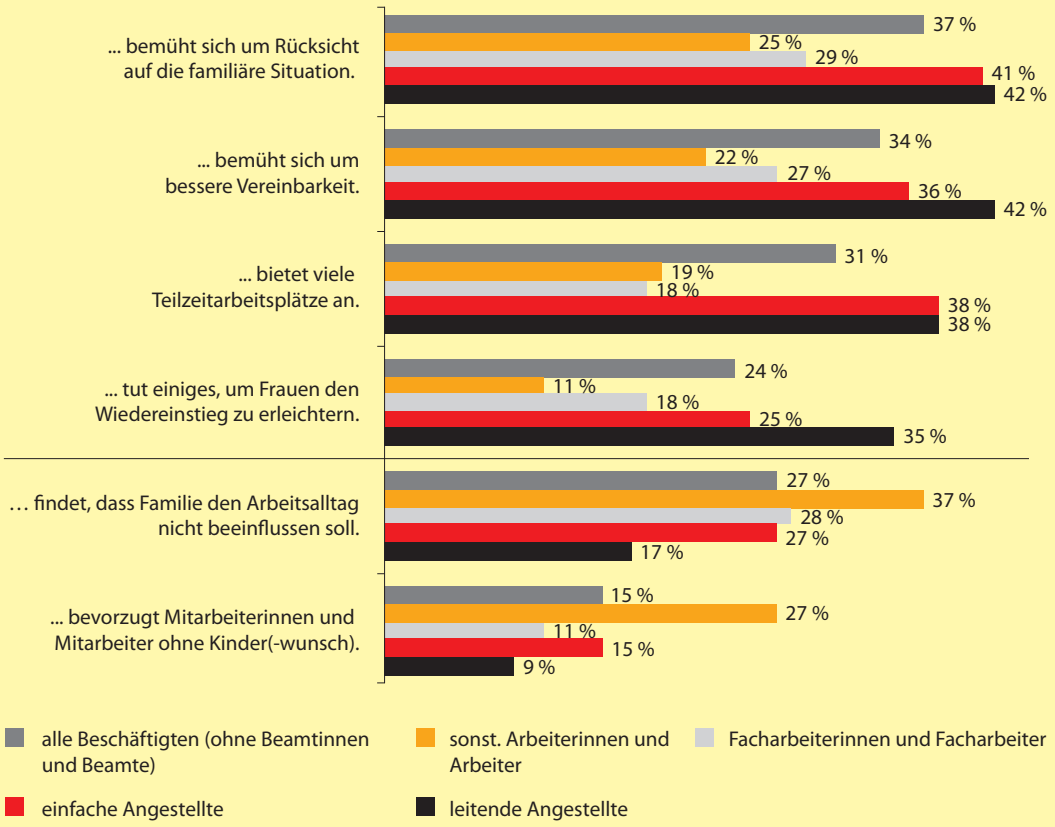
In den letzten Jahren haben die Unternehmen ihre familienfreundlichen Angebote bereits deutlich ausgebaut. Vor allem Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung und zum beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternzeit sind weitverbreitet. Vertrauensarbeitszeiten und flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten werden von der Mehrheit der Unternehmen angeboten ebenso wie Kontakthalteprogramme, Weiterbildungsangebote und Telearbeit für Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus der Elternzeit.[231] Ebenso ist das Engagement in der betrieblichen Kinderbetreuung deutlich gestiegen. Der Anteil der Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung (Betriebskitas, Hausaufgabenbetreuung im Betrieb, finanzielle Zuschüsse o. Ä.) unterstützen, hat sich seit 2004 verdreifacht.[232] Auch wenn das Niveau mit insgesamt sechs Prozent der Betriebe noch niedrig ist, zeigt dieses Beispiel die Dynamik der Entwicklung. Selbst die Wirtschaftskrise ändert daran nicht viel: Fast 70 Prozent der Unternehmensleiter und Personalverantwortlichen erwarten, dass die schwierige konjunkturelle Entwicklung keinen langfristigen Einfluss auf die Bedeutung des Themas Vereinbarkeit von Beruf und Familie in ihrem Unternehmen haben wird.[233] Auch wenn viele Unternehmen ihre familienfreundlichen Aktivitäten aus konjunkturellen Gründen bis auf Weiteres zurückstellen oder entsprechende Vorhaben verschieben, haben doch die meisten mittlerweile die langfristige strategische Bedeutung des Themas erkannt.

228 Vgl. auch BMFSFJ, 2008: Arbeitsbericht Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie.
229 Vgl. Kap. VIII: Elterngeld und Elternzeit.
230 Pfahl/Reuyß (SowiTra), Edition Hans-Böckler-Stiftung, 2009: Das neue Elterngeld – Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern.
231 BMFSFJ, 2006: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit.
232 IAB-Betriebspanel 2008.
233 IfD-Archiv Nr. 5259.

Entsprechend sehen immerhin 37 Prozent der abhängig Beschäftigten beim eigenen Arbeitgeber Bemühungen, auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht zu nehmen. Es zeigt sich allerdings auch Nachholbedarf bei einem Teil der Unternehmen: Mehr als ein Viertel der Beschäftigten sagt, dass ihr Arbeitgeber die familiäre Situation als Privatsache sehe, welche die beruflichen Abläufe nicht stören solle. 15 Prozent meinen, ihr Arbeitgeber bevorzuge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Kinder(-wunsch). Auch wird die Vereinbarkeitssituation mit höherer beruflicher Stellung positiver bewertet. Im Vergleich zeigt sich, dass es für Arbeiterinnen und Arbeiter besonders schwer ist, Familie und Beruf zu vereinbaren.[234]

Abbildung 84: Familienfreundlichkeit des eigenen Arbeitgebers

Abhängig Beschäftigte (ohne Beamtinnen und Beamte): Mein eigener Arbeitgeber …



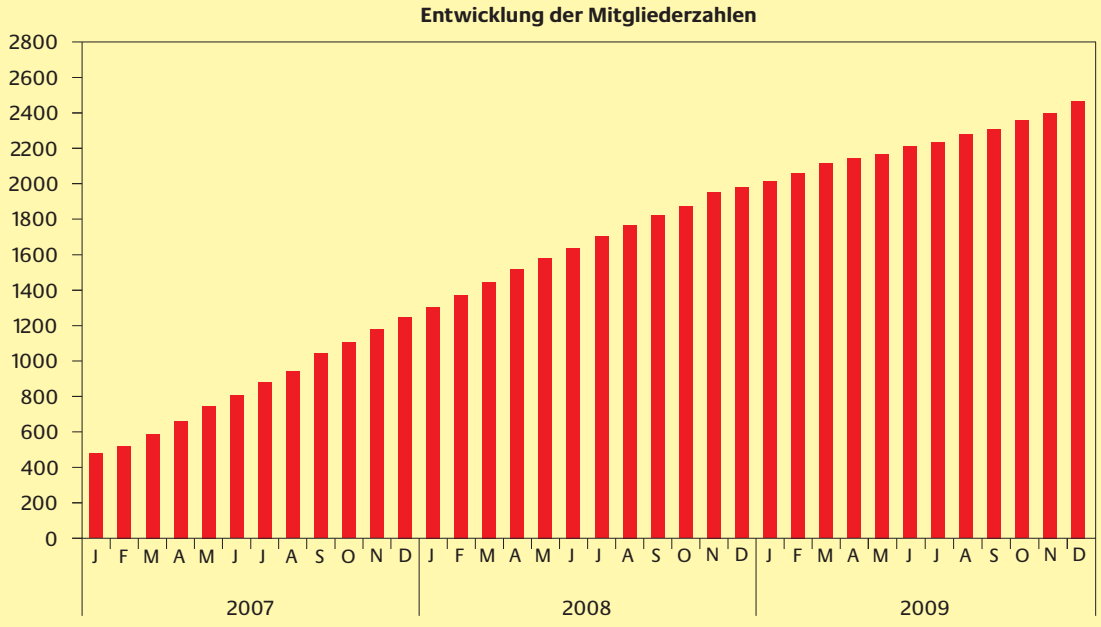
Insgesamt hat sich nachweislich viel getan in Sachen Familienfreundlichkeit: Rund ein Drittel der Eltern bescheinigt ihrem Arbeitgeber, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute einen deutlich höheren Stellenwert hat als noch vor fünf bis zehn Jahren.[235] Eine familienbewusste Personalpolitik ist (fast) überall Thema, aber in vielen Fällen noch nicht Alltag. Trendsetter sind vor allem diejenigen Arbeitgeber, die durch einen hohen Frauenanteil eher für das Thema sensibilisiert sind, und solche, die mit Angeboten insbesondere für ihre höher qualifizierten Beschäftigten dem Fachkräftemangel entgegenwirken wollen. Da aber in den nächsten Jahren zum einen die Nachfrage von Seiten der Männer nach familienfreundlichen Arbeitsbedingungen steigen[236] und der Fach- und Arbeitskräftebedarf

234 IfD-Archiv Nr. 10036, in: BMFSFJ, 2009: Monitor Familienforschung: „Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien".
235 Allensbach-Familienmonitor 2009.
236 Vgl. Kapitel VIII: Elterngeld und Elternzeit.

sich demografisch bedingt auf immer mehr Branchen und Regionen ausbreiten wird [237], ist hier ein massiver Handlungsdruck auf die Privatwirtschaft ebenso wie auf den öffentlichen Dienst und Institutionen wie Hochschulen absehbar.

Förderlich wird weiter sein, dass sich bei den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik in den letzten Jahren nachweisbar ein Bewusstsein über die gemeinsame Verantwortung und die gemeinsamen Interessen an familienfreundlichen Arbeitsbedingungen entwickelt hat.[238] Dabei wurden mit der Kooperation der Bundesregierung mit Sozialpartnern und Unternehmen Voraussetzungen geschaffen, um eine familienbewusste Arbeitswelt wirksam voranzutreiben. Ausdruck dieser erfolgreichen Kooperation ist unter anderem das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“[239] des Bundesfamilienministeriums. In enger Zusammenarbeit mit Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund ist es gelungen, dass Familienfreundlichkeit zunehmend als strategisches Thema einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung wahrgenommen wird. Diese Form der Kooperation ist mittlerweile zu einem Vorbild für andere europäische Länder geworden. Im Unternehmensnetzwerk, das beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag angesiedelt ist, engagieren sich bereits rund 2.700 Arbeitgeber mit einer familienbewussten Personalpolitik. Auch in den Krisenmonaten seit Herbst 2008 wächst die Zahl der Betriebe, die sich im Unternehmensnetzwerk kontinuierlich weiter organisieren. Als Zielmarke für Ende 2010 sind 3.000 Betriebe, für Ende 2013 rund 5.000 Mitglieder vorgesehen.

Abbildung 85: Kontinuierlicher Zuwachs im Unternehmensnetzwerk



237 Vgl. Kapitel XI: Familienpolitik als gesellschaftspolitische Investition.
238 Vgl. Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung und der Impulsgruppe „Allianz für die Familie“: „Deutschland braucht eine familienbewusste Arbeitswelt“, 2006.
239 www.erfolgsfaktor-familie.de

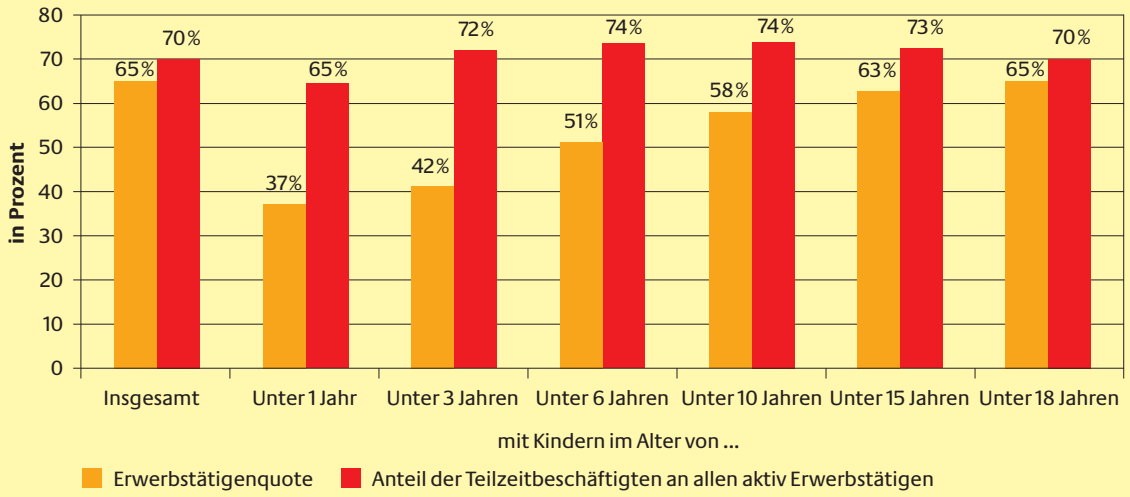
Eine weitere aufwachsende Form ist das Engagement der Wirtschaft in den Lokalen Bündnissen für Familie, partnerschaftlichen Zusammenschlüssen von Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In den mehr als 600 Lokalen Bündnissen beteiligen sich ca. 5.000 Unternehmen, 76 Industrie- und Handelskammern sowie zahlreiche Handwerkskammern. Die Kooperation basiert auf dem Konsens, dass ein familienfreundliches Lebensumfeld die regionale Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort erhöht, die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen steigert und so weitere Familien und Unternehmen anzieht. Für die Haltung einer Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften sind familienfreundliche Rahmenbedingungen der Kommune und des Kreises von großer Bedeutung.[240]

Arbeitszeiten – Wunsch und Wirklichkeit

Bei der Frage nach der wichtigsten familienfreundlichen Maßnahme sind sich Beschäftigte und Arbeitgeber einig: Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitstellen stehen ganz oben auf der Wunschliste für eine bessere Vereinbarkeit, sie werden auch von der Mehrheit der Unternehmen angeboten. Auf den zweiten Blick tun sich bei diesem Thema jedoch große Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage auf, denn flexibel heißt nicht immer familienfreundlich – manchmal sogar das Gegenteil, wenn damit ständige Verfügbarkeit gemeint ist. Auch Teilzeitstellen können zur Falle werden, wenn sie auf Dauer mit geringfügiger Stundenzahl ausgeübt werden und Nachteile beim Einkommen und in der Altersvorsorge mit sich bringen. Flexible Arbeitszeitformen (Gleitzeit, Teilzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten u. Ä.) stehen programmatisch dafür, welche Chancen und Risiken die Flexibilisierung der Arbeitswelt gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet. In den letzten zehn Jahren hat die Frauenerwerbstätigkeit insgesamt stark zugenommen. Im Jahr 1998 lag sie noch bei 55,8 Prozent, zehn Jahre später bereits bei 65,4 Prozent.[241] Gleichzeitig ist das Arbeitsvolumen in den letzten Jahren gesunken. Dies liegt vor allem an dem hohen Anteil von Frauen, die zum Teil nur mit geringem Stundenumfang beschäftigt sind. In 2008 waren 87 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Bei den Männern ist Teilzeiterwerbstätigkeit dagegen wenig verbreitet. 1998 arbeitete ein Anteil von 10 Prozent der Männer in Teilzeit, 2008 waren es 13 Prozent. Teilzeitbeschäftigung ist noch immer eine weibliche Domäne .[242] Es sind vor allem Frauen mit Kindern, die in Teilzeit arbeiten. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Mütter in Deutschland um ein Drittel angestiegen. Im Jahr 2008 gingen über 70 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern einer Teilzeittätigkeit nach, 1998 war es erst gut die Hälfte.[243]

240 Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2009: Expertise „Standortfaktor Familienfreundlichkeit“, BMFSFJ, Familienatlas 2007.
241 Eurostat 2008.
242 Im europäischen Vergleich haben nur die Niederlande eine höhere Teilzeitquote von Frauen. Da die Wirtschaft aber auf ein höheres Arbeitszeitvolumen angewiesen ist, hat die niederländische Regierung eine Task-Force eingerichtet, um Frauen zu einer Erhöhung ihrer Arbeitsstunden zu motivieren (www.24orMore.org).
243 Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008.

Abbildung 86: Erwerbsumfang von Müttern 2008



Quelle: Mikrozensus 2008, Statistisches Bundesamt

Väter arbeiten deutlich seltener in Teilzeit als Mütter. Im Jahr 2008 übten nur fünf Prozent der erwerbstätigen Väter mit Kindern unter 18 Jahren eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber 1998 ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Väter damit um drei Prozentpunkte angestiegen.[244]

Mehr als die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten übt eine Teilzeittätigkeit aus, weil Kinder oder pflegebedürftige Personen betreut werden oder aus anderen familiären Verpflichtungen. Dieses Motiv ist in Westdeutschland allerdings wesentlich ausgeprägter als in Ostdeutschland: In den neuen Bundesländern gehen 64 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich deshalb nach, weil sie keine Vollzeittätigkeit gefunden haben. Betreuungs- oder Familienpflichten geben hier nur 14 Prozent als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit an.

Auch kehren ostdeutsche Frauen nach der Geburt eines Kindes sehr viel schneller in den Beruf zurück und bevorzugen nach dem Wiedereinstieg auch seltener Teilzeitarbeit als Mütter im Westen.[245] Während sich der Erwerbsumfang ostdeutscher Mütter mit zunehmendem Alter der Kinder wieder demjenigen vor der Geburt annähert und Teilzeitarbeit – auch mit kleinen Kindern – oft unfreiwillig ausgeübt wird, bleibt der Erwerbsumfang westdeutscher Mütter dauerhaft gering. Ihre durchschnittliche Arbeitszeit beträgt auch zehn Jahre nach der Geburt ihres letzten Kindes nur rund 25 Stunden pro Woche. Entsprechend bleiben sie in ihrer beruflichen Entwicklung bzw. Einkommensentwicklung hinter Männern und kinderlosen Frauen deutlich zurück.[246]

244 Ebd.
245 Die Gründe für diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind vielfältig und reichen von historisch gewachsenen kulturellen (Selbst-)Bildern berufstätiger Mütter über strukturelle Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuungsangebote bis hin zu familiären Einkommensverhältnissen und der Arbeitsmarktsituation insgesamt.
246 Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Wirtschaft im Wandel 11/2009 (Basis: SOEP 2007).

Für Mütter ist die Erwerbsunterbrechung im Rahmen der Elternzeit ein bedeutender und mitunter folgenreicher Einschnitt in ihrer beruflichen Entwicklung. Die Frage, welche Auswirkungen die Familienpause perspektivisch auf die Berufstätigkeit im Lebensverlauf hat, hängt wesentlich vom Zeitpunkt des Wiedereinstiegs ab. Befragungen zeigen, dass Mütter, die direkt nach der Elternzeit wieder gearbeitet haben, mehrheitlich auf ihren Arbeitsplatz oder zu ihrem Arbeitgeber zurückkehren konnten, während Mütter mit längerer Erwerbsunterbrechung stärker von Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung betroffen waren. Über ein Drittel von ihnen hatte Schwierigkeiten, sich im Beruf wieder zurechtzufinden; dies war bei Frauen mit frühem Wiedereinstieg so gut wie gar nicht der Fall. Vielen Müttern gelingt die Rückkehr nach langer Auszeit gar nicht mehr: Knapp die Hälfte der nicht erwerbstätigen Mütter sagt heute, sie würde gerne wieder in den Beruf einsteigen. Für einen gelungenen Wiedereinstieg nach der Elternzeit ist also aus Sicht der Betroffenen wie auch aus Sicht der Arbeitgeber eine zeitige Rückkehr hilfreich.[247] Längere Berufsausstiege und Teilzeitphasen mit kurzen Arbeitszeiten wirken sich andernfalls auch sehr negativ auf das Einkommen im Lebensverlauf von Müttern aus.[248]

Sowohl bei Müttern als auch bei Vätern existieren nach wie vor große Unterschiede zwischen tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten. Befragungen zeigen, dass die große Mehrheit der vollzeiterwerbstätigen Eltern gerne etwas weniger und die teilzeiterwerbstätigen Elternteile gerne (etwas) mehr arbeiten wollen. Nur rund ein Fünftel ist mit der realen Arbeitszeitdauer zufrieden. Dabei wünschen sich vor allem Männer eine Reduzierung ihrer – aufgrund von Mehrstunden oft überlangen – Arbeitszeit. Eine geregelte Vollzeitarbeit mit 35 bis 40 Wochenstunden ist für 86 Prozent der Mütter und für 50 Prozent der Väter noch zu lang. Zu denjenigen, die ihre Arbeitszeit hingegen gerne verlängern möchten, gehört ein relevanter Teil der teilzeitbeschäftigten Mütter. Fast jede Zweite möchte ihre Arbeitszeit aufstocken, von denen mit marginaler Teilzeit sogar fast drei Viertel. Je nach Arbeitszeit-Konstellation in der Familie möchten Mütter zwischen 22 und 29 Stunden, Väter zwischen 32 und 38 Stunden arbeiten. Die Wunscharbeitszeiten von Eltern liegen damit im Bereich zwischen hoher Teilzeit und gemäßigter Vollzeit.[249] Zudem würden es fast zwei Drittel der jungen Eltern vorziehen, wenn sie nicht eine täglich konstante Arbeitszeit hätten, sondern zuweilen mehr arbeiten und zum Ausgleich an anderen Tagen freinehmen könnten.[250]

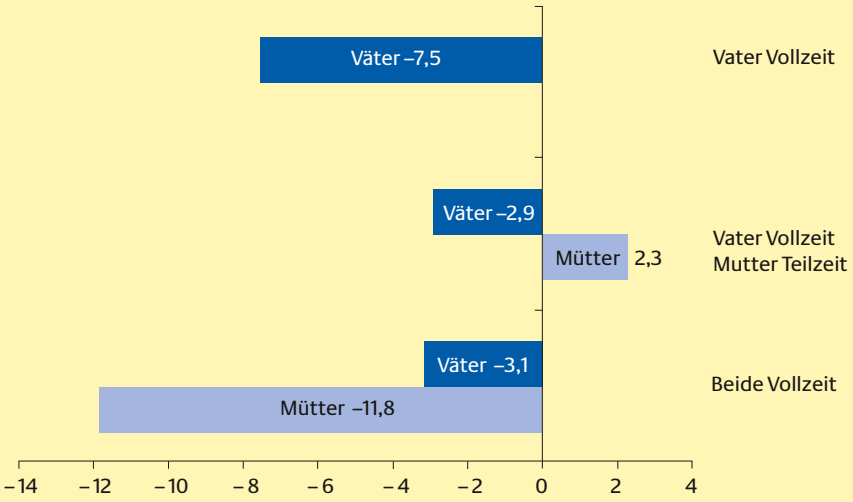
247 IfD-Archiv Nr. 10036, in: Monitor Familienforschung, Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, BMFSFJ.

248 HWWI Policy Paper, 2009: Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen – mit besonderer Berücksichtigung möglicher Elterngeldeinflüsse auf das Unterbrechungsmuster.

249 Klenner/Pfahl, 2008: WSI-Diskussionspapier Nr. 158, Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht; s. auch DGB-Index „Gute Arbeit 2009“ sowie Monitor Familienforschung: „Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien“, BMFSFJ 2009.

250 Allensbach FamilienMonitor 2008.

Abbildung 87: Differenz zwischen tatsächlicher und gewünschter wöchentlicher Arbeitszeit in verschiedenen Paarkonstellationen (in Stunden)



Quelle: WSI Diskussionspapier Nr. 158, 2008 (eigene Darstellung)

Vor dem Hintergrund dieser Befunde sind Unternehmen gefordert, individuelle flexible Teilzeitmodelle anzubieten, die den Beschäftigten mehr Gestaltungsspielraum ermöglichen. Vollzeitnahe Teilzeitstellen zwischen 25 und 35 Stunden spielen dabei eine besondere Rolle, da sie am ehesten den Wünschen der Beschäftigten entsprechen, Zeit für ihre Familie, aber auch Zeit für beruflich anspruchsvolle Aufgaben zu haben und Einkommen zu sichern. Gerade für Mütter bieten sie die Möglichkeit, Gehaltseinbußen und Karrierenachteile zu vermeiden, die sonst häufig mit Teilzeitstellen verbunden sind. Vätern helfen solche Modelle, ohne die befürchteten beruflichen Nachteile mehr Familienverantwortung zu übernehmen.

Auch die Arbeitgeber profitieren: Mit flexiblen (Wunsch-)Arbeitszeitmodellen können sie qualifizierte Fachkräfte mit Kindern für sich gewinnen und deren Know-how auch während der Familienphase im Unternehmen halten. Betriebe, die viel Erfahrung mit Teilzeitbeschäftigten haben, beurteilen Teilzeitarbeit unter ertragsrelevanten Aspekten insgesamt positiv, da Arbeitsproduktivität und -motivation steigen.[251] In Zukunft werden flexible Arbeitszeitmodelle als innovatives personalpolitisches Instrument noch wichtiger für Unternehmen werden, um im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte bestehen zu können.[252]

251 IAB-Kurzbericht 4/2006.
252 HWWI, 2009 (unveröffentlicht): Arbeitszeitflexibilisierung als Wettbewerbsvorteil/s. auch Kapitel XI: Familienpolitik als gesellschaftspolitische Investition.

Der Wunsch von Beschäftigten nach flexiblen Arbeitszeiten bedeutet in erster Linie, dass bei der Arbeitszeitorganisation familiäre Bedarfe berücksichtigt und je nach Situation individuelle Modelle gefunden werden. Auch Schicht-, Abend- und Wochenendarbeit müssen einer gelingenden Vereinbarkeit nicht widersprechen, wenn den betroffenen Beschäftigten ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Flexible Arbeitszeiten müssen planbar und verlässlich sein, damit sie familienfreundlich sind. So werden Maßnahmen wie Gleitzeit, Telearbeit und reduzierte Arbeitszeiten von Müttern und Vätern als sehr hilfreich eingeschätzt, während unvorhergesehene Arbeitseinsätze und Überstunden das Familienleben belasten. Am Ende zählt vor allem die Unternehmenskultur: Neben flexiblen Arbeitszeiten ist das entscheidende Merkmal eines familienfreundlichen Betriebs nach Ansicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gutes Betriebsklima mit verständnisvollen Vorgesetzten und Kolleginnen und Kollegen.[253]

253 WSI-Mitteilungen 9/2007: „Familienfreundlicher Betrieb – Einflussfaktoren aus Beschäftigtensicht“.

X.
Das Tableau der staatlichen Leistungen

Ende 2006 legte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstmalig und seither jährlich eine detaillierte Bestandsaufnahme („Leistungstableau“) der ehe- und familienbezogenen staatlichen Leistungen und Maßnahmen in Deutschland vor. Bis dahin gab es keine Bestandsaufnahme, die Politik, Verbände und Wissenschaft gleichermaßen im Sinne einer Referenz anerkannten. Dieses Monitoring der ehe- und familienbezogenen Leistungen erlaubt es, die staatlichen Leistungen in Relation zu den finanziellen und zeitlichen Aufwendungen der Familien zu stellen. Das Finanztableau der Leistungen stellt Transparenz her und ermöglicht ein Verständnis der Leistungen im Systemzusammenhang. Durch die jährliche Aktualisierung bleibt die Bestandsaufnahme keine Momentaufnahme, sondern es werden Trends und Entwicklungen sichtbar. Sie wurde für den Familien Report 2010 zum dritten Mal aktualisiert und gibt den Stand für das Jahr 2008 wieder.[254] Die Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen – gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen über einen Zeitraum von vier Jahren in einem groß angelegten Forschungsprojekt seit Herbst 2009 begonnen – basiert auf dem Leistungstableau.

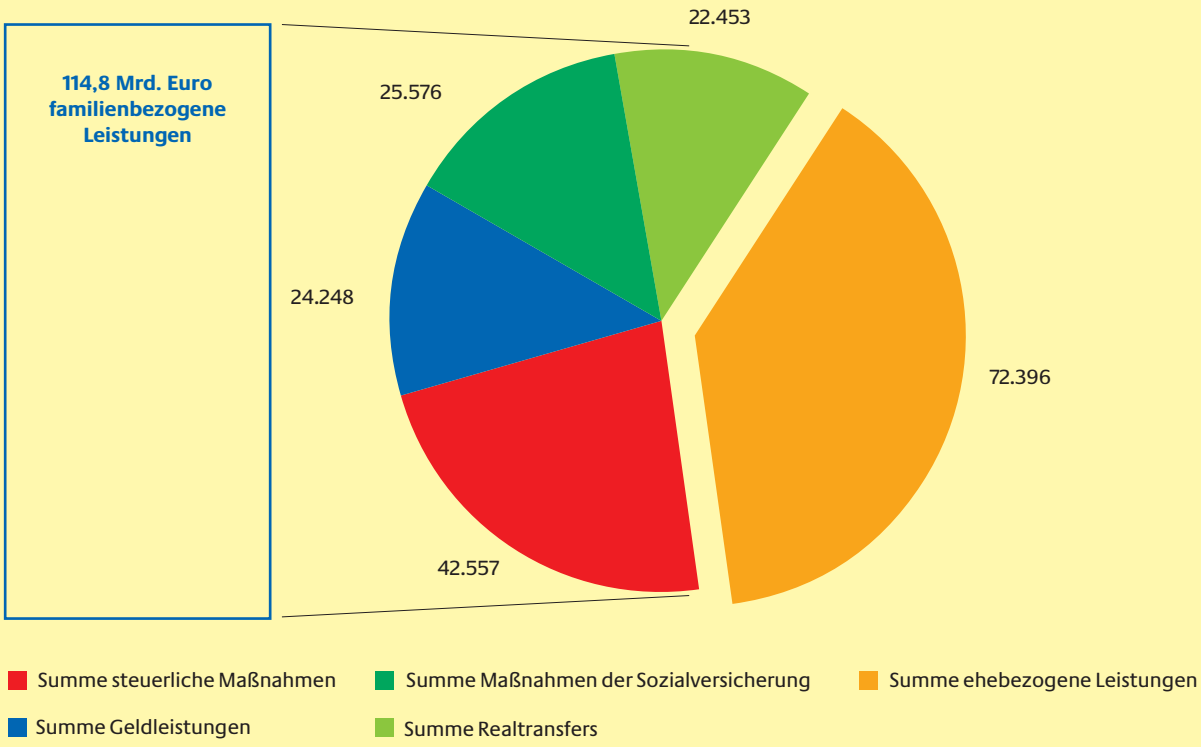
Bestandsaufnahme der Leistungen im Jahr 2008

Die Bestandsaufnahme umfasst für 2008 insgesamt 157 ehe- und familienbezogene Einzelleistungen und Maßnahmen. Das finanzielle Gesamtvolumen nimmt infolge von Leistungsverbesserungen leicht zu und beträgt nun etwas mehr als 187 Mrd. Euro. Der Löwenanteil der geringfügigen Steigerung entfällt auf die insgesamt 149 familienbezogenen Einzelleistungen, die nun mehr als 114 Mrd. Euro am Gesamttableau ausmachen. Davon können allerdings lediglich rund 47 Mrd. Euro als Familienförderung im engeren Sinne bezeichnet werden. Hierunter fällt beispielsweise das Kindergeld mit seinem Förderanteil in Höhe von 14,6 Mrd. Euro. Weitere 51 Mrd. Euro waren im Jahr 2008 dem großenteils verfassungsrechtlich gebotenen Familienlastenausgleich zuzuordnen.[255] Die übrigen 16 Mrd. Euro dienten 2008 der materiellen und gesundheitlichen Grundsicherung von Kindern, dem verfassungsrechtlichen Alimentationsprinzip für Staatsbedienstete und der Jugendhilfe als „Wächteramt“ des Staates auf der Basis von Art. 6 Grundgesetz.

254 Zusammengestellt sind darin Maßnahmen und Leistungen aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen sowie landesgesetzlicher Regelungen, die auf bundesgesetzlichen Vorgaben basieren (etwa die Kindertagesbetreuung im Rahmen des SGB VIII), weiterhin flächendeckend in allen Bundesländern bestehende landesgesetzliche Maßnahmen und Leistungen. Die Bestandsaufnahme bezieht solche ehebezogenen Maßnahmen und Leistungen ein, die in großem Umfang Familien zugutekommen oder die vorwiegend familienpolitisch begründet sind. Dagegen werden die staatlichen Aufwendungen für allgemeinbildende Schulen, rund 50 Mrd. Euro, nicht in die Gesamtrechnung aufgenommen, da diese fester Bestandteil des Bildungsbudgets sind.

255 Darunter fallen Kinderfreibeträge vom Einkommen und die Steuerfreistellung des Existenzminimums von Kindern oder auch die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Sozialversicherung.

Abbildung 88: Finanztableau der ehe- und familienbezogenen Leistungen 2008



Quelle: eigene Berechnungen

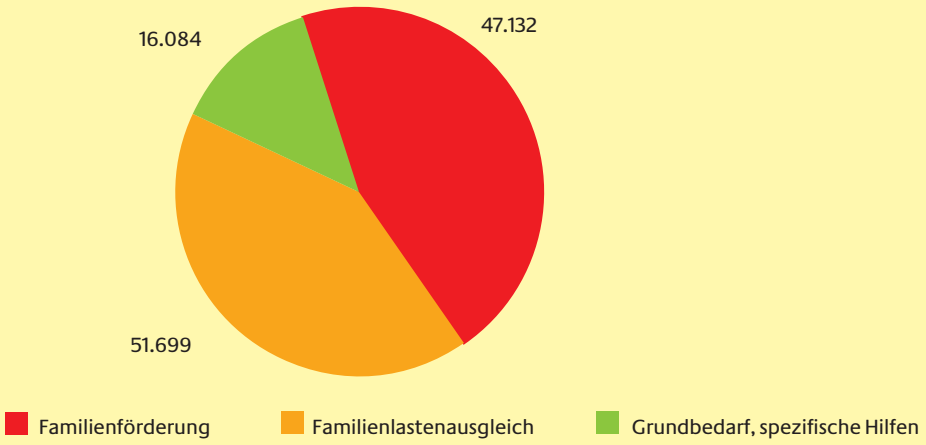
Neben den familienbezogenen Leistungen im engeren Sinne führt die Bestandsaufnahme auch solche ehebezogenen Leistungen auf, die einen starken Familienbezug haben. Innerhalb des Gesamtvolumens sind sie mit einer Größe von rund 72 Mrd. Euro enthalten. Den größten Anteil daran haben die Witwen-/und Witwerrenten mit mehr als 37 Mrd. Euro und das Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer mit 20,6 Mrd. Euro.

Die große Zahl der 157 Einzelleistungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur 20 dieser Maßnahmen ein Finanzvolumen von jeweils mehr als 1 Mrd. Euro aufweisen. Zentral ist dabei das Kindergeld, welches alleine schon 33,4 Mrd. Euro in die Waagschale wirft. Steuerrechtliche Maßnahmen machen mit 42,5 Mrd. Euro wegen des Kindergeldes das größte Stück im Kuchen der familienbezogenen Leistungen aus. Monetäre Leistungen, Sozialversicherungsmaßnahmen und Realtransfers haben hingegen mit jeweils 24 bis 25 Mrd. Euro jeweils nur einen deutlich geringeren Anteil.

Durch die gegliederte Darstellung und Auswertung des Tableaus werden auch Wechselwirkungen und Überlagerungen im bestehenden Leistungsgefüge identifizierbar. Bei einem großen Teil der Maßnahmen handelt es sich um eher kleine kind- oder familienbezogene diskretionäre Elemente innerhalb übergeordneter Maßnahmen, deren finanzielles Ausmaß meist nicht einmal quantifiziert werden kann: Freibeträge vom Einkommen, Erhöhungsbeträge und Verlängerungen von Leistungen, Ausnahmen von Zahlungspflichten oder kindbedingte Zuschüsse. So beinhaltet das BAföG nicht nur die Zuschüsse und Darlehen für Schülerinnen bzw. Schüler und Studierende, sondern zusätzlich noch acht

weitere kind- und familienbezogene Einzelregelungen, die sich zudem großenteils spiegelbildlich im Aufstiegsfortbildungsgesetz, dem sog. „Meister-BaföG“, wiederfinden. Nach der Einführung des Betreuungszuschusses im BAföG gibt es mittlerweile fünf verschiedene Maßnahmen mit Bezug zu Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, bei denen Zuschüsse zu Kinderbetreuungskosten geleistet werden.

Abbildung 89: Familienbezogene Leistungen 2008 (in Mio. Euro)



Quelle: eigene Berechnungen

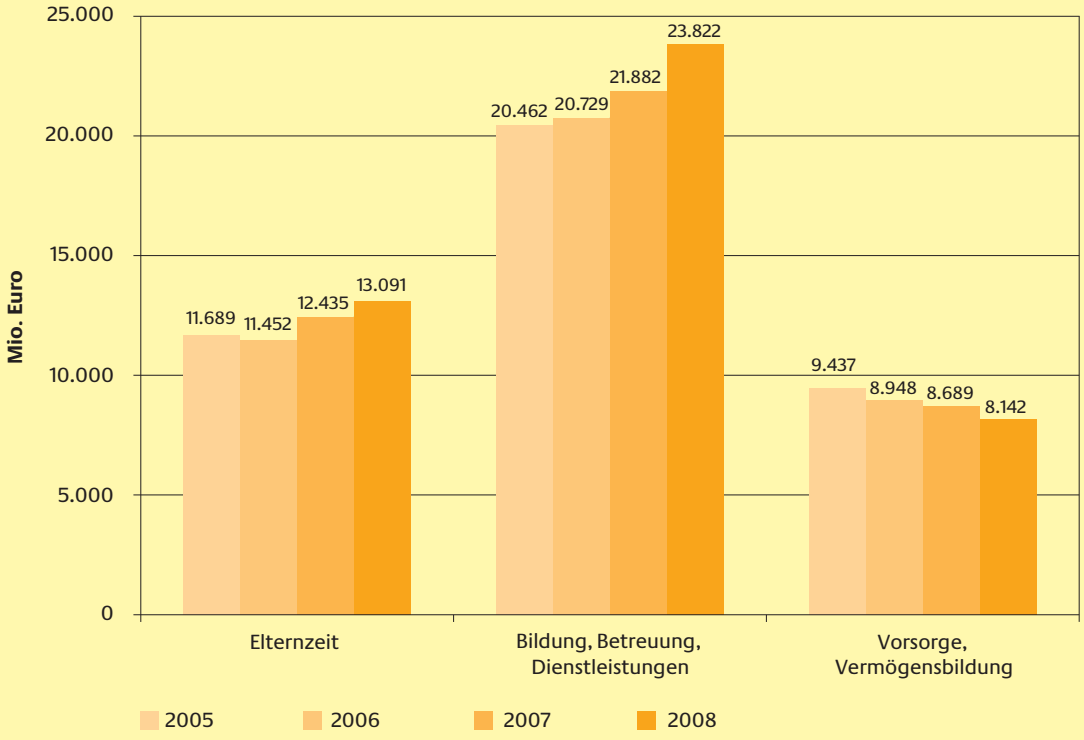
Das differenzierte Arrangement familienbezogener Leistungen reflektiert die komplexen Lebensrealitäten von Familien im Lebensverlauf und in den verschiedensten Lebenssituationen. Die Leistungen gruppieren sich um das Kindergeld herum, das als einzige Leistung über die gesamte Zeitspanne von der Geburt bis zur Berufsausbildung eingesetzt wird. Das Kindergeld integriert dabei bereits verschiedene Funktionen in sich: eine Steuerfreistellung des sächlichen Existenzminimums und ebenso des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs sowie die Förderung der Familien.

Laufende soziale Veränderungen in der Gesellschaft erfordern es, dass einmal eingeführte Leistungen regelmäßig überprüft werden und ggf. angepasst werden können. Zu berücksichtigen ist aber stets, dass jede Maßnahme eine spezifische Zielorientierung in Bezug auf Zielgruppe, Lebensphase, Einkommenssituation und Anreizfunktion besitzt. Bestehende Leistungen zu bündeln, führt nach allen Erfahrungen eher nicht zu mehr Transparenz, Effizienz und Zielgenauigkeit.

Die Veränderungen bei den globalen Eckdaten des Tableaus der ehe- und familienbezogenen Leistungen lassen sich anhand enger abgegrenzter, funktionaler Bereiche noch verdeutlichen:

- Elternzeit und frühe Kindheit[256]: Dieser Bereich macht mittlerweile 15 Mrd. Euro aus – 3,3 Mrd. Euro mehr als noch im Jahr 2005. Bei der Steigerung wird 2007 bereits die Einführung des Elterngeldes sichtbar, welches 2008 mit 4,2 Mrd. Euro verbucht wird, während das frühere Erziehungsgeld 2006 nur 2,8 Mrd. Euro ausmachte.
- Für Bildung, Betreuung und andere familienunterstützende Dienstleistungen[257] wurden 2008 fast 24 Mrd. Euro ausgegeben, insbesondere für die Kinderbetreuung (13 Mrd. Euro). Es handelt sich hierbei überwiegend um Maßnahmen, die der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie dienen sowie der Inanspruchnahme familiennaher Infrastrukturangebote. Besonders die Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung sind zuletzt deutlich angewachsen (um 2 Mrd. Euro seit 2005).

Abbildung 90: Familienbezogene Leistungen nach ausgewählten Funktionen



Quelle: eigene Berechnungen

256 Der Funktion „Elternzeit" werden Leistungen zugeordnet, die sich auf Schwangerschaft, Mutterschaft und die frühe Kindheitsphase (bis zum dritten Geburtstag) beziehen. Die Bundeszuschüsse für Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung werden dabei zur Hälfte der Funktion „Vorsorge, Vermögensbildung" zugerechnet. Die Maßnahmen dienen in der Regel dazu, entstehende Opportunitätskosten der Nichterwerbstätigkeit zu kompensieren und stehen in engem Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Zeitoptionen im Lebensverlauf.

257 Hierunter fallen Maßnahmen im Zusammenhang mit Kinderbetreuung, Bildungsförderung (ohne Ausgaben für allgemeinbildende Schulen), Jugendhilfe und haushaltsnahen Dienstleistungen.

Wenn man zudem sieht, dass ein großer Teil der Zunahme im Bereich „Bildung, Betreuung, Dienstleistungen“ auf das Konto des Ausbaus der Kleinkindbetreuung geht, so kann eindeutig festgestellt werden: Deutschland verstärkt seine Anstrengungen für die frühe Förderung von Kindern und die wirtschaftliche Stabilität junger Familien im Sinne des 7. Familienberichtes und der Anregungen internationaler Experten (OECD u. a.).

Veränderte Leistungen und Entwicklungen in der Projektion

Die Entwicklung des finanziellen Volumens der ehe- und familienbezogenen Leistungen wird beeinflusst durch politische Entscheidungen, durch demografische Entwicklungen sowie in besonderem Maße durch ökonomische Entwicklungen. Die finanziell bedeutendsten familienpolitischen Maßnahmen in den letzten vier Jahren waren die Finanzierung des Ausbaus der Tagesbetreuungsangebote für Kleinkinder bis zum Jahr 2013, die Einführung des Elterngeldes, die Ausweitung von Kinderzuschlag und Wohngeld sowie die Erhöhungen und Staffelung des Kindergeldes.

Seit 2007 macht sich der verstärkte Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kleinkinder im Finanzvolumen deutlich bemerkbar. Das Finanzvolumen für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege wird mit dem Ausbau der Betreuungsangebote aufwachsend bis einschließlich 2013, wenn auch der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr in Kraft tritt, nach den Berechnungen des Kinderförderungsgesetzes um 2,323 Mrd. Euro pro Jahr (laufende Betriebsausgaben) zulegen. Ein Teil davon ist bereits jetzt sichtbar. Ein deutlicher Akzent wurde mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 gesetzt. Während 2008 das alte Erziehungsgeld noch für Geburten bis zurück ins Jahr 2006 wirksam war, war 2008 erstmals ein voller Geburtenjahrgang von der neuen Leistung Elterngeld begünstigt. Der finanzielle Jahresbetrag für das Elterngeld betrug 2008 rund 4,2 Mrd. Euro. Die politischen Vorhaben der Bundesregierung für die neue Legislatur – Einführung eines Teilelterngeldes und Ausweitung der Partnermonate – werden voraussichtlich zu einem weiteren Anstieg führen.

Mittlerweile (Stand Oktober 2009) erreicht der Kinderzuschlag etwas mehr als 300.000 Kinder. Dies wird in der nächsten Bestandsaufnahme für das Jahr 2009 im Finanztableau sichtbar werden. Dagegen ist zumindest vorübergehend mit einem sinkenden finanziellen Aufwand für die Regelleistungen für Kinder in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung zu rechnen: Seit 2008 sinkt die Zahl der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 15 Jahren im jeweiligen Vorjahresvergleich kontinuierlich. Das Jahr 2009 ist familienpolitisch durch gezielte Maßnahmen für Familien mit niedrigem Einkommen geprägt. So wurden mit den Konjunkturpaketen der Kinderbonus in Höhe von 100 Euro für jedes Kind als Einmalleistung ausgezahlt, das Schulbedarfspaket von 100 Euro jeweils zum Schuljahresbeginn für Kinder an allgemeinbildenden Schulen, deren Eltern entweder Arbeitslosengeld II oder den Kinderzuschlag erhalten, eingeführt und bei den Regelleistungen für Kinder in der Grundsicherung für die Altersgruppe der 6- bis 13-Jährigen eine Erhöhung um 40 Euro pro Monat umgesetzt.[258]

258 Wolfgang Meister, 2009: Neuer Kinderzuschlag, Wohngeldreform, höhere Hartz-IV-Regelsätze: Insbesondere für Familien deutliche Einkommenssteigerungen, in: ifo-Schnelldienst Nr. 16/2009, S. 19–31. Meister bescheinigt den familienpolitischen Maßnahmen der Konjunkturpakete, dass sie bei stabilen Verbrauchspreisen die Kaufkraft der Familien erhöht und den privaten Konsum gestützt haben.

Die Bestandsaufnahme für 2008 bildet noch nicht die Erhöhungen des Kindergeldes in den Jahren 2009 und 2010 ab. Neben der Erhöhung um insgesamt 30 Euro pro Monat wurde eine stärkere und frühere Staffelung des Kindergeldes für kinderreiche Familien umgesetzt: Das finanzielle Volumen der Mehrkindkomponente beim Kindergeld, welches 2008 noch mit 137 Mio. Euro angegeben wird, wird damit 2009 auf rund 260 Mio. Euro ansteigen. Hingegen wird die Kinderkomponente bei der Eigenheimzulage abnehmen.[259] Mit der Kindergeld-Erhöhung 2010 werden für etwa 130.000 Kinder Armutsrisiken vermieden.[260] Rund 12.000 Familien mit 25.000 Kindern können aufgrund des höheren Kindergeldes nun den Kinderzuschlag anstelle von Arbeitslosengeld II beanspruchen. Indem ab 2010 auch der Kinderfreibetrag um 504 Euro erhöht wird, werden auch Leistungsverbesserungen beim Unterhaltsvorschuss in einem finanziellen Umfang von 210 Mio. Euro bewirkt. Weil der Kinderfreibetrag gleichzeitig Maßstab für den zivilrechtlichen Mindestunterhalt ist, erhöhen sich die Leistungsbeträge des Unterhaltsvorschussgesetzes um 16 bzw. um 22 Euro pro Monat (für Kinder bis fünf Jahre bzw. für Kinder ab sechs bis elf Jahre).

Demografisch bedingte Entwicklungen

Trotz einer mittlerweile stabilen Geburtenrate sinkt die absolute Geburtenzahl. Dies schlägt sich in einem tendenziell sinkenden Finanzvolumen bei einer Reihe von Maßnahmen nieder. Am deutlichsten wird dies beim Kindergeld. 2008 wurden 18,1 Mio. Kindergeld-Kinder gezählt, gegenüber 18,4 Mio. im Vorjahr. Bei unveränderter Höhe der Leistung ergab sich dadurch zwar ein um 800 Mio. Euro niedrigeres Finanzvolumen für die Kindergeld-Zahlungen. In der Perspektive bis 2013 nimmt das Volumen des Kindergeldes zunächst im Jahr 2008 auf rund 33,4 Mrd. Euro im Jahr ab, steigt dann 2009 aufgrund der Kindergeld-Erhöhung ab 2009 auf etwas über 35 Mrd. Euro, um dann ab 2010, aufgrund der neuerlichen Kindergeld-Erhöhung um 20 Euro pro Monat für jedes Kind, mit knapp 39 Mrd. Euro einen neuen Höchststand zu erreichen.

Um den Umfang der familienbezogenen Leistungen einordnen zu können, bietet es sich an, das Gesamtvolumen der familienbezogenen Leistungen (114,8 Mrd. Euro) an der Zahl der kindergeldberechtigten Kinder zu messen, da das Kindergeld selbst nicht nur die mit Abstand umfangreichste Maßnahme ist, sondern auch zahlreiche andere Leistungen am Kindergeldanspruch ansetzen. Bei rund 18,066 Millionen kindergeldberechtigten Kindern im Jahr 2008 ergibt sich so ein Pro-Kopf-Anteil von rund 6.356 Euro. Der durchschnittliche Betrag der familienbezogenen Leistungen je Kindergeld-Kind stieg bis 2008 von rund 5.900 Euro im Jahr 2005 um rund 450 Euro im Jahr an. Dieser Betrag ist nicht gleichmäßig über alle Altersjahrgänge verteilt und betrifft sowohl direkte als auch indirekte Kosten der Familien.

259 Bundestags-Drucksache 16/771, S. 2.
260 Berechnung Fraunhofer-Institut 2009.

Abbildung 91: Entwicklung der Finanzvolumina

	2005	2006	2007	2008
Ehebezogene Leistungen (Mrd. €)	67,6	70,9	71,5	72,4
Familienbezogene Leistungen (Mrd. €)	110,3	110,2	111,6	114,8
Zahl der Kindergeld-Kinder (Mio. €)	18,7	18,8	18,4	18,066
Familienbezogene Leistungen je Kindergeld-Kind in Euro	5.906	5.858	6.060	6.356
Verbraucherpreisindex	100	101,6	103,9	106,6

Quelle: eigene Berechnungen, Angaben des Statistischen Bundesamtes, 2009

Ökonomische Einflüsse

Konjunktur, Arbeitsmarkt und die Entwicklung von Löhnen und Gehältern beeinflussen die finanziellen Aufwendungen des Staates für Familien erheblich. Besonders deutlich wird dies bei der Familienkomponente bei den Lohnersatzleistungen Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. So halbierte sich hierfür das finanzielle Volumen seit 2005 – parallel zur konjunkturellen Aufschwungphase und zum damit einhergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit – auf mittlerweile 542 Mio. Euro. Für die Zeit ab 2009 ist demnach für einen gewissen Zeitraum tendenziell wieder mit einer Erhöhung dieser Beträge zu rechnen, schon allein wegen der stark gestiegenen Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes.

Vor allem Familien mit niedrigen bis mittleren Erwerbseinkommen haben vom Ausbau des Kinderzuschlags und Wohngeldes, von höheren Regelleistungen für Kinder in der Grundsicherung, vom einmaligen Kinderbonus sowie von der Einführung des Schulbedarfspakets profitiert. Das bis 2008 anhaltend hohe Ausgabenniveau bei den Grundsicherungsleistungen für Kinder belegt freilich, dass trotz moderaten Wirtschaftswachstums und des Abbaus der Arbeitslosigkeit viele Familien mit niedrigem Einkommen nicht im gewünschten Maße an Einkommensverbesserungen teilhaben konnten. Allerdings nahm die Zahl der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften im Laufe des Jahres 2008 stetig um rund drei Prozent im jeweiligen Vergleich zum Vorjahresmonat ab – zuletzt sogar um sechs Prozent.[261]

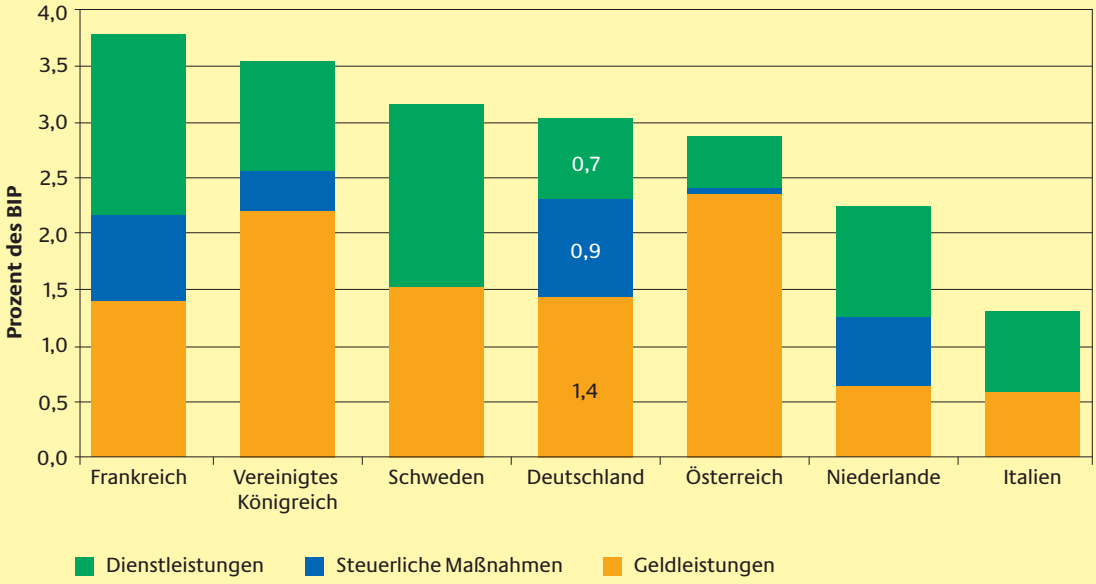
Während das Gesamtvolumen des Kindergeldes im Zeitablauf – ohne Berücksichtigung aktueller Leistungsverbesserungen – vor allem aus demografischen Gründen langsam abnimmt, stieg der steuerliche Anteil des Kindergeldes zuletzt sehr deutlich an. Die Ursache dafür ist in der Einkommensentwicklung zu sehen. Hinzu kommt, dass mit dem Elterngeld seit 2007 eine Leistung besteht, deren finanzielles Volumen beträchtlich von der Einkommensentwicklung und von der Beteiligung der meist höher als die Mütter verdienenden Väter abhängt. Der Trend, dass immer mehr Väter Elternzeit und Elterngeld in Anspruch nehmen, setzt sich fort und bewirkt damit tendenziell höhere Elterngeldzahlungen.

261 Bundesagentur für Arbeit, 2009, in: SGB-II-Statistik: Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder (laufende Aktualisierung).

Deutschland im internationalen Vergleich

„Deutschland gibt viel Geld für Kinder aus, erzielt in vielen Bereichen aber nur unterdurchschnittliche Ergebnisse." So lautete das Fazit der OECD anlässlich ihrer Untersuchung „Doing better for children".[262] Auch wenn, wie gezeigt, das finanzielle Volumen der staatlichen Ausgaben für Familien bei näherer Betrachtung stark relativiert werden muss, entspricht der Befund der OECD der zentralen Begründung für den im Jahr 2005 vollzogenen Perspektivwechsel in der deutschen Familienpolitik. Die Analyse der OECD basiert aus Gründen der Verfügbarkeit international vergleichbarer Quellen auf Daten der Jahre 2003 und 2005. So wird Deutschland bescheinigt, mit den Initiativen der letzten Jahre auf dem richtigen Weg zu sein: „Deutschland sollte seine Transfers stärker auf bedürftige Kinder konzentrieren. Außerdem sollten Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Ganztagsschulen weiter ausgebaut werden."[263] Insbesondere mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Elterngeld kommt Deutschland dieser Empfehlung nach. Wie die Ergebnisse der Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen sowie die familienpolitischen Reaktionen auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzkrise belegen, hat Deutschland auf den relevanten Gebieten Fortschritte erzielt. Dies wird auch durch eine Studie des Instituts der Wirtschaft (IW Köln) zur Familienfreundlichkeit in Europa bestätigt: Deutschland hat sich in den letzten fünf Jahren sowohl bei der Zielerreichung als auch bei der Nutzung familienpolitischer Instrumente stark verbessert, deutlicher als andere Länder.[264]

Abbildung 92: Familienbezogene Staatsausgaben 2005



Quelle: OECD Family Database

262 OECD, 2009: Doing Better for Children, Paris.
263 OECD, 2009: Pressemitteilung „Doing Better for Children", 1.9.2009, Paris/Berlin.
264 IW Köln, 2009: Family Friendliness Index, Köln.

Mittel- bis langfristig wird dies den Hypothesen der OECD folgend auch dazu führen, dass Deutschland bessere Wirkungen erzielen wird. Dabei ist zu beachten:

- Länder, die aufgrund von besseren Vereinbarkeitsbedingungen eine hohe Müttererwerbsquote aufweisen, weisen in der Regel auch eine andere Einkommensverteilung auf und müssen in umso geringerem Maße durch soziale und familienbezogene Transferleistungen entgegensteuern.
- Für Deutschland wird trotz einer vergleichsweise geringen Müttererwerbstätigkeit eine vergleichsweise effektive Armutsreduzierung durch Sozialtransfers und Geldleistungen erzielt. Die monetären Maßnahmen leisten in Deutschland einen deutlichen Beitrag zur Reduzierung von Armutsrisiken von Familien. Gezielte Maßnahmen für Familien mit niedrigem Einkommen, für Alleinerziehende und für Familien im ersten Lebensjahr eines Kindes schaffen wirtschaftliche Stabilität, die den Lebensverlauf positiv bestimmen kann.

Auch andere international vergleichende Studien zeigen: Eine ausgewogene Kombination aus Geldleistungen zur direkten Verbesserung der Einkommenssituation von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensphasen sowie Maßnahmen zur Erhöhung des elterlichen Erwerbsvolumens ist der entscheidende Schlüssel zur Bekämpfung von materieller Familienarmut.

In der Lebensverlaufsperspektive der OECD werden die wesentlichen Unterschiede zwischen Deutschland und den wichtigen Vergleichsländern Frankreich und Schweden deutlich. Von der Geburt bis zum Schuleintritt zeigt sich, dass in Frankreich die Kinderbetreuung im Unterschied zu Deutschland bereits ab dem 1. Lebensjahr und später einen breiten Raum einnimmt, während in Deutschland erst ab dem 4. Lebensjahr von einem nennenswerten Anteil der Kinderbetreuung gesprochen werden kann. In Schweden ist neben einem hohen Anteil von Betreuungsausgaben ab dem 2. Lebensjahr eine Ausgabenspitze in Form finanzieller Aufwendungen im ersten Lebensjahr, die für alle skandinavischen Länder charakteristisch ist, kennzeichnend, während in Deutschland der Anteil finanzieller Leistungen, hier insbesondere das damalige Erziehungsgeld, lediglich einen sanften „Hügel“ in den ersten beiden Lebensjahren ausmacht. Seit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuung für Kleinkinder gibt es Entwicklungen, mit denen sich Deutschland den Mustern in Frankreich und Schweden mindestens annähert. Würde man die gleiche Betrachtung für das Jahr 2013 anstellen, so wiese Deutschland eine kräftige Spitze bei den finanziellen Leistungen im ersten Lebensjahr auf, die ab dem 2. Lebensjahr durch einen höheren Anteil von Aufwendungen für Betreuungsleistungen fortgesetzt würde. Eine derartige Verteilung entspräche den mehrheitlichen Lebenswünschen und den Empfehlungen des 7. Familienberichtes gleichermaßen.

Die Verteilung der staatlichen Aufwendungen nach ihrer Art hat auch einen Einfluss auf die Verläufe der Familieneinkommen im Lebensverlaufszyklus. Unter typisierten Annahmen hat die OECD hierzu einen Vergleich von acht Ländern, darunter Deutschland und Frankreich, vorgenommen. Besonders deutlich wird, dass in Ländern, die eine lange Bezugsdauer für Erziehungsgeld-Leistungen vorsehen, das Familien-Nettoeinkommen während dieser Zeit deutlich absackt, während z. B. die angelsächsischen Länder, die eine rasche Rückkehr der Mütter in den Beruf erwarten, nur eine kurzfristige Einkommensverschlechterung auf-

weisen.[265] Dieser Sachverhalt hatte die Bundesregierung primär veranlasst, mit Wirkung ab Januar 2007, das seinerzeitige Erziehungsgeld in das neue Elterngeld umzuwandeln. Blickt man auch für die Einkommensbetrachtung voraus auf den Verlauf in Deutschland im Jahr 2013, so ist zu erwarten, dass die Einkommensminderung aufgrund der Einkommensersatzfunktion des Elterngeldes und seiner 14-monatigen Bezugszeit deutlich geringer und deutlich kürzer ausfällt als im Jahr 2003.

265 Allerdings muss hier bedacht werden, dass die frühe Erwerbstätigkeit von Müttern häufig mit hohen Betreuungskosten für die Kinder erkauft werden muss, sodass die Einkommenshöhe stark zu relativieren ist.

XI.

Familienpolitik als gesellschaftspolitische Investition

Die nachhaltige Familienpolitik trägt den mehrheitlichen Lebenswünschen Rechnung, entspricht internationalen Erfolgsstandards, aber bringt auch volkswirtschaftlichen Nutzen. Der volkswirtschaftliche Nutzen besteht zunächst in zusätzlichen Einkommen der Bevölkerung. Daraus resultieren höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen sowie geringere Transferausgaben des Staates, wodurch sich Spielraum zur Senkung von Steuern und Abgaben ergibt. Die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analysen sind eindeutig: Nachhaltige Familienpolitik wirft eine positive, zum Teil beträchtliche Rendite ab. Das gilt in volkswirtschaftlicher, aber auch in betriebswirtschaftlicher Perspektive.

Am Anfang steht eine Ausgabe, danach wirft die Investition jedoch Gewinne ab, die der gesamten Volkswirtschaft zugutekommen. Und diese Gewinne übersteigen die Kosten, so dass im zeitlichen Verlauf eine positive Rendite entsteht. Diverse nicht monetäre Nutzenkomponenten lassen die berechtigten Renditeerwartungen noch steigen. So lässt sich zum Beispiel nicht zuverlässig beziffern, wie groß die Nutzeneinbuße in Deutschland tatsächlich ist, weil Eltern mit ihrer Zeitaufteilung zwischen Familie und Beruf unzufrieden sind. Insgesamt würde sich durch eine familienbewusste Flexibilisierung der Arbeitszeiten eine deutliche Steigerung des Arbeitsvolumens ergeben.[266]

Die nachhaltige Familienpolitik leistet mit ihren Investitionen in Infrastruktur und Vereinbarkeit einen wesentlichen Beitrag für eine mittelfristig tragfähige Wirtschaftsentwicklung und setzt mit der Betonung des Wohlergehens und der frühen Förderung von Kindern Impulse für eine langfristige Wachstumschance. Dazu gehört in besonderer Weise auch die Summe dessen, was als betriebliche Familienpolitik bezeichnet werden kann und mittlerweile konsistent entwickelt und in der Breite betrieben wird. Eine familienfreundliche Arbeitswelt kann massiv dazu beitragen, dass Deutschland „demografiefester“ wird. Wenn es darum geht, langfristig vor allem das Arbeitskräftepotenzial gut qualifizierter Frauen besser zu nutzen, ist Familienfreundlichkeit ein entscheidender Faktor.

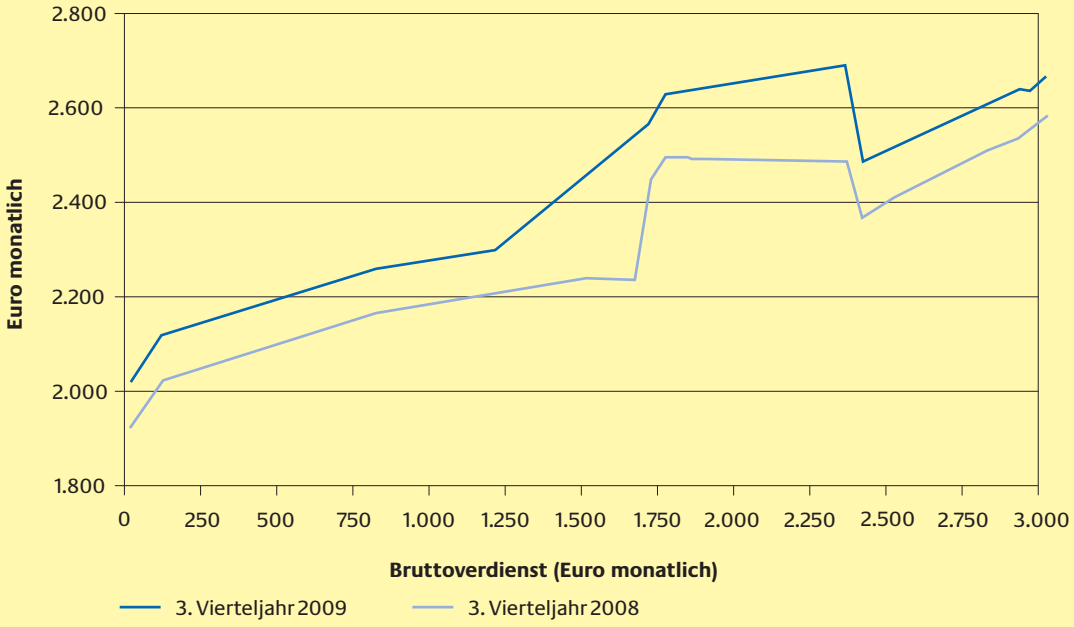
In vielen Familien zahlt es sich unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise verstärkt aus, dass beide Partner erwerbstätig sein können. Das Risiko, dass ein Haushalt in vollem Umfang von Transferleistungen abhängig wird, reduziert sich dadurch stark. Für die Volkswirtschaft rentiert es sich, dass die Familieneinkommen durch die Einführung des Elterngeldes, die Erhöhung des Kindergeldes und andere Maßnahmen gestärkt wurden. Staatliche Leistungen wie das Elterngeld verbessern auch weiterhin die wirtschaftliche Situation

266 Bert Rürup, Sandra Gruescu, 2005: Familienorientierte Arbeitszeitmuster – neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin; vgl. auch die konzeptionellen Beiträge in APuZ 23–24/2005 (Heftthema: „Familienpolitik“).

junger Familien, der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder stärkt die Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit und die frühe Förderung von Kindern. Einkommensabhängige soziale und familienbezogene Transferleistungen wie Kinderzuschlag sowie die Kinderkomponente im Arbeitslosengeld I und II oder Wohngeld haben die Funktion von Stabilisatoren im Konjunkturzyklus.

Die Familienkomponente in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung 2008/2009 erhöht die Familieneinkommen und stützt damit die deutsche Konjunktur. So wird der bislang bemerkenswert stabile Inlandskonsum in hohem Maße von den Familien getragen. Das ifo-Institut stellte im Sommer 2009 fest, dass in den Jahren 2008 und 2009 die familienpolitischen Maßnahmen sowie die Änderungen bei Lohnsteuer und Sozialabgaben[267] zu zum Teil erheblichen Steigerungen der Einkommen privater Haushalte geführt haben. Diese Steigerungen fallen je nach Haushaltstyp und Einkommen recht unterschiedlich aus. Aufgrund des starken Gewichts der familienbezogenen Maßnahmen liegen die Einkommensverbesserungen in den Familienhaushalten deutlich höher als in den Haushalten ohne Kinder. In den Familienhaushalten wiederum hängt die Höhe der Entlastung von Alter und Zahl der Kinder sowie von der Höhe des Erwerbseinkommens ab.

Abbildung 93: Vergleich des Haushaltseinkommens im 3. Quartal 2009 zum Vorjahr in Abhängigkeit vom Bruttoverdienst[268]



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts

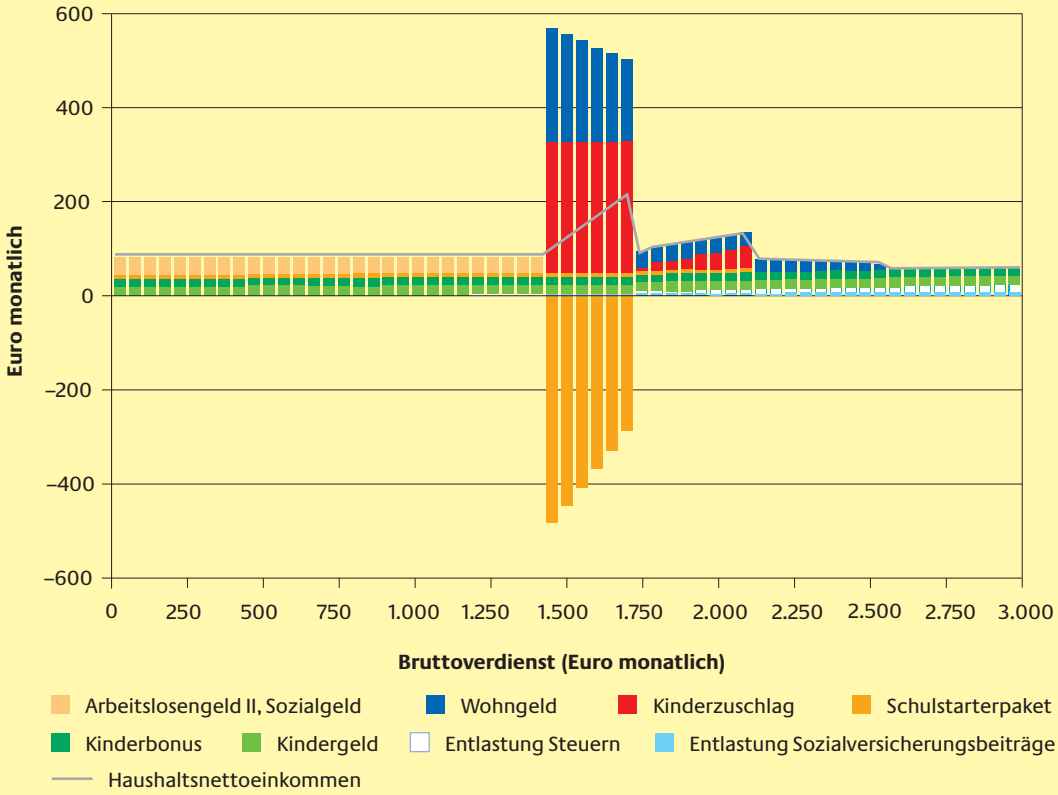
267 Einbezogen wurden die Erweiterung des Kinderzuschlags, die Wohngeld-Reform, die Erhöhung des Kinder geldes und des Kinderfreibetrages, der einmalige Kinderbonus, die Einführung des Schulbedarfspakets, die Erhöhung von Grundsicherungssätzen zum 1.7.2009 (allgemeine Erhöhung und 70 %-Satz für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren), die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer, die Reduzierung des Beitrages zum Gesundheitsfonds und die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung. Vgl. Wolfgang Meister, 2009: Neuer Kinderzuschlag, Wohngeldreform, höhere Hartz IV-Regelsätze: Insbesondere für Familien deutliche Einkommenssteigerungen, in: ifo-Schnelldienst Nr. 16/2009, S. 19–31.

268 Abbildung mit freundlicher Genehmigung des ifo-Instituts, Quelle: siehe ebd.

Im Einzelnen zeigt sich, dass

- die größten Einkommensverbesserungen dort erzielt werden, wo die Erweiterung des Kinderzuschlags (Senkung der Mindesteinkommensgrenze, Minderung der Transferentzugsrate) und die Verbesserung beim Wohngeld zusammentreffen. Für eine Beispielfamilie mit zwei Kindern beträgt die Verbesserung (inkl. Schulbedarfspaket) bis zu 11 Prozent bzw. 213 Euro;
- Familien, die weiterhin Grundsicherungsleistungen erhalten, insbesondere von höheren Regelsätzen profitieren. Allein für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren wurde der Regelsatz um 40 Euro monatlich angehoben. In der genannten Beispielfamilie beträgt die Einkommensverbesserung 5,1 Prozent bzw. 83 Euro;
- ab einem Bruttoeinkommen von etwa 2.600 Euro die genannte Beispielfamilie keine einkommensabhängigen Transferleistungen mehr erhält. Familien in diesem Einkommensbereich profitieren vorwiegend von dem erhöhten Kindergeld und dem einmaligen Kinderbonus. Im oberen Einkommensbereich beträgt die Verbesserung damit rund 2,5 Prozent (37 Euro);
- mit steigender Kinderzahl die Differenz zum Vorjahreseinkommen deutlich zunimmt.

Abbildung 94: Komponenten des Haushaltsnettoeinkommens[269]



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts

269 Abbildung mit freundlicher Genehmigung des ifo-Instituts, Quelle: siehe ebd.

Verhalten anderer europäischer Regierungen

Ähnlich wie Deutschland setzten zum Beispiel Frankreich, Österreich und das Vereinigte Königreich familienpolitische Maßnahmen gezielt zur Abfederung der Folgen der Wirtschaftskrise ein. So wurden im Vereinigten Königreich einige ohnehin geplante Maßnahmen angesichts der Wirtschaftskrise vorgezogen: Das Kindergeld wurde erhöht und der Kinderfreibetrag ebenfalls angehoben, um die Familien zu unterstützen. In Österreich wurde zur Entlastung der Eltern in der Krise die sogenannte 13. Familienbeihilfe eingeführt, d. h., Eltern bekommen Familienleistungen in einem Monat pro Jahr doppelt ausgezahlt. Zusätzlich werden Eltern durch eine Einführung des Kinderfreibetrags und die Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten entlastet. Die französische Regierung unterstützte Familien im Juni 2009 mit einer Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro, schuf Steuererleichterungen für Familien mit geringem Einkommen und setzte mit der zusätzlichen Ausgabe von Dienstleistungsschecks wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt bei familienunterstützenden Diensten. Auch Belgien förderte Familien und Arbeitsmarkt über Dienstleistungsgutscheine im Gesamtwert von 1,7 Mio. Euro.

Einschnitte bei den Familienleistungen nahmen hingegen Irland und die Niederlande vor. Die irische Wirtschaft wurde von der Krise besonders stark getroffen. So kam es neben zahlreichen anderen Politikbereichen auch im Bereich der Familienpolitik zu Einschnitten. Konkret wurde das Kindergeld für Jugendliche ab 18 Jahren zunächst halbiert und ab Januar 2010 ganz abgeschafft. Stattdessen besteht seit Januar 2010 Anspruch auf ein kostenfreies Vorschuljahr für alle Kinder zwischen drei Jahren und 4,5 Jahren. In den Niederlanden hat die Wirtschaftskrise nur zu marginalen Anpassungen der Familienpolitik geführt. Dabei ist im Bereich der Familienleistungen eine gemischte Strategie gewählt worden. Einerseits wurde die reguläre Anhebung des Kindergeldes ausgesetzt, andererseits hat die Regierung ihr Engagement gegen Jugendarbeitslosigkeit verstärkt.

Einer bewussten Ausweitung der Familienleistungen stehen also in anderen Ländern Leistungskürzungen gegenüber. Das in den meisten Ländern vorrangige Ziel der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird aber in Europa insgesamt weiterhin verfolgt: Am Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Elternzeitregelungen wird auch in Zeiten der Krise festgehalten.

Fiskalische Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung

Das Kinderförderungsgesetz (2008) – begleitet vom Aktionsprogramm Kindertagespflege – bildet das Fundament für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung. Dieser verbessert nicht nur die Lebenssituation der Familien, sondern stellt auch für den Staat eine lohnende Investition dar. Eine klassische Win-Win-Situation entsteht. Denn durch ihre Beschäftigung verbessern die Alleinerziehenden ihre Einkommenssituation, der Staat erhält Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Zudem sinken Ausgaben für staatliche Unterstützung (z. B. ALG II), wenn Hilfebedürftigkeit reduziert oder gänzlich vermieden wird. Parallel zur Erwerbstätigkeit der Alleinerziehenden entsteht zusätzliche Beschäftigung in der Kinderbetreuung. Allerdings ist die Verbesserung der Betreuungssituation für

Kinder von Alleinerziehenden auch mit Kosten verbunden. Werden diese den Einnahmen und Einsparungen gegenübergestellt, verbleibt jedoch ein deutlich positiver Einnahmeeffekt, wie jüngste Berechnungen[270] zeigen.

Auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) können für nicht erwerbstätige, alleinerziehende Mütter potenzielle Erwerbseinkommen sowie die zu erwartenden Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge ermittelt werden. Schätzt man vorsichtig, dass es lediglich einem Drittel der Alleinerziehenden gelingt, infolge der verbesserten Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine Erwerbstätigkeit tatsächlich aufzunehmen, erwirtschaften diese und die zusätzlichen Betreuungskräfte ein Einkommen von rund 2,5 Mrd. Euro jährlich.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Betreuungskosten in Höhe von 199 Mio. Euro ist trotz der einschränkenden Annahmen mit einem insgesamt positiven fiskalischen Effekt von 662 Mio. Euro für die öffentlichen Kostenträger zu rechnen.

Abbildung 95: Beschäftigungs- und Einnahmeeffekte von alleinerziehenden Müttern und dem Betreuungspersonal abzüglich Betreuungskosten (Mio. Euro)

	Alleinerziehende	Betreuungspersonal	Summe	
			Alle Körperschaften	Kommunen
Potenzielles Einkommen	2.125	382	–	–
Einkommensteuer	173	15	188	28
Sozialversicherung	293	53	346	–
Einsparungen ALG II	327	–	327	114
Summe positiver Einnahmeeffekte	793	68	861	142
Betreuungskosten*	–	–	199	65
Fiskalischer Gesamteffekt	–	–	662	77

** Die Betreuungskosten wurden mittels der Betreuungsschlüssel für die Altersstufen auf Grundlage der Angaben für die Betreuung von Krippenkindern (7.700 Euro pro Jahr) hochgerechnet.*

Quelle: SOEP 2007, Prognos AG 2009

Die Berechnungen zeigen, dass nicht nur der gesamtstaatliche Fiskaleffekt positiv ausfällt, sondern dass auf kommunaler Ebene eine rentable Investitionsmöglichkeit gegeben ist. Eine lokale Familienpolitik verspricht aber nicht nur anhand der dargestellten Berechnungen eine hohe Rendite: „Lokale Familienpolitik erhöht die Attraktivität einer Kommune als Wohnstandort und begegnet damit proaktiv dem demografischen Wandel. Lokale Familienpolitik vergrößert das Angebot an Arbeitskräften in der Region und sichert damit die langfristige Bestandsentwicklung lokaler Unternehmen. Lokale Familienpolitik ermöglicht zudem Ausgabenreduktionen in anderen Bereichen der kommunalen Zuständigkeit wie zum Beispiel der Jugendhilfe.“[271]

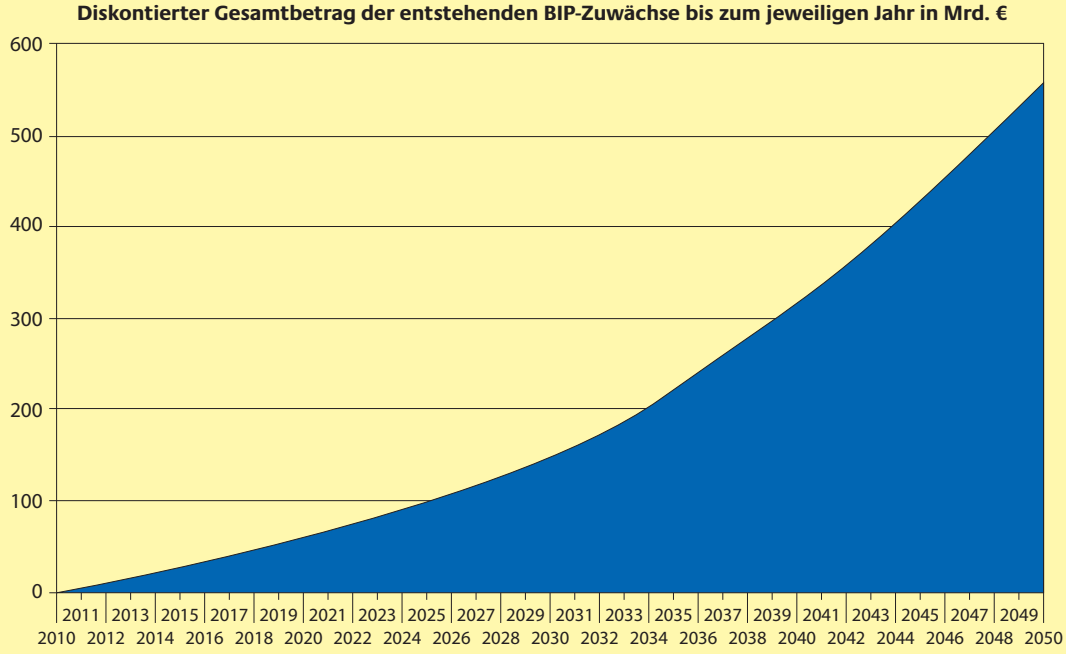
270 Prognos AG, 2009: Berechnungen für das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen.
271 Prof. C. Katharina Spieß, 2009: Fachtagung Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik.

Dynamische Wachstumseffekte durch gute Infrastruktur

Die vorstehenden Berechnungen beziehen sich allein auf die unmittelbaren fiskalischen Effekte. Um ein komplettes Bild über die Effekte einer qualitativ und quantitativ ausgebauten Kinderbetreuung zu erhalten, muss allerdings eine langfristige Perspektive eingenommen werden. Eine erste wichtige Erkenntnis der bildungsökonomischen Forschung der letzten Jahre besteht darin, dass Bildungsmaßnahmen gerade bei Kindern umso höhere Erträge erzielen können, je früher sie ansetzen. Insofern kommt der frühkindlichen Förderung, die schon vor der Schulzeit ansetzt, eine besondere Bedeutung zu.

Eine qualitativ hochwertige frühkindliche und vorschulische Förderung für alle Kinder ist ein wichtiger Bestandteil zur Vermeidung unzureichender Bildung. Mit ihr wird der Grundstein für ein höheres Qualifikationsniveau der späteren Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und Unternehmerinnen bzw. Unternehmer gelegt. Die Chancen auf ein höheres Einkommen steigen mit dem Qualifikationsgrad an. Vergleiche mit anderen europäischen Staaten zeigen, dass sich Deutschland durch einen Ausbau der Kinderbetreuung zusätzliche Qualifikationspotenziale erschließen kann.[272] Träger dieser verbesserten Kompetenzausstattung unserer Gesellschaft sind zunächst die Kinder. Mit ihrem Eintritt in die Erwerbstätigkeit tragen sie die von Kindesbeinen an erworbenen Kompetenzen in den Arbeitsmarkt hinein und stellen sie der gesamten Gesellschaft in Form eines höheren BIP zur Verfügung. Die Berechnung der volkswirtschaftlichen Rendite der Investition in frühkindliche Bildung berücksichtigt dabei, dass gegenwärtig nur die kleinsten Gesellschaftsmitglieder und später die nachwachsenden Generationen in den Genuss der frühen Förderung gelangen können und nicht in einem Schritt die gesamte Bevölkerung ein höheres Qualifikationsniveau erreicht. Diesen Durchdringungseffekt macht die folgende Abbildung sichtbar.

Abbildung 96: Reformeffekt einer ausgebauten frühkindlichen Förderinfrastruktur für verschiedene Zeithorizonte



Quelle: IW-Berechnungen 2009 auf Basis Diekmann et al. (2008); Diskontsatz: 3 %

272 Diekmann et al., 2008: Sozialbilanz Familie, in: IW-Analysen Nr. 40.

Um die vollen und wesentlichen Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung berücksichtigen zu können, muss für die frühe Förderung also ein langfristiger Betrachtungshorizont eingenommen werden. Es sind vor allem die heutigen Kinder, die in ihrem Lebensverlauf von der frühen Förderung profitieren werden.

Familienfreundlichkeit steigert die Produktivität

Betriebliche Familienfreundlichkeit macht sich bezahlt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter familienfreundlicher Unternehmen sind motivierter (+17%) und haben eine höhere emotionale Bindung an das Unternehmen (+17%) als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen ohne familienfreundliche Angebote.[273] Dadurch bedingt steigt auch die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Dies ist unter anderem auf die geringere Doppelbelastung durch Familie und Beruf zurückzuführen, aber auch auf die positive Auswirkung von flexibilisierten Arbeitsangeboten, von denen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und nicht nur Familien – profitieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht zwischen Beruf und Familie zerrieben werden, sind innovativer und arbeiten sorgfältiger. Das daraus folgende Zusammenspiel von geringeren Fehlerquoten, höherer Produktqualität, reduzierten Kosten für Gewährleistung sowie höherer Kundenbindung ist offensichtlich.

Familienfreundlichkeit senkt Kosten

Maßnahmen der Arbeitszeitflexibilisierung erlauben berufstätigen Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gestatten es dem Arbeitgeber, in Schwächephasen über flexible Kapazitäten „atmen“ zu können (z. B. 4-Tage-Woche, Arbeitszeitkonten etc.), anstatt schmerzhafte Personalanpassungen vornehmen zu müssen.

Familienfreundlichkeit spart Personalrekrutierungskosten: Die Elternzeit in familienfreundlichen Unternehmen ist deutlich kürzer (–8%). Durch die schnellere Rückkehr der Mütter (und Väter) ist der Überbrückungsaufwand für familienbedingte Auszeiten deutlich geringer: Eine Einstellung von Zeitarbeitskräften ist nicht erforderlich und ermöglicht die Konzentration auf das Stammpersonal. Die Rückkehrquote aus der Elternzeit ist um 22 Prozent höher, damit müssen weniger Stellen nachbesetzt werden. Und der Wertschöpfungsverlust durch unbesetzte Stellen ist ebenfalls um acht Prozent geringer.

Familienfreundlichkeit reduziert krankheitsbedingte und familienbedingte Fehlzeiten: Der Krankenstand in familienfreundlichen Unternehmen ist um 12 Prozent, die gesamte Fehlzeitenquote sogar um 16 Prozent geringer als in Unternehmen ohne familienfreundliche Maßnahmen. So können „Personalpuffer“ zur Vermeidung krankheitsbedingter Produktionsausfälle bzw. mögliche Produktionsausfälle und die damit verbundenen Kosten reduziert werden.[274]

---

273 Helmut Schneider et al., 2008: Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik, in: Arbeitspapier Nr. 5/2008 des Forschungszentrums Familienorientierte Personalpolitik Münster; für diese und die folgenden Angaben.

274 Ebd.

Familienfreundliche Betriebe sind attraktiv für Fachkräfte

Familienfreundliche Unternehmen haben bessere Chancen, in Krisenzeiten ihr Personal einvernehmlich auch bei möglichen Gehaltseinbußen zu binden und damit notwendige Kostenentlastungen zu erzielen. Denn Untersuchungen zeigen: Familienbewusste Arbeitsbedingungen sind den Beschäftigten genauso wichtig wie das Gehalt oder sogar wichtiger.[275]

Familienfreundliche Unternehmen binden fähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger an das Unternehmen (+14 %) und haben eine niedrigere Eigenkündigungsrate (–9 %). 25 Prozent haben wegen familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen sogar schon einmal den Arbeitgeber gewechselt.[276]

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist der bisherige Arbeitskräftemangel noch nicht flächendeckend, sondern gilt für einzelne Berufe, Branchen und Regionen. Unternehmen haben derzeit vor allem Probleme, gut qualifizierte MINT-Fachkräfte zu finden, d. h., Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Studien- oder Berufsabschluss in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik. Des Weiteren gibt es einen spürbaren Fachkräftemangel auch im produzierenden Sektor (Metall- und Elektroindustrie). Betroffen sind dort insbesondere Berufe wie Zerspanungsmechanikerin oder -mechaniker, Industriemechanikerin bzw. -mechaniker, Werkzeugmechanikerin bzw. -mechaniker, Mechatronikerin bzw. Mechatroniker und Elektronikerin bzw. Elektroniker.

Die deutschen Betriebe müssen sich auf einen Mangel an Arbeitskräften in nie gekannter Form einstellen. Schon im Jahr 2015, so die Ergebnisse einer neu berechneten Studie, sollen fast drei Millionen Kräfte fehlen.[277] Der künftige Mangel gilt für alle Ebenen, von den Ungelernten bis zu den Akademikerinnen und Akademikern. Bis 2030 könne die Lücke sogar auf gut fünf Millionen anwachsen. Die Wohlstands- und Wachstumsverluste wären enorm.

275 GfK und Roland Berger Strategy Consultants, 2008: Familienfreundlichkeit von Unternehmen – der Erfolgsfaktor für die Rekrutierung und Bindung von Fachkräften, Berlin.
276 Ebd.
277 Prognos AG, 2009: Arbeitslandschaft 2030 für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Basel/Berlin.

Abbildung 97: Fachkräftelücken nach regionalen Arbeitsmärkten und Ingenieurberufsordnungen

	Maschinen- und Fahrzeugbauingenieurinnen und -ingenieure	Elektroingenieurinnen und -ingenieure	Architektinnen und Architekten, Bauingenieurinnen und -ingenieure	Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure	Bergbau-, Hütten-, Gießereiingenieurinnen und -ingenieure	Übrige Fertigungsingenieurinnen und -ingenieure	Sonstige Ingenieurinnen und Ingenieure	Insgesamt
Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern	2.403	868	19	0	77	6	667	4.050
Niedersachsen, Bremen	3.615	1.529	713	32	120	68	1.068	7.146
Nordrhein-Westfalen	5.903	2.515	1.065	25	137	74	1.710	11.429
Hessen	1.470	1.108	555	93	13	100	753	4.092
Rheinland-Pfalz, Saarland	730	467	496	71	0	47	177	1.988
Baden-Württemberg	6.807	3.694	1.271	14	128	292	3.213	15.418
Bayern	4.125	2.666	773	97	59	225	1.337	9.282
Berlin, Brandenburg	326	0	0	0	0	628	0	954
Sachsen-Anhalt, Thüringen	810	423	119	0	104	127	202	1.785
Sachsen	525	249	98	15	0	0	0	887
Insgesamt	26.714	13.519	5.110	349	637	1.567	9.136	57.032

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2009); HWWI

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann als Instrument der Personalgewinnung dazu beitragen, die Attraktivität und Produktivität des Unternehmens zu erhöhen. Denn das Angebot von Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, ist für 92 Prozent aller Beschäftigten mit Kindern und für 65 Prozent der Beschäftigten ohne Kinder genauso wichtig wie das Gehalt.

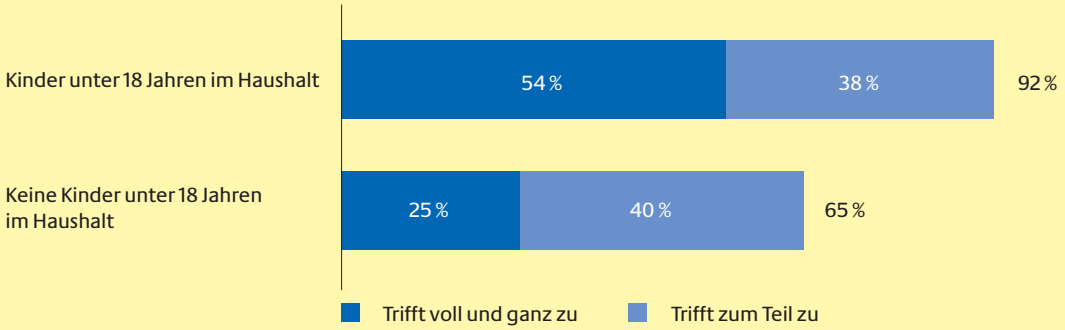
Infolge der Veränderungen in der deutschen Bevölkerungsstruktur stehen immer mehr Menschen vor der Aufgabe, ihre Erwerbstätigkeit mit der Pflege und Betreuung von älteren Angehörigen vereinbaren zu müssen. Im Jahr 2020 ist mit rund 2,9 Millionen Pflegebedürftigen zu rechnen. In der Regel sind ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Pflegeaufgaben konfrontiert. Erfahrene Beschäftigte zu ersetzen, ist mit deutlich höheren Kosten verbunden. Es gibt eine andere Seite des demografischen Wandels. Da nicht genug junge Menschen „nachwachsen“ und die geburtenstarken Jahre sukzessive aus dem Erwerbsleben ausscheiden, nimmt das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland immer weiter ab.[278] Demografisch bedingt verliert Deutschland pro Jahr 250.000 bis 300.000 potenzielle Erwerbspersonen. Alle Prognosen gehen davon aus, dass es dementsprechend bereits 2015 einen strukturell nicht gedeckten Bedarf von etwa zwei Millionen Arbeitskräften geben wird.[279] Insgesamt ist festzustellen: Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden auch durch die aktuelle konjunkturelle Schwächephase nicht aufgehalten.

278 Roland Berger Strategy Consultants, 2006: Den demografischen Wandel bewältigen; ebenso IAB 2008: Arbeitskräfteprojektion.

279 Johann Fuchs/Doris Söhnlein, 2007: Einflussfaktoren auf das Erwerbspersonenpotenzial, in: IAB Discussion Paper 12/2007.

Abbildung 98: Bedeutung für die Arbeitgeberwahl, Familienfreundlichkeit vs. Gehalt

„Bei der Wahl eines neuen Arbeitgebers spielt für mich die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtigere oder ebenso wichtige Rolle wie das Gehalt."



Quelle: Befragung im Rahmen des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie", Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), 2007

Intelligente Arbeitszeitpolitik reduziert Fachkräftemangel

Die Gestaltung der Arbeitszeit ist ein Schlüssel für mehr Flexibilität. Denn Wunscharbeitszeit und betriebliche Wirklichkeit klaffen bei Müttern und Vätern oft erheblich auseinander. Befragungen zeigen, dass die große Mehrheit der vollzeiterwerbstätigen Eltern gerne etwas weniger und die teilzeiterwerbstätigen Elternteile gerne (etwas) mehr arbeiten wollen. So wünschen sich z. B. 36 Prozent der vollzeitbeschäftigten Eltern mit Kindern unter 18 Jahren eine Arbeitszeit, die – meist nur um einige Wochenstunden – unter ihrer jetzigen Arbeitszeit liegt. Von den Teilzeitbeschäftigten würden dagegen 31 Prozent gern mehr als 30 Wochenstunden beschäftigt sein, meist bis zu 35 Wochenstunden. Zudem würden es fast zwei Drittel der jungen Eltern vorziehen, wenn sie nicht eine täglich konstante Arbeitszeit hätten, sondern zuweilen mehr arbeiten und zum Ausgleich an anderen Tagen freinehmen könnten.[280]

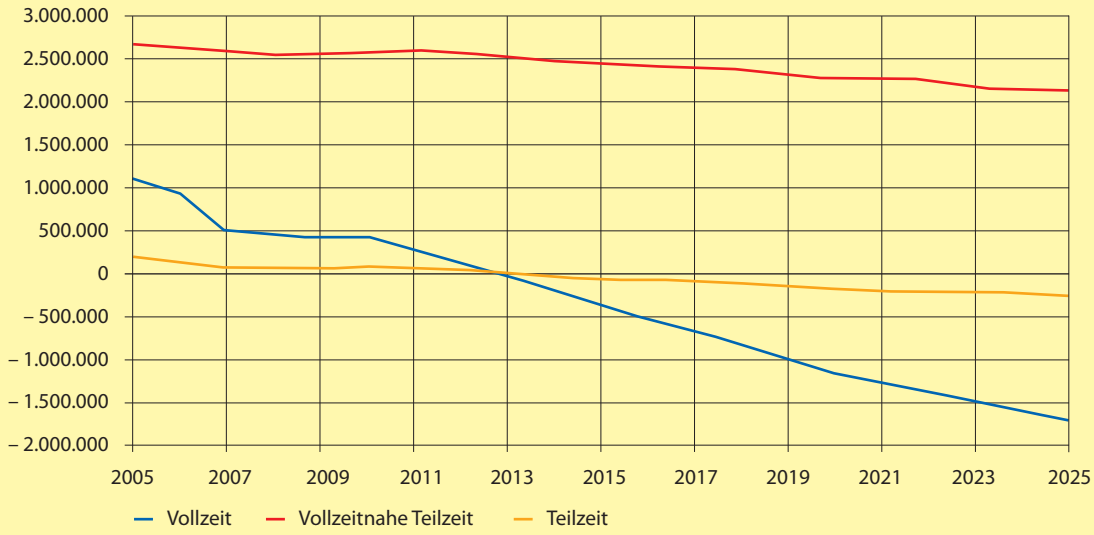
Ziel einer intelligenten Arbeitszeitpolitik in Unternehmen muss es sein, Spielräume zum beiderseitigen Vorteil zu schaffen. Spielräume in der Gestaltung der eigenen Arbeitszeit sind für viele Beschäftigte ein entscheidender Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn beide Elternteile arbeiten, ermöglichen es flexible Arbeitszeiten, Familie und Beruf dennoch unter einen Hut zu bekommen. Davon profitieren auch die Unternehmen: Mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten führt zu einer höheren Arbeitszufriedenheit und zu einer effizienteren Arbeitsorganisation, Fehlzeiten sinken und Stresspotenziale werden verringert.

280 Institut für Demoskopie Allensbach, 2008: Familienmonitor 2008.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung entwickelt, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Bei abnehmender Auslastung können diese Instrumente aktiv genutzt und damit eine Win-Win-Situation für Arbeitgeber und Beschäftigte geschaffen werden. Flexible Arbeitszeitmodelle wie Teilzeit, Arbeitszeitkonten oder Jahresarbeitszeit eröffnen Arbeitgebern auch schon kurzfristig die Möglichkeit, Auftragsrückgänge aufzufangen – ohne Know-how-Verlust durch Kündigungen. Die gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit oder zur Pflegezeit bieten dafür geeignete Rahmenbedingungen. Solche Angebote kommen nicht nur den Wünschen vieler Beschäftigter nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegen, sondern erhöhen die Chance, qualifizierte Fachkräfte auch in Zeiten verminderter Auslastung im Unternehmen zu halten.

In allen drei Arbeitszeitformen – Vollzeit, vollzeitnahe Teilzeit und Teilzeit – wird es aufgrund des demografischen Wandels zu einem Rückgang des Arbeitsangebotes kommen.[281] Allerdings ist der Rückgang des Angebotes an Teilzeit und vollzeitnaher Teilzeit geringer ausgeprägt als bei Vollzeit. Grund hierfür ist unter anderem der verstärkte Wunsch nach (vollzeitnahen) Teilzeitstellen bei älteren Menschen und bei Personen mit familiären Verpflichtungen. Unter diesen Umständen werden Unternehmen, die flexiblere Arbeitszeitmodelle anbieten, in Zukunft vermehrt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bevorzugt werden und so auf einen größeren Pool an potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückgreifen können. Dagegen wird sich die Konkurrenz der Unternehmen um Personen, welche sich nur eine Vollzeitstelle wünschen, verstärken.

Abbildung 99: Arbeitsnachfragelücke für verschiedene Arbeitszeitmodelle



Quelle: Mikrozensus 2006, BBSR, IAB 2007; HWWI, eigene Berechnungen

281 HWWI, 2009: Arbeitszeitflexibilisierung als Wettbewerbsvorteil, Hamburg, unveröffentlichtes Manuskript.

Dies zeigt sich deutlich, wenn das Arbeitsangebot der Arbeitsnachfrage gegenübergestellt wird. Die Abbildung zeigt die Engpässe, die auftreten, wenn sich die Struktur der Arbeitsnachfrage nicht verändert. Während sich bisher noch mehr Personen eine Vollzeitstelle wünschen als von den Unternehmen nachgefragt wird, werden Unternehmen ab dem Jahr 2014 mehr Vollzeitkräfte nachfragen als Personen sich derzeit eine Vollzeitstelle wünschen. Unternehmen, die flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, besitzen einen Wettbewerbsvorteil im Kampf um das knapper werdende Angebot an Arbeitskräften. Es zeigt sich, dass dieser Wettbewerbsvorteil vor allem durch vollzeitnahe Teilzeitstellen erzielt werden kann.

Familienfreundliche Personalpolitik erbringt betriebswirtschaftliche Vorteile

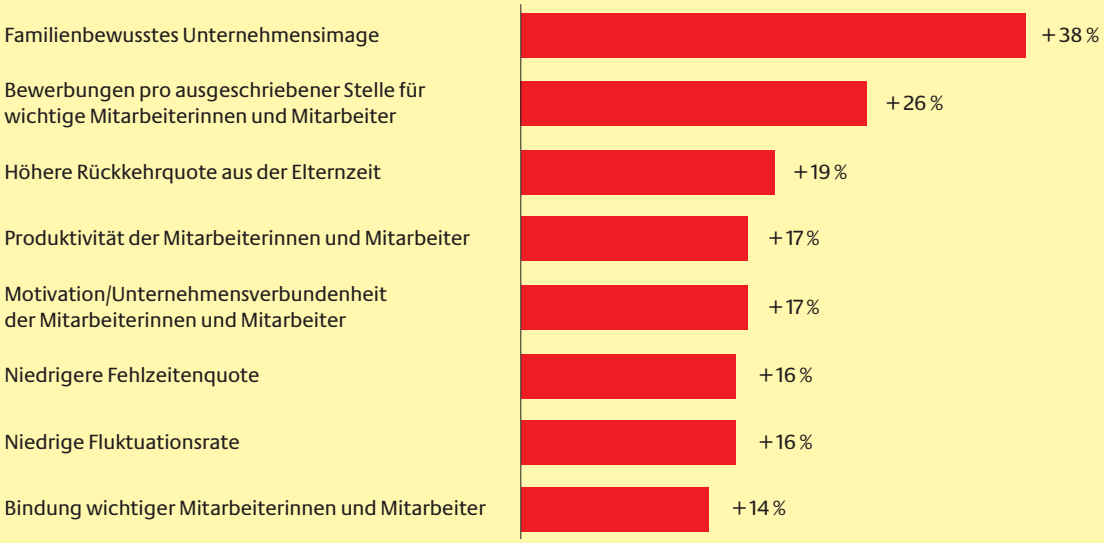
Beim Betrachten der Arbeitgeberperspektive lässt sich feststellen, dass Arbeitgeber weitgehend die Potenziale einer familienbewussten Personalpolitik erkannt haben. Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach aus 2009 zeigen, dass 74 Prozent der befragten Unternehmen davon überzeugt sind, dass familienbewusstes Engagement konkrete betriebswirtschaftliche Vorteile mit sich bringt. Darüber hinaus glauben 39 Prozent der Befragten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft eine wichtige Rolle dabei spielen wird, qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Der betriebs- und volkswirtschaftliche Nutzen von Familienfreundlichkeit ist inzwischen vielfach nachgewiesen und wird von den Unternehmen zunehmend in der Praxis realisiert. Ausweislich einer repräsentativen Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft aus 2008[282] erkennt die Mehrheit der Unternehmen die Notwendigkeit einer eigenen familienbewussten Zeit- und Personalpolitik an. Sie haben ein eigenes Interesse an zufriedenen, motivierten und leistungsfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und wissen, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf diese Eigenschaften der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befördert. Der in einigen Branchen bereits akute Fachkräftebedarf und die demografische Entwicklung, die diesen Bedarf mittelfristig für die gesamte Wirtschaft spürbar machen wird, werden diese Einschätzung weiter bestärken. Der lange propagierte Einwand, familienbewusste Personalpolitik sei allein kostentreibend, wurde bereits eindrucksvoll widerlegt. Der resultierende Nutzen wird künftig noch zunehmen.

282 Institut der deutschen Wirtschaft, 2008: Förderung von Qualitätszeit – Ergebnisse aus dem IW-Zukunftspanel. Sonderauswertung, Köln.

Abbildung 100: Familienbewusstsein rechnet sich

Was Unternehmen **mit** Familienbewusstsein solchen **ohne** voraushaben.
Die acht stärksten Effekte, Angaben in Prozent.



Basis: Analyse 1001 Unternehmen
Quelle: Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik Universität Münster und Steinbeis-Hochschule Berlin, 2008

Orientierungswissen für wirkungsorientierte Familienpolitik[283]

- **Dossiers** aus dem Kompetenzzentrum, 2007 ff.
  Bislang Dossiers zu Themen Familienarmut, Dienstleistungen, Elterngeld, Kindergeld, Alleinerziehende, Kinderbetreuung, Kinderzuschlag.

- **Arbeitsbericht** Zukunft für Familie, April 2008
  Zusammenführung wichtiger Arbeitsergebnisse aus dem Kompetenzzentrum für Familienbezogene Leistungen zur Beratung des Bundesfamilienministeriums.

- Monitor **Familienforschung**, vierteljährlich, 19 Themenausgaben seit 2005
  Redaktion seit 2009: Humboldt Innovation, Berlin. Wissenschaftliche Beratung: Prof. Hans Bertram, Prof. Katharina Spieß.

- Arbeitsbericht zum **Unternehmensprogramm**, Oktober 2008
  Bestandsaufnahme zu Zielen, Nutzen und Umsetzung betrieblicher Familienpolitik. Aktivierungsprogramm für die deutsche Wirtschaft.

- **Familienreport 2009:** Jährliche Darstellung wichtiger Daten und Trends zu Leistungen, Wirkungen, Lebenslagen, Einstellungen und Verhalten, in Verantwortung des Ressorts.

- **Memorandum** Familie leben, Juni 2009
  Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik, Daten, Instrumente, Empfehlungen.

- **Familienatlas:** Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, Prognos AG Berlin
  Zuletzt 2007, voraussichtlich wieder 2011.

- **Unternehmensmonitor:** Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft, IW Köln
  Zuletzt 2006, neu im April 2010 mit erstmals internationalem Vergleich.

- **Allensbacher Familienmonitor:** Jährliche repräsentative Befragung durch das IfD Allensbach, erneut Frühjahr 2010.

283 Alle Veröffentlichungen sind herausgegeben und erarbeitet worden im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Vgl. http://www.bmfsfj.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115***

Stand: Juni 2010

Gestaltung: www.avitamin.de

Bildnachweis Fr. Dr. Schröder: BMFSFJ/L. Chaperon

Druck: DruckVogt GmbH, Berlin

* jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

** 3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

*** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zur Zeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen